

Once Migrants Reach Europe, What Rights Are They Entitled To?

AUGUST 31, 2015 4:33 PM ET

[Listen to the Story](#)

NPR's Robert Siegel speaks with Babar Baloch, Central Europe spokesman for the United Nations High Commissioner for Refugees, about how Europeans are handling the migrant crisis.

ROBERT SIEGEL, HOST:

A traffic jam backed up for more than 15 miles is the latest image of Europe's struggle to handle the thousands of people trying to reach its borders for a better life. The backup was caused by Austria now inspecting trucks at its border with Hungary. That started after 71 migrants were found dead in a truck last week that apparently suffocated. As people keep trying to enter Europe by land and by sea we begin this hour by asking what rights they have once they get there. We're going to put that question to Babar Baloch, who is the Central Europe spokesman for the United Nations' Refugee Agency. Welcome to the program, Mr. Baloch.

BABAR BALOCH: Thank you very much.

SIEGEL: If migrants indeed manage to enter Austria, do they have a right to stay there?

BALOCH: Well, these are human beings above all, and I just arrived from Hungary's border with Serbia, and what we are seeing is that the majority of them come from Syria, Iraq and Afghanistan. I don't understand how can we classify and qualify them as migrants.

SIEGEL: As migrants - you presume they are refugees, not migrants.

BALOCH: We do because under international law, they could be recognized as (unintelligible) refugees. At this moment, it's very clearly a refugee crisis. Europe is trying to label it as a migrant crisis.

SIEGEL: Mr. Baloch, one idea that European leaders mention from time to time is trying to make that process happen closer to home, closer to Syria, so that people would not risk travels in - on rickety rafts or in unventilated trucks. Is that realistic? Can there be a way of judging asylum claims as somewhere much closer to the Syrian border than those claims are judged today?

BALOCH: Yeah. I mean, what numbers and figures show us is that where 90 percent of the world's refugees are being questioned by the developing of the least developed countries, we have had 300,000 people or refugees and amnesty seekers arriving in Europe, and there seems to be a crisis. Other countries, like Lebanon, Turkey, Pakistan, Iran - they haven't complained. And now when you have the issue come closer to their home, Europeans now or some leaders, some countries, are up to questioning the whole tradition and the basis of asylum. That's beyond comprehension.

SIEGEL: But how much of this problem is about smugglers, traffickers, and how much of it is simply about the crisis in, say, Syria?

BALOCH: Most of it is driven by the crises like in Syria, Afghanistan and Iraq. What happens is when there's not enough support in the neighboring countries, then they don't find legal avenues to come to Europe, they give themselves up to the traffickers and smugglers. And let me remind you that smugglers and traffickers have no respect for human life. You know, they are ruthless. And this is what we saw in Austria. We, as a civilized world, have come together, putting in place this institution of asylum. Under those laws, these people need to be taken care of.

SIEGEL: And in Austria, these checks of vehicles that the Austrian officials are conducting, they say that this is not about a border crossing. They're checking vehicles inside Austria as well. Does the U.N. have any problem with what the Austrians are doing right now?

BALOCH: I think our (unintelligible) on the countries is go after these human trafficking networks. They need to be dismantled because they are ruthless. If this is a positive movement in that direction, we welcome it, but it shouldn't be done at the expense of the world's most desperate.

SIEGEL: That's Babar Baloch, who's with the U.N. Refugee Agency. We reached him in Budapest in Hungary. Mr. Baloch, thank you very much for talking with us.

BALOCH: You're welcome. Thank you.

126,2

TV-Kritik: Hart aber fair

„Wir können das schaffen“

„800.000 Flüchtlinge – schafft Deutschland das?“, so der Titel der Sendung. Danach war man sich sicher: Die beiden Fragezeichen waren berechtigt.

01.09.2015, von FRANK LÜBBERDING



© DAPDie erste „Hart aber Fair“-Sendung kann als Beispiel für Realitätsverlust gelten.

Die Welt ist schön und voller rosa Wolken. Man musste gestern Abend nur dem WDR-Journalisten [Ranga Yogeshwar](#) zuhören. Er berichtete von einem Flüchtling aus Guinea, den er in einem Flüchtlingsheim in seiner rheinischen Heimat angetroffen hatte. Dieser las Albert Camus und das Libretto der Zauberflöte. Yogeshwar war von ihm beeindruckt, lud ihn zu sich nach Hause ein und wollte damit ein Beispiel setzen. Wie der persönliche Kontakt mit Flüchtlingen Ängste überwinde. Die Flüchtlinge erschienen nicht mehr als eine bedrohliche Masse, sondern bekämen ein Gesicht und ein Schicksal. Daraus leitete der gelernte Physiker Yogeshwar eine politische Schlussfolgerung ab. Bei einer Million Flüchtlingen käme auf einen Flüchtling 80 Deutsche. Wenn sich jetzt jeder Deutsche um einen kümmerte, wäre das Problem gelöst.

Wie man sich fast Integrationsexperten gespart hätte

Man fragte sich unvermeidlich, was eigentlich passierte, wenn jetzt zwei Millionen Flüchtlinge in Deutschland Zuflucht suchten. Wäre das ein Problem? Schließlich kämen dann immer noch 40 Deutsche auf einen Flüchtling. Yogeshwars Argumentation war typisch für diese erste Sendung nach der Sommerpause von [Frank Plasberg](#). Es gilt nämlich für Flüchtlinge die statistische Normalverteilung, wie für jede andere Population auch. Es finden sich dort nicht nur die Leser französischer Existentialisten, die sind auch in Deutschland eine Minderheit. Man wird dort motivierte Menschen finden, genauso wie phlegmatische Zeitgenossen. Manche werden es schaffen, andere scheitern. Es ist der soziologische Normalfall. Zudem hätte Deutschland seine bisherigen Integrationsprobleme spielend lösen können, wenn man die Idee von Yogeshwar rechtzeitig umgesetzt hätte: Man hätte nur die früheren Zuwanderer an die Hand nehmen müssen. So hätte man sich so die zahllosen Integrationsexperten gespart, die sich seit Jahrzehnten mit diesem Thema beschäftigen.

Yogeshwar machte den gleichen Fehler wie jene Zeitgenossen, die die [Flüchtlinge](#) lediglich als Bedrohung begreifen, nur spiegelverkehrt. Er idealisiert, wo jene dämonisieren. Auf der Strecke bleibt eine nüchterne Analyse, die sich gerade nicht dadurch auszeichnen kann, alle erwartbaren Schwierigkeiten unter den Teppich zu kehren. Diese Mentalität kommt mittlerweile in dem Mäntelchen der Diskurskritik daher. Es gilt jeden Begriff zu vermeiden, der missverständlich sein könnte. Nun muss man nicht die früher in den meisten Medien beliebte „Asylantenflut“ nennen. Das war in den frühen 1990er Jahren ein politischer Kampfbegriff geworden, der tatsächlich zur Stigmatisierung von Flüchtlingen (und Zuwanderern) geführt hatte.

Nur wie benennt man eine Zahl von 800.000 Menschen, immerhin mehr als eine Großstadt wie Frankfurt am Main? Besonders die Parteivorsitzende der Grünen, Simone Peter, zeichnete sich durch ihr sprachliches Feingefühl aus. Sie erinnerte der Vorschlag, Asylbewerber aus dem Westbalkan in gesonderten Zentren zu betreuen, an die Roma-Lager der Nazis. Das kann man eine Entgleisung nennen, aber damit stand sie keineswegs allein. Schon vorher versuchte Yogeshwar den Begriff „Konzentrationslager“ einzuführen, wollte aber nicht falsch verstanden werden. Der bayerische Innenminister [Joachim Herrmann](#) nannte den Schlagersänger Roberto Blanco einen „wundervollen Neger“. So demonstrierten alle drei ihre persönlichen Schwierigkeiten mit dem richtigen Sprachgebrauch. Vielleicht diskutieren sie in Zukunft besser auf Latein, um das zu vermeiden.

Ist die obere Mittelschicht rassistisch?

Den „Neger“ führte allerdings Plasberg mit einem Einspieler ein. Dort hatte ein bayerisches Urgestein (darf man das sagen?) mit diesem Wort zum besten gegeben, dass Schwarze nicht zu seinem Volksstamm passten. Zudem eine junge Frau aus Dunkeldeutschland, das darf man neuerdings mitteilen, die sich vor der Vergewaltigung ihrer Kinder durch Flüchtlinge fürchtete. Außerdem ein Großvater, der davor Angst hatte, dass seine Enkelin in Zukunft nur noch mit Ausländern in einer Klasse gehen müsse. Ein Soziologe sah darin den Beleg für einen Stimmungswandel in die Richtung eines offenen rassistischen Diskurses. Allerdings war die Auswahl interessant. Denn der Großvater sprach lediglich aus, was in der Forschung gesicherte Erkenntnis ist. Gerade die obere Mittelschicht achtet darauf, ihre Kinder nicht in Schulen aus sozialen Brennpunkten mit einem hohen Migrationsanteil zu schicken. Ist diese Praxis jetzt rassistisch? Bisher galt sie als Ausdruck für die Integrationsprobleme in dieser Gesellschaft – und die soziale Ungleichheit bezüglich der Lebenschancen hier geborener Menschen.

Natürlich bietet diese Form der Zuwanderung auch Chancen. Eines der Stichworte ist der demographische Wandel. Wer aber so hartnäckig alle Probleme ausblendet, die in der bisherigen Zuwanderungsgeschichte aufgetreten sind, muss seine Gründe haben. Sie liegen im deutschen Asylrecht, das Yogeshwar eine historische Errungenschaft nannte. Plasberg wagte den Einwand, ob es sich in Wirklichkeit nicht um eine Einbahnstraße handelt. Dessen Ausgestaltung ist nämlich international einmalig. Nur hier wird jedem Menschen das Grundrecht auf einen Asylantrag eingeräumt. Deshalb gibt es auch keinen Missbrauch dieses Grundrechts. Wie soll man ein Grundrecht missbrauchen können, das dieser Staat jedem Menschen auf dieser Welt eingeräumt hat?

Aber hier liegt das Problem. Herrmann wies auf die geltende Gesetzeslage hin. Asylbewerber etwa vom Balkan müssen wieder in ihre Heimat zurückkehren, wenn sie nicht als politischer Flüchtling anerkannt werden. Das ist die logische Konsequenz. Frau Peter dagegen fand jeden Grund, um diese Schlussfolgerung nicht zu ziehen. Man solle die Syrer aus dem System herausnehmen, die Altfälle pauschal positiv bescheiden und den Flüchtlingen vom Balkan eine Form der Arbeitsmigration ermöglichen. Damit fielen sie ebenfalls aus der Statistik heraus. Die Armutszuwanderung, so ihr Argument, sei ein legitimer Fluchtgrund. Schließlich wies sie noch auf die Praxis in anderen EU-Staaten hin, bei den Roma aus dem Kosovo oder Serbien den Status der Gruppenverfolgung anzuerkennen. Angesichts dieser Rhetorik empfand man als Zuschauer plötzlich Verständnis für Griechenland. Man kann wirklich jede Statistik so interpretieren, damit sie in das eigene Weltbild passt.

Gehöre ich zu dieser Gesellschaft dazu?

Ulrich Reitz, der Chefredakteur des Focus, stellte die entscheidende Frage. Wie viele Flüchtlinge dürfen es am Ende sein? Frau Peter drückte sich um die Antwort herum. Darauf wartete man tatsächlich vergebens. Wie auch? In ihrer Ideologie hat de facto jeder Mensch das Recht, sich in der Bundesrepublik niederzulassen, der seine Lebenssituation verbessern will. Dieses Anliegen ist nachvollziehbar, aber liegt es im Interesse dieses Landes? Es war bei Frau Peter und Yogeswahr nicht erkennbar gewesen, wo diese Grenzen liegen könnten. Damit ruinieren sie das von ihnen so geschätzte Asylrecht. Es beruht bis heute auf die Unterscheidung zwischen den Flüchtlingen, denen man eine Zukunft in Deutschland gewähren will, und denen man das verweigert. Diese Unterscheidung hatte gleichwohl schon immer etwas Willkürliches.

Das wurde an Nurjana Arslanova deutlich. Die junge Frau kam mit ihrer Familie im Jahr 2002 aus dem russischen Dagestan nach Deutschland. Der Asylantrag wurde abgelehnt, aber sie erhielt eine sogenannte „Kettenduldung“. Mit diesem unsicheren Aufenthaltsstatus sitze sie „wie auf gepackten Koffern“. Sie absolvierte trotzdem ihre Schullaufbahn, macht zur Zeit eine Ausbildung zur Erzieherin. Ihr war die tief sitzende Frustration über diese deutsche Asylgeschichte anzumerken. Es ist eine Form der Demütigung, Menschen wie Frau Arslanova solange die Antwort auf eine existentielle Frage zu verweigern: Gehöre ich zu dieser Gesellschaft dazu? Sie ist bestens integriert, auch politisch engagiert. An Frau Arslanova wurde der Bankrott einer Flüchtlingspolitik deutlich, die sich nicht entscheiden kann. Nämlich Menschen frühzeitig eine klare Antwort zu geben, ob sie bleiben dürfen oder nicht. Das betrifft aber auch die Deutschen selbst, inklusive der Zuwanderer der vergangenen Jahrzehnte. Sie müssen wissen, was auf sie zukommt.

„Die Stärke der EU ist es, wenn Grenzen fallen.“

Das kann nicht mit wolkigen Erklärungen gelingen, wie bei Yogeswahr: „Die Stärke der EU ist es, wenn Grenzen fallen.“ In Wirklichkeit „gibt es immer mehr Länder, die den Schutz der Schengen-Außengrenzen nicht mehr gewährleisten“, so die Antwort von Herrmann. Die Grenzen in der EU fallen tatsächlich. Die Menschen in den nahöstlichen Flüchtlingslagern vertrauen auf das Versprechen Deutschlands, sie aufzunehmen. Es beruhte auf der Voraussetzung, es in dieser Form nie einzulösen müssen. „Wir können das schaffen“, so formulierte es die Bundeskanzlerin in ihrer gestrigen Pressekonferenz. Frank Plasberg bemühte sich ebenfalls darum, diesen Eindruck zu vermitteln. Davon ließ sich sogar ein CSU-Innenminister sichtbar beeindrucken. Proteste gegen diese Sendung sind daher nicht zu erwarten. Sie sollte trotzdem möglichst lange in der Mediathek der ARD zu sehen sein: Als Beispiel für Realitätsverlust. Den sollte sich die Kanzlerin aber nicht leisten. Ansonsten droht nicht nur ihr ein böses Erwachen.

126,4

Dark Germany, Bright Germany: Which Side Will Prevail Under Strain of Refugees?



Hermann Bredehorst/ DER SPIEGEL

Germany is experiencing an unprecedented influx of immigrants who will fundamentally change the country. They represent a burden, but also a chance to create a New Germany, one that is more cosmopolitan and generous. By SPIEGEL Staff

Anger is in the air. Angela Merkel has come to Heidenau and the locals are lined up to see her. But it is anything but a friendly welcome: It is a crowd full of hate. Some call out: "Traitor to Your People!" Others yell "We Are the Pack," a reference to Deputy Chancellor Sigmar Gabriel's strong condemnation of right-wing, anti-refugee demonstrators.

It is the pride of idiots. After the chancellor disappears into the former building supplies store, where 400 refugees have found shelter, the residents of the small Saxony town begin talking about the outsiders who have become their temporary neighbors.

"Did you see the young men? Full of hormones and with nothing sensible to do. They can't help but get dumb ideas," says one tanned pensioner wearing a bike helmet. A woman nods and says she no longer allows her granddaughter to walk past the building supplies store alone.

A policeman with foreign features is standing in front of the villagers wearing a firearm and a baton, but his face is friendly. Eventually, he joins the discussion. "I was born in Germany in 1980, but my parents are from Afghanistan," he says. "They came to escape the war with the Russians." His German is flawless. The emblem of the Lower Saxony police force is displayed prominently on his breast. The Saxons around him listen closely. And are amazed.

"My father was a teacher in Afghanistan and my mother worked in the technical field," the policeman says. "But of course they could no longer practice their professions here." The young man speaks calmly, but insistently, looking at the people behind the police barricade directly in the eyes. He declines to give his name -- not out of fear, but because he doesn't want to speak of his political viewpoints while in uniform. The man with the Afghan parents has completely internalized Germany's civil servant principles.

The Heidenau residents say nothing; their enmity goes silent for a short moment. For the first time all day.

Germany, in this late summer of 2015, can be a confusing place. There are migrants in uniform who have to protect the chancellor, herself from East Germany, from an eastern German mob.

The attacks on refugee hostels in Germany have reached a [shocking level](#) this year. By July 6, there were fully 199 of them, and the attacks have shown no signs of stopping. At the same time, though, Germans seem [more willing to help](#) than ever before. They visit refugee hostels, bringing along clothes and toys. They cook together with the Syrians and Sudanese. They invite migrant boys to join the football teams where their own children play.

Which Germany will prevail? The Germany of racist chants from the roadside? The Germany of rioters and drunken rock-throwers? "Dark Germany," as President Joachim Gauck calls it? Or will it be the new, bright Germany, represented by the young policeman with his roots in Afghanistan? Will Western Europe ultimately prefer to allow the refugees to die in trucks rather than to open the door to the desperate? Or will Germany rejoice in helping and in allowing the refugees to take part in the unbelievable prosperity that the republic has enjoyed in recent decades?

Germany has always harbored its illusions about migrants. In the 1960s, it was said that the workers brought in from Italy and Turkey were only guests in the country, helping hands on the assembly lines of Bosch and Daimler. Then, when they stayed and their children sat next to German kids in schools and Turkish vegetable stands sprung up on every street corner, the overwhelming majority of German policymakers continued to refuse to identify Germany as a country of immigration.

Is a new lie now being told today? Germany's political leadership still hasn't made up its mind and seems simultaneously tentative and courageous. It is hard to know in which direction it will end up going. German Interior Minister Thomas de Maizière long acted as though the problems were merely administrative in nature.

But there are rays of hope. After days of silence, the chancellor visited the refugee hostel in Heidenau that were the target of right-wing protests last weekend. Her deputy chancellor, Gabriel, had earlier this year voiced understanding for the xenophobic protests of the Pegida movement, known by its full name as Patriotic Europeans against the Islamization of the Occident. This time around, though, he didn't mince words. The protesters, he said, were "a pack, a mob" that "should be locked up."

But how long will this consensus, this alliance of reason, hold up? That's just one of the many questions that must now be addressed. As many as 800,000 refugees and migrants may arrive in Germany this year, according to Interior Ministry forecasts. And even if we don't really know how things

will develop in coming years, one thing is certain: The numbers aren't likely to drop appreciably. The civil war in Syria grinds on, there is no end in sight to terror in Iraq, and the situation in Eritrea isn't likely to improve any time soon, to name just a few significant drivers of migration.

It is also certain that the newcomers will change our country. Germans have only recently become used to the idea that they live in a country of immigration and now, the next illusion is being destroyed: that there is such a thing as controlled immigration. It isn't just the best minds that are coming to us; it is people fleeing Assad's barrel bombs and Islamic State brutality. They are running for their lives, whether they are illustrious or illiterate.

The good news is that most Germans don't have a problem with this. Sixty percent are of the opinion that the country can absorb the huge numbers of refugees currently arriving. And a new form of civility is developing, one that isn't just being driven by pricks of conscience and the weight of the past. Rather, it is fueled by the joy of doing good. But how long will it last?

During the World Cup in 2006, Germany presented itself as a joyful country. Finally the world liked the Germans. But it was an easily earned affection. A bit of good weather and a few people waving flags for football instead of for fascism was enough.

Now, though, the situation is a different one. The refugees are going to be a burden on the country; that much is clear. They will move into apartments that are already in short supply in some cities. They will present a challenge to teachers, because children who speak no German will enter the school system. This will not be the kind of summer fairy tale that 2006 was.

This new Germany will demand a fair amount from its citizens. But it also represents an opportunity. The refugees are mostly young, whereas Germany is rapidly aging. At the moment, the vast wave of desperate newcomers is dividing the European Union, but it also presents a chance for the community to find a new identity. It could also provide further proof that German democracy works even in moments of great difficulty and challenge.

But what must be done for the positive to prevail? And how might the country -- the destination of dreams for hundreds of thousands, if not millions, of refugees -- be changed?

Happiness

Günther Schulze has two mobile phones. One rings every couple of minutes while the other receives an unbroken stream of emails. A woman has a mattress to donate, 200 centimeters by 90 centimeters, but it has to be picked up. Another is collecting school bags: "How many do you need?" A third writes in with the information that the publishing house he works for has just made its online Arabic-German dictionary available free of charge. Schulze says he could spend the whole day writing answers. And he would like to send thank you notes to everybody. But he is starting to worry that, if he did, he would no longer have enough time to take care of his real work.

One year ago, the Willkommensbündnis für Flüchtlinge (or Welcoming Alliance for Refugees) was established in the upper middle-class Berlin quarter of Steglitz-Zehlendorf. Some 300,000 people live in the district along with, as of recently, a few hundred refugees divided up among five shelters. More than 1,000 people support the initiative with 300 people volunteering their time to help the newcomers with bureaucratic formalities or to collect donated clothing for them.

It is just one example of a new grassroots movement of a kind never before seen in Germany. "At the beginning of the 1990s, there was a wave of people willing to help the refugees who were coming to the country to escape the war in Yugoslavia," says Olaf Kleist, a research fellow at the Refugee Studies Center at Oxford University. "But it wasn't nearly this big or this broad."

It is a movement from the center of German society. But it is one not focused inward, but outward, toward those who are now arriving in the country. "It is a clear indication that the German society is prepared to change. It is becoming more curious and open to novelty," Kleist says.

Gaby Engelmann, for example, became involved because she found the protests against a refugee hostel in the Berlin quarter of Hellersdorf to be so insufferable. She got in touch with the Willkommensbündnis and initially helped by distributing clothing before another helper asked her to accompany a refugee on a visit to the authorities. Her calendar entry for that February day read "10:00 a.m. Syrian." Today, she sees that Syrian almost every day. "My son has taken to calling him 'half-brother,'" the 69-year-old says. She has accompanied him to various agencies and to the health insurance company. She demanded a credit rating for him from the German agency responsible and even called the German Embassy in Beirut so that his family might join him more quickly.

"I suddenly feel happy," Engelmann says. "I am becoming acquainted with other cultures, I have improved my English and I have many new friends."

The readiness to help is particularly large among pensioners like Schulze and Engelmann. They have plenty of time and many of those in their age group are looking for something to give their lives meaning after all those years in the labor market. They see Germany as an island of prosperity and feel morally obliged to help.

Such good intentions will permanently change Germany. Helpers, and society at large, are changed by their interactions with the refugees. Contact with people from other cultures becomes more normal and tolerance rises as a result. A new view is created of the foreigners coming to the country: a view free of prejudice, but also free of illusions.

But volunteer work cannot completely supplant the state. Günther Schulze, founder of the Willkommensbündnis, sometimes feels abandoned. If citizen initiatives are going to take on tasks that should really be fulfilled by the state, then they should at least get financial support for doing so, Schulze demands. Sometimes, it would also help if the bureaucrats were a little less zealous in their work. One thing refugees can be sure of as soon as they have found their first apartment in Germany: As absurd as it may sound, one of their first pieces of mail will be a letter demanding their contribution to Germany's public broadcasting system.

Seduction

Something is changing. Alexander Gauland can feel it when he goes to his local bar in Potsdam. People stop at his table to chat; some even want to sit down with him. They say things like: "It's good that you are tackling the issue of asylum-seekers." He has even had perfect strangers yell to him during his evening swim in a nearby lake: "Keep it up!"

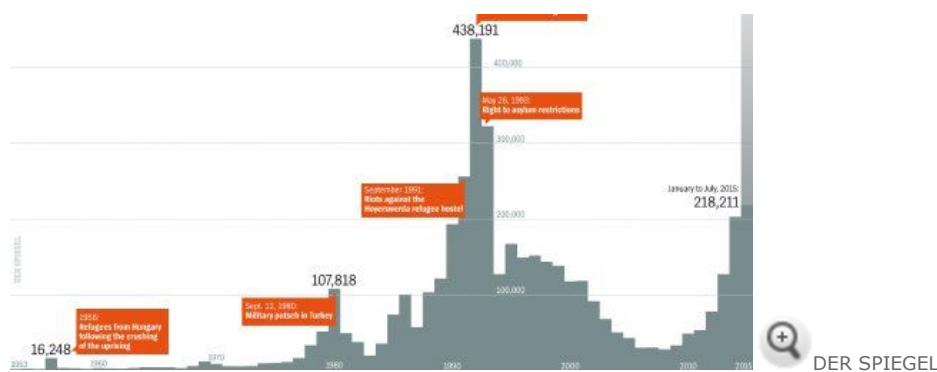
Alexander Gauland, 74, is deputy head of the Alternative for Germany (AfD). The party began as an anti-euro organization, but Gauland was one of the first to nudge it towards being anti-foreigner as well, even if he would never say it quite like that.

"We will certainly continue to be needed," Gauland says, when asked if his party has a bright future ahead of it. "The Germans won't accept 1.5 million refugees. The mood will change. When it does, you can only hope that people will vote for us instead of for the NPD," he adds, referring to the neo-Nazi National Democratic Party of Germany. Gauland sells himself as a savior of political honesty. The AfD, he says, isn't afraid of talking about uncomfortable truths. If that is populist, he says, then he is happy to be given that label.

In the coming weeks, Gauland will demand that young Germans be given specialist training instead of taking in "foreign, unqualified people." He will demand that guards and police be better protected against violent conflicts among asylum-seekers. And, Gauland would "suspend the right to asylum if the refugee problem can't be solved in another way."

Gauland is at pains to appear the Prussian gentleman, an educated man in tweed who quotes the 19th century German author Theodor Fontane and greets women by kissing their hand. But in the last Brandenburg state election, he won 12 percent of the vote -- on the strength of his campaign against a refugee hostel. He took part in the anti-Muslim demonstrations in Dresden organized by the xenophobic Pegida organization and professed to seeing only "completely normal citizens" there. After a planned refugee hostel went up in flames in Nauen recently, Gauland blamed the politicians -- for not taking the worries of the populace seriously.

Is history repeating itself? In the 1990s, right-wing extremist parties were able to profit from the fear of an "asylum glut." In 1992, the right-wing nationalist party DVU landed in the Schleswig-Holstein state parliament with 6.3 percent of the vote and the nationalist-conservative Republicans got 10.9 percent in a state vote in Baden-Württemberg. That year, some 438,000 asylum-seekers arrived in Germany. This year, almost double that amount is expected.



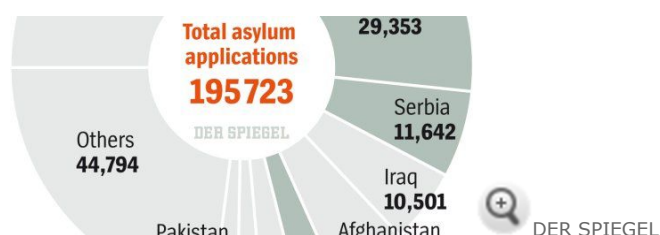
Graphic: Waves of Asylum-Seekers in Germany

But times have changed. Germans have become [more cosmopolitan](#) and their understanding for misery in the world, and for the motivations driving the refugees, has grown as a result. Furthermore, many frustrated voters don't end up joining forces with the right wing. They simply don't vote at all.

Nevertheless, the refugee crisis is likely to influence the political decisions taken by many voters. "The fears in the 1990s were similar to those of today," says Matthias Jung, head of the leading German polling agency Forschungsgruppe Wahlen. "It's just that the economic situation was much worse back then. There wasn't only the irrational fear of too many foreigners, but also the rational fear of unemployment." Many people, particularly in former East Germany, lost their jobs in the months and years after reunification. The right-wing at the time handed out leaflets reading: "Today, they are standing at your machine. Tomorrow, they'll be sleeping with your Christine."

More than 20 years later, the economic situation is better and fear of foreigners is less of a factor. "Many voters doubt the abilities of policymakers," Jung says. They have the impression, he continues, that ministers, agencies and parliamentarians are helpless in the face of the inflow of refugees.

Which is why it is imperative that the burden of that inflow be more fairly distributed. That isn't populism. It is a dictate of rationality. In the first seven months of this year, 44 percent of the migrants arriving in Germany came from the Balkans. Their reasons for coming may be totally legitimate, but their home countries are free of both war and totalitarianism. The asylum applications of these people must be processed more rapidly. And they have to leave the country more quickly.



Graphic: Asylum-seekers in 2015 by country of origin

At the same time, with some 87 percent of them being accepted anyway, the asylum applications of Syrians could also be sped up. Since 2001, an EU guideline demands that help, free of bureaucracy, be offered to civil war refugees. But still today, the guideline would seem to exist only on paper.

Mistrust

On Monday, European Commission Vice President Frans Timmermans and European Commissioner for Migration Dimitris Avramopoulos will leave the sterile hallways of their Brussels offices to take a personal look at the misery of the refugees in the port city of Calais, in northern France. The [unofficial camps](#) surrounding Calais have become a symbol for the failure of Europe's refugee policies.

"Is this Europe?" asks Ali, and gestures at a hovel made of plastic sheeting. Using a couple of twigs and a ball of paper, he lights a small fire between three rocks to cook some rice. Ali is a 29-year-old from the crisis region of Darfur in Sudan and is an engineer. On the way to northern France, he crossed the desert to Libya and then paid traffickers several thousand euros to bring him across the Mediterranean.

Here, on the English Channel, he is almost 5,000 kilometers from home and he still hasn't reached his goal. Like many of the more than 3,000 people in the "Jungle," as the camp is known, he wants to get to Great Britain. "I have friends in London," he says.

Every evening, Ali and his friends head out looking for a hole in the security fence protecting the Calais ferry port and the entrance to the Eurotunnel, like some gigantic prison. Every night, French police patrols with their dogs try to prevent the refugees from continuing on their dangerous journey. It has become a daily routine in the heart of Europe -- a routine that regularly results in injuries and even death.

Illegal camps like the "Jungle" shouldn't actually exist. Europe, an "area of freedom, security and justice without internal frontiers," according to the Lisbon Treaty, has joint standards pertaining to the housing of refugees. But the European rules have become fragile as a result of the hundreds of thousands of migrants crossing the borders into the EU.

Thus far, Europe has responded to the crisis with organized irresponsibility. Italy and Greece allow asylum-seekers to continue their journeys, despite the Dublin Regulation, which requires that refugees apply for asylum where they first enter the EU. It is a system that has allowed countries like Germany and France to ignore the true dimensions of the problem for years.

But there are plenty of other indications as well that the EU migration system is collapsing. Hungary and Bulgaria, for example, are building border fences and Slovakia has said it only wants to accept Christian refugees, and not Muslims. Austria's government announced that it would cease processing new asylum applications. Great Britain intends to pass strict laws against illegal immigration.

Chancellor Merkel is concerned that the refugee crisis has the potential to destroy the European idea. What, after all, are the wonderful ideals worth when all Europe is talking about is how to keep the desperate and rejected away? Recently, German Interior Minister de Maizière called into question one of the great achievements of united Europe: border-free travel in the Schengen area. As though such efforts would stop refugees like Ali.

The fire in Ali's hovel finally burns hot and the water on his cast-iron pot comes to a boil. The tent's plastic sheeting flaps as a column of black vehicles speeds down the pot-holed road nearby. They are officials who have come in advance of the approaching visits of senior European and French politicians.

It is often said that Europe grows in times of crisis. But that isn't how things currently look. On the contrary. It almost seems as though the refugee emergency is bringing out the worst in Europe: xenophobia, isolationism and the eternal argument about who is responsible. But the late summer of 2015 also offers the possibility of reflection. The refugees present Europe with the opportunity to show that it takes seriously the values spelled out in its treaties.

A good start would be an agreement by all member states on a fair refugee distribution plan so that countries like Italy and Greece, Germany and Sweden, are not forced to carry the lion's share of the weight. But the mutual distrust among Europe's heads of government has already become too great for such an agreement. Another necessity is the development of a common asylum policy. Even though the EU long ago agreed on a joint asylum system, the rules are applied differently in each country, which is one reason why Germany is such a popular destination country.

Europe's long-term goal, though, has to be that of fighting the causes of migration. Of course Europe won't be able to quickly impose peace on Syria or to transform Eritrea into a democracy. But at the moment, EU member states aren't even trying to look beyond the borders of Europe. EU countries agreed 10 years ago to increase their development aid to 0.7 percent of their gross domestic products. But hardly any member states have achieved that goal.

Instead, the EU is planning new incentives to encourage African countries of origin to take back the refugees that Europe rejects. At the EU-Africa summit in Malta in November, the European Commission intends to offer €1 billion more for an EU-Africa trust fund -- but the money will only be provided in exchange for cooperation.

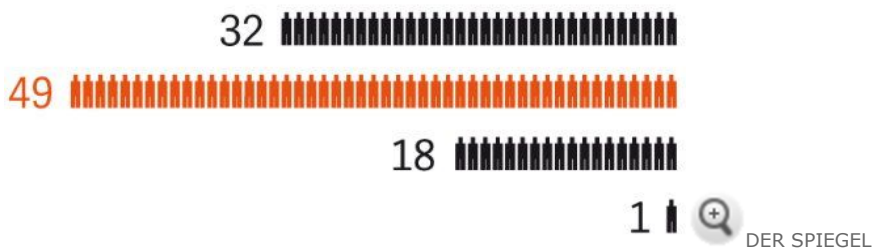
Hope

Is it naïve to tell the story of Bnana Darwish? Of course not all children from refugee families are such luminous examples as she is -- educated, cultivated, hungry for opportunity.

Darwish's father worked in Syria as a teacher of the Muslim religion and as a teacher trainer while her mother is a translator of English. At the end of 2012, the Darwish family had to flee from Damascus to Beirut due to the civil war. In spring 2014, they arrived in Baden-Württemberg as part of the contingent of Syrian refugees that Germany had agreed in 2013 to accept from Lebanon.

Bnana, 25, now lives in a house there with her father and four siblings. Her mother remained in Lebanon. Bnana's youngest brother is going to a college-prep high school and she herself got a scholarship, sponsored by the state and by the German-American Exchange Service (DAAD), to begin studying architecture at the University of Stuttgart in October.

Age Distribution of asylum applicants in Germany in 20



Graphic: Age distribution of asylum-seekers in Germany in 2014

It would be an exaggeration to proclaim Germany an integration success story because of Darwish, but it is still a positive example. One of the primary causes of the "parallel societies" that have developed in Germany is the lack of education. Immigrants who came to Germany in the 1960s and '70s tended to have limited education. The problem was made worse by Germany's refusal to provide training to the "guest workers." The country erroneously believed that the workers would leave again once they were no longer needed.

Now, Germany has a double opportunity. Not all of those currently coming are uneducated, particularly from countries like Syria, where the middle- and upper-classes are fleeing as well. A study by the Nuremberg-based Institute for Employment Research found that 13 percent of new arrivals in 2013 had a university degree, with almost one in four having at least a high school diploma.

Still, the largest group of newcomers, some 58 percent, has no occupational training whatsoever. If the country wants to avoid the mistakes made in the past, these people must quickly be given training. That will be one of the largest tasks in the coming years.

Already, some politicians are complaining that schools don't have the capability to accept more refugee children. "Capacity has been reached," wrote Erfurt Mayor Andreas Bausewein this week, for example, in an open letter to the chancellor and to the governor of his state of Thuringia.

And the situation is indeed a serious one. The statistical office in the state of Baden-Württemberg just recently discarded its forecasts for the number of schoolchildren it expects to enroll during the next 10 years. Instead of a decline, the statisticians now expect to see significantly more pupils in the state's elementary schools. Similar adjustments are being made by other states in Germany, with Hamburg enrolling more school children for the coming school year than it has since 1983.

Still, it would be wrong to exclude refugees from the school system. If Germany wants today to avoid laying the groundwork for tomorrow's problems, then refugee children must be quickly allocated slots in German daycare facilities. Their right to a spot from the age of one is already written into German law, but in practice, municipalities often fail to create sufficient capacity.

Furthermore, the German school system needs thousands of new teachers to deal with the refugees. In the coming years, that effort will likely cost hundreds of millions of euros. Still, it would be money well invested. The German labor market, after all, is healthy.

"It is erroneous to believe that refugees could take jobs away from people," says Holger Bonin, labor market expert at the Center for European Economic Research. Hotels, restaurants, care homes and farmers: All are searching for workers.

But asylum laws still place hurdles in the way. To integrate refugees into the labor market more quickly, it is high time to eliminate laws that give German and EU citizens priority for job openings. It is a highly bureaucratic form of discrimination that helps nobody. In practice, Germans don't want the kind of jobs -- in gastronomy, or harvesting asparagus -- that refugees are looking for anyway.

Furthermore, refugees in on-the-job training programs must be given the right to remain in Germany for at least three years after the completion of their apprenticeships. The reason? Many employers don't see the value in training refugees if there is a risk they might have to leave the country as soon as they are finished.

Disappointment

Oliver Junk's climb to nationwide fame began on Nov. 19, 2014. That was the night that Junk, the mayor of the central German town of Goslar, held a speech with a surprising conclusion, at least for a conservative Christian Democrat like himself. "We can only survive with immigration," he said. "Migration is good for us!"

Junk said that shrinking towns like Goslar could "also profit from refugees." They could be helpful as workers, would lower the population's average age and enrich the town culturally. Between 2002 and 2013, Goslar lost 4,000 residents, almost a 10th of the population. Currently, the city needs at least 200 immigrants per year to prevent the population from shrinking further.

The idea of using refugees to help solve Germany's demographic problems seems plausible. Were refugees to be settled in rural areas that are suffering from population decline, it could help combat the trend of people moving from the country to the cities -- "the constant internal migration from the periphery to the centers," as Reiner Klingholz, director of the Berlin Institute for Population and Development, calls it.

But Klingholz has difficulty believing in the idea of saving Germany's rural areas with refugees. The problem is massive, particularly in eastern Germany. But the reason is the lack of jobs in such areas. "People go where they can find work," Klingholz says, adding that it is also true of refugees.

In addition, large cities like Berlin or Cologne already have networks of people from many of the countries from which refugees are currently fleeing. They can offer newcomers both help and familiarity. By contrast, small towns in Mecklenburg-Western Pomerania, for example, are full of xenophobia

and prejudice. The pattern is the same elsewhere, with immigrants preferring to settle in metropolitan areas. Even in a country like the United States, which has traditionally accepted vast numbers of refugees, newcomers tend to avoid places like the rural Midwest.

Refugees are also unlikely to have much of an effect on Germany's aging society. Migrants do tend to have more children than German women, but the difference isn't huge: 1.6 children per woman versus 1.3. Demographics expert Herwig Birg says that up to 2 million immigrants would have to arrive every year in order to reverse the country's aging trends.

Back in Goslar, three-quarters of a year has passed since Junk's speech and nothing has changed. A political leader in the region, from the center-left Social Democrats, is blocking Junk's plans because, he says, Goslar is unable to integrate more refugees. Junk admits to being "a bit frustrated."

Honesty

Esra Küçük was nine years old when racists set fire to accommodations for immigrants in both Rostock and Mölln. It was 1992. Küçük knew of the attacks primarily from stories her relatives told. They had little connection to her own life -- at least not until this summer.

Küçük, 32, is the founder and leader of the Young Islam Conference (JIK), a Berlin-based NGO that has for years successfully championed the interests of young Muslims in Germany. JIK has chapters in several German states and its members have been invited to meet with officials in the office of the German president and the Foreign Ministry.

Currently, the organization is dealing with almost daily reports of new attacks on refugees in Germany. During the first six months of this year, the Federal Criminal Police Office (BKA) recorded 199 attacks on asylum-seeker accommodations, almost three times more than during the same period last year. Küçük frequently gets calls from immigrants who fear for their lives. "We're seriously asking ourselves if the 1990s have returned," she says.

But Germany is far from the 1990s. In contrast to the attacks in Rostock, leading German politicians have been far more decisive in condemning racist activities. German society has also changed. In western Germany, one in three primary school children comes from a family with an immigrant background. Germans have also become accustomed to senior government officials like Aydan Özgür, a minister of state in Merkel's Chancellery who is also Germany's commissioner for migration, refugees and integration, as well as famous film directors like Fatih Akin, who became known around the world for his film "Head On" about Turkish-Germans. It doesn't get any more conservative or traditional than the world-famous Oberammergau Passion Play, which is staged only once a decade. The 2020 performance will be directed by Abdullah Kenan Karaca, the son of Turkish immigrants. "Immigration has become part of normality in Germany," says Küçük.

Küçük grew up in Hamburg as the child of Turkish guest workers. At her high school, she was one of the only ones who was the child of immigrants. She remembers teachers asking her if she had been married off. Neighbors would ask when the family finally planned to return to Turkey.

At the same time, her own life continued to develop. Küçük got high scores on her high-school exit exams and studied politics at universities in Münster and Frankfurt. She later rose to become a manager of a major German foundation. Just like the police officer from Lower-Saxony with Afghan roots, she's the embodiment of the new Germany -- an immigrant who has made it.

It's a rainy August afternoon and Küçük is sitting in a hotel lobby in Hamburg, where she is participating in an international conference of young leaders. The guests from Brazil, India and the United States ask her what's wrong with Germany. Are the Nazis returning to power? Küçük makes a swiping gesture on her iPhone. The news about right-wing extremist rioting in Heidenau or Freital alarms her, she says, before adding: "I have never experienced hatred like that."

There's never been as much hate, but also never as much helpfulness -- it's a simple formula that accurately sums up the new Germany. The silent majority falls between these two poles. "Those who have always griped are griping even louder now. And those who always had a positive attitude are now getting active and helping," says Joachim Eisenkolb, the mayor of Elchingen, a town located along the Danube River near Ulm. The town has become a model for the integration of refugees in Germany. He says the majority of people in the town are "sympathetically neutral" to the refugees.

The major task for German politicians now is to ensure that this sympathetically neutral majority doesn't defect into the camp of the gripers. But two things are necessary in order to guarantee this happens: boundaries and honesty.

Politicians need to establish boundaries to ensure that Germany isn't overwhelmed, and that people's openness and helpfulness isn't overstrained. And they need to talk openly about the costs that Germans will soon be facing. After all, integration doesn't happen for free -- there are costs, both financially and socially.

The coexistence of hundreds of thousands of Arab and African Muslims -- in addition to the millions of Turks and people of Turkish origin already living here -- will test the limits of German tolerance. The country will again debate whether headscarves should be allowed in government workplaces, whether girls should be required to take co-educational swimming classes, whether minarets can be as high as church steeples and how loud the muezzins can conduct their calls to prayer. But this is a test that German society can, indeed must, endure.

If, fearing the wrath of voters, politicians duck uncomfortable truths, the hatred will spread and the public will lose faith in politics. Essentially, what Germany is confronted with is a double integration process: that of refugees who are coming to Germany and that of Germans who no longer feel they are a part of their own country. The only way societal cohesion in this new Germany can be guaranteed is if both of these groups are carried along as the country moves forward.

Mayor Eisenkolb is still optimistic. "Germany already managed to do this twice -- after World War II, when many refugees came, and again when the wave of guest workers arrived. "So, yeah, I'm sure we'll manage to do this again," he says. But he also laments that the political framework is lacking for dealing with the refugees. The top structures are absent. "I don't have the power to steer opinions," he says.

So far, the vast majority of Germans have shown themselves to be immune from right-wing populism. Alexander Gauland and his Alternative for Germany party is struggling to remain above the 5 percent mark in polls and it is anything but certain that it will clear the hurdle for seats in parliament in the next general election two years from now. But even if it does, it won't necessarily pose a significant threat. Right-wing populist parties are a part

of the political spectrum across Europe. That's certainly not something people should welcome, but even if AfD does get seats, it won't pose a threat to democracy. Germany would be able to withstand it.

A failure of integration, on the other hand, is something Germany can ill afford. That's also a fact politicians need to address openly. It may well be that asylum-seekers from Syria and Eritrea go back to their homelands in a few years if peace and stability is restored. But it is just as possible that many of them will remain in Germany for years or decades to come. It is thus imperative that the government foster their integration. Successful integration policies offer the most successful means of combating racism. At the same time, failed integration can have two consequences: It can provide fertile ground for xenophobia and it can exacerbate security problems. So far at least, Germany has been largely spared from Islamic terrorism, but that may not be the case in the future.

It would already be helpful if those willing to assist refugees weren't hamstrung by the pitfalls of German bureaucracy. Just about every helper you talk to has stories to share about how solutions and support are hindered by some regulation or other. In the town of Jugenheim in the state of Rhineland-Palatinate, for example, refugees were asked to provide their Syrian birth certificates before they could receive the cards necessary to access to Germany's national healthcare system. "Why don't you just make a call to Aleppo," the friendly health insurance employee recommended, without realizing that the city is completely bombed out.

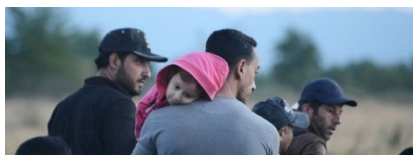
"An application is required for everything," says one volunteer -- for lunch at all-day schools, for the costs of extra-curricular activities. Even a visit to the doctor requires that a form be filled out the first time. It feels like everything has to have that exaggerated Germans sense of order. That's something that will have to change in the new Germany, too. The arrival of the refugees will force quicker, more pragmatic and unconventional solutions. Things simply won't work any other way. Indeed, a bit of chaos is something that we, as Germans, actually ought to hope for.

By Melanie Amann, Jan Friedmann, Christiane Hoffmann, Horand Knaup, Martin Knobbe, Peter Müller, Conny Neumann, René Pfister, Maximilian Popp, Cornelia Schmergal, Christoph Schult and Michael Sontheimer

126,11

Countering the Hate: 'People Are Getting Involved in Tremendous Ways'

By Roland Nelles and Anna Reimann



AP/dpa Syrian refugees in Turkey wait for a new life in Europe.

Around 800,000 refugees are expected to arrive in Germany this year, with the number of Syrians growing rapidly. Manfred Schmidt, Germany's top migration official, discusses how the country is coping with the massive influx.

More asylum-seekers than ever before are expected to arrive in Germany this year. How can politicians, government authorities and normal people best handle the massive influx? In an interview, the president of the German Federal Office for Migration and Refugees, Manfred Schmidt, calls for tougher measures to lower the number of asylum-seekers from the Balkans so as to be able to help people fleeing wars or persecution and are in need of a safe haven. He also offers suggestions on how Germany could provide better support in Africa in order to slow the arrival of immigrants from the continent.

Schmidt says he is convinced German society will be able to integrate the tens of thousands of refugees from Syria who are making their way to the country.

SPIEGEL ONLINE: Mr. Schmidt, more and more refugees are coming to Germany. You have estimated there will be 800,000 asylum applications this year, a figure that is four times greater than last year and a significant increase over initial forecasts from earlier this year. Will this figure continue to rise?

Manfred Schmidt: That's difficult to say. Whether we have similarly high numbers next year will depend on if we succeed in lowering the influx from Balkans countries like Serbia and Albania. People who come from this region are almost never recognized as refugees or as being eligible for asylum. But they also represent around 40 percent of all current asylum-seekers in Germany.

SPIEGEL ONLINE: What trends are you identifying with the Syrian refugees? Hundreds of thousands of Syrians are currently in Turkey waiting to make their way to Central or Western Europe.

Schmidt: Thus far in 2015, Syrians have comprised the largest group of asylum-seekers in Germany. The reason the Interior Ministry increased its forecast so dramatically is because of the sheer number of Syrians and Iraqis who have made their way to Germany over the Aegean Sea during the summer months. It is likely this figure will grow. The situation in transit countries like Turkey and Lebanon is deteriorating and the Syrians' sense of hopelessness is growing as well. Many Syrians who fled to neighboring countries had hoped to return. But now they are seeing the situation in Syria become worse and worse. Nor do they see any opportunities in Lebanon or Turkey. Many children haven't had the possibility of going to school for years now. A lost generation is starting to grow up there. The result is that people now want to go to places where they feel they have the chance to build a life. In addition, an estimated 200,000 family members from Syria are also expected to be given the right of residence in Germany in the coming years.

SPIEGEL ONLINE: There has also been an increase in the number of people arriving from sub-Saharan Africa recently, many of whom are coming due to economic despair. It is estimated that Africa's population will almost quadruple by 2100. Are African refugees going to become a greater issue in Germany?

Schmidt: We have to differentiate very clearly here. On the one hand, you have asylum-seekers from countries like Eritrea or Somalia who have fled for political reasons. Or Nigerians who are escaping the Islamist Boko Haram militia. On the other hand, you have a large number of people from other West African countries who have left because they want a second chance. They don't see any opportunities for building a life in their country for economic reasons and want to come to Europe or Germany to work and provide support for their family back in Africa.

SPIEGEL ONLINE: The situation there didn't just suddenly grow difficult a few years ago. Can you explain the current surge in refugees coming from the region?

Schmidt: The world has become a lot smaller in the last 20 years. People have greater access to information thanks to the Internet and mobile phones. So word gets around that Germany is the economic engine of Europe, that workers are being sought here and that it's a safe and orderly place. If you speak to refugees, they sometimes talk about things that are, for us, so self-evident that we take them for granted. One man said to me: "We think it's great that you have red lights and people stop when they see them." Our reputation abroad is much better than we think.

SPIEGEL ONLINE: What opportunities can Germany provide these refugees?

Schmidt: We must convey to these people that the asylum system is not the correct path to Germany for them. We also need to make it clear to the African countries that there are legal ways of emigrating to Germany as a laborer -- in industries, for example, where there is a shortage of workers, like nursing care and health services. A training agreement with African countries is also conceivable. However, it is also unrealistic and nonsensical for West Africa's entire potential labor force to come to Germany. As such, we need to continue investing in these countries so they can build their own solid structures.

SPIEGEL ONLINE: The number of refugees coming in from the Balkan countries is continuing to climb slightly, despite all the campaigns and other efforts that are intended to make clear to people that they stand no chance of securing asylum in Germany. What can be done to counter the influx?

Schmidt: Several measures need to come together. We of course need rapid proceedings, and then we need to carry out deportations more quickly. Finally, we need to adopt legal measures -- for example a re-entry ban for people whose applications have been rejected, as a law that has just come into force makes possible. We also need more judges, because around half of all asylum decisions for people from the Balkans are contested and must then be heard in court. But the example of Kosovo shows that quicker proceedings can be effective. In February 2015, up to 1,600 people arrived here from Kosovo daily. The number has since shrunk to 60.

SPIEGEL ONLINE: The mayor of the city of Erfurt, who is a member of the center-left Social Democrats, has called for children from "safe countries of origin" to not be allowed to attend German schools until a decision has been made on their asylum applications. Are the weakest to be made to suffer the most?

Schmidt: At first, it sounds a little cruel. At the end of the day, though, I don't know what is worse for the children: to be led to believe they will be allowed to stay here and to integrate them into a class for three months only to then turn around and send them back to their home country? Or to make clear to them from the very beginning that it is highly unlikely they will be able to stay here? Ultimately, I think the proposal makes sense.

SPIEGEL ONLINE: You have also proposed that cash benefits for asylum-seekers from the Balkans be eliminated. Why?

Schmidt: We need to seriously consider such a measure for safe countries of origin. Some of the people from those places are telling us that they can finance themselves back home for up to a year with the money that we provide them within three or four months. That would apply, for example, to a family of five from Albania who, in three months' time -- in addition to the clothing, food and toiletries they are given in their free initial accommodations -- are provided with over €1,600 (\$1,795). The average monthly salary in, for example, the rural regions of Albania is €200 a month. So it appears that the cash is an incentive that is contributing to people coming here, even though they almost always have to leave.

SPIEGEL ONLINE: But quicker decisions in asylum proceedings could also ensure that these people aren't provided with months worth of pocket money.

Schmidt: Is it better to retain this incentive and to first allow a family of five to move here and then to very quickly send them back than to get rid of this pull factor in the first place? I don't understand the logic here.

SPIEGEL ONLINE: There are currently around 250,000 asylum applications that have not yet been processed in Germany -- and hundreds of thousands more will soon be added to the stack. How do you intend to process them all?

Schmidt: New decision-making centers will be created in several cities and thousands of new employees will be hired this year. And in 2016, we will hire up to 1,000 more. The effect has already become noticeable. By July, we had processed more applications than during all of 2014. We assume that we will be able to make up to 200,000 more decisions during the next six months.

SPIEGEL ONLINE: How many refugees can Germany still take in?

Schmidt: When it comes to the absorption of people who are fleeing persecution and require protection, there can be no upper ceiling.

SPIEGEL ONLINE: Are we prepared as a society to integrate so many Syrian refugees?

Schmidt: Yes, I am convinced of this. The German people are getting involved in tremendous ways. For every incident such as Heidenau (where an anti-refugee riot recently broke out), there are 100 or 200 people volunteering (to help refugees) to counter it. Incidentally, the Syrians I have met take the opportunity they have in Germany very seriously and are making a great effort. They know that their new lease on life is beginning.

SPIEGEL ONLINE: Attacks on refugee hostels are taking place almost daily at the moment. Have you been surprised by the scale of xenophobia?

Schmidt: After the xenophobic riots of the 1990s, I had hoped that we had put this dark period behind us. Unfortunately, that isn't the case. The experience we've just had in Heidenau is with criminals who you can only deal with using the means of law enforcement. However, I am certain that the vast majority of society is much further along than it was back then. It also occurs to me very frequently that the issue, as a whole, is a very emotional one. Images of refugees are very powerful. When they show young men, for example, many react in a defensive way. But as soon as children and families are seen in the images, levels of compassion increase enormously.

About Manfred Schmidt

DPA

Manfred Schmidt, born in 1959, obtained a doctorate degree in law and has been the head of the German Federal Office for Migration and Refugees (BAMF) in Nuremberg for the past five years. Previously, he served in different capacities in the Federal Interior Ministry. Among other things, **BAMF** is responsible for approving or rejecting asylum applications as well as facilitating the integration of immigrants in Germany.

The Price of European Indifference



[Bernard-Henri Lévy](#)

Bernard-Henri Lévy is one of the founders of the “Nouveaux Philosophes” (New Philosophers) movement. His books include [Left in Dark Times: A Stand Against the New Barbarism](#).

BAGHDAD – Europe’s migration debate has taken a disturbing turn.

It began with the creation of the catch-all concept (a legal freak) of a “migrant,” which obscures the difference, central to the law, between economic and political migration, between people escaping poverty and those driven from their homes by war. Unlike economic migrants, those fleeing oppression, terror, and massacre have an inalienable right to asylum, which entails an unconditional obligation by the international community to provide shelter.

Even when the distinction is acknowledged, it is often as part of another sleight of hand, an attempt to convince credulous minds that the men, women, and children who paid thousands of dollars to travel on one of the rickety boats washing up on the islands of Lampedusa or Kos are economic migrants. The reality, however, is that 80% of these people are refugees, attempting to escape despotism, terror, and religious extremism in countries like Syria, Eritrea, and Afghanistan. That is why international law requires that the cases of asylum-seekers are examined not in bulk, but one by one.

And even when that is accepted, when the sheer number of people clamoring to get to Europe’s shores makes it all but impossible to deny the barbarity driving them to flee, a third smokescreen goes up. Some, including Russian Foreign Minister Sergei Lavrov, claim that the conflicts generating these refugees rage only in Arab countries that are being bombed by the West.

Here again, the figures do not lie. The top source of refugees is Syria, where the international community has refused to conduct the kinds of military operations required by the [“responsibility to protect”](#) – even though international law demands intervention when a mad despot, having killed 240,000 of his people, undertakes to empty his country. The West also is not bombing Eritrea, another major source of refugees.

Yet another damaging myth, perpetuated by shocking images of refugees swarming through border fences or attempting to climb onto trains in Calais, is that “Fortress Europe” is under assault by waves of barbarians. This is wrong on two levels.

First, Europe is far from being the migrants’ primary destination. Nearly two million refugees from Syria alone have headed to Turkey, and one million have fled to Lebanon, whose population amounts to just 3.5 million. Jordan, with a population of 6.5 million, has taken in nearly 700,000. Meanwhile, Europe, in a display of united selfishness, has scuttled a plan to relocate a mere 40,000 asylum-seekers from their cities of refuge in Italy and Greece.

Second, the minority who do choose Germany, France, Scandinavia, the United Kingdom, or Hungary are not enemies who have come to destroy us or even to sponge off of European taxpayers. They are applicants for freedom, lovers of our promised land, our social model, and our values. They are people who cry out “Europe! Europe!” the way millions of Europeans, arriving a century ago on Ellis Island, learned to sing “America the Beautiful.”

Then there is the ugly rumor that this imaginary assault has been clandestinely orchestrated by the strategists of a “great replacement,” with foreigners supplanting native Europeans, or, worse, by agents of an international jihad, in which today’s migrants are tomorrow’s terrorists on bullet trains. It should go without saying that this is nonsense.

Taken together, these distortions and delusions have had serious consequences. For starters, the Mediterranean Sea has been all but abandoned to human smugglers. The Mare Nostrum is gradually becoming the kind of vast and watery mass grave described by a faraway poet. Some 2,350 people have drowned already this year.

But, for most Europeans, these people are little more than statistics, just as the women and men who have survived the journey remain unidentified and indistinguishable, a threatening anonymous mass. Our society of the spectacle, normally so quick to manufacture an instant celebrity to serve as the “face” of the crisis du jour (anything from swine flu to a truckers’ strike), has not taken an interest in the fate of a single one of the “migrants.”

These individuals – whose course to Europe resembles that of the Phoenician Princess Europa, who arrived from Tyre on Zeus’s back several millennia ago – are being wholly rejected; indeed, walls are being constructed to keep them out. The result is another group of people being denied basic rights. Such people, as Hannah Arendt once observed, will ultimately come to see in the commission of a crime their only path into the world of law and of those who enjoy the rights the law confers.

Europe, harassed by its xenophobes and consumed by self-doubt, has turned its back on its values. Indeed, it has forgotten what it is. The bell tolls not only for the migrants, but also for a Europe whose humanistic patrimony is crumbling before our very eyes.

126,15

French minister highlights that Treaty change is in the air

French Economy Minister Emmanuel Macron is speaking openly about changing the EU Treaties to achieve further Eurozone integration. This is good news for David Cameron's EU renegotiation push, as France has historically been wary of Treaty change - but the diverging timelines remain an issue.

[Brexit](#), [EU Referendum](#), [EU Reform](#), [Eurozone](#)
[Blog RSS Feed](#)

26 August 2015

Macron: Treaty change “just a matter of timing”

French Economy Minister Emmanuel Macron was in Berlin yesterday to address German diplomats and business people. In his remarks, **he spoke openly about EU Treaty change as part of the process towards closer Eurozone integration.** [He said](#),

No vision means the status quo, and the status quo means the dismantling of the Eurozone, de facto...If one has an agreement on the vision [for further Eurozone integration], there will be Treaty change eventually.

French Economy Minister Emmanuel Macron, 25 August 2015

On his way to Berlin, Macron also [told Politico in an interview](#),

*There is always scepticism in Germany when France puts forward proposals. The Germans reply: ‘Are you ready for greater convergence and a change in the Treaties?’ Treaty change should not be taboo. It’s just a matter of timing...**We have a very urgent need to move forward, or Europe will continue to mean only austerity for the people. It’s a project that implies further convergence between members of the Eurozone, but also transfers.***

French Economy Minister Emmanuel Macron, interview with Politico, 25 August 2015

Such openness is unusual among leading French politicians, who are traditionally wary of talking about re-opening the EU Treaties. Therefore, Macron’s remarks are significant.

However, it is worth bearing in mind that Macron is arguably the most forward-looking figure within the French Socialist government and it is not obvious that his fellow cabinet members (as well as French President François Hollande himself, of course) share his view.

Secondly, Macron made it clear in his speech that he does not see Treaty change happening before end-2018 – not least because both France and Germany will be holding elections in 2017. This is way **beyond the deadline David Cameron has set for the EU referendum in the UK.** **Incidentally, this also means Macron and his Socialist Party may no longer be in office by then.**

Thirdly, [as my colleague Raoul Ruparel discussed here](#), Eurozone countries remain deeply divided as to what ‘further integration’ means. France and Germany, for instance, continue to disagree on the sequence of the steps to follow. As Macron himself said, Paris wants more economic policy convergence to be accompanied by fiscal transfers – something Berlin is not exactly thrilled about. Such divergences could slow down the process, and potentially kick Treaty change into the long grass.

All this considered, though, while it is hard to nail down the exact timeline or what it would entail, Macron’s words are yet another clear indication that change in the EU is coming.

126,16

5 reasons Europe is failing on migration

Everyone agrees the situation is critical. But it's also very complicated.

By [JACOPO BARIGAZZI](#) Updated 9/1/15, 7:04 AM CET

Sometimes it seems like there's only one thing everyone can agree on when it comes to Europe's migration crisis: that something needs to be done. Beyond that, not so much.

The ability to respond to the growing numbers of refugees arriving in Europe — whether [alive](#) or [dead](#) — has been hampered by divisions among countries, divisions within countries, different approaches to the same problem and slow or non-existent common responses.

Why can't Europe act more quickly? It's complicated. Here are five reasons why the continent is stuck:

1. The size of the problem

The migration problem has been getting steadily worse since April, when it was already deemed worthy of an [emergency EU summit](#).

Recent months have seen an increase in the number of front lines to cope with: the Libya-Sicily route, the Greek coasts, Calais and the crossing from France to Britain, the border between Macedonia and Greece and the Hungarian border, the Ventimiglia frontier between France and Italy. In July, the number of migrants detected at the EU's borders more than tripled to 107,500 compared to the same month in 2014, surpassing the 100,000 mark in a single month for the first time since Frontex, the EU external border agency, began keeping records in 2008.

In the past week there were two more gruesome developments: the discovery of the bodies of 71 refugees, thought to be Syrians, in a truck in Austria; and the deaths of some 50 people who asphyxiated in the hull of a ship in the Mediterranean.

Syria is now the largest source of refugees heading to Europe. According to Frontex, it "will likely remain the top country of origin for irregular migrants and asylum seekers in the EU for some time to come."

2. There's no real European leader on the issue

The sense of urgency at European level on the issue sometimes seems less than acute. After the discovery of the dead refugees in Austria, the Luxembourg presidency of the EU, at the urging of several European countries, called for an "extraordinary" meeting of justice and home affairs ministers — in two weeks' time.

In the meantime, Dimitris Avramopoulos, the European commissioner for migration, and Frans Timmermans, the Commission vice president, will travel to several migration hot spots to survey the problem. Apart from that, there is no special EU summit set to discuss the issue until November, though European Council President Donald Tusk suggested Monday it could be on the table at an October meeting.

Meanwhile, some leaders keep pushing.

"If Europe fails on the question of refugees, then it won't be the Europe we wished for," German Chancellor Angela Merkel [told reporters in Berlin](#) Monday. In recent days Merkel has warned that migration could be even more dangerous for the future of Europe than the euro crisis.

Migration experts and political analysts say that, by suspending for Syrian refugees the “[Dublin Regulation](#)” requirement to be identified and stay in the first EU country where they arrive, Merkel’s Germany has shown strong moral leadership on this issue. But it cannot act alone. Like many other EU leaders, Merkel must contend with public opinion that is partly hostile to migration.

No other European leader with the authority to push through a new approach to migration is in sight.

Italy’s Matteo Renzi, [at a late June summit in which tension over migration led to a late-night shouting match](#), sided with European Commission President Jean-Claude Juncker against Tusk and Eastern European countries who opposed a mandatory relocation quota for asylum-seekers. But Renzi lacks credibility with some of his EU partners, and has been accused of letting immigrants cross his country without being identified, thus snowballing the problem to other member states.

France’s Manuel Valls has wavered on the issue. At the end of May, he strongly attacked the Commission’s mandatory quotas plan but has more recently urged the swift study of asylum demand because “those fleeing wars, persecution, torture, dictatorships must be welcomed, it is a universal principle underlying humanity.” The British have a strong anti-immigration line and Spain has been among the countries reluctant to take in more refugees.

In short, no leader of a major EU country seems in the position or be willing to take the lead or at least play a major role along with the Germans.

Meanwhile member states are acting on their own initiatives: While Germany has decided to open its border to Syrians, Austria announced border checks for an “unlimited” period after the truck was found.

3. Juncker vs. Tusk

Migration has proven to be a battlefield between the two most prominent EU leaders. At the fraught June EU summit, the discussion between Juncker and Tusk boiled over at times.

Before the summit even started, Tusk tweeted that there was no deal yet among member states over the relocation of 40,000 refugees proposed by the Commission. Many diplomats in countries supportive of the Commission (including Italy and Luxembourg) accused Tusk of maneuvering to undermine the Commission’s proposal. Other diplomats from countries opposed to mandatory quotas (mainly Eastern and Baltic nations) accused Juncker of failing to respect the [mandate](#) the Council gave him in April to organize a relocation scheme on a voluntary basis and insisting on mandatory quotas.

EU leaders eventually agreed on a plan to relocate 40,000 asylum-seekers from Greece and Italy to other member states and to resettle another 20,000 from outside the bloc. The 40,000 figure [has not yet been reached](#), though the Commission hopes to do so by the end of the year.

4. The politics are tricky

Populist anti-immigrant parties have been on the rise in several European countries. In Denmark at the last elections the anti-immigration, anti-EU Danish People’s Party [received its best result ever](#) despite the strong economic performance of the incumbent government.

The Sweden Democrats, who call for reducing future immigration in the country by 90 percent, now have the strongest support of any political party in Sweden, [according to polls](#). In France and Italy anti-immigrant parties are already the second or the third largest political force.

Migration is becoming another wedge issue, along with the euro, that divides the political elite and large parts of the electorate, many analysts warn. Meanwhile in the coming months voters in Portugal, Spain and Poland

will go to the polls, dramatically reducing the political space for their leaders to take decisions that could cost them many votes.

5. There's no serious military solution

Once upon a time the West used to intervene in conflicts in the Middle East or North Africa. But now, after the experiences in Iraq and Libya, it is unclear even whether putting boots on the ground could improve the situation.

Europe has launched [Eunavfor Med](#), its naval mission aimed at tackling people smugglers. The mission is now in its first phase (intelligence gathering) and it could soon be expanded to include the search and diversion of smugglers' vessels. Yet without U.N. authorization, the naval mission will not have the mandate to intervene in Libyan territorial waters to seize vessels and the Russians are reluctant to green light such a mandate.

But European countries insist they are not considering a military operation on Libyan soil. If the U.N. special envoy to Libya, Bernardino Leon, can reach a deal among Libyan factions to form a government by [the September 21 deadline](#) he has set, Libya will need some sort of security support to make it stand up, since ISIL is already fighting in Sirte, on the coastline. But European countries are reluctant to intervene and the Libyans are asking for military support from the Arab League.

As for Syria, Russia's Vladimir Putin, in a meeting last week with Egyptian President Abdel Fattah el-Sisi, stressed once again that any response to the crisis must be political. And Putin is increasingly [casting his shadow](#) over any solution in the Middle East.

Merkel warns Schengen could be at risk

Germany expects 800,000 refugees this year and wants neighbors to take their share.

By MATTHEW KARNITSCHNIG Updated 8/31/15, 10:51 PM CET

BERLIN — German Chancellor Angela Merkel warned Monday that the future of Europe’s treaty on open-border travel could be at stake if countries fail to agree to a more even distribution of refugees across the region.

“If it’s not possible to achieve a fair allocation of refugees within Europe, then some people will want to put Schengen on the agenda,” Merkel said during her summer press conference. “That’s not our aim. We want a fair allocation of refugees and then we won’t have to discuss Schengen.”

The [Schengen agreement](#), which first came into effect in 1995, now allows people to travel freely across the borders of 26 signatory countries, including all EU states except Britain, Ireland, Cyprus, Bulgaria, Romania and Croatia, plus non-EU members Iceland, Norway, Switzerland and Liechtenstein.

Most refugees coming from Syria and northern Africa end up in just a handful of countries, with Sweden, Austria and Germany accepting the most per capita. Eastern Europe, meanwhile, has taken relatively few and [capitals](#) in the region are resisting pressure to accept [quotas](#).

Merkel’s comments come as she faces growing pressure to bring the [dramatic influx](#) of refugees Germany faces this year under control.

Berlin expects about 800,000 refugees this year, a four-fold increase over 2014. Many Germans believe they have done enough and want the country’s neighbors to do their share as well.

“Too often [the far right’s] hearts are filled with stereotypes, coldness and yes, even hate” — *Angela Merkel*.

The large number of new arrivals has strained Germany’s infrastructure for asylum seekers. While Germans have generally welcomed the refugees, the country has also seen an increase in right-wing violence directed at foreigners, including arson attacks at new shelters.

The German leader has faced criticism in recent days for what many described as her plodding response to the violence. Monday’s appearance was a clear attempt by Merkel to regain the political high ground.

The refugee issue dominated Merkel’s 90-minute press conference. She opened with a lengthy prepared statement in which she highlighted the plight faced by many of those coming to Germany. She called the deaths of dozens of refugees [found in a truck](#) in Austria last week an “unfathomable atrocity.”

Merkel also reminded Germans of their moral and constitutional duty to help refugees, imploring her countrymen not to be seduced by the racist slogans of the far right.

“Don’t follow them,” Merkel said. “Too often their hearts are filled with stereotypes, coldness and yes, even hate.”

Even as she preached tolerance, she reminded Europe that it also needed to do more to deal with the crisis. Merkel said Europe’s rules governing asylum under the so-called [Dublin treaty](#), which require refugees to apply in the first EU country they enter, clearly aren’t working

The dramatic rhetoric, uncharacteristic for the famously measured German leader, reflects a growing conviction in Berlin that the refugee problem will remain Germany’s greatest domestic challenge for the foreseeable future. Merkel lauded the many ordinary German citizens helping the refugees.

“This is going to be a challenge not just for a few days or months but for a long time,” Merkel said, adding that Germans needed to show not just their trademark efficiency but also “flexibility.”

Merkel's comments on the Schengen treaty suggest that Berlin is not going to simply accept its neighbors' refusal to be more accommodating. For countries on Germany's eastern periphery, including the [Czech Republic](#) and Poland, the open border is a substantial economic advantage that they won't give up lightly.

Despite the criticism, Merkel was careful to strike a balance, stressing that there was no reason the crisis should force Europe to abandon its open-border policies altogether.

"The freedom of movement is one of Europe's basic principles," she said.

Underscoring the degree to which the refugee crisis now dominates Germany's political agenda, Merkel fielded only one question on Greece, a subject that she has spent much of 2015 grappling with.

Asked by POLITICO how far she was willing to go to relax Greece's debt burden, Merkel ruled out further cuts to the interest rates on the loans, saying they had already been trimmed as far as possible.

Europe's bailout fund issues bonds to finance Greece's rescue. A further reduction in the interest rate Greece pays would force the fund to incur losses because it borrows from the market at a higher rate than Athens would be paying.

Instead, Merkel suggested the emphasis would be on extending the grace period until Athens will have to start repaying the interest on its loans.

Greece's debt is widely regarded by economists to be unsustainable. The International Monetary Fund has refused to participate in Greece's latest bailout until its debt burden is reduced to manageable levels. Merkel wants the IMF to take part because the Fund's involvement makes it easier to sell the bailout to her skeptical base.

Germany has rejected an outright write-off, the most effective way to cut the debt load. Creditors have already granted Greece a grace period of about 10 years. But to satisfy the IMF, the repayment schedule may have to be extended by several more decades. Such a delay would reduce Greece's debt burden due to the effects of inflation.

Many in Merkel's party view the tactic as a backdoor subsidy.

But with attention to Greece waning as the refugee crisis takes center stage, Merkel may find it easier to quietly slip such an arrangement through the Bundestag.

"I'm relatively optimistic that we'll settle on an arrangement that satisfies the IMF's requirements, while also resolving the underlying problem," she said.

Europe Must Reform Its Deadly Asylum Policies

By THE EDITORIAL BOARD AUG. 31, 2015

The arrival of hundreds of thousands of refugees from war-torn regions of Africa and the Middle East, as well as economic migrants from Africa and Asia, is testing the European Union as no other recent crisis has. As the human toll mounts — more than 2,500 have died so far this year — so does the moral [pressure on Europe](#) to act. On Friday, after 71 people were found suffocated in a truck in Austria and 150 others drowned off the coast of Libya, the United Nations secretary general, Ban Ki-moon, said he was “horrified and heartbroken at the latest loss of lives.”

The roots of this catastrophe lie in crises the European Union cannot solve alone: war in Syria and Iraq, chaos in Libya, destitution and brutal regimes in Africa. But the European Union’s failed asylum policies cannot escape blame for the suffering of thousands of people seeking to escape these crises. As things stand now, Europe offers few legal avenues to refugees, and in their absence, criminal human-smuggling gangs have flourished, promising passage in a rickety boat or a refrigerated truck for a price that too often includes the lives of those they transport.

The European Union’s Dublin Regulation is a big part of the problem. The regulation, with origins in the 1990s, requires refugees to apply for asylum in the first country they reach. This has unfairly burdened the two countries on the Mediterranean front lines, Italy and Greece. Germany, to its credit, effectively dropped the regulation last week and will allow Syrian refugees to apply for asylum no matter where they first entered Europe. But Germany is already scheduled to absorb 800,000 refugees this year, and Chancellor Angela Merkel of Germany has made it clear the rest of Europe must also do its share.

Germany, Britain and France have now called for an [emergency meeting](#) on Sept. 14 of European Union ministers to find solutions to the crisis. An early order of business should be to scrap the Dublin Regulation. Beyond that, the ministers should give the most serious consideration to a broader 10-point [immigration reform plan](#) proposed last week by Germany’s foreign minister, Frank-Walter Steinmeier, and Sigmar Gabriel, the vice chancellor and economics minister. Among the proposals are a common asylum code, fair distribution of refugees among member states, aid to countries strained by the crisis and enforced marine rescue operations on the Mediterranean.

Something must be done, and soon, not only for the refugees but also for the political stability of the European Union. The human tsunami and the absence of a coherent response to it has fueled Europe’s xenophobic right and caused discord among the union’s 28 member states.

Meanwhile, the blame game escalates. France has hardly been hospitable to refugees, but on Sunday, its foreign minister, Laurent Fabius, sharply criticized Hungary for the fence it is constructing along its border with Serbia to keep refugees out. Hungary initially blocked hundreds of refugees and migrants at Budapest’s Keleti railway station who want to travel to Germany — though it is now reportedly allowing some through — a move blamed for the rise in the kind of desperate efforts that appear to have led to the death of the 71 people found in the truck in Austria. More of the same is likely unless Europe can provide a humane alternative to the smugglers.

A version of this editorial appears in print on September 1, 2015, on page A22 of the New York edition with the headline: Europe’s Deadly Asylum Policies. [Today's Paper](#) | [Subscribe](#)

126,22

In Vienna, Trains Packed With Refugees Are Welcomed and Ushered On

By RICK LYMANAUG. 31, 2015

VIENNA — Six trains packed with migrants arrived on Monday at the Westbahnhof rail station in Vienna from Budapest and Hegyeshalom, a Hungarian village near the border with [Austria](#).

Roman Hahslinger, a police spokesman at the station, said the first three trains arrived shortly after 6:15 p.m. with about 300 passengers seeking refuge from war in the Middle East or hardship elsewhere.

About two hours later, at 8:20 p.m., another train from Budapest pulled into Track 9 here to a welcoming round of applause from hundreds of people who gathered in front of a banner taped to the glass door at the end of the train platform: “Refugees Welcome — Open Borders.”

Two more trains arrived by 9 p.m. with several hundred more passengers looking for a new home. Those who were requesting asylum in Austria were taken away by the police for processing, Mr. Hahslinger said, **but the majority of the new arrivals wanted to press on, to [Germany](#).**

“The Vienna police do not have the manpower to deal with a crowd of this size,” he said, so the disembarking passengers were essentially free to go where they wished. “They could scatter to the winds,” he said.

The Viennese who assembled to greet the newcomers brought shopping carts and boxes full of bottled water, bread, diapers, cookies, fruit and candy.

“They have been traveling so long and must be very hungry and they have been treated so shabbily,” said Marlene Pramhas, a social worker. She and two friends brought as many loaves of bread as they could carry to the train station, where “it is more or less chaos,” she said.

“We felt we had to do something,” Ms. Pramhas said. “It’s a small thing but maybe it will help.”

When the doors of one train from Budapest opened, a stream of people poured off, many clutching bags of clothing and other possessions. **There were children screaming as cameras flashed and several people on the station platform waved and called out, “Hi! Welcome!”**

Most of the people disembarking from the train headed straight across the platform to Track 8 where a train to Salzburg, near the border with Germany, was waiting to leave. Hundreds of passengers intent on pressing on piled onto the train, filling the seats, then the aisles.

There was shouting and shoving and a few angry arguments. **There seemed to be no question of tickets, the determined passengers just got on the train.**

The local authorities may not have forced them onto the train, but they made it as easy as possible for the migrants to pass through Vienna as quickly as possible.

When the second-class cars were crammed to capacity, the first-class seats were opened to several dozen people still clustered on the platform. Those cars, too, quickly filled.

One weeping boy was separated from his family. Fellow travelers held him aloft as he screamed “Mama! Mama!” with tears streaming down his cheeks. Finally, a man emerged from one of the cars and scooped the terrified boy into his arms to another round of applause while dozens of onlookers recorded the scene on their cellphones.

126,23

Migration and the EU

Horrific tragedy reinforces Europe's escalating migration crisis

The discovery of 71 dead migrants in Austria hints at two worrying developments

Aug 28th 2015 | BRUSSELS | [Europe](#)



ON AUGUST 28th Austrian police said they had found 71 dead migrants in a refrigerated lorry. The bodies of 59 men, eight women and four children were discovered just inside Austria's border with Hungary. The vehicle appears to have been abandoned on August 26th, but the decomposition of the bodies indicates that the migrants may have suffocated or died of thirst earlier than that. Torn lining inside the lorry's interior suggests that some had battled, fruitlessly, to escape.

Beyond its immediate horror, the discovery highlights two worrying developments in Europe's migrant crisis. The first is the increasing sophistication of people-smuggling organisations within Europe. Traffickers have long operated in Italy, helping migrants who have crossed the Mediterranean from North Africa to continue their journey northwards. But this year many more are entering Greece from Turkey and travelling up to Hungary and beyond via the Balkans; their numbers create demand for organised smuggling services. (Most are Syrian, as the migrants discovered in the lorry are presumed to be.) Four people have been arrested over the deaths, including the lorry's owner and drivers, but Austrian authorities say they are pursuing over 800 separate people-smuggling investigations.

A second, related development is the use of private vehicles to circumvent police and border officials who have stepped up their checks of buses and trains along well-trodden migration routes, and removed or expelled migrants without proper documentation. This increases demand for cars, minibuses or, in today's case, lorries, because the cross-border volume of private traffic is too high for officials to check more than a tiny fraction of vehicles. Some migrants may simply hire taxis, but given the scale of the movement it was inevitable that organised smuggling would emerge.

Both developments stem from the same problem that leads to migrants being tear-gassed at Greece's border with Macedonia, or occupying filthy camps in Calais: the clash between the wish of many asylum-seekers to reach particular parts of Europe and governments' jealous preservation of their own national migration and asylum policies. In theory the 71 people who died this week should have claimed asylum in the first European Union country they reached, which for most was probably Greece (or, once they had completed their trek through the Balkans, Hungary). In practice most will have had other destinations in mind: perhaps Germany, a generous host with low unemployment; Sweden, where they may have hoped to rejoin family; or Austria itself, which per capita accepts more asylum-seekers than almost any other European country.

Yesterday the politicians discussing migration at a Western Balkans summit in Vienna, not far from the site of the catastrophe, were moved, as they have so often been before, to wring their hands and urge that more must be done. But Europe's sluggish bureaucratic procedures are no match for this accelerating crisis. Today the UNHCR said that over 300,000 migrants had reached Greece and Italy so far this year; up from 219,000 in the whole of 2014. The UN predicts that 3,000 a day will soon be journeying through Macedonia and Serbia. And with signs that life is becoming more difficult for Syrian refugees in Lebanon and Turkey, there is reason to believe these numbers will be sustained.

In the medium term, a resettlement programme orders of magnitude larger than that so far agreed (22,504 refugees to be distributed around most European countries) may be the only realistic way to deter sufficient numbers from making the illicit journey. In the short term it is hard to see a solution beyond a dauntingly large expansion of asylum-processing facilities in Greece. In the meantime the ground is left for others to deploy the arsenal of the security state. But border fences and riot police are no answer to this crisis.

126,24

Sans accord sur l'accueil des migrants « la question de Schengen se posera » selon Merkel

Le Monde.fr avec AFP et Reuters | 31.08.2015 à 23h47 • Mis à jour le 01.09.2015 à 07h27



En pointe sur le dossier de la crise migratoire en Europe, la chancelière allemande Angela Merkel a souligné lundi 31 août que l'Union européenne (UE) devait « avancer » par la négociation dans sa résolution de la crise, sans quoi elle risquait de « casser » son lien fondamental avec les droits de l'Homme.

« Les droits civils universels ont été jusqu'à présent étroitement liés à l'Europe et à son histoire, en tant que principe fondateur de l'Union européenne », a-t-elle estimé lors d'une conférence de presse d'une heure trente à Berlin.

« Si l'Europe échoue dans la crise des réfugiés, ce lien avec les droits civils universels sera rompu, il sera détruit et ce ne sera pas l'Europe que nous nous représentons, ce ne sera plus l'Europe dont nous devons toujours aujourd'hui développer le mythe fondateur. »

M^{me} Merkel a une nouvelle fois appelé à la mise en place de quotas d'accueil par pays européen pour les migrants qui arrivent en Europe, sur le modèle de la répartition fixée chaque année entre Etats-régions allemands. Une idée rejetée par de nombreux pays européens, notamment la France. « Si l'on n'arrive pas à une répartition équitable [des réfugiés en Europe] alors la question de [l'avenir de la zone de libre-circulation] Schengen se posera. Nous ne voulons pas ça », a-t-elle dit.

Pour une « direction commune »

La chancelière a en revanche écarté l'idée, avancée lundi matin par la ministre autrichienne de l'intérieur, Johanna Mikl-Leitner, sur la chaîne allemande ZDF, de réduire les aides financières européennes à l'encontre des pays qui rechignent à accueillir plus de réfugiés. « Je ne veux pas sortir maintenant tous les instruments de torture. Nous voulons trouver une solution en bons camarades », a-t-elle répondu, appelant les Etats de l'UE à adopter « une direction aussi commune que possible ».

Mais « si l'on commence à dire je ne veux pas de musulmans (...), ça ne peut pas être bon », a-t-elle dit, relevant que l'Europe s'est construite sur le principe de la « dignité de chaque être humain » et **rappelant, notamment aux Allemands, « que l'islam fait bien sûr partie de l'Allemagne ».**

La dirigeante allemande a par ailleurs jugé que l'Allemagne, qui s'attend à recevoir 800 000 demandes d'asile cette année, soit quatre fois plus qu'en 2014, était assez « forte » pour surmonter le défi que représente ce flux sans précédent de nouveaux arrivants. A l'heure où M^{me} Merkel s'exprimait, des centaines de migrants tentaient de rejoindre l'Allemagne et l'Autriche par le train depuis la Hongrie. Après les avoir retenus, les autorités hongroises ont laissé partir des migrants qui avaient passé des jours dans des gares de Budapest transformées en camps de réfugiés improvisés.

« Le monde voit en l'Allemagne comme une terre d'espoir et d'opportunités, et cela n'a pas toujours été le cas », a souligné la chancelière, assurant que l'économie du pays était « solide » et son marché du travail « robuste et même prêt à absorber » de la main-d'œuvre. A l'occasion d'une visite à Calais, lundi, en compagnie du premier ministre, Manuel Valls, le premier vice-président de la Commission européenne, Frans Timmermans, avait aussi reconnu que si « *les chiffres d'arrivées sont importants* », ils sont « *tout à fait gérables pour un ensemble de 500 millions d'habitants* ».

« Devoir humanitaire »

M^{me} Merkel a annoncé la présentation d'ici au 24 septembre d'un train de mesures complètes pour adapter la législation allemande à la situation, pour accélérer notamment le traitement des demandes d'asile, l'aide et le logement aux réfugiés. « *L'exactitude allemande c'est super, mais là nous avons besoin de la flexibilité allemande* », a-t-elle déclaré, promettant, sans donner de chiffres, que l'Etat fédéral ferait « *plus* » pour soutenir communes et régions. « *On y arrivera* », a martelé la chef du gouvernement.

Enfin, M^{me} Merkel a une nouvelle fois promis que l'extrême droite ne bénéficierait d'aucune « tolérance », alors que les actes racistes se sont multipliés ces dernières semaines, tout en exprimant sa « *fierté et sa gratitude* » pour les « *innombrables* » personnes aidant les migrants en Allemagne.

Interrogée sur le souhait de ses partenaires sociaux-démocrates d'adopter une grande loi sur l'immigration, elle a estimé que ce n'était « *pas le plus urgent pour l'instant* ». « *Nous devons d'abord nous préoccuper de remplir notre devoir humanitaire* », a-t-elle insisté.

126,26

Rentrée scolaire : la laïcité à marche forcée

LE MONDE | 31.08.2015 à 09h18 • Mis à jour le 31.08.2015 à 14h19 | Par Séverin Gravelleau et Mattea Battaglia



Après deux rentrées des classes marquées par le changement des rythmes scolaires, celle qui s'annonce mardi 1^{er} septembre – la **troisième préparée par la gauche** – est résolument placée sous le signe de deux notions intimement liées : **citoyenneté et laïcité**. **Au risque de hérissier, par un excès de zèle, une partie du corps enseignant et de la société.**

L'école de la République avait été pointée du doigt au lendemain des attentats de janvier, l'éducation nationale mise en cause lorsque ont retenti des « Je ne suis pas Charlie » dans quelque 200 collèges et lycées. Huit mois ont passé, et c'est en classe, du CP à la terminale, que la Rue de Grenelle avance sa réponse. Ou plutôt ses réponses : **nouvel enseignement moral et civique**, « réserve citoyenne », **prévention de la radicalisation**, « commémorations patriotiques », **journée de la laïcité**... Une bonne partie des mesures déclinées par Najat Vallaud-Belkacem lors de sa conférence de presse de rentrée, le 24 août, **entendent replacer l'école « au cœur de la République »**. Toutes sont d'ailleurs issues de la « *grande mobilisation de l'école pour la défense des valeurs républicaines* » engagée par François Hollande, le 21 janvier.

Dans le périmètre immédiat de l'école aussi, la référence à la laïcité est forte. Sur les temps périscolaires, des ateliers voient le jour, à Paris par exemple, pour sensibiliser les enfants au vivre-ensemble. L'enseignement supérieur n'est pas en reste avec la réédition, le 17 septembre, du guide *Laïcité et enseignement supérieur* publié en 2004, année de la loi interdisant le voile à l'école.

Un thème de rentrée omniprésent... au risque de l'être trop ? Il faut dire que le paysage scolaire n'est pas bouleversé outre mesure par d'autres nouveautés. La réforme des zones d'éducation prioritaires (ZEP) est certes généralisée, mais c'est en 2014 qu'elle a fait débat, lorsqu'il a fallu sélectionner le millier de réseaux à labelliser. Quant au collège et à ses nouveaux programmes attendus pour 2016, c'est courant septembre – voire en octobre – que l'on saura si la mobilisation des opposants reprend.

« Excès de zèle »

Sur le terrain, enseignants et chefs d'établissement saluent volontiers « *le principe* » de cette rentrée placée sous le sceau de la citoyenneté, même si les « *effets d'annonce* » les hérissent un peu. « *Attention à la surenchère d'initiatives*, alerte Hubert Tison, de l'Association des professeurs d'histoire-géographie. **Parmi les élèves, et même parmi les enseignants, tout le monde n'a pas le doigt sur la couture du pantalon. Les excès de zèle en matière de laïcité, sur les commémorations patriotiques, on sait très bien les querelles que cela soulève... L'essentiel, c'est de laisser une marge d'autonomie aux enseignants**, demande-t-il. *Une bonne équipe réussit toujours à mobiliser sa classe.* »

Du côté des principaux de collège, même accueil prudent. « *C'est encore une chance qu'après ce qui s'est passé en janvier, on n'ait pas tout oublié*, témoigne Philippe Tournier, porte-parole du syndicat SNPDEN-UNSA. **Mais l'Etat reste ambigu sur la laïcité : il agite les grands principes tout en nous enjoignant, sur le terrain, de faire preuve de "discernement" face aux difficultés.** » « *Or il est illusoire de penser qu'un consensus existe dans ce domaine*, conclut ce principal d'un établissement parisien, *ou de croire ou que les polémiques peuvent être évitées.* »

Celles-ci ont déjà refait surface sur les réseaux sociaux. **En cause : la signature désormais obligatoire de la Charte de la laïcité par les familles, document de 15 articles qui n'avait plus vraiment fait débat depuis son affichage, il y a deux ans, dans toutes les écoles et les établissements publics.** Sa présentation, à la rentrée 2013, avait été **saluée par la majorité du corps enseignant, tout en étant jugée discriminante par certains – dont des institutions religieuses comme le Conseil français du culte musulman.**

« *Si quelqu'un refuse de signer, on fait quoi ? On engage des poursuites ?* », demandent des enseignants sur la Toile. « **C'est tellement marrant de lire ici et là qu'on veut "promouvoir les valeurs de la République" à l'école. C'est comme vivre en Théorie** », commente sur Twitter Sihame Assbague, porte-parole du collectif Stop le contrôle au faciès, qui raille ainsi « *la rentrée archi-Charlie* ».

« Laïcité à deux vitesses »

« *Que cette charte ne s'applique pas aux deux millions d'élèves de l'enseignement privé, n'est-ce pas la preuve d'une laïcité à deux vitesses ?* », interroge Béatrice Mabilon-Bonfils. Pour cette sociologue, auteure de *La Laïcité au risque de l'Autre* (éd. de l'Aube, 2014), les injonctions qui pleuvent sur la communauté éducative depuis janvier vont dans un bien mauvais sens. « *Ce discours moralisateur surplombant l'élève, les familles, et qui semble tomber d'en haut alors qu'eux-mêmes expérimentent au quotidien un système éducatif inégalitaire, cela ne peut pas parler aux jeunes*, observe la professeure à l'université de Cergy-Pontoise. *On leur vante la fabrique du "commun" et, dans la pratique, les écarts de réussite se perpétuent à tous les niveaux du système éducatif !* »

La loi de refondation de l'école (juillet 2013) a pourtant inscrit noir sur blanc la réduction des inégalités comme une priorité, mais celle-ci n'est guère visible pour les observateurs de l'école, même après trois rentrées préparées par la gauche. Ce qu'ils observent en revanche aujourd'hui, c'est le coup d'accélérateur mis sur le « volet citoyenneté ». Une « précipitation » dénoncée par le SNES-FSU, majoritaire dans le secondaire, qui voit dans le nouvel enseignement moral et civique un « bricolage aberrant ». Or ces critiques rencontrent d'autant plus d'échos que le volet formation promis par le gouvernement a, lui, pris du retard.

« *Sur la laïcité, il y a bien une accélération, mais on est dans l'exacte filiation du projet porté dès 2012 par Vincent Peillon, tempère l'historien Claude Lelièvre. Il ne faut pas se tromper de laïcité. On vise là une laïcité de conscience, de conviction, et pas de réglementation ou de prescription. Dans la lignée de Jules Ferry pour qui la tâche première de l'école républicaine, avant même le lire-écrire-compter, était de faire des petits républicains.* »

Pas d'impréparation non plus aux yeux de Jean Baubérot, auteur de *La Laïcité falsifiée* (éd. La Découverte, 2014), qui dit partager cette conception de la laïcité « *comme liberté de penser et de croire* ». Mais « *il faut que l'institution soit prête à impliquer les parents, à entendre leurs doutes et leurs questions, et à absolument les prendre en compte*, prévient-il. *S'il n'y a pas ce mouvement dialectique entre la rue de Grenelle et les familles, entre l'éducation nationale et les jeunes qu'elle encadre, le risque de réveiller les crispations existe.* »

• Séverin Graveleau
Journaliste au Monde

126,28

Artus - Des dangers d'une politique monétaire laxiste

Les évolutions récentes sur les marchés financiers montrent à quel point il y a dérèglement des politiques monétaires et aveuglement des banques centrales.

PAR PATRICK ARTUS

Publié le 01/09/2015 à 06:12 | Le Point.fr

Pour Patrick Artus, il est grave que l'indépendance des banques centrales ait conduit au dérèglement monétaire.AFP©MIGUEL MEDINA

Les évolutions récentes sur les marchés financiers montrent à quel point il y a dérèglement des politiques monétaires et aveuglement des banques centrales.

On a observé pendant l'été 2015 deux réelles crises financières, qui ne sont pas seulement des accidents transitoires sur les marchés financiers. D'une part, les capitaux se sont brutalement retirés des pays émergents, et cela a conduit à une dépréciation considérable des taux de change des pays émergents, de 10 % à 30 % par rapport au début de l'année 2015 selon les pays. D'autre part, pendant le mois d'août 2015, les Bourses des pays de l'OCDE ont chuté, de 20 % par exemple pour le CAC 40 en France.

Ces crises financières auront des effets négatifs sur l'économie réelle. Les entreprises qui exportent vers les pays émergents subissent un violent recul de la valeur de leur vente dans ces pays avec les dépréciations des devises des émergents; dans les pays émergents, la dépréciation brutale conduit à l'inflation, à la perte de pouvoir d'achat, à des taux d'intérêt en hausse. Les entreprises des pays de l'OCDE dont la valorisation boursière recule violemment subissent un effet de richesse négatif et réduisent leurs investissements, puisque la valeur de ces investissements pour les actionnaires est plus faible. Il s'agit donc bien de crises graves aux conséquences très néfastes.

Les investisseurs n'ont pas anticipé le recul de la croissance

Ces crises financières ont bien sûr des causes dans l'économie réelle. Le recul de la croissance mondiale (qui est seulement de 2,7 %, et même de 2 % si l'on corrige le chiffre officiel trop optimiste de croissance de la Chine), et en particulier le recul de la croissance en Chine, en Turquie, en Afrique, les récessions au Brésil, en Russie..., n'étaient pas anticipés par les investisseurs; leur aversion pour le risque a donc fortement remonté et ils ont alors vendu les actifs qui leur semblaient être les plus risqués : actions et obligations des émergents, actions des pays de l'OCDE. Mais on doit être choqué par la violence de la réaction des marchés financiers, suffisante, on l'a vu plus haut, pour déstabiliser les économies réelles. C'est ici qu'interviennent les politiques monétaires et les banques centrales.

Depuis le début des années 2000 et surtout depuis la crise de 2008-2009, les politiques monétaires de tous les pays de l'OCDE sont devenues très expansionnistes : taux d'intérêt des banques centrales presque nuls, augmentation très rapide de la liquidité (de la monnaie créée par les banques centrales). Lors de la crise de liquidité bancaire de 2009, cette politique d'injection de liquidités avait évidemment un sens. Ce n'est plus le cas ultérieurement. Les politiques monétaires sont restées ultra-expansionnistes, d'une part, parce que l'inflation restait faible (avec la modération salariale, avec la baisse des prix des matières premières), d'autre part, parce que la croissance restait insuffisante aux yeux des banques centrales. Mais l'insuffisance de la croissance ne peut pas être guérie par les politiques monétaires expansionnistes, car elle vient de problèmes dans les économies réelles des pays : faiblesse des gains de productivité, insuffisance des investissements en nouvelles technologies, problèmes de compétence de la population active, partage inefficace des revenus.

Explosion de la masse monétaire

On a donc observé une explosion, depuis 2010, de la création monétaire sans justification et sans effet réel sur l'économie puisque les problèmes sont des problèmes structurels, et non de nature monétaire. La liquidité mondiale (la monnaie créée par les banques centrales) représente aujourd'hui presque 30 % du produit intérieur brut du monde, contre 6 % à la fin des années 1990. Quel est le lien avec les crises financières décrites plus haut ? Il est simple. La liquidité très abondante circule d'une classe d'actifs (actions, titres financiers des émergents, emprunts d'État, actifs monétaires, immobilier...) à une autre. Plus la liquidité est abondante, plus la taille des flux de capitaux qui se déplacent ainsi est grande, et plus la réaction des marchés financiers est violente. L'inquiétude sur la croissance des émergents conduit aujourd'hui à des sorties de capitaux depuis les pays émergents de 300 à 400 milliards de dollars par mois, 10 fois plus gros qu'il y a 10 ans dans les mêmes circonstances, ce qui explique l'effondrement des devises des pays émergents.

La multiplication et la violence des crises financières viennent donc des politiques monétaires continûment très expansionnistes qui ont été menées depuis 15 ans, la plupart de ces politiques n'étant pas justifiées par la situation économique.

La politique monétaire n'est plus un remède universel

Quel est alors le message ? Il est double. D'une part, la politique monétaire n'est plus un remède universel. La création monétaire est nécessaire lorsqu'il y a crise de liquidité, ce qui était le cas en 2009; elle ne sert à rien lorsque le problème est la faiblesse de la productivité, de l'innovation, des qualifications par exemple. Le recours systématique à l'inondation monétaire dès qu'il y a un problème de croissance n'a pas de sens.

D'autre part, les banques centrales ont perdu toute retenue et tout bon sens. Elles mènent des politiques monétaires hyper-expansionnistes sans se coordonner entre elles (ce qui est parfaitement clair quand elles essaient toutes de déprécier leur taux de change), sans se demander si la situation de l'économie nécessite un supplément de liquidité, sans s'interroger sur le risque de crise financière généré par l'excès de création monétaire. Il est grave que l'indépendance des banques centrales ait conduit au dérèglement monétaire.

© 2015 *Le Point.fr*. Tous droits réservés.

126,30

European Efforts to Stem Migrant Tide Sow Chaos on Austrian-Hungarian Border

German chancellor warns of need to share burden across EU; Austria steps up border, highway checks
By

MARGIT FEHER in Budapest and ANDREA THOMAS and RUTH BENDER in Berlin

Updated Aug. 31, 2015 7:51 p.m. ET

Austrian and Hungarian efforts to stem a growing tide of migrants sowed chaos along their frontier on Monday as Germany's chancellor warned that Europe's open-border policy was in danger unless it united in its response to the crisis.

In Austria, police toughened controls on the border, triggering miles of traffic jams as they checked cars and trucks for evidence of people smuggling. They said they were compelled to conduct the highway searches after discovering the decomposed bodies of 71 people, most of them believed to be Syrian refugees, in an abandoned truck last week.

Authorities also stopped and boarded several Germany-bound trains overcrowded with hundreds of migrants, refusing entry into Austria until some of them got off. Migrants had packed into the trains in Hungary earlier in the day after officials in Budapest abruptly lifted rules barring them from traveling further into the European Union without visas.

Such temporary checks remain in accord with the Schengen Agreement, which allows people to travel freely across the borders of 26 European countries that have signed onto the treaty. But in Berlin, German Chancellor Angela Merkel cautioned that some countries could move to reintroduce systematic passport controls at their borders—unless EU governments agreed to more equally bear the burden of the bloc's escalating crisis,

"Europe must move," she told reporters in Berlin. "Some will certainly put Schengen on the agenda if we don't succeed in achieving a fair distribution of refugees within Europe."

Ms. Merkel's warning—aimed at governments in the bloc's east that have resisted taking on a greater number of migrants—marked her most direct intervention in the fraught debate between those European countries, such as Germany, Italy and France, that have called for a fairer distribution of migrants across the bloc, and those that have opposed binding quotas.

The comments also came as a rebuttal to opposition politicians and some members of the chancellor's ruling coalition who have accused her of being slow to address the crisis. Echoing comments she made last week in a German town shaken by three days of antimigrant riots, Ms. Merkel urged her compatriots to welcome those fleeing war or persecution while warning that economic migrants, namely those from Southeastern Europe, couldn't expect to settle in Germany.

"If Europe fails on the question of refugees, then [Europe's] close link with universal civil rights will be destroyed and it won't be the Europe we wished for," she said.

The warning from the Continent's most powerful leader has weight: The chancellor has repeatedly described free movement in Europe as a core value of the bloc. Her comments underline the pressure that the record wave of migrants arriving on European soil is putting on the region's most exposed member states—mainly countries at its periphery, such as Hungary, Italy and Greece, as well as Germany and Sweden, which have received the bulk of migrants since the crisis started early last year.

Schengen rules have been contested before amid rising migrant numbers. In 2011, France and Italy called on the EU to impose tighter border controls in an effort to stop the influx of migrants unleashed by North African unrest. But the EU failed to reach a concrete agreement over how Europe should handle the wave.

Germany, which was the destination for 40% of asylum seekers in Europe last year, has repeatedly said the bloc must agree on binding quotas for the redistribution of refugees across the EU. The number of arrivals has soared over the summer months, forcing the government to nearly double its forecast for migrants this year to 800,000 from 450,000—equal to almost 1% of Germany's population.

"We face a huge national challenge that concerns all of us, it will be a central challenge not only for days or months but as far as we can tell for a longer period of time," Ms. Merkel said.

Germany said last week that it would allow Syrian refugees to stay in the country regardless of where they first entered the EU—both for humanitarian reasons and in an attempt to speed up the review of asylum claims filed by Syrians.

Still, Ms. Merkel said the German government had been in touch with Hungary over what she called Budapest's misunderstanding that all Syrians could travel to Germany without having to register in Hungary. The chancellor insisted Hungary should register migrants who arrive there and review their asylum applications.

Hungary had in recent days stepped up its enforcement of rules requiring people from outside the EU to have valid visas to travel on within the bloc. But those restrictions have led to tensions, both among Hungary's populace and the thousands of migrants who have poured into the country from Serbia in a race against authorities' efforts to complete a fence along the frontier to block them.

"I have passed Greece, Macedonia and Serbia, and now I've been stranded here in Hungary for five days," said a 16-year-old Syrian boy who identified himself as Kameran, at a train station in Budapest. "Why can't they open up the train station? I want to go to Germany, finish high school, have a family, be like a good man."

"I left because there's war," he said. "I want to start a new life," he said.

On Monday, officials in Budapest lifted the restrictions, at least temporarily, and by midday hundreds of migrants were lining up to buy tickets and several hundred more were waiting to get on the train. Police at the train station said that anyone with documents stating their name and home country, including Hungarian immigration-registration papers, could buy tickets and board trains headed for Austria and, beyond it, Germany.

But at the country's border with Austria Monday, Austrian railway staff refused to take over operation of at least two crowded trains for security reasons, officials said. The trains proceeded after Hungarian police reduced the number of passengers on both trains by 500 people. Austrian police said that people without valid visas for the Schengen area still couldn't cross the Austrian-Hungarian border despite it being an internal boundary within the bloc.

"We would have never allowed the train to leave Budapest with so many people on board," said railway spokesman Michael Braun, adding that the ticket controller could be held personally liable in case of an accident.

In Germany, the interior ministry has proposed a number of legal changes to discourage migrants from the western Balkans who are part of the stream of people coming up through Austria and Hungary and who made up about 46% of Germany's total asylum claims in the first half of the year.

Given the vast majority of them are fleeing economic hardship, not persecution or war, only 0.2% of claims from the Balkan region are accepted in Germany, according to the government.

Another key part of Berlin's plan is to reduce financial incentives for migrants by cutting cash handouts for newly arriving migrants and replacing them with aid in kind. Other measures include reducing processing time for asylum claims and deporting rejected candidates faster.

The economics ministry has proposed reducing the average review time for asylum claims to three months, to provide state-owned buildings for housing and to offer more language courses.

While many Germans have welcomed the migrants and have been volunteering to lodge and feed them, a vocal minority has staged violent protests against shelters in recent weeks. Arson attacks on empty buildings being refitted to house asylum seekers are being recorded almost daily.

"There is no tolerance toward those who question the dignity of others," Ms. Merkel said. "The world sees Germany as a land of hope and chances, that wasn't always the case...we have accomplished so much, we can meet challenges" of the migrant crisis.

Write to Margit Feher at margit.feher@wsj.com, Andrea Thomas at andrea.thomas@wsj.com and Ruth Bender at Ruth.Bender@wsj.com

126,32

Nowhere to Hide

In Jonathan Franzen's fiction, our pasts become prisons from which we cannot escape.

By

SAM SACKS

Aug. 28, 2015 5:31 p.m. ET

Jonathan **Franzen's** follow-up **to** his best-selling 2010 novel "Freedom" was an extremely puzzling production called "The Kraus Project" (2013), in which the novelist translated four essays by the turn-of-the-century Austrian satirist Karl Kraus. That sounds simple enough, but accompanying the translations were extensive footnoted annotations by Mr. **Franzen** and two literature scholars, which often strayed far from their apparent subject. With a grouchy contrarianism meant **to** emulate Kraus, Mr. **Franzen** railed against blogs and Twitter and other "intolerably shallow forms of social engagement." The result of the editorializing -- which of course caused a stir on blogs and on Twitter -- was that Kraus's writing, which the book was supposed **to** help rehabilitate, was overshadowed by Mr. **Franzen's** harangues. Butting in **to** bemoan the ways that art is undermined by technology, he had undermined his own project.

This conflict has long been present in Mr. **Franzen's** novels, which look **to** uphold the old-fashioned values of literature both by example and by ex cathedra sermonizing. In each book, you find two Jonathan Franzens vying for control -- the gifted, curious storyteller crafting character-driven social dramas and the peevish cultural Jeremiah ventilating about national ills. His titles shrewdly hint at this dual purpose. "The Corrections" (2001) sets the struggles of three Gen-X children **to** correct the sins of their upbringing against the market correction that the U.S. economy suffered after the boom of the 1990s, the idea being that human relationships have been corrupted by financial competition. "Freedom" returned **to** the argument, making a link between free-market capitalism and marital infidelity and asserting that the American ideal of freedom implicitly promotes greed and civic irresponsibility. When it was announced that "Purity" was the title of Mr. **Franzen's** new novel -- his fifth, but the third in what might at present be thought of as his Family Dysfunction Trilogy -- you knew the word was going **to** be X-rayed and patted-down for every possible hidden meaning and irony. And here indeed is a book about dirty secrets, the dark side of ideological righteousness and the price of total transparency in the Internet Age.

Purity is the given name of the novel's young heroine, though she goes by Pip. The Dickensian wink is no accident: Pip doesn't know who her father is, and she spends much of the book on a blind quest **to** find him, in the obscure expectation that doing so will give her life more direction, or at least that he'll help pay off her crushing student loans. Her brittle, overbearing mother, Penelope, lives in ascetic solitude in a cabin in the Santa Cruz Mountains, adamantly refusing **to** reveal a single detail about her life before Pip. She can't even be bothered **to** come up with a convincing lie -- the dramatic tale she recites about spousal abuse and escape is purloined, Pip discovers, from a best-selling memoir.

When "Purity" begins, Pip is 24 and wayward, working a lousy job as a telemarketer for an eco-nonprofit, living in a squat in Oakland with a band of dumpster-diving anarchists, and nursing a hopeless infatuation with her older, married roommate. She's hostile and angry -- with her oily employer, with her mother, with herself most of all -- and it's not long before the buzzers are alerting us **to** one of the ironies of the title: Her "name had accomplished the opposite of what her mother had intended by giving it **to** her. As if **to** escape the weight of it, she'd made herself a dirty girl in high school, and she was still a dirty girl, desiring someone's husband."

Pip's maturation is the novel's story, but she's no more than a passing participant for much of it. Mr. **Franzen** quickly turns his roving eye **to** other figures. Tom Aberant, the founding editor of an independent news service in Denver, is recuperating from a miserable marriage **to** a manipulative harridan: "I'm textbook PTSD," he claims. "I had actual panic attacks." Then there's Andreas Wolf, one-time East German dissident, now "famous Internet outlaw" running a WikiLeaks-like operation called the Sunlight Project from rural Bolivia (project motto: "Sunlight is the best disinfectant"). Andreas likes **to** mock Julian Assange for his sexual-assault allegations, but he too has a history of preying on impressionable, distraught teenage girls. There go the irony sensors, again: A man who has achieved world-wide renown for exposing wrongdoing has an ugly past that he is desperate **to** keep hidden. "People who expose dirt do it because they're hungering for clean," he confides.

The most incriminating part of that past, however, is not sexual exploitation but a murder he committed in his 20s. Mr. **Franzen** rolls back his narrative **to** 1987 East Berlin, where Andreas works as a counselor for at-risk adolescents. Most of the young women who turn **to** him he treats as statistics in his "mental coitus ledger," but one day he falls for an exceptionally beautiful girl who is being molested by her stepfather. Because the stepfather has Stasi connections, she can't go **to** the police. In a half-crazed access of chivalry and desire, he persuades her **to** lure the man **to** a booby-trapped house outside the city where Andreas will be waiting with a shovel.

As in "The Corrections" and "Freedom," Mr. **Franzen** traverses time periods, countries, perspectives and ideas with confidence and ability. Gradually, he cinches together his strands of stories, binding his characters in a tight web of circumstance and allegiances -- in

another flashback **to** Germany, we learn that Tom and Andreas have a dangerous history connected **to** the murder and that Pip, who first interns for the Sunlight Project and then works as an assistant for Tom's news service, is an unwitting pawn in their fraught relationship. But it's in dramatizing the murder that he plunges into deeper psychological waters than he has previously explored. This long, gripping scene is an almost second-by-second enactment of the preparation, act and aftermath of the killing. The atmosphere of terror and bewilderment calls **to** mind Dostoevsky's "Crime and Punishment." The moment of aghast spiritual reckoning that overcomes Andreas after the deed is as good as anything Mr. **Franzen** has written:

If time was infinite, then three seconds and three years represented the same infinitely small fraction of it. And so, if inflicting three years of fear and suffering was wrong, as everyone would agree, then inflicting three seconds of it was no less wrong. He caught a fleeting glimpse of God in the math here, in the infinitesimal duration of a life. No death could be quick enough **to** excuse inflicting pain. If you were capable of doing the math, it meant that a morality was lurking in it.

Soon, though, that moment of horrified insight curdles into a generalized sense of shame and contamination, which grips all of the book's characters whether they've killed anyone or not. In "Crime and Punishment," Raskolnikov's revolt against society is followed by his feverish discovery that true freedom can only be attained through absolution and spiritual renewal. But Mr. **Franzen** is largely uninterested in such inner mysteries, and neither God nor religion play any further part in the book. (Pip's mother clings **to** a vague New Age practice she calls her "Endeavor," but it's treated only as a joke.) Instead of the soul, Mr. **Franzen's** concerns lie in pop psychology and sociology.

"It was so easy **to** blame the mother," Andreas thinks, and this is the approach Mr. **Franzen** settles on in "Purity." Andreas's megalomania results from having been spoiled by his weak, hysterical mother. Tom's upbringing was also bad, and in a lengthy, grueling section -- the only one written in the first person -- that chronicles his emasculating marriage, he blames his submissiveness on his "polarized family" and his own demanding mother. Pip, for her part, is doomed by some immutable Freudian law **to** confuse her lovers with her missing father. After being predictably seduced by Andreas in Bolivia, she flashes upon the idea that maybe the man is her dad: "The thought was crazy but had a certain logic, the logic of ick, the logic of guilt." The logic of ick is the great governing force in Mr. **Franzen's** fictional universe. Neurosis is destiny.

Mr. **Franzen's** modus operandi has always been **to** argue that the dynamics of family power are written into the culture at large. In "The Corrections," the story of generational schism mirrors an excoriating portrayal of a corporation that has cynically shifted from manufacturing trains **to** snake-oil pharmaceuticals that promise quick fixes for depression. The rampant infidelity in "Freedom" is set alongside scathing critiques of environmental plunder and war profiteering. "Purity" takes on a handful of journalistic subjects -- one subplot seemingly linked only by its spin on the word "purity" concerns loose nuclear warheads and the potential for dirty bombs **to** "wipe vertebrate life off the face of" the earth -- but its main target is the Internet and its uses for social control. The Web, Andreas declares, is like the Stasi, a new form of totalitarianism in which private physical lives are replaced by all-knowable online existences. Its progressive, revolutionary ideology in fact evokes "the terrors of technocracy, which sought **to** liberate humanity from its humanness through the efficiency of markets and the rationality of machines."

Readers will either find this kind of fluent, magazine think-piece writing (and there is a lot of it in the novel) interesting or not. But they won't find it emotionally persuasive, because there is simply too little humanness in "Purity" **to** make you feel the tragedy of its loss. The characters are superficial, too matter-of-factly diagnosable and trapped in the roles and themes and ironic lessons that the author has staged for them.

But it's not only the characters who seem trapped. In an autobiographical essay in Harper's from 1996, Mr. **Franzen** expressed most of Andreas's beliefs, ruing the "cultural totalitarianism" of television and airport best sellers and comparing it **to** "the political totalitarianism with which two generations of Eastern bloc writers had **to** contend. **To** ignore it is **to** court nostalgia. **To** engage with it, however, is **to** risk writing fiction that makes the same point over and over: technological consumerism is an infernal machine, technological consumerism is an infernal machine." Update the 1990s masscult conformity of Jay Leno **to** viral [YouTube](#) videos and the commercial hegemony of [Disney](#) and [Microsoft](#) **to** that of Amazon and [Google](#), and you have the essence of the screed in "Purity."

The diminishing returns of this point are clearest in the novel's conclusion. Mr. **Franzen** returns Pip **to** California, where she has finally discovered the truth about her father and cleared away the web of deceptions that went into keeping it a secret. The book gives up her parents' generation for a lost cause, but it holds out hope that Pip will be able **to** free herself from the hellscape of greed and narcissism and deep-seated shame that is the inheritance of modernity (or at least of Baby Boomers). This is the moment where the zealous culture critic must cede **to** the creative artist, but Mr. **Franzen** isn't able **to** conjure the imaginative powers needed **to** make her personal metamorphosis convincing. What can grow from such salted earth? Religious consolations have been ruled out, and love has been deemed a byproduct of guilt or an aspect of pathology. The pleasures of the intellect have been sent up as self-serving delusions, and the moral life has been revealed **to** be a form of destructive narcissism. Mr. **Franzen** has a reputation as a bird lover, and there is one charming paragraph in which Pip appreciates "the excellence of brown towhees." But this isn't transformation so much as diversion.

The models for "Purity" speak **to** the company Mr. **Franzen** wants it **to** join: "Great Expectations," "Crime and Punishment," "The Adventures of Augie March" (one of Tom's favorite novels). But the main thing that separates these books from his own is the animating presence of some deeper set of beliefs. Dickens had social justice. Dostoevsky had theology. Bellow had a concept of the vitality of the human spirit. Jonathan **Franzen** doesn't seem **to** have anything at all.

En quoi consiste le nouvel « enseignement moral et civique » mis en place cette rentrée ?

LE MONDE | 31.08.2015 à 10h39 • Mis à jour le 01.09.2015 à 10h13 | Par Séverin Graveleau, journaliste au MONDE

Najat Vallaud-Belkacem s'en est tenue à son agenda politique « post-Charlie ». L'enseignement moral et civique (EMC) sera bien au programme de l'année scolaire 2015-2016, au grand dam des syndicats d'enseignants qui avaient demandé au printemps un report d'un an. Cela afin de laisser plus de temps aux enseignants pour prendre en main le nouveau programme, publié en juin au *Journal officiel*. Mais surtout pour s'y former. La Rue de Grenelle leur a répondu que la « *grande mobilisation de l'école pour les valeurs de la République* » ne pouvait attendre 2016.

Du temps, les enseignants en auront sans doute encore besoin pour appréhender l'EMC, nouvelle appellation – plus consensuelle – de la « morale laïque » voulue par l'ancien ministre de l'éducation Vincent Peillon. Car elle rompt à plusieurs titres avec les trois dispositifs qu'elle remplace : l'instruction civique au primaire, l'éducation civique au collège et, dans une moindre mesure, l'éducation civique, juridique et sociale (ECJS) au lycée. Comme cela était déjà le cas au lycée, l'enseignement moral et civique bénéficie dorénavant, du CP à la terminale, d'horaires propres uniquement consacrés à cette matière, à raison d'une heure par semaine au primaire et deux heures par mois dans le secondaire.

Sur toute la scolarité, cela devrait représenter « *300 heures au total* » précisait mardi 25 août la ministre de l'éducation nationale lors de sa conférence de presse de rentrée scolaire. Au collège, ce temps officiellement « dédié » à la discipline ne devrait plus, comme cela se faisait souvent, être amputé pour pouvoir boucler le programme d'histoire-géographie auquel il était adossé. Si pour cette rentrée les professeurs d'histoire-géo de collège en ont toujours la charge, tous les enseignants devraient être concernés à terme. Deuxième rénovation de forme : les programmes d'EMC en primaire et au collège sont organisés par cycles de trois ans et non plus en programmes annuels, comme ce sera le cas à terme dans toutes les disciplines.

Quatre « cultures » ou « valeurs » morales et civiques

L'accent est mis sur la laïcité, définie dès le cycle 2 (CP-CE1-CE2) comme « *la liberté de penser et de croire ou de ne pas croire* ». Au lycée, le programme d'enseignement moral et civique se situe peu ou prou dans la continuité de l'ancien ECJS, avec un accent mis sur la laïcité, l'éducation aux médias et la lutte contre les discriminations. En primaire et au collège, le programme est articulé autour de quatre « cultures » ou « valeurs » morales et civiques : la sensibilité (comprendre ses émotions et celles des autres), le droit et la règle (le sens des règles du vivre ensemble), le jugement (le pluralisme des opinions) et enfin l'engagement (le principe de la communauté de citoyens). Ces éléments répondent en fait au domaine « la formation de la personne et du citoyen » du nouveau socle commun, bagage que tout élève doit avoir acquis à la fin de sa scolarité obligatoire, à 16 ans.

Afin de ne pas tomber dans un enseignement trop « moralisateur » et ainsi donner du grain à moudre aux pourfendeurs du « catéchisme républicain », le programme d'EMC s'attache à proposer, pour chaque thématique, des thèmes d'activités et de débats à mettre en place en classe : « *jeu théâtral* », « *discussion à visée philosophique* », « *participation à la semaine de la presse et des médias* », etc.

« Les valeurs, ça se fait vivre »

Tout en regrettant qu'aucune formation n'ait encore été donnée aux enseignants sur l'EMC et, entre autres, sur « *cette thématique aussi importante qu'est la laïcité* », Anthony Lozac'h, professeur d'histoire-géographie en collège, et militant du syndicat SE-UNSA, estime que « *c'est justement cette place plus importante donnée à l'apprentissage du débat citoyen et de l'esprit critique des jeunes qui est intéressante* ». Selon lui « *le ministère a généraliser les choses intéressantes qui se faisaient souvent déjà, ici ou là, en éducation civique* ».

« *Les valeurs, ça se fait vivre, ça ne se transmet pas comme un vaccin ou un virus* », répond Valérie Sipahimalani, secrétaire générale adjointe du SNES-FSU, estimant que les « *enseignants font déjà vivre, au jour le jour, la citoyenneté dans les établissements* ». Elle dénonce le « *manque de formation, de ressources pédagogiques et de temps de concertation des enseignants* ».

Reste une question importante : celle de l'évaluation de l'enseignement moral et civique, en particulier au brevet des collèges. Le ministère ne devrait donner des précisions que dans les prochaines semaines... après le début des cours d'EMC.

126,36

No pasaran

Publié le 1 Septembre 2015

Scandale de l'autoroute A1 : est-ce si difficile que ça de protéger le territoire ou s'agit-il d'un simple manque de volonté politique ?

Les émeutes violentes des gens du voyage qui ont bloqué ce week-end du 30 août l'une des autoroutes les plus fréquentées d'Europe ont frappé les esprits et fait réagir la classe politique. Le phénomène donne une mauvaise image du pays et remet en cause sa capacité à remplir les fonctions régaliennes élémentaires.

De Mathieu Zagrodzki, **politologue spécialiste des questions de sécurité**

Les émeutes violentes des gens du voyage qui ont bloqué ce week-end du 30 août l'une des autoroutes les plus fréquentées d'Europe ont frappé les esprits et fait réagir la classe politique. Le phénomène donne une mauvaise image du pays et remet en cause sa capacité à remplir les fonctions régaliennes élémentaires.

Atlantico : Les événements récents ont été très choquants : fusillade dans un camp de gens du voyage mardi 25 août, faisant 4 morts dont un gendarme, suivie par une émeute de 60 gens du voyage bloquant l'autoroute A1 de vendredi soir à samedi midi, journée classée rouge par bison Futé en plein WE de retour de vacances. Les émeutiers exigeaient l'autorisation de sortie exceptionnelle du fils de l'une des victimes, actuellement emprisonné, afin qu'il puisse assister à l'enterrement. Ils ont donc employé la violence : feux de pneus et de poubelles pour barrer l'autoroute dans les deux sens, alimentés par du bois coupé à la tronçonneuse par les émeutiers. 600 personnes appartenant à la communauté des gens du voyage ont assisté aujourd'hui aux obsèques à Roye. Ce fait divers violent ne donne-t-il pas l'image d'un territoire mal protégé ?

Mathieu Zagrodzki : L'affirmation est un peu choc ! C'est sûr que c'est l'image que cela donne, c'est très médiatique. On a une démonstration de force très spectaculaire. Avec des moyens mis en oeuvre qui ne donnent pas l'impression d'être improvisés. En effet il faut un certain savoir-faire pour couper des arbres et brûler des pneus afin de couper une autoroute, qui plus est l'une des plus fréquentées d'Europe, un week-end de grand retour de vacances en plein mois d'août, alors que de nombreux Belges et Néerlandais qui ont passé leurs vacances dans le sud de la France rentrent chez eux. De là à dire que l'on fait face à des hordes sauvages incontrôlables, l'affirmation est un peu exagérée. Si l'Etat ne les a pas délogés, c'est qu'il ne l'a pas voulu. Quand on parle d'impuissance, comme beaucoup de voix à droite, de Xavier Bertrand à Marine Le Pen en passant par Karoutchi, qui s'élèvent pour dire que l'état est impuissant, il n'est pas impuissant au sens physique du terme. S'il avait été décidé de déloger ces gens-là et de les interpellier, il n'y aurait eu aucun problème de moyens, c'est une question de volonté politique. Au sommet de l'Etat, on a décidé de ne pas intervenir parce que l'on considérait que le coût de cette intervention serait trop élevée par rapport à la nuisance causée par le blocage.

Bruno Beschizza : 60 personnes bloquent une autoroute, allument des feux avec des poubelles, des palettes et des pneus, et l'Etat, la force publique, ne fait rien. Combien de personnes ont été bloquées durant près de 24 heures ? Ce fait divers donne une image d'impuissance de nos forces de police. Je ne les blâme pas. En maintien de l'ordre, c'est le Préfet qui prend la main, et dans les cas les plus sérieux ou médiatiques comme ici, c'est le gouvernement qui est à la manœuvre. Bien pire que l'image, c'est le signal envoyé qui est inquiétant. Je suis élu d'une grande ville de banlieue avec des quartiers difficiles. Demain, 60 personnes provoquent une émeute dans ma ville, est-ce à dire que là encore le Préfet demandera aux forces de l'ordre de ne pas intervenir ? Cette image, ce signal, c'est le renoncement et cela m'attriste car lorsque l'Etat renonce, c'est la République qui recule.

L'autoroute est l'une des plus fréquentées d'Europe. Les touristes se sont trouvés bloqués dans leur voiture pendant des heures, certains pendant la nuit, en raison d'un réseau secondaire lui aussi saturé. L'autoroute a été dégradée, l'impact économique de l'interruption du trafic est patent. Xavier Bertrand a demandé des "sanctions exemplaires" afin de réagir à ce blocage contraire à l'Etat de droit. Face aux enjeux humains et économiques, le gouvernement a-t-il manqué de poigne et de volontarisme ?

Bruno Beschizza : C'est une très bonne question car si vous remarquez bien, le gouvernement, et notamment le Ministre de l'Intérieur est très silencieux sur la question. Vous parlez de décision politique, mais je n'ose imaginer que le gouvernement n'a pas voulu prendre de risque d'affrontements dans les médias entre des gens du voyage et des policiers alors qu'au même moment le pouvoir socialiste tenait ses universités d'été. Je veux plutôt croire qu'il y a eu une impréparation de la part de ceux qui dirigent nos forces de sécurité. Une fusillade avec un gendarme mort, c'est assez inquiétant pour qu'on mobilise des forces de sécurité à proximité. L'ont-elles été ? Ce qui est sûr, c'est que le gouvernement joue l'opacité totale face à cet épisode.

Mathieu Zagrodzki : En termes humains, on est dans un contexte post-Sivens ; il y a toujours la crainte que ce genre de situation ne dégénère. Il me semble que c'est le préfet de la Somme qui a dit quelque chose comme "On ne veut pas que la situation dégénère, on préfère privilégier le dialogue", car il y a une forte sensibilité de l'opinion publique envers les bavures et violences policières. Si une situation dégénère face à plusieurs personnes déterminées, car il faut l'être pour bloquer une autoroute, elles ne vont pas se laisser faire si la gendarmerie mobile ou les CRS tentent de les déloger. Donc ils vont devoir employer des flashballs, des matraques, des gaz lacrymogènes ; ça fait mal et ça peut parfois tuer dans la pire des situations, ce que l'on a vu avec les zadistes de Sivens. Alors on bascule dans un autre reproche qui n'est plus celui de l'impuissance mais d'un Etat qui est violent et ne sait pas user de la force de façon proportionnée. Ce n'est pas pour disculper le gouvernement ou le Ministère de l'Intérieur, je trouve également choquant qu'on laisse l'autoroute du nord bloquée par 60 personnes, mais je comprends la logique qui est la leur. Eviter les morts, la casse, des échanges de coups de feu car ils sont peut-être armés. On veut éviter un massacre qui plus est devant les caméras. Il vaut mieux avoir 50 km de bouchons et une déviation plutôt que ça.

Dans ce contexte, on peut dire que l'opinion publique est soit schizophrène soit très polarisée. Il y aura toujours des gens à droite pour reprocher de ne pas les avoir délogés, affirmant que l'Etat est impuissant et ne symbolise plus l'autorité publique comme elle le devrait. S'il y a de la casse, à gauche on va invoquer les bavures policières. C'est toujours politiquement très délicat à gérer. L'autre exemple ce sont les taxis qui bloquent la porte Maillot et le périphérique. C'est la même chose ; si le préfet de police décide de déloger les taxis et d'envoyer tous les véhicules en fourrière, ils le font, la force publique est suffisamment équipée. Mais c'est politiquement délicat. Les agriculteurs pareil. Toutes ces manifestations sont contraires à l'état de droit. Ici en effet nous sommes dans une échelle supérieure de violence par rapport aux agriculteurs ou aux taxis, même s'il y a eu des violences de la part des taxis. Et bloquer une autoroute, à part bloquer les Champs-Élysées ou encercler le palais présidentiel ou bien Matignon, je ne vois pas ce que l'on peut faire de mieux ou de pire. On peut comprendre les revendications des taxis ou des agriculteurs, également des zadistes de Sivens. Là c'est différent, ce sont des gens qui veulent faire pression sur une décision de justice. Pour autant, dans tous ces cas, on n'est pas dans l'état de droit. Entraver la circulation, s'attaquer aux forces de l'ordre, c'est contraire à la loi. Le gouvernement a donc pris une décision consciente. Le ministre a réuni son cabinet, le préfet, le directeur général de la police, le directeur général de la gendarmerie, le patron des CRS, le patron de la gendarmerie mobile. C'est une décision concertée, cela fonctionne ainsi. On consulte les opérationnels sur le terrain, qui ont dû constater que la situation était tendue, les journalistes ne pouvant pas approcher le camp. Si on lance l'assaut pour les déloger ça va complètement dégénérer. A la place, il va y avoir un blocage pendant quelques heures, on va éviter un bain de sang. C'est une "impuissance" volontaire et à mon avis assumée.

Quelles sont les règles relatives à un tel événement? A partir de quel moment l'intervention des autorités devient-elle une nécessité? S'agit-il d'une décision au cas par cas? Quels sont les critères qui doivent emporter les décisions d'intervention?

Bruno Beschizza : Les critères sont simples. En matière de maintien de l'ordre, la règle traditionnelle de l'intervention des forces de sécurité, c'est de ne pas créer un désordre supérieur au trouble existant. Mais force doit rester à la loi. Ce qui est sûr, c'est que la préfecture n'a pas pris la décision seule : à partir du moment où cet événement est suivi en direct par des chaînes d'information en continu, la décision est remontée au plus haut sommet de l'Etat. Et là, effectivement, les règles d'engagement n'existent pas, c'est du cas par cas. Je ne puis croire que l'Etat ne puisse pas maîtriser une manifestation d'une soixantaine de personnes, fussent-elles potentiellement violentes. La question, c'est pourquoi.

Mathieu Zagrodzki : Oui c'est au cas par cas. Si je devais énumérer toutes les infractions commises durant ce blocage, c'est implacable. Après il y a une question d'opportunité. Parce qu'en France on préfère la casse matérielle à la casse corporelle. Il y a une espèce de doctrine qui ne dit pas son nom, du mort zéro. On a vu Sivens, également Malik Oussékine en 1986, mais en réalité c'est très rare en France. On ne tire pas à balles réelles, parce qu'on ne veut pas que des gens restent sur le carreau. Donc quand on pense que ça va être trop violent, on préfère que l'orage passe. Ensuite c'est un mécanisme de décision très codifié. Ça se fait par la voix hiérarchique, le sous-préfet, le préfet, l'autorité ministérielle, et le cas échéant le Premier ministre. La décision de donner l'assaut par une unité de maintien de l'ordre se fait forcément sur ordre de l'autorité civile. Les hommes casqués sur le terrain ne bougeront pas le petit doigt si l'ordre ne leur a pas été donné par l'autorité préfectorale, qui agit au nom du ministre. D'où des scènes habituelles de murs de CRS aspergés de tomates par des agriculteurs en colère et qui ne font que tendre leurs boucliers pour se protéger. On se demande ce qu'ils attendent : mais ils n'ont pas ordre de bouger. Cependant, le point de non-retour réside dans l'intégrité physique des forces de l'ordre elles-mêmes, ou de tierces personnes. Ici par exemple, si les gens du voyage s'en étaient pris aux automobilistes, cela aurait été le devoir de l'état de protéger ces personnes, sans quoi il y a non-assistance à personne en danger. Si ce sont juste des dégradations, on ferme les yeux.

Quels sont les risques d'un tel événement dans l'opinion publique, et quelle image le gouvernement donne-t-il ?

Bruno Beschizza : L'image de ce gouvernement est désastreuse. Je rappelle tout de même que depuis 2012, c'est un tryptique Taubira qui s'est mis en place avec le laxisme judiciaire, impunité institutionnelle et culture de l'excuse. Aujourd'hui, on voit ce que ceci donne comme conséquences. Je rappelle que pendant l'été, Christiane Taubira a proposé d'abolir le délit de conduite sans permis au motif qu'il fallait désengorger les tribunaux. Le gouvernement donne l'image de l'attentisme, et même pire : de la peur. Quand soixante personnes arrivent à mettre en échec l'Etat de droit, c'est inquiétant. Nos policiers et nos gendarmes ont été humiliés. L'Etat est décrédibilisé. Quant aux citoyens, ils ont l'impression d'un véritable deux poids deux mesures. Et les voyous, eux, restent confortés dans l'impunité.

Mathieu Zagrodzki : L'image que cela donne aux citoyens est désastreuse. Voir des gens qui bloquent impunément une voie de circulation et qui à la fin obtiennent gain de cause, comme avec les taxis qui bloquent Paris pendant une journée à l'issue de laquelle le ministre interdit Uberpop... Le citoyen ne peut que se dire que faire pression n'est pas si compliqué. De fait, la décision a sa rationalité, mais l'argument d'un "Etat-PS faible" est très facile à exploiter par la droite.

Note(s) :

Mise à jour : 2015-09-01 11:19 UTC +02:00

126,38

Bundesagentur für Arbeit

Fast 2,8 Millionen Arbeitslose im August

Im August waren 23.000 Menschen mehr ohne Job als im Vormonat. Grund zur Sorge besteht aber nicht.
01.09.2015

Die Arbeitslosenzahl stieg im August weiter an. Grund dafür ist nach Ansicht von Volkswirten die übliche Sommerpause. Zuletzt waren 2,796 Millionen Menschen in Deutschland ohne Job, wie die [Bundesagentur für Arbeit](#) an diesem Dienstag mitteilte. Das waren 23.000 mehr als im Juli. In den vergangenen drei Jahren war die Zahl der Arbeitslosen im August im Schnitt um 30.000 gestiegen. Es lässt sich demnach eine eher positive Entwicklung ablesen. [Behördenchef Frank-Jürgen Weise](#) sagte daher: „Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin günstig: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind im August saisonbereinigt gesunken, das Beschäftigungswachstum hält an.“

Seit 24 Jahren war die Arbeitslosigkeit in einem August nicht mehr so niedrig. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber Juli um 0,1 Punkte auf 6,4 Prozent zu. Saisonbereinigt sank die Zahl der Jobsucher um rund 7000 auf 2,790 Millionen. Und im Vergleich zum Vorjahr waren 106.000 Menschen weniger erwerbslos gemeldet.

Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten ist nicht ungewöhnlich. Hauptursache für die Flaute im August sei die anhaltende Sommerpause, sagte Weise. Viele junge Menschen melden sich nach abgeschlossener Schul- oder Berufsausbildung vorübergehend arbeitslos. Außerdem stellen die Unternehmen in den Ferien weniger neue Mitarbeiter ein.

Erwerbstätigkeit steigt saisonbereinigt

Die Zahl der offenen Stellen stieg im August erneut auf nun 597.000 - das sind 81.000 mehr als vor einem Jahr. „Besonders gesucht sind zurzeit Arbeitskräfte in den Berufsfeldern Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallbau, Verkauf sowie Verkehr und Logistik“, teilte die Bundesagentur für Arbeit mit. „Es folgen Berufe in Maschinen- und Fahrzeugtechnik und Mechatronik, Energie- und Elektrotechnik.“ Saisonbereinigt liegt die Nachfrage laut Bundesarbeitsagentur gegenüber dem Vormonat um 4000 im Plus.

Auch Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind weiter gewachsen. Nach den jüngsten Daten vom Juli stieg die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 26.000 auf 42,99 Millionen. Das sind 160.000 mehr als im Vorjahr. **Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legte von Mai auf Juni um 41.000 auf 30,72 Millionen zu. Das sind 547.000 Menschen mit regulärem Job mehr als vor einem Jahr.**

Im Ausbildungsmarkt sank die Zahl der Bewerber, die sich bei einer Ausbildungsvermittlung gemeldet haben um 9000 auf 532.000 Bewerber. Die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen liegt dagegen im Vergleich zum Vorjahr mit 6000 im Plus. Derzeit sind noch etwa 102.000 junge Menschen in Deutschland ohne eine Berufsausbildung oder eine Alternative. Dem gegenüber stehen 123.000 unbesetzte Ausbildungsstellen, vor allem im Verkauf, in der Gastronomie und in der Hotellerie.

126,39

TOP-ÖKONOM SINN

1. September 2015

"Kredite dürfen nicht in Geschenke verwandelt werden"

Ökonom Hans-Werner Sinn zeigt sich empört über Frankreichs Wirtschaftsminister. Der hatte gefordert, dass reiche Länder für arme zahlen, um den Euro zu erhalten. Sinn warnt vor einer "Katastrophe".

Von [Tobias Kaiser](#) Wirtschaftsredakteur



Foto: picture alliance / dpa Ökonom Hans-Werner Sinn warnt vor einer europäischen Transferunion

Die Vorschläge sind radikal – und harsche Kritik lässt nicht lange auf sich warten: Hans-Werner Sinn, der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, lässt kein gutes Haar an den jüngsten Gedankenspielen des französischen Wirtschaftsministers Emmanuel Macron. Frankreich möchte eine Wirtschaftsregierung für die Euro-Zone schaffen und die Währungsgemeinschaft zu einer Transferunion ausbauen – für Sinn ein völlig inakzeptabler Vorschlag.

"Eine Transferunion ist ein offener Schuldenschnitt, der zur Dauereinrichtung wird. Die Kredite, die die Krisenländer von uns bekommen haben, sollen in Geschenke verwandelt werden. **Wenn wir diesen Kurs fahren, bekommen wir in Europa 20 Mezzogiorni**", warnt der Ökonom. **Mezzogiorno meint den unterentwickelten südlichen Teil Italiens.**

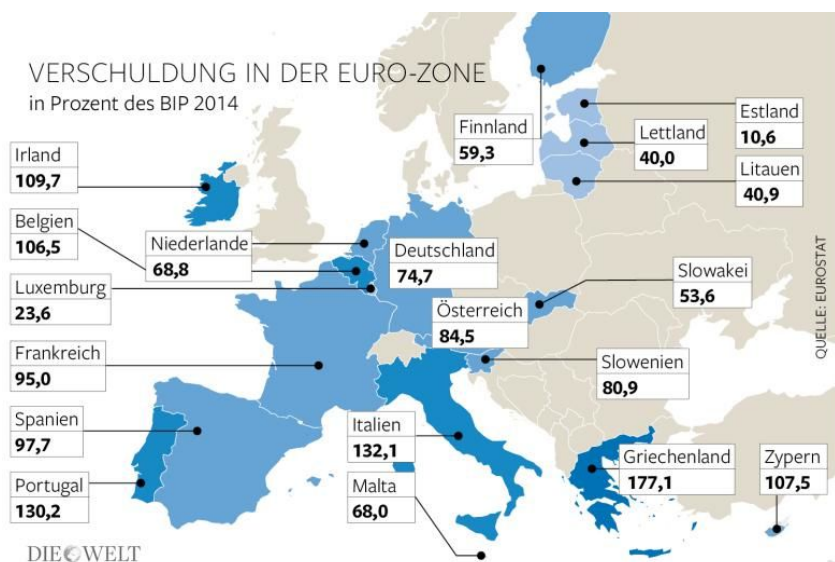


Foto: Infografik Die Welt

Sinn fürchtet, dass die Transfers auf europäischer Ebene die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Krisenländer langfristig zementieren werden. **"Die Krisenländer haben ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren, weil sie zu teuer waren",** sagt Sinn. **"Jetzt sollen der künstlich erhöhte Lebensstandard, die zu hohen Preise und Löhne durch Transfers abgesichert werden. Dadurch schaffen wir eine Situation wie in den neuen Bundesländern oder im italienischen Mezzogiorno, die permanent vom Rest finanziert werden, freilich ohne dass ein gemeinsamer Staat gegründet wurde."**

Mit permanenten Ausgleichszahlungen innerhalb der Euro-Zone werde das Preisniveau in den Krisenländern so hoch gehalten, dass sie ihre verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit nicht wiederfinden könnten. **Das lasse sich**

beispielsweise in Sizilien beobachten, dass seit mehr als 60 Jahren vom reicheren Norden Italiens subventioniert werde, es aber nicht geschafft habe, sich aus seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit herauszuarbeiten.

"Zu ewiger Massenarbeitslosigkeit verdammt"

Auf diese Weise ließe sich der Lebensstandard in den betroffenen Gebieten zwar auf teure Weise halten; aber wenn der lokalen Wirtschaft die Kraft zum Wachsen fehle, werde sich an der prekären Lage der Arbeitslosen dort nichts ändern: **"Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer wird auf diese Weise fortgeschrieben, die Länder werden wirtschaftlich nicht vom Fleck kommen und werden zu ewiger Massenarbeitslosigkeit verdammt."**

Der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron hatte in einem Interview [eine grundlegende Erneuerung der Euro-Zone gefordert](#); eine Transferunion sei dafür unbedingt nötig. **"Falls die Mitgliedsstaaten wie bisher zu keiner Form von Finanztransfer in der Währungsunion bereit sind, können wir den Euro und die Euro-Zone vergessen", sagte Macron der "Süddeutschen Zeitung".** "Eine Währungsunion ohne Finanzausgleich – das gibt es nicht. Die Starken müssen helfen."

Macron, der früher als Investmentbanker gearbeitet hat, forderte zudem eine europäische Wirtschaftsregierung mit eigenem Haushalt. Diese Regierung der Euro-Zone müsse von einem Kommissar mit weitreichenden Befugnissen geführt werden. "Das wäre nicht nur ein Euro-Finanzminister, sondern jemand, der auch Investitionsmittel vergibt oder in der Arbeitsmarktpolitik mitredet", sagte Macron. Ein neues Euro-Parlament solle seine Arbeit überwachen.

Sinn fordert Gegendruck von der Bundesregierung

”

Gott Bewahre, das führt geradewegs in eine fiskalische Katastrophe

“

Hans-Werner Sinn

Präsident des Münchner Ifo-Instituts

Ifo-Präsident Sinn graut vor den hohen Kosten einer solchen Wirtschaftsregierung in Brüssel: Eine europäische Wirtschaftsregierung mit eigenem Budget bedeute vor allem, dass sich die neue Instanz verschulden könne, um sich zu finanzieren – ein Rezept für drastisch höhere Staatsschulden: "Junckers Investitionsfonds soll die Basis für einen neuen Haushalt der EU werden und sich mithilfe von Euro-Bonds immer weiter verschulden können", sagt Sinn. "Gott bewahre, das führt geradewegs in eine fiskalische Katastrophe."

An die Bundesregierung gewandt, fordert Sinn, in der Diskussion über die neue Transferunion frühzeitig Gegendruck aufzubauen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte sich in der Vergangenheit bereits grundsätzlich positiv über einen gemeinsamen Haushalt in der Euro-Zone geäußert. **Beobachter gehen aber davon aus, dass Schäuble anders als Macron eher eine gemeinsame Budgetkontrolle vorschwebt, die Mitgliedsstaaten zu Verhaltensänderungen zwingen kann – ähnlich wie es die Geldgeber im Falle von Griechenland praktizieren.**

Auch das Finanzministerium hat betont, dass es bei einem gemeinsamen Haushalt um langfristige Überlegungen geht. Die französische Seite macht dagegen bei der Neuordnung der Euro-Zone Tempo: Frankreichs Wirtschaftsminister Macron würde die grundlegende Reform der Finanzbeziehungen in der Euro-Zone allerdings gerne bis spätestens 2019 in einem neuen EU-Vertrag regeln. Die Arbeiten daran sollten bereits Ende kommenden Jahres nach der Präsidentenwahl in Frankreich und der Bundestagswahl hierzulande beginnen.

126,41

Fiskalunion

Gemeinsame Kassen lösen die Probleme der Euro-Zone nicht

17. August 2015



Bild vergrößern

Kolumne von [Hans-Werner Sinn](#)

Zur Vollendung der politischen Union brauchen wir keine neuen Transfermechanismen. Wichtiger sind eine gemeinsame Justiz und Außenpolitik – und eine eigene Armee.

Seit seiner Einführung wird der Euro von der Forderung begleitet, dass eine Währungsunion eine politische Union brauche. **Geht es nach Politikern wie dem französischen Präsidenten François Hollande soll die nun tatsächlich kommen – mit einer gemeinsamen Steuer, einem eigenen Finanzminister und einem eigenen Budget. Das aber führt nicht zu einer politischen Union, sondern zu einer Fiskalunion. Und die macht alles nur noch schlimmer.**

Eine wirkliche politische Union würde nicht mit dem gemeinsamen Geld beginnen, sondern mit einem gemeinsamen Machtzentrum, das die Entwicklung eines einheitlichen Staatswesens ermöglicht. Dazu gehören eine gemeinsame Justiz, eine gemeinsame Regierung, ein Parlament mit gleichen Stimmrechten für alle, eine gemeinsame Außenpolitik und vor allem eine gemeinsame Armee. So war es in den USA, und so war es in der Schweiz. **Wenn die deutsche Politik mutig ist, wird sie Hollande beim Thema Armee festnageln, bevor es weitergeht. Dann kann er zeigen, ob er es ernst meint mit Europa oder nur an das Geld anderer Leute heran will.**

Party mit geliehenem Geld

Europa hat nun schon die gemeinsame Währung, und weil die nicht funktioniert und die Völker Europas gegeneinander aufbringt, soll jetzt der Kitt eines Umverteilungssystems alles zusammenhalten. Das ist nicht unplausibel. Es liegt sogar in der Logik der bisherigen Entwicklung, und die lief so:

Nachdem der Euro eine Party mit geliehenem Geld steigen ließ, kam die Wettbewerbskrise. Viele Länder hatten über ihre Verhältnisse gelebt, waren zu teuer geworden und konnten ihre Waren nicht mehr verkaufen. Die Gläubiger rochen Lunte. Sie wollten ihr Geld zurück.

Da warfen die Schuldner die Druckerpresse an, um die Gläubiger auszuzahlen. Da das prima funktionierte, druckte man gleich so viel Geld, dass man damit auch noch deutsche Autos und südkoreanische Fernsehapparate kaufen konnte. Auch die Bundesbank musste über das interne Verrechnungssystem der Notenbanken viele Griechen- und Italien-Euros in deutsche Euros umtauschen. Die Süd-Euros stehen bis heute zu Hunderten von Milliarden Euro als Forderung an das Euro-System (Target-Saldo) in ihrer Bilanz.

Der Club Med hatte nun freilich die Europäische Zentralbank (EZB) statt der privaten Gläubiger am Hals. Die bedrängte die Politik, sie herauszuhauen und selbst Kredit zu gewähren. Das klappte. Es sprangen dabei für den Club auch noch genug Nord-Euros zum Leben ab.

Nun stören freilich die Schulden bei den Rettungsschirmen. Aber die sind nicht so schlimm wie die Bankschulden, mit denen alles anfing. Statt sich mit den harten Burschen beim Pariser Club herumzuschlagen oder vor US-Gerichten zu bestehen, braucht man mittlerweile offenbar nur ein paar Demonstranten anzustacheln, um das Problem einer Lösung zuzuführen.

Die Politiker des Nordens stehen nun vor der Alternative, ihren Wählern zu erklären, dass das Geld weg ist – oder sie von Europa träumen zu lassen und ihnen im Schlaf das Geld aus der Tasche zu ziehen, das die Schuldner brauchen, um ihre Zinsen zahlen zu können. Das nennt sich dann Fiskalunion.

Meuterei der Steuerzahler?

Das Schöne an einer Fiskalunion ist, dass man neue Schulden machen darf. Denn wo eine Steuer ist, ist auch ein Finanzminister, der erklären kann, welche Zinslasten es zu bedienen gilt. Er beschafft sich ein paar Volkswirte, die ihm genau ausrechnen, wie viele Schulden drin sind. Mit den Schulden lassen sich dann auch Transfers, die man für die Fiskalunion braucht, finanzieren.

Sind die Schulden erst einmal gemacht, werden neue Umpackaktionen schwierig. Dann ist Ideenreichtum nötig, um die Steuerschraube anziehen zu können. Es könnte sein, dass die Steuerzahler meutern, und dann wird es für die Politik ganz eng.

Die USA hatten nach **Alexander Hamiltons Schuldensozialisierung** und der nächsten beim Krieg gegen Britannien 1813 gerade mal 22 Jahre, weniger als vom Maastrichter Vertrag bis jetzt, bis die gemeinsame Kasse platzte und in einem großen Schuldenstreit endete, der das ganze System in den Konkurs trieb. **Es brauchte dort einen Bürgerkrieg, bis wieder Vernunft im Fiskalsystem eingekehrt war und man sich auf das besann, was einen gemeinsamen Staat wirklich ausmacht: nicht die Fiskalunion, nicht die Schuldenunion, sondern eine wirkliche politisch-militärische Union – mit getrennten Kassen der Einzelstaaten.**

Panel debate - Is there a future for EU and EMU?

EVENT

Date: 05 September 2015, 9.30 AM - 05 September 2015, 11.30 AM

Preregistration to christina.loennblad@iies.su.se

Saturday September 5 in G-salen, Arrhenius Laboratories, Stockholm University at 9:30 - 11:30.
Hosted by the Institute for International Economics Studies (IIES)

In 1997, ..., Martin Feldstein warned that the "adverse economic effects of a single currency on unemployment and inflation would outweigh any gains from facilitating trade and capital flows" and that, while "conceived of as a way of reducing the risk of another intra-European war", it was "more likely to have the opposite effect" and "lead to increased conflicts within Europe and between Europe and the United States".

In 2000 Milton Friedman said "From the scientific point of view, the euro is the most interesting thing. I think it will be a miracle - well a maricale is a little strong. I think it's highly unlikely that it's going to be a great success. ...But it's going to be very interesting to see how it works". 15 years later, the euro still exists despite a number of crises. Are these crises paving the road to dismantling of EMU or rather leading to institutional changes that make the union stronger?

These issues will be discussed by **Anders Borg (former Minister of Finance)**, **Hans-Werner Sinn (IFO, University of Munich)**, **Charles Wyplosz (Graduate Institute Geneva)**, **Lars Calmfors (IIES)** and **Harry Flam (IIES)**. **The participants have all been key players in the discussion and implementation of the EMU and span a wide range of views.**

Bienvenue dans la nouvelle France

Publié le 31 août 2015 à 17:00 dans Politique Société

Mots-clés : [Faut-il quitter Marseille](#), [FN](#), [Immigration](#), [José d'Arrigo](#), [Marseille](#)



Poncif : les Marseillais ont avec leur ville une relation passionnelle. Amour et haine. Ils se savent différents. Issus — et ce n'est pas une formule — de la « diversité » : Provençaux, Catalans (un quartier porte leur nom), Corses (près de 130 000), Italiens divers et d'été, Arméniens réfugiés ici dans les années 1920, Pieds-Noirs de toutes origines, en particulier des Juifs séfarades, Arabes de tout le Maghreb, et depuis quelques années Comoriens (plus de 100 000) et Asiatiques — les Chinois occupent lentement le quartier de Belsunce comme ils ont, à Paris, occupé Belleville, au détriment des Maghrébins qui y prospéraient.

Bien. Vision idyllique d'une ville-mosaïque, où tous communient — si je puis dire — dans l'amour du foot et du soleil...

Mais ça, dit José d'Arrigo dans son dernier livre, ça, c'était avant.

Dans *Faut-il quitter Marseille ?* (L'Artilleur, 2015), l'ex-journaliste de l'ex-*Méridional*, où il s'occupait des faits divers en général et du banditisme en particulier, est volontiers alarmiste. Marseille n'est plus ce qu'elle fut : les quartiers nord (qui ont débordé depuis l'ulure sur le centre — « en ville », comme on dit ici) regardent les quartiers sud en chiens de faïence. Et les quartiers sud (où se sont installés les Maghrébins qui ont réussi, comme la sénatrice Samia Ghali) se débarrasseraient volontiers des quartiers nord, et du centre, et de la porte d'Aix, et des 300 000 clandestins qui s'ajoutent aux 350 000 musulmans officiels de la ville. Comme dit D'Arrigo, le grand remplacement, ici, c'est de l'histoire ancienne. Marseille est devenu le laboratoire de ce qui risque de se passer dans bon nombre de villes. Rappelez-vous Boumédiène, suggère D'Arrigo : « *Un jour, des millions d'hommes quitteront l'hémisphère Sud pour aller dans l'hémisphère Nord. Et ils n'iront pas là-bas en tant qu'amis. Parce qu'ils iront là-bas pour le conquérir. Et ils le conquerront avec leurs fils. Le ventre de nos femmes nous donnera la victoire.* » « *Les fanatiques*, dit D'Arrigo, *ont gagné la guerre des landaus* ». Le fait est que partout, on rencontre des femmes voilées propulsant fièrement leurs poussettes avec leurs ventres à nouveau ronds. Si ce n'est pas une stratégie, ça y ressemble diablement. D'autant que c'est surtout l'Islam salafiste qui sévit ici. Et à l'expansion du fondamentalisme, observable à vue d'œil dans les gandouras, les barbes, les boucheries halal, le « *sabir arabo-français aux intonations éruptives issues du rap* », les voiles, les burqas qui quadrillent la ville, répond un raidissement de la population autochtone — y compris des autochtones musulmans, ces Maghrébins de première ou seconde génération, qui, voyant la dérive des jeunes qui les rackettent et les menacent, en arrivent très consciemment à inscrire leurs enfants dans les écoles catholiques et à voter FN : « Ce sont les Arabes qui ont porté le FN au pouvoir dans les quartiers nord, pas les Européens ».

Marseille est effectivement devenue terre d'Islam, Alger évoque sans rire la « *wilaya de Marsylia* », et, dit l'auteur en plaisantant (mais le rire est quelque peu crispé), ce sera bientôt « *Notre-Dame-d'Allah-Garde* » qui dominera la ville. Je l'ai raconté moi-même ici-même à maintes reprises. La burqa, ici, c'est tous les jours, partout. Au nez et à la barbe de policiers impuissants : il y a si peu d'agents de la force publique que c'en devient une plaisanterie.

Et l'image que j'évoquais plus haut d'une ville cosmopolite est désormais clairement un mythe : Marseille est une ville où les diverses « communautés » s'ignorent (version rose) ou se haïssent — version réaliste. Marseille, ville pauvre où 50% des habitants sont en dessous du seuil d'imposition (contre 13% à Lyon, si l'on veut comparer), « *n'en peut plus de ces arrivées incessantes de gens venus d'ailleurs, et venant ici rajouter de la misère à la misère* ». Ici on ne se mélange plus. On s'observe, et parfois on tire. « *Marseille est devenue une redoutable machine à désintégrer après avoir été durant un siècle une ville d'immigration et d'assimilation à nulle autre pareille.* »

Qu'il n'y ait pas de malentendu sur le propos de l'auteur. Il n'est pas dans la nostalgie d'une Canebière provençale et d'un Quai de Rive-Neuve où César et Escartefigue jouaient à la pétanque (un mythe, ça aussi). Il regrette la ville de son enfance (et de la mienne), où tous les gosses allaient en classe et à la cantine sans se soucier du halal ou du casher, et draguaient les cagoles de toutes origines sans penser qu'elles étaient « impures ».

Responsabilité écrasante des politiques, qui durant trois décennies ont systématiquement favorisé ceux qu'ils considéraient comme les plus faibles. Marseille a été le laboratoire de la discrimination positive, et aujourd'hui encore, les réflexes des politiciens qui financent

des associations siphonneuses de subventions sont les mêmes. « *On a substitué à la laïcité et à l'assimilation volontaire, qui naguère faisait autorité, le communautarisme et le droit à la différence* ». « *Cacophonie identitaire* » et « *défrancisation* », « *désassimilation* ».

Comment en est-on arrivé là ? L'auteur dénonce avec force la substitution, à des savoirs patiemment instillés, du « *péril de cette époque insignifiante gavée de distractions massives : le vide, le vertige du vide* ». Je faisais il y a peu la même analyse, à partir du livre de Lipovetsky.

D'où la fuite de tous ceux qui, « *dès qu'ils ont quatre sous, désertent la ville et s'installent à la campagne* ». Vers Saint-Maximin, Cassis, ou autour d'Aix — ou plus loin : des milliers de Juifs par exemple ont fait leur Alya et sont partis en Israël, et les Corses se réinstallent dans les villages de leurs parents. Mais « *dans ces conditions, des quartiers entiers de Marseille risquent de se ghettoïser* ». Ma foi, c'est déjà fait.

Et si la ville n'a pas explosé, c'est qu'il y règne un « *ordre narcotique* » auquel veillent les trafiquants, peu soucieux de voir s'instaurer un désordre peu propice au petit commerce du shit — une activité parallèle qui génère chaque année des dizaines de millions d'euros. L'Etat en tout cas n'existe plus déjà dans 7 arrondissements sur 16, où les gangs, narco-trafiquants infiltrés de djihadistes potentiels, font régner l'ordre — c'est-à-dire le désordre des institutions. Quant à l'école, « *elle a sombré* ». Effectivement, les truands ne voient pas d'un bon œil que certains leur échappent en tentant de s'instruire. D'ailleurs, ceux qui y parviennent sont les premiers à « *quitter Marseille* ».

Les solutions existent — à commencer par un coup de balai sur cette classe politique phocéenne corrompue jusqu'aux os, qui entretient un système mafieux en attendant qu'il explose. La candidature d'Arnaud Montebourg en Mr Propre, évoquée par D'Arrigo, me paraît improbable : il n'y a ici que des coups à prendre. L'arrivée aux commandes de Musulmans modérés est plus probable : le *Soumission* de Houellebecq commencera ici.

Et pour que les bonnes âmes qui croient que ce blog est islamophobe cessent de douter, je recopie, pour finir, une anecdote significative — mais le livre en est bourré, et Marseille en fournit tous les jours.

« *À la Castellane, la cité de Zinedine Zidane, les policiers sont appelés de nuit par une mère affolée. Sa fillette de 10 ans est tombée par mégarde du deuxième étage et elle a les deux jambes brisées. Il faut la soigner de toute urgence et la conduire à l'hôpital. L'ambulance des marins-pompiers et la voiture de police qui l'escorte sont arrêtées par le chouf [le guetteur, pour les caves qui ne connaissent pas l'argot des cités] douanier à l'entrée de la cité. Lui, il s'en moque que la gamine meure ou pas. Il va parlementer une demi-heure avec les policiers et les pompiers et les obliger à abandonner leurs véhicules pour se rendre à pied au chevet de la blessée. « Je rongerais mon frein, raconte un jeune flic qui participait au sauvetage, je me disais dans mon for intérieur, ce n'est pas possible, ces salauds, il faut les mater une fois pour toutes, j'enrageais de voir un petit caïd de banlieue jouir avec arrogance de son pouvoir en nous maintenant à la porte. Ce qu'il voulait signifier, ce petit con, c'était très clair : les patrons, ici, c'est nous. Et vous, les keufs, vous n'avez rien à faire ici... » »*

À bon entendeur...

126,46

Business News | Tue Sep 1, 2015 5:48am EDT

Related: EURO ZONE

Spain is best example that Europe is doing things right: Schaeuble

BERLIN

REUTERS/PAUL HANNA

125,42

German Finance Minister Wolfgang Schaeuble said on Tuesday that Spain's economic development showed that the euro zone was tackling its crisis well.

"Spain is the best example that we've done a lot of things quite right in Europe," Schaeuble said at a business conference in Berlin, adding that he was optimistic about Spain's future development as long as Madrid stuck to its reform policies.

RELATED COVERAGE

- › Merkel says Europe has not yet managed to overcome crisis

Spanish Economy Minister Luis de Guindos said at the same event that Spain would have a budget deficit of less than 3 percent next year.

Some Questions for Mr. Tsipras

By Yannis Palaiologos

1 septembre 2015

Greece is back in election mode for the third time in eight months, as the presidential decree was signed on Friday dissolving Parliament and setting Sept. 20 as polling day. Prime Minister [Alexis Tsipras](#) made this election inevitable when he resigned on Aug. 20, in the expectation that a new vote would give him a more manageable parliamentary majority.

Mr. [Tsipras](#) and his associates portray calling new elections as the height of democratic responsibility. In their telling, he fought long and hard, though badly outgunned and outnumbered by creditors, to deliver to the Greek people a deal close to what he had promised them when he was first elected in January. In the end, he accepted an agreement that he admits is far removed from those promises. Indeed, he misses no opportunity to voice his belief that the agreement isn't workable and that it will hurt the Greek economy.

But it was the price he had to pay, Mr. [Tsipras](#) argues, to keep Greece in the eurozone, which was another main pre-election pledge. And now, given that January's electoral mandate to reject the bailout is no longer relevant, and in light of the mass exodus of members of Parliament from the leftist Syriza party that he leads, Mr. [Tsipras](#) is doing his democratic duty by appealing once again to the voters to ratify or reject his change of course.

To which election-weary Greeks could respond with several questions. First and foremost, if the prime minister's U-turn was to be put to the people after an agreement with creditors was reached, one is moved to ask why he also had to consult voters in the July 5 referendum, only to then ignore them. This is no small matter: Calling the referendum triggered the capital controls that will continue to affect Greeks for months to come and plunged the economy back into recession.

And now, having decided he needs to call a parliamentary election, why is Mr. [Tsipras](#) doing it so quickly? Pro-European opposition parties had committed to supporting the government on all measures related to implementing the bailout, so Mr. [Tsipras](#) wouldn't have been unable to govern. The vote could have been delayed until later in the autumn, after creditors conducted their first review of the bailout implementation.

This would have allowed a deal on further debt relief to take shape, and a successful review -- or even the prospect of one -- would have allowed the [European Central Bank](#) to start purchasing Greek debt as part of its quantitative-easing program. Bailout money would also have flowed to Greek government suppliers, who have faced an undeclared standstill in payments since February, exacerbating the recessionary effects of the so-called Great Negotiation. This will now be delayed, by however long it takes for the review to proceed and be successfully concluded.

The reasons for his haste are not that hard to discern. One thing all opposition parties, from conservative New Democracy to the Communist Party, agree on is that Mr. [Tsipras](#) is in a rush to hold the election before the bailout's tax hikes and spending cuts start hitting households and businesses in earnest.

The real questions, though, concern the day after Sept. 20. Suppose, as is expected but by no means guaranteed, that Mr. [Tsipras](#) wins a plurality but is a few seats short of a full majority. With whom would he form a coalition? He insists he finds the bailout he signed abhorrent and makes it clear he has no interest in partnering with what he calls the "old parties." In that idiosyncratic category, he includes the old governing parties, New Democracy and Pasok, but also To Potami, a centrist group formed just last year.

Instead, Mr. [Tsipras](#)'s preference would be for the hard-right Independent Greeks (ANEL, as they are known by their Greek initials), assuming they make it into Parliament -- which is a big "if." This is understandable. ANEL, despite the antibailout wailing of its leader, Panos Kammenos, has offered Mr. [Tsipras](#) iron-clad support in every difficult vote.

But the prospect of another Syriza-ANEL coalition would be bad news for Greece. Whatever the faults in the design of the three bailout agreements, Greece has suffered much from its unwillingness to implement necessary reforms. It's hard to believe that Messrs. [Tsipras](#) and Kammenos, once back in power, would seek the wider consensus and openness with competent, liberal outsiders in government that would be critical for the smooth implementation of the program.

Perhaps this should temper the strikingly positive reaction of certain European leaders to the news of Mr. [Tsipras](#)'s resignation. Germany's Chancellor [Angela Merkel](#) was said to have described the move as "part of the solution, not of the crisis." Either Mr. [Tsipras](#) has neglected to discuss his coalition preferences with European leaders, or he's told them something about his plans that he hasn't told Greek voters.

This, in any case, is the rub: If Mr. [Tsipras](#) wins, he must behave as if he believes in the bailout program. He may declaim what he likes; the important thing is what he does, how faithfully he implements this deal that he unnecessarily bled Greeks to arrive at. This is Greece's last bailout. It will either lead to recovery within the eurozone, or to the wilderness of an exit. Which one it will be will very much depend on him. If he cannot shoulder the responsibility of implementation, he should step aside in favor of someone who can.

Mr. Palaiologos, a journalist at Kathimerini newspaper in Athens, is the author of "The Thirteenth Labour of Hercules" (Portobello Books, 2014).

Derrière Calais : plus qualifiés, majoritairement européens et peu de demandeurs d'asile...pourquoi les profils migratoires britanniques ne sont pas équivalents à ceux de la France

Michèle Tribalat

Une récente étude britannique met à jour les caractéristiques des nouveaux arrivants sur son territoire. Si 46% d'entre-eux sont motivés par des raisons économiques, ce chiffre tombe à seulement 9% pour la France.

Atlantico : L'office britannique des statistiques a publié récemment un rapport sur les flux migratoires entre mars 2014 et mars 2015 en Grande-Bretagne ([voir ici](#)). De manière générale, quelles sont les principales différences que l'on peut observer en comparaison avec la France ? Et comment les expliquer ?

Michèle Tribalat : Récemment, l'Insee a conduit une estimation de l'immigration étrangère à partir des enquêtes annuelles de recensement de 2004 à 2012 (Insee-Première 1524). La comparaison de ces différentes séries, pour les années où elles sont toutes les trois pratiquées indique une bonne concordance pour les étrangers venant d'Asie ou d'Amérique, et une moins bonne pour ceux en provenance d'Europe mais surtout d'Afrique. **L'Insee semble sous-estimer le flux en provenance du continent africain de manière systématique. La France n'a pas grand-chose sur les sorties.**

La grande différence entre le RU et la France est la place occupée par les entrées directes pour motif économique et la disponibilité régulière de données tant sur les entrées que sur les sorties au Royaume-Uni. Ainsi, si l'ONS estime à 636 000 le nombre d'entrées entre mars 2014 et mars 2015, 290 000 correspondent à un motif économique, soit 46 % du total. La proportion est à peu près la même pour les seuls étrangers. Elle atteint 66 % pour les étrangers de l'UE, mais seulement 25 % pour les étrangers des pays tiers. Si l'on compare avec les estimations du ministère de l'Intérieur sur les entrants des pays tiers, la proportion d'arrivées pour motif économique n'était que de 9 % en 2014. Les demandes d'asiles sont plus nombreuses en France qu'au Royaume-Uni. Par ailleurs, le RU sait quel a été le solde migratoire (différence entre les entrées et les sorties) correspondant sur chaque période de 12 mois. Entre mars 2014 et mars 2015 (+ 330 000), le solde des nationaux a été négatif (-49 000), celui des étrangers de l'UE positif (+183 000) comme celui des étrangers des pays tiers (+196 000).

L'Insee a estimé le solde migratoire moyen des immigrés à environ 140 000 par an entre 2004 et 2012. J'avais obtenu une estimation voisine pour la période 2006-2010 (135 000). Ce qui est notable en France c'est l'accroissement sur cette période des départs de natifs (-90 000 en 2010). Au total, malgré toutes les différences d'enregistrement et d'estimation, les flux d'entrées d'étrangers sont quand même plus importants au Royaume-Uni qu'en France.

Il faut noter que la France et le Royaume-Uni n'enregistrent pas la même chose. L'ONS procède à une estimation sur 12 mois tous les trimestres à partir de l'enquête IPS (International Passenger Survey) qui est une enquête à partir des principaux points d'entrée dans le pays, complétée par d'autres sources (Enquête Emploi, Ministère de l'intérieur...). Cette estimation porte aussi bien sur les entrées que sur les sorties du territoire, des Britanniques, comme des étrangers, européens ou non. La définition retenue est celle des Nations unies pour les immigrants et les émigrants de long-terme : personne qui change de résidence pour une période d'au moins un an. C'est aussi cette définition qui a été adoptée par l'UE. Il faut bien retenir qu'il s'agit là d'une estimation et non d'un enregistrement. D'ailleurs, à chaque recensement, le Royaume-Uni révisé ses estimations. Il l'a fait récemment pour la période 2001-2011. En France, une statistique des entrées a été établie selon la même définition à partir des enregistrements du ministère de l'Intérieur à l'Ined jusqu'en 2008 par Xavier Thierry. Elle était complétée par une estimation des Européens et des mineurs qui n'ont pas l'obligation de détenir un titre de séjour. Le ministère de l'Intérieur, de son côté, compile les premiers titres de séjour, sans distinction de durée du titre ou du séjour.

Laurent Chalard : Il est possible de déterminer quatre principales différences entre le Royaume-Uni et la France concernant les flux migratoires

La première concerne le volume de l'excédent migratoire, sensiblement plus important au Royaume-Uni, c'est-à-dire de + 330 000 personnes sur la période comprise entre mars 2014 et 2015, succédant à un solde + 236 000 personnes l'année précédente, alors qu'il est estimé à seulement + 50 000 personnes en France ces dernières années. Même si le chiffre officiel français est très probablement

sous-estimé, il n'en demeure pas moins que les flux migratoires vers le Royaume-Uni sont plus élevés que vers la France, comme en témoigne la jungle de Calais.

Seconde différence, les flux d'origine économique constituent près de la moitié des motifs d'immigration au Royaume-Uni, soit 290 000 personnes, alors qu'en France, les flux relèvent principalement du regroupement familial, l'immigration de travail, qui concerne un chiffre inférieur à 20 000 personnes, représentant moins de 10 % des permis de séjour délivrés.

La troisième grande différence est l'importance du flux étudiant au Royaume-Uni, qui concerne 188 000 personnes entre mars 2014 et mars 2015, apparaissant près du triple de celui constaté en France, soit 62 815 personnes en 2013. Cet écart reflète la plus grande attractivité des universités britanniques dans le cadre d'une mondialisation qui privilégie les pays de langue anglaise et d'une meilleure réputation à l'international, les universités françaises étant déliquiscentes du fait du sous-investissement de l'Etat.

La quatrième différence notable porte sur les origines des immigrants. En effet, le Royaume-Uni accueille beaucoup plus d'immigrants européens, qui constituent près de la moitié du total, que la France, où, conséquence de la politique du regroupement familial, l'immigration provient majoritairement d'Afrique. En particulier, le flux d'européens de l'est, dont les roumains et les bulgares, a été particulièrement significatif l'année qui vient de s'écouler.

Il apparaît notamment que la moitié des arrivées au Royaume-Uni proviennent de pays de l'Union européenne, et que 61% d'entre-eux ont déjà un travail en poche. Les caractéristiques des immigrés en France sont-elles similaires ?

Michèle Tribalat : Comme indiqué, le RU a une immigration de travail beaucoup plus importante que la France, relativement et en nombres absolus. En effet, 61 % des étrangers en provenance de l'UE ont déjà un travail en poche lorsqu'ils arrivent. Mais c'est le cas de 80 % des immigrants économiques en provenance des pays-tiers. Le système à points du Royaume-Uni favorise les immigrants qualifiés. En France, le recrutement d'étrangers des pays tiers est plutôt une exception, la politique d'immigration choisie et l'usine à gaz des listes de métiers autorisés instituées sous Nicolas Sarkozy ayant fait long feu avec la crise. La nouvelle loi sur l'immigration a créé un nouveau titre de séjour de 4 ans renouvelable - le passeport "talents" - qui cherche lui aussi à favoriser les étrangers très qualifiés.

Laurent Chalard : Malheureusement, nous ne disposons pas de données aussi détaillées concernant les caractéristiques des nouveaux immigrants en France. Il est consécutivement difficile de faire une comparaison. Cependant, si le niveau de qualification des nouveaux arrivants en France a eu tendance à progresser par rapport à une situation de départ où il était quasiment nul (cf la main d'oeuvre du BTP ou de l'automobile des Trente Glorieuses), il n'en demeure pas moins que ce niveau reste sensiblement moindre qu'au Royaume-Uni, du fait de la dominance du regroupement familial et de la faiblesse de l'immigration économique. **La France n'est pas la destination privilégiée des travailleurs immigrés qualifiés et le système social français très généreux par rapport au modèle britannique a tendance à favoriser l'inactivité lorsque l'immigration est légale.**

Entre immigration économique et regroupement familial, quelles sont les dernières dynamiques observées en France ?

Michèle Tribalat : Avant, comme après la crise, la migration pour motif économique est restée très limitée. Ceci ne signifie pas que les étrangers qui arrivent en France pour un autre motif ne cherchent pas à entrer sur le marché du travail. Puisqu'il est difficile d'entrer à ce titre, il n'est guère étonnant que les autres voies soient explorées. La fermeture aux entrées économiques directes n'a pas tari durablement les flux migratoires. L'auto-engendrement des flux familiaux explique la place importante occupée par la migration familiale. Si la population immigrée a cru de façon modérée pendant 25 ans après la suspension du recrutement de travailleurs en 1974, un nouveau cycle migratoire s'est enclenché avec les années 2000, d'ampleur comparable à celui des Trente Glorieuses avec un peu moins d'entrées, mais moins de sorties aussi.

Laurent Chalard : En France, l'immigration de travail a doublé entre 2007 et 2008 suite aux mesures de Nicolas Sarkozy la facilitant concernant les métiers en tension. Elle est alors passée d'une moyenne de 10 000 personnes par an à une moyenne de 20 000. Cependant, depuis cette date, l'immigration économique stagne, voire régresse. En 2013, elle n'a concerné que 17 800 personnes. Elle reste donc très marginale par rapport aux flux constatés au Royaume-Uni.

Parallèlement, les entrées dans le cadre du regroupement familial se maintiennent à un niveau élevé après avoir fortement progressé à la fin des années 1990 et au début des années 2000. Elles s'élèvent à 93 740 personnes en 2013, soit un niveau équivalent à l'année 2006. Le regroupement familial demeure donc de loin le principal motif d'immigration en France.

Quelles en sont les caractéristiques socio-économiques des bénéficiaires du regroupement familial, et avec quel impact sur l'économie ?

Laurent Chalard : **L'Etat français ne tenant pas de statistiques spécifiques portant sur les personnes entrées par la procédure de regroupement familial, il est très difficile de connaître leurs caractéristiques socio-économiques.** Il serait tentant de déduire ces dernières des données concernant les immigrés récemment arrivés en France, mais comme ils n'en constituent qu'une moitié, les interprétations risquent d'être erronées. **La seule chose que l'on peut dire, c'est que dans les quartiers**

servant de sas avec l'étranger, qui accueillent de nombreux primo-arrivants, le pourcentage de personnes n'ayant aucun diplôme a tendance à augmenter alors qu'il se réduit partout ailleurs en France, ce qui témoignerait d'un niveau de qualification d'une partie de ces immigrants qui reste très bas.

Parallèlement, les entrées dans le cadre du regroupement familial se maintiennent à un niveau élevé après avoir fortement progressé à la fin des années 1990 et au début des années 2000. Elles s'élèvent à 93 740 personnes en 2013, soit un niveau équivalent à l'année 2006. **Le regroupement familial demeure donc de loin le principal motif d'immigration en France.**

D'un point de vue méthodologique, les instituts statistiques français offrent-ils des ressources et une documentation suffisamment pertinentes pour élaborer des politiques publiques en matière d'immigration ?

Michèle Tribalat : Le recours aux enquêtes annuelles de recensement est sans nul doute un progrès. Mais la connaissance reste pauvre par rapport aux pays dotés de registres de population. La montée en puissance de l'immigration irrégulière va relativiser beaucoup les statistiques établies en France. Par ailleurs, le remplacement, depuis 2009, du premier titre de séjour par un visa de long séjour pour de nombreuses catégories d'étrangers réguliers a déstabilisé l'enregistrement à partir de l'application centralisée du ministère de l'Intérieur.

Pour l'instant, c'est l'OFII qui fait l'intermédiaire pour entrer dans cette application ces étrangers qui n'ont plus à passer en préfecture à leur arrivée en France. Pour avoir été pendant trois ans au conseil d'administration de l'OFII, j'ai pu constater la tentation de cette agence de se débarrasser de cette obligation. L'OFII vient d'hériter, en plus de ses missions qui n'ont cessé de s'étendre, du contrôle des étrangers malades qui demandent à se faire soigner en France, jusque-là du ressort des agences régionales de santé. C'est près de la moitié des entrées d'étrangers qui ne seront plus enregistrées au ministère de l'Intérieur si l'OFII est déchargé de cette tâche, réduisant ainsi le rôle de l'application du ministère de l'Intérieur en matière de connaissance statistique.

Laurent Chalard : Pour l'expert des questions de population, la situation n'est jamais satisfaisante car il aimerait toujours avoir plus de données à sa disposition ! Cependant, l'institut statistique anglais fournit des données plus détaillées que l'Insee, en particulier sur les entrées et les sorties du territoire, qui lui permettent de faire une estimation mensuelle du solde migratoire du pays. Même s'il y a de nombreuses failles, tous les clandestins n'étant pas pris en compte et les départs étant généralement sous-estimés, quoi qu'il soit, l'office national de statistique britannique a le mérite de proposer des chiffres comparables d'une année sur l'autre.

Par contre, en France, aucune donnée n'est fournie par l'Insee mensuellement concernant le solde migratoire, puisque ce dernier est déduit annuellement des résultats du recensement rénové, qui prètent à caution, après soustraction du solde naturel, qui est lui bien connu par l'intermédiaire des données de l'état civil. Au niveau européen, il y a donc un manque de sérieux certain de l'Insee. La France est un des rares pays d'Europe occidentale à ne pas fournir de données sur les entrées et les sorties du territoire dans les statistiques d'Eurostat. Les espagnols, pourtant latins, le faisant, il est légitime de se demander pourquoi l'Insee n'arrive pas à tenir ce type de statistiques. **Cette situation relève au mieux de l'incompétence et au pire, hypothèse malheureusement la plus probable, de la désinformation volontaire.**

Doch, der Fremdenhass ist ein Ost-Problem

Im Westen sind Rassismus und Antisemitismus geächtet. Der Osten aber ist frech xenophob. Die Feiern zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit dürfen nicht verdrückt diese Unterschiede verschweigen.

Von [Thomas Schmid](#)

Nur noch ein paar Wochen, dann wird der 25. Jahrestag der neuen deutschen Einheit gefeiert werden. Wie zum Vorwärmen sahen wir im Fernsehen gerade die Bilder über den Abschluss des deutsch-deutschen Einigungsvertrags: Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause halten breit lächelnd die Urkundenmappen hoch.

Und in schnellem Takt werden wir mit Studien versorgt, die uns überzeugen wollen, wie gelungen die deutsche Einheit sei. Lange schon, erfahren wir, nehmen die mentalen [Unterschiede zwischen West und Ost](#) ab. Da gerät jeder, der doch noch Unterschiede wahrzunehmen meint, schnell in den Verdacht, ein altbundesrepublikanischer Vereinigungsfeind zu sein.

Wenn vom vereinten Deutschland die Rede ist, ist jeder, der als Patriot durchgehen will, angehalten, das nationale Weihrauchfässchen zu schwenken. Das wird, ist zu befürchten, den Feiern zum 25. Jahrestag der neuen deutschen Einheit eine Verdrücktheit geben, die einer freien und im Streit geübten Gesellschaft nicht würdig ist.

Eine aktuelle Debatte zeigt, wohin diese Verdrücktheit führt: zum nationalpädagogischen Beschweigen realer Probleme. Nur wenige Tage nach den Pöbelexzessen in Heidenau am Rande von Dresden in Sachsen rufen mehrere Ministerpräsidenten ostdeutscher Bundesländer, so als seien sie gar nicht betroffen: "Haltet den Dieb!"

"Wir sind das Pack": undenkbar im Westen

Brandenburgs Ministerpräsident Woidke (SPD), sein Thüringer Kollege Ramelow (Die Linke) und Sachsens Regierungschef Tillich (CDU) sagen unisono, die Xenophobie sei kein ostdeutsches, sondern ein gesamtdeutsches Phänomen. Da hat sich eine ganz große Koalition zusammen gefunden.

Tatsächlich ist esbarer Unsinn, was die drei Herren da zum Besten geben. Denn selbstverständlich stellt der Rechtsextremismus in den östlichen Bundesländern ein weitaus größeres Problem dar als in den westlichen. Die Zahlen sind eindeutig: Obwohl in den östlichen Bundesländern nur etwas mehr als 21 Prozent der Deutschen leben, findet fast die Hälfte aller fremdenfeindlichen und rechtsextremen Übergriffe und Anschläge auf dem [Gebiet der ehemaligen DDR](#) statt.

Etwas Wichtiges kommt hinzu. Auch im Westen gibt es natürlich Ausländerfeinde. Doch fast alle Anschläge, die sie bisher auf Asylbewerberunterkünften verübt haben, wurden im Schutz der Nacht verübt. Tagsüber trauen sie sich das (noch?) nicht. Aus einem einfachen Grund: In der alten Bundesrepublik sind Rechtsradikalismus und Antisemitismus geächtet, die Mehrheit der Bürger möchte nichts damit zu tun haben. Sie würde sich daher nie offen mit ausländerfeindlichen Hetzern und Schlägern solidarisieren. Gewiss, diese Ächtung kam von oben, und mancher fügt sich vielleicht nur widerwillig darein. Sicher aber hat diese Ächtung das Bewusstsein der Westdeutschen für Menschenrechte und deren Gefährdungen geschärft. Vor allem aber: Sie funktioniert.

Nicht aber im Osten. Hier scheut sich eine beträchtliche Zahl von Bürgern nicht, ihren Hass sowie ihre Ausländer- und Institutionenfeindlichkeit offen und kollektiv spazieren zu führen – die Heidenauer Verbalinjurien gegen Angela Merkel legen ein beredtes Zeugnis davon ab: "Wir sind das Volk, wir sind das Pack". Hier ist eine Lust an der grölenden Grenzüberschreitung am Werk. Freiheit wird hier als Freiheit verstanden, die Sau rauszulassen.

Der DDR fehlte das A und O der Bürgerlichkeit

Das hat viel mit dem Erbe der DDR zu tun, das so schnell nicht vergehen wird. Diesem Staat fehlte das A und O jeder bürgerlichen Gesellschaft, eine Öffentlichkeit, die den Namen verdient. Eine langsam sich entfaltende Öffentlichkeit war es in der alten Bundesrepublik gewesen, die sich Schritt für Schritt mit dem NS-Erbe – mit Taten, Täufern, Mitläufern und ihren Mentalitäten – konfrontiert hat. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass es unsere Eltern, unsere Verwandten und Bekannten waren, die in einem verbrecherischen Regime zumeist mitgelaufen sind. NS: Das betraf uns.

In der DDR betraf es niemanden. 1947, noch vor der Staatsgründung, wurde in der SBZ die [Entnazifizierung](#) für abgeschlossen erklärt. Während seitdem viele NSDAP-Mitglieder in die SED kooptiert wurden, wies man mit verlogener antifaschistischer Pathos den Westen: Nur dort lebe der NS-Geist fort.

Tatsächlich lebte er in der DDR munter fort. Anton Ackermann, Mitglied im Politbüro der SED, fand 1947 diese Worte an ehemalige NSDAP-Mitglieder: "Das, was ihr vom Faschismus erwartet habt, nämlich eine neue Weltordnung, den sogenannten deutschen Sozialismus, konnte euch der Faschismus niemals bringen. Aber das, was der Faschismus nicht verwirklichen konnte, wird nun der Marxismus verwirklichen." Das ist von dankenswerter Offenheit.

Die SED hat viel vom NS-Regime fortgeführt: die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, das Verbot bürgerlicher Zusammenschlüsse, die martialischen, auf Überwältigung zielenden öffentlichen Inszenierungen. Und vor allem: In der SED-Vorstellung vom fortschrittlichen Volkskollektiv lebte munter die nationalsozialistische Volksgemeinschaft weiter. Wer sich widersetzte, war rechtlos und ein Volksfeind, gehörte nicht dazu. Wer das nicht tat, gehörte dazu.

Dröhnendes Schweigen der Linkspartei

Das kam bei vielen Bewohnern der DDR nicht schlecht an. Gewiss, ihnen missfiel die notorische Güterknappheit. Aber es gab auch Vorteile: Im Kollektiv konnte man fünf gerade sein lassen, konnte man sich gehen lassen, war man wirklich unter sich. Die SED züchtete Milieus elender Gemütlichkeit. In denen vergewissert man sich untereinander, blickt ungern nach außen und mag Neuerungen nicht.

Der Fremde, der Zugewanderte, der Asylbewerber aber ist ein Bote, der – allein, weil er da ist – mitteilt, dass sich etwas verändert. Das gefällt dem Gemütlichkeitskollektiv gar nicht. Zu DDR-Zeiten hatte die Obrigkeit dafür gesorgt, dass die deutsche Bevölkerung von diesem Einbruch der Moderne verschont wurde. Denn die – wenigen – Ausländer, die auch die DDR holen musste, wurden kaserniert und von der Bevölkerung abgeschottet.

Das alles wirkt fort und fort, und deswegen ist die freche, selbstbewusst auftretende Xenophobie in den Ländern, die einst zur DDR gehörten, stärker als im Westen. Das wird nicht so bleiben. Aber wenn man das verändern will, sollte man es zur Kenntnis nehmen – und das Problem nicht mit Vereinigungsschmus zuleben.

Das gilt auch für die [Linkspartei](#). Sonst ist sie immer zur Stelle, wenn in ihren Augen Gefahr für die Demokratie droht. Auf Heidenau aber hat sie mit dröhnendem Schweigen reagiert, keine ihrer Lichtgestalten ließ sich dort blicken. Nicht einmal "Haltet den Dieb" haben sie gerufen.

Escaping the Refugee Crisis

[Peter Singer](#)

Peter Singer is Professor of Bioethics at Princeton University and Laureate Professor at the University of Melbourne. His books include [Animal Liberation](#), [Practical Ethics](#), [One World](#), [The Ethics of What We Eat](#) (with Jim Mason), [Rethinking Life and Death](#), [The Point of View of the Universe](#), co-author... [read more](#)

PRINCETON – In July, the [number of migrants](#) reaching the borders of the European Union passed 100,000 – the third consecutive month in which a new record was set. In one week in August, [21,000 migrants arrived in Greece](#). Tourists complained that the summer holiday they had planned on a Greek island was now in the midst of a refugee camp.

Of course, the refugee crisis has far more serious implications. Last week, Austrian authorities found the decomposing bodies of 71 migrants in a Hungarian truck abandoned near Vienna. And more than 2,500 would-be migrants have [drowned in the Mediterranean](#) this year, most of them attempting to cross from North Africa to Italy.

Migrants who have made it as far as France are living in tents near Calais, waiting for a chance to get to England by scrambling aboard a freight train passing through the Channel Tunnel. Some of them die, too, falling off trains or getting run over.

Nevertheless, the number of refugees in Europe is still small compared to some other countries. Germany has received more applications for asylum than any other European country, but its six refugees per thousand inhabitants is less than a third of Turkey's 21 per thousand, which in turn is dwarfed by Lebanon's 232 per thousand.

At the end of 2014, UNHCR, the United Nations agency for refugees, [estimated](#) that there were 59.5 million forcibly displaced people worldwide, the highest level ever recorded. Of these, 1.8 million are awaiting a decision on their asylum applications, 19.5 million are refugees, and the rest are displaced inside their own countries.

Syria, Afghanistan, and Somalia are the largest sources of refugees, but many more come from Libya, Eritrea, the Central African Republic, South Sudan, Nigeria, and the Democratic Republic of Congo. In Asia, the persecution of the Muslim Rohingya minority in Myanmar has contributed to a recent increase in the number of refugees.

We cannot blame people for wishing to leave conflict-ridden, impoverished countries and find a better life elsewhere. In their situation, we would do the same. But there must be a better way of responding to their needs.

A few bold thinkers advocate a world with open borders, arguing that this would greatly boost both global GDP and average global happiness. (See, for example, <http://openborders.info>.) Such arguments ignore our species' lamentable xenophobic tendencies, evidenced all too clearly by the surge in popularity of far-right extremist political parties in Europe.

For the foreseeable future, no government will open its borders to all who want to enter. Indeed, there is only movement in the opposite direction: Serbia and Hungary are building fences to keep migrants out, and there has been talk of reinstating border controls within the [Schengen Area](#), which currently guarantees freedom of movement among 26 European countries.

Instead of simply sealing themselves off, affluent countries should be giving much more support to less affluent countries that are supporting large numbers of refugees: Lebanon, Jordan, Ethiopia, and Pakistan are obvious examples. Refugees living securely in countries that border their own are less likely to attempt hazardous journeys to remote regions and more likely to return home once a conflict is resolved. International support for countries bearing the greatest refugee burden also makes economic sense: it [costs](#) Jordan about €3,000 (\$3,350) to support one refugee for a year; in Germany, the [cost](#) is at least €12,000.

Ultimately, however, we need to reconsider what for many is a sacred and immutable text: the UN [Convention and Protocol Relating to the Status of Refugees](#). The Convention, concluded in 1951, was originally limited to persons within Europe fleeing events before that date. It required the signatory countries to allow refugees who reached their territory to stay there, without discrimination or penalty for breaching immigration laws. Refugees were defined as those unable or unwilling to return to their country because of a well-founded fear of persecution on the grounds of “race, religion, nationality, membership of a particular social group, or political opinion.”

In 1967, the restrictions of time and geography were removed, making the Convention universal. That was a noble thing to do, but a key question was never asked: Why should someone who is able to travel to another country have priority over others who are in refugee camps and unable to travel?

Affluent countries have a responsibility to take refugees, and many of them can and should accept more than they do. But as the number of people seeking asylum has grown, it has become difficult for tribunals and courts to determine who is a refugee, as defined by the Convention, and who is a well-coached migrant seeking a better life in a more affluent country.

The Convention has also given rise to the new, often unscrupulous, and sometimes lethal industry of people smuggling. If those who claim asylum in a nearby country were sent to a refugee camp, safe from persecution, and supported financially by aid from affluent countries, people smuggling – and deaths in transit – would be eliminated. Moreover, the incentive for economic migrants to seek asylum would be reduced, and affluent countries could fulfill their responsibility to accept more refugees from the camps, while maintaining control of their borders.

That may not be the best solution, but it may be the most workable. And it looks a lot better than the chaos and tragedy that many refugees are facing now.

Turning away people who manage to reach one’s country is emotionally difficult, even if they are being sent to a safe haven. But we should also have compassion for the millions of people who are waiting in refugee camps. We need to give them hope, too.

L'Union européenne au défi de l'immigration

LE MONDE | 01.09.2015 à 11h42 • Mis à jour le 01.09.2015 à 17h28

Editorial du « Monde ».

L'Allemagne donne l'exemple, et le bon exemple. Face à la poussée migratoire dont l'Europe est le théâtre, Angela Merkel a eu, lundi 31 août, les mots les plus justes. La chancelière a convoqué ce qui est au cœur de l'Union européenne – « *les droits civils universels* », selon ses mots – pour appeler à un sursaut commun de « *solidarité* », requis par une situation qui, pour être exceptionnelle, n'en va pas moins être durable.

Dans l'UE, tout se passe comme si ni les opinions ni nombre de gouvernants n'avaient encore pris la mesure du drame en cours. **Une bonne partie de l'afflux de migrants actuels – réfugiés politiques ou économiques – vient de ce que les Américains appellent le Grand Moyen-Orient : de l'Afghanistan aux marches du Maghreb.** C'est là un monde en guerre, plongé dans le chaos (souvent par la faute des interventions occidentales de ces dernières années) et qui mettra dix à quinze ans avant de se stabiliser.

En attendant, les gens fuient – hommes, femmes, enfants. D'Afghanistan, d'Irak, de Syrie et d'ailleurs encore, ils partent, par milliers, chaque jour. Destination ? D'abord, les voisins les plus proches que sont le Liban, la Jordanie, la Turquie et qui, ensemble, accueillent plus des trois quarts des réfugiés. Ensuite, la zone la plus sûre, la plus riche et la plus proche : l'Europe. N'eût-elle pas institué la libre circulation (les accords dits de Schengen) entre la plupart de ses membres que l'UE n'en serait pas moins la destination privilégiée de ces migrants. Pour d'élémentaires raisons géographiques et matérielles.

Schengen doit être réformé

L'UE aurait pu décider un effort massif, exceptionnel, d'aide aux réfugiés du Liban, de Jordanie ou de Turquie. Elle ne l'a pas fait. Elle est maintenant en première ligne. Elle doit s'organiser face à cette crise majeure et durable. M^{me} Merkel, dont le pays est le plus généreux dans ce domaine, appelle les plus réticents d'entre ses membres, les nations d'Europe de l'Est, à faire preuve de solidarité. Polonais, Hongrois, Tchèques, Slovaques sont, avec les Allemands, parmi les plus attachés à Schengen. La libre circulation a assuré une partie de leur décollage économique. **La chancelière menace : Schengen ne tiendra pas si l'Europe de l'Est ne prend pas sa part du fardeau.**

Mais Schengen doit être réformé. Les pays-frontières de l'UE que sont la Grèce, l'Italie, la Hongrie, tous débordés, ont moins besoin de leçons de morale que d'une aide conséquente pour créer dans l'urgence des centres d'accueil où opérer une première sélection entre candidats au statut de réfugié et migrant économique (souvent venus des Balkans). A terme, c'est dans les régions dites de départ – Grand Moyen-Orient et Afrique – que l'Europe devra se donner les moyens d'une politique migratoire commune. **Cela suppose de s'entendre sur une liste de pays dits « sûrs », dont les ressortissants n'ont pas vocation au statut de réfugié politique ; d'unifier les législations sur le droit d'asile ; d'accepter une clé de répartition des migrants décidée en commun.**

Tout cela n'a de sens qu'au niveau européen, dit-on, avec raison, à Berlin et à Paris. La vague migratoire ne s'arrêtera pas de sitôt. Ceux qui prétendent le contraire, et prônent le renfermement national, sont, quelles que soient leurs intentions, des vendeurs de dangereuses illusions. Dans vingt ans, l'UE sera jugée sur la politique d'immigration qu'elle décidera ou non de mettre aujourd'hui en œuvre aujourd'hui.

126,56

Joseph Stiglitz : « L'Union européenne est en train de détruire son avenir »

Le Monde.fr | 01.09.2015 à 10h09 • Mis à jour le 01.09.2015 à 12h39 | Propos recueillis par Marie Charrel



Pourfendeur des politiques d'austérité en Europe, le Prix Nobel d'économie Joseph Stiglitz travaille depuis des années sur les causes des inégalités économiques aux Etats-Unis et sur leurs conséquences, à la fois politiques et sociales. Le 2 septembre, il publie un nouvel ouvrage sur le sujet, *La Grande Fracture*, aux éditions Les liens qui libèrent. Rencontre.

Vous expliquez dans votre ouvrage que les inégalités sont à l'origine de la crise de 2007. Pourquoi freinent-elles aujourd'hui la reprise ?

D'abord, parce qu'elles sont souvent le résultat de rentes et de monopoles paralysant l'économie. Mais, surtout, parce que les inégalités forment un terrible piège. Pour les Américains des classes populaires disposant d'une mauvaise couverture santé et qui ont difficilement accès à l'éducation, l'ascenseur social ne fonctionne plus. Ils ont peu de chance de voir leurs revenus augmenter. Or, sans hausse des revenus, il n'y a pas de hausse de la consommation, ce qui affaiblit la croissance.

Avant la crise des *subprimes*, les dépenses des ménages américains étaient artificiellement — et dramatiquement — gonflées par le crédit. Maintenant que ce levier a disparu, nous constatons les ravages provoqués par les inégalités. Elles sont incompatibles avec une croissance saine.

Mais la récession elle-même a accru les inégalités !

Oui, mais il ne faut pas se tromper : les inégalités ne sont pas une fatalité, elles sont le résultat de choix politiques. Pour preuve, des Etats ont réussi à allier croissance et équité parce qu'ils ont fait de ce double objectif une priorité.

C'est le cas des pays scandinaves, mais aussi de Singapour ou de l'île Maurice, qui a réussi à diversifier son économie en misant sur l'éducation de sa population. Les Etats-Unis ont beaucoup à apprendre de ces exemples.

Vous appelez les Etats industrialisés, en particulier les Etats-Unis, à investir dans l'innovation, les infrastructures, l'éducation. Comment faire, alors que les dettes publiques atteignent des niveaux records ?

C'est une très mauvaise excuse. Aux Etats-Unis, les taux d'intérêts réels sont négatifs, et ils sont très bas en Europe : la période n'a jamais été aussi propice à l'investissement. D'autant que les investissements, dont il est ici question, alimenteront une croissance solide dans les années à venir et donc, des recettes fiscales supplémentaires qui permettront d'équilibrer les comptes publics.

S'endetter pour construire l'avenir n'est pas un frein à la croissance. C'est ne pas le faire qui est un cadeau empoisonné pour les générations futures.

Le monde va-t-il sombrer dans une « stagnation séculaire », à savoir, une longue période de croissance faible ?

La stagnation séculaire a deux causes. La première est l'anémie de la demande mondiale, notamment plombée par des politiques d'austérité injustifiées en Europe. La seconde tient aux interrogations autour des innovations de ces dernières années.

Pour l'instant, Facebook, Airbnb, l'économie collaborative ne génèrent pas de gains de productivité aussi puissants que ceux de la révolution industrielle, et nous ne savons pas mesurer ce qu'elles apportent au produit intérieur brut.

L'une de ces innovations finira-t-elle par changer la donne ? Impossible de le prédire, car, par définition, ce genre de rupture est imprévisible.

Mais une chose est sûre : les Etats ont un rôle à jouer ici, en investissant dans la recherche pour favoriser l'éclosion de ces innovations. Car le seul investissement des entreprises ne peut suffire.

Mais si cela ne se produisait pas ? Si aucune innovation ne relançait les gains de productivité ?

Dans le fond, ce ne serait pas si dramatique, puisque les ressources de la planète sont limitées. Nous pourrions très bien nous accommoder d'une croissance durablement faible, si elle s'accompagne de politiques réduisant les inégalités.

Malgré la hausse des inégalités que vous dénoncez, l'économie américaine a progressé de 3,7 % au deuxième trimestre. Ce n'est pas si mal.

La reprise américaine est un mirage. Il est vrai que notre taux de chômage est bas (5,3 %), mais nombre de demandeurs d'emploi sont sortis des statistiques. Il manque 3 millions d'emplois au pays. La Réserve fédérale ne le comprend pas. Ses remèdes sont inadaptés.

La croissance de ces dernières années a été alimentée par la baisse du dollar, qui a un peu regonflé notre compétitivité, et par la bulle boursière. Mais la baisse du dollar est derrière nous, et la bulle boursière ne contribue à la consommation des ménages que très marginalement. Ce n'est pas tenable.

Que faire pour alimenter une croissance saine aux Etats-Unis ?

Les pistes sont nombreuses : investir dans la recherche, l'éducation, les infrastructures, favoriser l'accès des Américains à l'enseignement supérieur. Instaurer un salaire minimal me paraît aussi une bonne piste.

Ces dernières années, les profits ont augmenté de manière disproportionnée face aux salaires. Cette distorsion du partage des revenus est source d'inégalité et affaiblit la croissance potentielle.

Une autre façon de la corriger serait de rendre notre fiscalité plus progressive et équitable. Il n'est pas normal qu'un spéculateur soit aujourd'hui moins imposé qu'un travailleur.

Pourquoi le prochain président américain, s'il était démocrate, appliquerait-il de telles mesures si Barack Obama lui-même ne l'a pas fait ?

Barack Obama a commis des erreurs. Mais, depuis, quelque chose a changé aux Etats-Unis. De nombreux politiques, notamment au Sénat, ont pris conscience qu'il y a urgence à s'attaquer au problème des inégalités. Tous les candidats démocrates en ont fait leur priorité.

Parlons un peu de l'Europe. Le troisième plan d'aide à la Grèce sortira-t-il enfin Athènes de l'ornière ?

Ce plan est la garantie que la Grèce va s'enfoncer dans une longue et douloureuse dépression. Je ne suis pas très optimiste.

La seule bonne nouvelle est que le Fonds monétaire international (FMI) milite désormais pour un allègement de la dette publique. Cela n'a pourtant pas empêché les créanciers d'Athènes d'adopter un programme d'aide ne disant pas un mot sur le sujet.

Pourquoi la dette est-elle un sujet aussi sensible en Europe ?

Pour deux raisons. La première est qu'il y a confusion. La dette y est conçue comme un frein à la croissance, alors qu'au contraire, elle est l'assurance de la prospérité future, lorsqu'elle sert à financer des investissements clés. Les Européens l'ont oublié.

Et pour cause : une partie de la droite du Vieux Continent alimente cette hystérie autour de la dette dans le but d'atteindre l'Etat providence. Leur objectif est simple : réduire le périmètre des Etats.

C'est très inquiétant. A s'enfermer dans cette vision du monde, l'obsession de l'austérité et la phobie de la dette, l'Union européenne est en train de détruire son avenir.

126,58

SZ 25. August 2015, 18:47 Uhr

Außenansicht

Die EU schwächt die Demokratie

• Feedback

Eine Lehre aus der großen Akzeptanzkrise Europas: sich zurücknehmen.

Von Peter Conradi

"Mehr EU", so klingt es allenthalben. Eine Wirtschaftsregierung muss her, eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik (am besten unter deutscher Führung), damit es nicht zu einer weiteren Finanzkrise kommt. In Wirklichkeit droht der EU eine Akzeptanzkrise: Das Vertrauen in ihre Institutionen schwindet. Die Abstimmungen im Bundestag über die Hilfe für Griechenland und neuere Umfragen zeigen, dass nicht nur rechtspopulistische und nationalistische Parteien, sondern auch EU-freundliche Abgeordnete und Parteien die EU zunehmend kritisch sehen. Nur in wenigen Mitgliedstaaten stimmt derzeit bei Umfragen noch eine Mehrheit für die EU.

Wo versagt die EU? Während die USA Banken für ihr Fehlverhalten hart bestrafen, müssen in der EU nicht die Eigentümer und Vorstände für die Machenschaften ihrer Banken einstehen, sondern die Steuerzahler deren Rettung bezahlen. Seit Jahren fördern einige EU-Mitglieder den Steuerbetrug, indem sie Reichen und Unternehmen aus anderen Staaten Dumping-Steuer-Konditionen anbieten. Mit dieser Beihilfe zur Steuerhinterziehung werden andere EU-Mitgliedstaaten um die ihnen zustehenden Steuern betrogen. Anonyme, von keinem Parlament kontrollierte Institutionen wie die Troika erzwingen eine Austeritätspolitik mit Privatisierungen und harten Sparmaßnahmen zulasten der Lohn- und Rentenempfänger, zuletzt in Griechenland. Und nun das Problem der Flüchtlinge, bei dem die EU sich als uneinig, egoistisch und hilflos erweist.

Nach zwei schrecklichen Weltkriegen entstand in Europa ein Bündnis friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit: die Europäische Union, eine große politische Errungenschaft. Doch derzeit ist diese Union in Gefahr, ihr Scheitern ist nicht ausgeschlossen. Dazu hat die ständige Verletzung des Subsidiaritätsprinzips durch die EU beigetragen, etwa die Eingriffe in die deutsche Politik der Daseinsvorsorge und in die grundgesetzlich gesicherten Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden. In den letzten Monaten die demütigende Behandlung Griechenlands, so als sei Griechenland ein EU-Protectorat.

In der EU regelt die höhere Ebene, was sie regeln will - gegen das Subsidiaritätsprinzip

Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll jede politische Ebene regeln, was sie am besten regeln kann, ehe eine höhere Ebene entscheidet. In der EU entscheidet die höhere Ebene, was sie regeln will. Sie produziert eine Überfülle von Verordnungen und Richtlinien, die sich oft überschneiden, unnötig und meist unübersichtlich sind.

Den Konzernen ist der Zentralismus willkommen. Für sie ist es billiger, Kommission und Parlament mit ein paar Tausend Lobbyisten zu beeinflussen als in 28 Staaten auf die nationalen Parlamente einzuwirken. Die von EU-Regeln betroffenen Bürger und Bürgerinitiativen, Gemeinden und Regionen, kleine und mittelständische Unternehmen können sich keine europarechtlichen Spezialisten und Lobbyisten leisten. Leider denken auch viele linke Parteien paternalistisch und zentralistisch. Die SPD, so sagen Spötter, ist erst zufrieden, wenn die UN eine weltweit einheitliche Friedhofsordnung beschlossen haben.

Der EU-Zentralismus schwächt die Demokratie: Je weiter entfernt von den Betroffenen Entscheidungen fallen, um so geringer die Möglichkeit, auf diese Einfluss zu nehmen, um so schwächer die demokratische Legitimation. Wer behauptet, das Europa der Nationalstaaten müsse jetzt überwunden werden und es gelte nun, die nach- oder übernationale Demokratie zu konstituieren, gefährdet die Union. Die Bürger sehen ihre Identität zuerst nicht in der Union, sondern in

ihren Nationalstaaten. Wer in dieser Situation pauschal ein "Mehr Europa" auf Kosten der Nationalstaaten fordert, weiß offensichtlich die Vielfalt Europas und das Selbstbestimmungsrecht nicht zu schätzen. Er riskiert damit die Zukunft der Union. Die EU ist nicht durch europäische Institutionen entstanden, sondern aus dem Willen der Nationalstaaten, nach zwei Weltkriegen ein friedliches Europa zu schaffen. Dies darf nicht durch selbstherrlichen EU-Zentralismus gefährdet werden.

Die Ausuferung der Richtlinien und Verordnungen müssen Parlament und Kommission selbst in Angriff nehmen. Dazu bedarf es keiner Verfassung, keiner neuen Verträge oder Institutionen, schon gar nicht einer Wirtschaftsregierung. Notwendig ist eine Diskussion über das, was die EU nicht regeln darf, und das, was sie regeln muss. Sind Parlament und Kommission willens, sich zurückzunehmen? Nicht "mehr Europa", sondern ein freiwilliges, dem *judicial restraint* des Obersten Gerichtshofs der USA vergleichbares *political restraint* der EU-Institutionen ist gefragt: Unterschiede hinnehmen, auch in der Finanz- und Steuerpolitik, statt um der Einheitlichkeit willen jetzt weitere Souveränitätsverluste der Staaten zu beschließen.

Zur Kritik an der EU trägt auch die klare Mehrheit in Parlament und Kommission für den Primat des Marktes bei. In der EU gilt: "Privat ist besser als Staat". Dieser Marktradikalismus führt dazu, dass die EU die Wasserversorgung privatisieren und den bewunderten kommunalen Wohnungsbau in Wien ("Gemeindebau") als wettbewerbsfeindlich untersagen will. Die Absicht der Kommission, über Abkommen wie TTIP, CETA und TISA die Rechte nationaler Parlamente abzubauen, läuft darauf hinaus, Demokratie durch Marktwirtschaft zu ersetzen.

Zu häufig arrangiert sich die Minderheit im Parlament - vor allem Sozialdemokraten und Grüne - mit der konservativ-liberalen Mehrheit zu Kompromissen. So geht es bei den Wahlkämpfen zum Europaparlament nicht um eine bessere EU, sondern allein um mehr EU. Die wütende Reaktion einiger Mitglieder, leider auch Deutschlands, auf die Politik der derzeitigen griechischen Regierung lässt die Angst der Mehrheit vor einem Linksruck der südeuropäischen EU-Staaten erkennen.

Gelegentlich wird versucht, Kritik an der EU als nationalistisch, ja rechtslastig abzutun. Das ist bequem und kurzsichtig. Die EU selbst muss sich bewegen, wenn sie aus der Akzeptanzkrise herauskommen und stabile politische Mehrheiten gegen neue EU-feindliche Strömungen und Parteien gewinnen will. Das Parlament und die Kommission müssen das Subsidiaritätsprinzip und den Anspruch der Mitglieder auf ihre Souveränität respektieren und ihre Regelungswut zügeln. Die marktradikale parlamentarische Mehrheit und die sozialdemokratisch-grüne Minderheit im Parlament müssen erkennbar werden, damit das öffentliche Interesse an diesem Parlament und an den Wahlen wieder belebt und ein politischer Machtwechsel möglich wird. Wenn sich die EU-Institutionen nicht bewegen, wenn sie weitermachen wie bisher, ist die EU gefährdet.

126,60

Stundenlange Wartezeit

Flüchtlinge verhindern Zugverkehr im Eurotunnel

Weil Flüchtlinge versuchten, durch den Eurotunnel nach England zu gelangen, mussten Reisende stundenlang ausharren – und wurden dazu aufgefordert, bei der Suche nach illegalen Einwanderern zu helfen.

02.09.2015

Hunderte Eurostar-Passagiere haben in der Nacht zu Mittwoch stundenlang festgesessen, weil Flüchtlinge auf die Schnellzüge klettern und so durch den Tunnel unter dem Ärmelkanal nach Großbritannien gelangen wollten. Insgesamt seien fünf Züge betroffen gewesen, teilte der Zugbetreiber Eurostar per Twitter mit.

Drei der Züge seien am frühen Mittwochmorgen nach London weitergefahren, die beiden anderen seien zu ihrem jeweiligen Startbahnhof in Paris und London zurückgekehrt.

Am späten Dienstagabend hatte Eurostar mitgeteilt, dass die Züge angehalten worden seien. Die Behörden seien „mit Eindringlingen zugange“, die auf den Gleisen am Bahnhof im französischen Calais gesichtet worden seien.

Passagiere sollten auf Geräusche von Flüchtlingen achten

Die Züge müssten warten, bis die Menschen von den Gleisen entfernt worden seien, teilte Eurostar mit. Medienberichten zufolge waren es Flüchtlinge, die **wie Tausende vor ihnen** versuchten, durch den Tunnel nach Großbritannien zu gelangen.

In einem der Züge nach London, der nur gut eineinhalb Kilometer vor der Tunneleinfahrt bei Calais halten musste, wurden die Fahrgäste aufgefordert, sehr leise zu sein. Sie sollten auf Geräusche von Menschen achten, die versuchten, auf das Dach des Zuges zu klettern. Ein Hubschrauber überflog den Zug und suchte ihn mit einem Scheinwerfer ab. Sicherheitsleute überprüften die Gleise. Entdeckt haben sie offenbar niemanden.

Die Passagiere saßen fast vier Stunden in dem Zug fest - im Dunkeln und in immer größerer Hitze. Der Strom war abgeschaltet. Dann beorderte Eurostar den Zug nach Calais zurück. Wer versuchte, den Bahnhof zu verlassen und die Reise nach Großbritannien per Fähre fortzusetzen, wurde von der französischen Polizei daran gehindert: Die Zoll- und Einreisebestimmungen erforderten es, dass die Passagiere nach Paris zurückführen.

Dann allerdings teilte Eurostar mit, dieser Zug könne nicht genutzt werden, um die Fahrgäste nach Paris zu bringen, man suche nach Alternativen. Ein Passagier empörte sich: „Wir wurden irgendwo in der Kälte auf einem Bahnsteig zurückgelassen, ohne jede Information. Um vier Uhr früh, mitten im Nirgendwo!“

Im französischen Calais versuchen Tausende Migranten - die meisten von ihnen aus Afrika - auf Züge oder Schiffe zu gelangen und den Ärmelkanal zu überqueren, um in Großbritannien ein neues Leben zu beginnen. Um den Flüchtlingsstrom zu stoppen, hatten die Innenminister beider Länder am Donnerstag vereinbart, die Kontrollen nochmals erheblich zu verschärfen.

126,61

Flüchtlinge vom Westbalkan

Frieden kann man nicht essen

Warum fliehen Menschen vom Balkan? Es ist vor allem die Aussicht auf Sozialleistungen, die viele bitterarme Roma vom Westbalkan nach Deutschland locken - auch wenn ihre Asylanträge wenig Aussichten auf Erfolg haben.

02.09.2015, von MICHAEL MARTENS, ATHEN

Neben der „großen Einwanderung“ aus Südasien, Afrika und dem Nahen Osten sieht sich Deutschland auch mit einer „kleinen Einwanderung“ vom Balkan konfrontiert. Klein, weil die Staaten, aus denen die meisten Asylantragsteller vom westlichen Balkan kommen – Serbien, Albanien, das Kosovo und Mazedonien –, gemeinsam kaum 14 Millionen Einwohner zählen. Verglichen mit den außereuropäischen Krisengebieten, ist das eine verschwindend geringe Größe. Die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck (Grüne) ist soeben von einer Informationsreise durch Mazedonien, das Kosovo und Albanien zurückgekehrt, wo sie mehr über die Beweggründe der Auswanderer erfahren wollte. Beck befasst sich seit mehr als zwei Jahrzehnten mit dem Balkan und gehört zu den wenigen deutschen Politikern, die sich in der Region gut auskennen.



Autor: Michael Martens, Korrespondent für südosteuropäische Länder mit Sitz in Athen. Folgen:

Ein wichtiger Faktor, der vor allem die Roma aus der Region nach Deutschland zieht, sind die Sozialleistungen. Zwar beträgt die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus Mazedonien nur 0,2 Prozent, doch attraktiv für Antragsteller ist die Dauer der Verfahren von durchschnittlich 5,7 Monaten. Das reiche manchen Familien, um mit den Leistungen des deutschen Sozialsystems „Geld für die Zeit nach der Rückkehr anzusparen“, zitiert Beck aus Gesprächen in Skopje. Dort traf sie Elvis Bajram, einen Roma, der in einem mehrheitlich von Roma bewohnten Stadtteil von Mazedoniens Hauptstadt Bürgermeister ist. Bajram berichtet, dass in seinem Viertel 60 Prozent der Menschen von Sozialhilfe leben. Die beträgt 40 Euro im Monat – pro Familie. Ein Bürgermeister in der albanischen Kleinstadt Kukës nannte Beck ähnliche Zahlen: Die absolute Mehrheit der Familien in seiner Stadt beziehe Sozialhilfe, die höchstens 35 Euro im Monat betrage. Dass angesichts solcher Bedingungen die Aussicht, in Deutschland für wenigstens 5,7 Monate satt zu sein (und es im Winter warm zu haben) verlockend ist, kann nicht verwundern. Die Qualität der Unterbringung und die monatliche Barauszahlung in Deutschland lägen „weit über dem, was vielen Familien in Mazedonien zur Verfügung stehe“, fasst Beck ihre Gespräche in Skopje zusammen.

Grenzsperre bringt Schlepper zurück ins Geschäft

Für manche sei allein die Aussicht auf Zugang zum deutschen Gesundheitswesen verlockend. Zwar ist Mazedonien seit dem Beinahe-Bürgerkrieg von 2001, als nur ein entschlossenes Eingreifen der Vereinigten Staaten, der EU und der Nato Schlimmeres verhinderte, ein friedliches Land. Aber es ist, vor allem für die Roma, auch ein bitterarmes Land – und Frieden kann man nicht essen. Deswegen ist es nicht ganz exakt, wenn Beck zur Erklärung der Auswanderungsbewegung festhält, sie werde auch befeuert von „Gerüchten“ über die „vergleichsweise hohe soziale Fürsorge“ in Deutschland. Denn es ist eben kein Gerücht, sondern Tatsache, dass die „soziale Fürsorge“ in Deutschland „vergleichsweise hoch“ ist.

Bedenklich ist, dass Mazedonien seit Aufhebung der Visumpflicht durch die EU im Jahr 2009 etwa 40.000 Bürgern die Ausreise verweigert haben soll, weil die „Vermutung“ bestanden habe, „dass sie durch unberechtigte Asylantragsverfahren in Zentraleuropa die Visumfreiheit des Landes gefährdeten“. Das hat zwar die Zahl von aussichtslosen Asylanträgen in Deutschland gesenkt – aber ist ein EU-Beitrittskandidat, der seine Einwohner massenhaft daran hindert, das eigene Land zu verlassen, nicht ein Fall für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte? Andererseits hat Mazedoniens Regierung Mitte Juni ein Gesetz erlassen, das den aus Griechenland kommenden Flüchtlingen aus Asien und Afrika nach der Registrierung für 72 Stunden das Recht zur kostenlosen Nutzung von Zügen und Bussen zur Weiterreise nach Serbien gibt. Mit diesem Gesetz sei Schlepperbanden in Mazedonien das Handwerk gelegt worden, so die Regierung in Skopje. Wie in Serbien vermutet man auch in Mazedonien, dass durch die Fertigstellung des Zauns an Ungarns Grenze zu Serbien die „Balkanroute“ künftig eine westliche Abzweigung nehmen und über Kroatien und Slowenien führen könnte. Für die Schlepperbanden ist der Bau des ungarischen Zauns eine ideale Konjunkturmaßnahme. „Jede Sperre bringt die Schlepper zurück ins Geschäft und erhöht die Preise“, so Marieluise Beck.

Was getan werden kann, um wenigstens die Einwanderung vom Balkan sinnvoll zu steuern, zeigt der „Deutsche Informationspunkt für Migration, Ausbildung und Karriere“, den das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit jüngst in der kosovarischen Hauptstadt Prishtina eröffnet hat. Dort gibt es Informationen und Beratung über legale Möglichkeiten, zur Arbeit oder Ausbildung nach Deutschland zu kommen. In dem Büro wird auch darüber informiert, in welchen Branchen und in welchen Regionen Deutschlands Bedarf an Einwanderern herrscht.

Ein neuer Blick auf den Nachbarn

Ob Griechenland oder Haushaltsdisziplin: Die deutsch-französischen Beziehungen galten in den vergangenen Jahren als angeschlagen. Beim Thema Flüchtlinge sprechen Berlin und Paris nun wieder mit einer Stimme.

01.09.2015, von MICHAELA WIEGEL, PARIS



© AFPZu Gast bei der Ehrenretterin der EU: Hollande schmunzelt neben lächelnder Merkel Ende August im Kanzleramt.

Angesichts der EU-Flüchtlingskrise sprechen Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande mit einer Stimme. Das ist bemerkenswert, waren die deutsch-französischen Beziehungen seit dem Machtwechsel in Frankreich doch von Irritationen und Bewertungsunterschieden geprägt, wie etwa im Fall Griechenland oder bei der Haushaltspolitik. Doch die Migrationsströme in die EU haben die Bundeskanzlerin und den Präsidenten zusammenrücken lassen. **Aus Frankreich wird der Bundeskanzlerin für die großzügige Politik der Aufnahme von Asylbewerbern Bewunderung entgegengebracht. Gerade die ansonsten stark von germanophoben Ideen unterwanderte Linke zeigte sich beeindruckt von der Bundeskanzlerin. Die linksgerichtete Zeitung „Libération“ etwa schrieb in einem Leitartikel zur europäischen Flüchtlingspolitik, „zum Glück rettet eine Regierungschefin die Ehre der Europäischen Union: Angela Merkel“. Das linke Nachrichtenmagazin „Le Nouvel Obs“ bezeichnete Deutschland als „Modell für die Flüchtlingspolitik“. Das sind ungewohnte Töne aus dem linken Meinungsspektrum in Paris.**



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Diese Stimmen erleichtern es François Hollande, sich als „Paar“ mit der Bundeskanzlerin zu zeigen und zusammen als Wächter europäischer Werte und Regeln aufzutreten. Bei ihrem jüngsten Treffen in Berlin war die neue Übereinstimmung zwischen der Kanzlerin und dem Präsidenten nicht zu übersehen. **„Deutschland und Frankreich erwarten, dass alle Mitgliedstaaten die vereinbarten Asylregeln vollständig umsetzen“**, mahnte Merkel. Hollande bekräftigte den Wunsch nach einem europäischen Asylrecht. Das kommt für den Präsidenten durchaus einer Kurskorrektur gleich.

Frankreich würde mehr Flüchtlinge aufnehmen

Hollande hatte sich aus Sorge vor einem weiteren Erstarken des rechtsextremen Front National (FN) zuvor lange zurückgehalten und war europäischen Initiativen nur zögerlich begegnet. Nach der Vorstellung der Vorschläge zu europäischen Flüchtlingsquoten durch die EU-Kommission im Mai etwa erläuterte Premierminister Manuel Valls, warum Frankreich bei der Aufnahme von Asylbewerbern nicht noch mehr tun könne. In der EU sei mehr Solidarität erforderlich, doch Frankreich habe bereits viele Asylsuchende aufgenommen und mehr als andere Mitgliedstaaten unternommen. Dem müsse Rechnung getragen werden, sagte Valls im Mai.

Anfang Juli lehnte Frankreich bei den Beratungen der EU-Innenminister über die Flüchtlingsquote den Kommissionsvorschlag ab. Zwar hat Frankreich genauso wenig wie Deutschland grundsätzliche Einwände gegen eine Quote, doch aus französischer Sicht sah der Vorschlag keine ausgewogene Verteilung vor. Die beim EU-Rat Ende Juni getroffene Vereinbarung zur Verteilung von 40.000 Flüchtlingen in alle EU-Mitgliedstaaten unterstützt Präsident Hollande dagegen voll. Er setzt dabei auf einen europäischen Ansatz, auch wenn dies bedeuten könnte, dass Frankreich mehr Flüchtlinge aufnehmen muss als bislang. Regierungschef Valls machte dies bei seinem jüngsten Besuch in Calais deutlich. „Diese Migrationskrise stellt die EU auf den Prüfstand“, sagte Valls. „Wir müssen eine europäische Einwanderungspolitik definieren“, sagte er und forderte „effektive und dauerhafte europäische Lösungen“. **„Wir müssen die Asylbewerber ausgewogen zwischen den europäischen Ländern verteilen.“ Frankreich und Deutschland hielten sich an die vereinbarten Regeln. Doch „zu viele Länder verweigern sich, ihren Anteil zu tragen“, kritisierte Valls.** „Das widerspricht dem europäischen Geist. Wir können das nicht akzeptieren“, sagte er. Der Regierungschef lobte ausdrücklich die Zusammenarbeit mit Deutschland.

Front National treibt Sozialisten vor sich her

Bei der Sommeruniversität der Sozialisten am vergangenen Wochenende in La Rochelle erhob er Bundeskanzlerin Merkel zum Vorbild, an der sich auch Nicolas Sarkozy, der Vorsitzende der Republikaner, orientieren sollte. So viel Applaus von einem sozialistischen Regierungschef hat die Bundeskanzlerin selten erhalten. **Frankreich will dabei eine Ausweitung seines Aufnahmeangebots – in Calais soll zu Jahresbeginn 2016 ein Übergangslager für 1500 Flüchtlinge eröffnet werden – mit präventiver Arbeit in den Herkunftsländern verbinden.** So ist geplant, ein Präventionszentrum in Niger zu eröffnen. Aufgabe des Zentrums soll es sein, Kandidaten von ihren Fluchtplänen abzubringen sowie abgelehnten Asylbewerbern bei der Wiedereingliederung in ihrer afrikanischen Heimat zu helfen.

Der politische Druck, der auf den französischen Sozialisten lastet, ist groß. Die FN-Vorsitzende Marine Le Pen hat mit ihrem Bild eines von Flüchtlingen überschwemmten Frankreichs die Meinungsführerschaft übernommen. Sie kritisierte das geplante neue

Zeltlager in Calais scharf. „Frankreich unterwirft sich den europäischen Wünschen“, kommentierte sie. Auf Geheiß der EU-Kommission müsse Frankreich seine Türen noch weiter öffnen und mehr „Einbrüche, Aggressionen und Übergriffe aller Arten“ durch illegale Einwanderer hinnehmen, kritisierte Le Pen.

Deutsch-französische Einigkeit bislang noch ohne Wirkung

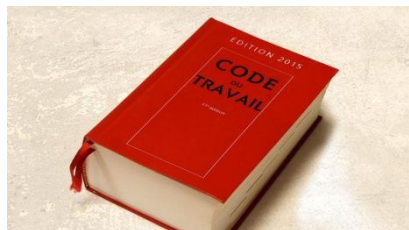
Sarkozy hatte die Flüchtlingswelle in die EU mit einem „Rohrbruch“ gleichgesetzt. **Die Pläne, Flüchtlinge unter den EU-Staaten zu verteilen, lehnt Sarkozy ab. Er verglich die EU mit einem Klempner, der bei einem Rohrbruch nicht das Wasserrohr reparieren, sondern das Wasser gleichmäßig verteilen wolle.** „Der Klempner trifft ein und sagt, ich habe eine Lösung. Wir behalten die Hälfte des Wassers in der Küche, tun ein Viertel ins Wohnzimmer, ein Viertel ins Schlafzimmer der Eltern, und wenn das nicht reicht, bleibt noch das Kinderzimmer“, sagte Sarkozy.

Doch entgegen der weitverbreiteten Vorstellung, dass Frankreich von Asylbewerbern überlaufen werde, entfallen nur etwa zehn Prozent der in der EU Asyl suchenden Personen auf das Land. Mit 972 Flüchtlingen je einer Million Einwohner rangiert Frankreich hinter Deutschland, Schweden und Italien auf dem vierten Platz. Präsident Hollande unterstützt die Bundesregierung **bei dem Bestreben, die Verfahren zur Anerkennung von Asylanträgen in der EU zu vereinheitlichen.** Ausdrücklich hat Premierminister Valls auch gefordert, **die Hilfsleistungen für Asylbewerber zu harmonisieren.** Mit der Einrichtung von gemeinsamen Registrierungszentren („hot spots“) in Italien und Griechenland hat es Frankreich genauso eilig wie die Bundesregierung. **Damit einhergehen sollen einheitliche Regeln zur Rückführung illegaler Einwanderer. Zusammen setzen sich Paris und Berlin auch dafür ein, endlich eine europaweit gültige Liste sicherer Herkunftsländer aufzustellen.** Der deutsch-französische Schulterschluss hat indessen nicht die gewünschte Wirkung erzielt. **Gegen die Wünsche des deutsch-französischen Duos sträuben sich mehrere EU-Partner.**

Un nouveau rapport dynamite le code du travail

Par [Marc Landré](#)

Mis à jour le 02/09/2015 à 13:04



La fondation Terra Nova, think tank proche du PS, suggère de permettre aux accords d'entreprise de déroger à la loi, en matière de durée du travail, de rémunération ou de seuils sociaux. Une révolution à gauche qui devrait créer des remous dans la majorité.

Avis de cyclones dans la majorité! La grenade avait été dégoupillée avant l'été, avec la publication du livre de l'ex-président du conseil constitutionnel Robert Badinter et du professeur d'université en droit du travail Antoine Lyon-Caen. Dans leur court ouvrage intitulé «Le travail et la loi», ces deux figures tutélaires, notamment à gauche, fustigeaient un droit du travail devenu au fil du temps obèse et proposaient de le réformer en profondeur. Une prise de position qui n'était pas passée inaperçue au parti socialiste et avait poussé Manuel Valls à avancer sur une évolution du code du travail, une position que le premier ministre a réaffirmée dimanche à la Rochelle.

Mais la bombe pourrait exploser avec la publication jeudi aux éditions Odile Jacob, par la fondation Terra Nova, le think tank proche du PS, d'un nouveau rapport choc sur le code du Travail cette fois-ci rédigé par l'économiste de gauche Gilbert Cette, l'un des théoriciens dans les années 90 de la réduction du temps de travail, et l'avocat Jacques Barthélémy, fondateur du célèbre cabinet éponyme, l'un des fleurons de la profession dans le domaine du droit social.

Inversion de la hiérarchie des normes

Le binôme Cette/Barthélémy fait le même constat que le duo Badinter/Lyon-Caen: le droit social hexagonal ne parvient plus à concilier efficacité économique et protection des travailleurs. Et ce à cause principalement «de la prolifération et de la complexité des règles d'essence légale (...) qui empêchent la réalisation de compromis locaux à même de favoriser cette conciliation au niveau tant des branches que des entreprises», écrivent-ils.

Pour sortir de cette impasse, il n'y a selon eux qu'une seule voie possible: promouvoir «autant que possible» la négociation collective et l'accord entre partenaires sociaux. Bref, comme on dit dans le jargon, d'inverser la hiérarchie des normes en faisant, dans un premier temps, «de la dérogation conventionnelle la règle» puis, dans un second temps, du droit réglementaire le supplétif du droit conventionnel. Une révolution qui, une fois déclinée en propositions concrètes, va bien au-delà des rêves les plus fous des patrons les plus libéraux.

Dans l'esprit prolifique de Gilbert Cette et Jacques Barthélémy, les partenaires sociaux auraient donc la main, par accord collectif, pour substituer les normes conventionnelles aux normes réglementaires. Bref pour déroger à la loi. Dans chaque entreprise et chaque branche, il serait alors possible d'adapter les normes du code du travail «qui brident l'activité en définissant les contreparties d'un compromis gagnant-gagnant». Comprenez les institutions représentatives du personnel (IRP), les seuils sociaux, la durée du travail, le niveau de rémunération... tout en fait à l'exception du salaire horaire, des qualifications et des règles du droit supranational (comme, par exemple, la durée de travail maximum fixée par l'Europe à 48 heures par semaine).

Rupture «sui generis»

L'une des conséquences de cette primauté de l'accord collectif par rapport à la loi serait la création d'une «rupture sui generis» du contrat du travail en cas de refus d'un salarié de s'en voir appliquer les termes. Dit autrement, les termes de l'accord d'entreprise ou de branche (majoritaire à 50%) s'imposeraient aux contrats de travail individuels! Une révolution que les syndicats, dans le cadre de leurs négociations depuis 2012 avec le patronat, ont toujours rejeté, avec le soutien du gouvernement.

Dans ce cas de figure, le salarié se verrait donc appliquer les conditions de départ (indemnisation) non pas prévues par la loi ou la convention collective, mais par l'accord d'entreprise ou de branche qui a été négocié. Il aurait un délai de rétractation de 15 jours, comme c'est le cas pour une rupture conventionnelle.

Les deux auteurs vont encore plus loin dans leur rapport, qui est la suite logique de leurs critiques récurrentes depuis dix ans sur la lourdeur du code du travail, en proposant de pouvoir aussi déroger au smic par accord de branche. Une proposition que même Pierre Gattaz, le très libéral patron des patrons, n'avait jamais osé formuler!

Pour voir leurs propositions entrer en application, Cette et Barthélémy reconnaissent que plusieurs conditions préalables doivent être mises en œuvre: l'augmentation du taux de syndicalisation ; le passage du seuil d'audience d'un accord majoritaire à 50% des votants, et la disparition de fait du droit d'opposition ; le transfert du pouvoir de négociation sur le comité d'entreprise ; la définition des règles de la négociation collective avant le début des discussions sur le fond... Autant de critères qui peuvent être modifiés rapidement, selon eux, par la loi.

Débat présidentiel

Cette stratégie ambitieuse qui vise à refondre le droit du travail, développée également par l'institut Montaigne dans son rapport publié jeudi et intitulé «sauver le dialogue social - priorité à la négociation d'entreprise», pourrait être réalisée en moins d'une année, consultation des partenaires sociaux et précisions de l'administration incluses. Selon les deux auteurs, elle ne revient aucunement à «agiter un chiffon rouge», car leurs propositions reposent sur une approche globale de la réforme du fonctionnement du marché du travail et non pas sur une approche thématique, dossier par dossier (IRP, seuils sociaux, accord de maintien dans l'emploi, durée du travail...), comme c'est le cas depuis des décennies en France.

Cette et Barthélémy sont toutefois conscients que la révolution qu'ils proposent ne pourra pas se faire avant 2017. Jamais la majorité en place ne le permettra à l'approche des élections. «Mais Manuel Valls et Emmanuel Macron peuvent en parler», commente l'un des deux auteurs, afin d'en faire un débat de la campagne présidentielle qui va s'ouvrir.

Tous deux savent qu'ils mettent «la barre très haute» avec leurs propositions disruptives. Ils veulent ainsi obliger Jean-Denis Combexelle, l'ex-directeur général du Travail missionné par Manuel Valls pour lui faire des propositions «audacieuses» pour donner plus d'importance aux accords collectifs par rapport à la loi et dont le rapport est attendu pour la mi-septembre, à se positionner par rapport à eux. Le débat, sur la refonte du code du travail, ne fait que commencer...

La France, cette nouvelle naine politique : comment Paris a disparu des radars européens

Entretien entre Pierre Briançon, Sylvie Goulard et Jean-Luc Sauron

L'Allemagne souhaiterait "intimider" la France à travers le dossier grec, et elle chercherait à lui imposer sa "rigueur". C'est par ces déclarations que Yanis Varoufakis et Joseph Stiglitz ont récemment qualifié la pression exercée sur l'Hexagone... Qui à force de présenter des performances économiques décevantes, sans vision européenne ambitieuse, laisse Berlin jouer un rôle impérialiste qu'elle ne souhaite pas forcément.

Atlantico : Angela Merkel s'est emparée du sujet des migrants en conférence de presse, lundi 31 août, rappelant la nécessité de trouver d'urgence une solution européenne, et mettant dans la balance la pérennité des accords de Schengen. La chancelière allemande se positionne comme la locomotive de l'Europe, initiant les choix politiques et imposant ses vues économiques. **L'ex-ministre grec des finances, Yanis Varoufakis, avait déclaré cet été que l'Etat-providence français était la véritable cible d'une Allemagne prônant l'austérité dans la crise grecque.** L'économiste Joseph Stiglitz a soutenu ces derniers jours que l'Allemagne exerçait une "forme d'intimidation" contre la France, cette dernière ne sachant pas lui tenir tête au sommet de l'Europe. **Le poste de commandement de l'Union européenne est-il définitivement installé à Berlin ?**

Pierre Briançon : **Le poste de commandement de l'Europe, comme vous dites, est installé à Berlin parce que l'Allemagne, puissance économique dont la réussite s'explique en partie (mais en partie seulement) par les politiques économiques passées de ses gouvernements successifs, a décidé d'exercer aussi le leadership diplomatique de l'Union Européenne. Non sans réticences d'ailleurs, mais le résultat est là.** On peut constater d'ailleurs qu'hormis les questions de politique économique - certainement importantes - Merkel exerce ce leadership avec discrétion - on a vu Angela Merkel plutôt soucieuse d'agir avec la France, par exemple la politique à mener vis-à-vis de la Russie. **Si la diplomatie française pouvait s'appuyer sur une économie solide, la situation ne serait évidemment pas la même.**

Sylvie Goulard : La question de savoir "qui commande" est-elle vraiment la plus importante, face au drame qui se joue sous nos yeux ? Nous devrions peut-être passer moins de temps à nous interroger sur les procédures et les préséances et beaucoup plus à trouver, tous ensemble, des solutions convenables.

Que diraient d'ailleurs les commentateurs si l'Allemagne se désintéressait de cette question ? Comme la France, comme tous les pays européens, elle a les moyens de faire face aux flux actuels, plus assurément que la Jordanie ou le Liban qui accueillent des millions de réfugiés syriens. La Loi fondamentale fédérale affirme dans son premier article "l'intangibilité de la dignité humaine". Beaucoup de familles allemandes savent d'expérience ce que subissent les réfugiés : plus de dix millions d'Allemands ont quitté les territoires perdus après la seconde guerre mondiale ; en 1989, c'est le début de l'exode d'un peuple entier qui a entraîné la fin de la RDA.

C'est pourquoi Mme Merkel prend ses responsabilités, en dénonçant la xénophobie et en appelant les partenaires européens à agir. Quand ils voyagent dans l'espace Schengen, les citoyens européens profitent des facilités de circulation. Toute liberté crée aussi des devoirs. **Les frontières externes de cet espace doivent enfin être considérées pour ce qu'elles sont : une frontière extérieure commune ; l'octroi du statut de réfugié ne peut être laissé à la bonne volonté de chaque Etat membre.**

Jean-Luc Sauron : Non. Il est grand temps que l'analyse de l'actualité européenne quitte des chemins aussi caricaturaux. La Chancelière a été amenée à prendre des positions fortes en matière de migrants, notamment

parce qu'elle a à faire face à une montée des manifestations très violentes et xénophobes dans l'Est de l'Allemagne. Il est très intéressant de voir que l'Europe continue de payer les pots cassés de l'époque communiste. Les pays d'Europe centrale et orientale (dans lesquels il serait intéressant de compter les Länder de l'Est) ont été mis sous cloche pendant près de 50 années de communisme. Il n'avait pas une information et une connaissance précise du monde.

En trente années et notamment depuis leur adhésion à l'Union européenne en 2004, ils ont dû absorber la libéralisation à marches forcées de leurs économies et de leurs relations sociales. Ils se heurtent maintenant aux migrations extra-européennes qu'ils n'avaient même jamais pensé rencontrer. L'immigration dans les démocraties populaires étaient plutôt rare, voire inexistante. De plus ces pays ont suivis des efforts considérables pour se placer dans la moyenne européenne. Ils n'ont ni la culture, ni les moyens financiers d'accueillir des migrants en nombre. Même la France obtient une aide de la Commission européenne pour la mise en place d'un centre d'accueil de 1 500 places à Calais. Pourquoi ce rappel ? L'Allemagne est comme le point de convergence des angoisses de cette Europe centrale et orientale. Il est normal qu'elle prenne position pour confirmer à ces pays d'Europe centrale et orientale qu'elle assume. **Les migrants visent l'Allemagne, la Suède ou la Grande-Bretagne comme terre d'asile, pas les pays d'Europe centrale et orientale.** Enfin, qu'attend la presse française ? Une conférence de presse commune franco-allemande sur le sujet ? Non, bien sûr. Pourquoi ne pas souligner que la France a pris en main le dossier de la sécurisation des transports ferroviaires transnationaux ? **Sur ce dernier dossier comme sur la lutte contre le terrorisme islamiste au Mali ou en Syrie, c'est la France qui mène la lutte, aussi pour et au nom des autres Etats membres de l'UE. Non, le poste de commandement n'est pas installé à Berlin. Il reste à Bruxelles, en relations intenses avec Berlin et Paris.**

Atlantico : Quel est le bilan de l'épisode estival pour la position politique de la France au sein de l'Europe? **L'accord au forceps avec la Grèce qui a permis d'éviter un Grexit a été mis au crédit de François Hollande.** Est-ce que cela a vraiment redoré le blason français ou est-ce un chant du cygne pour le leadership européen de la France ? A-t-elle vraiment abdiqué sa position de leader ?

Pierre Briançon : **La position française a été surtout utile pour faire pencher la balance à Berlin, où l'on voyait le gouvernement hésiter entre la position dure du ministre des finances Wolfgang Schäuble (pousser la Grèce hors de l'euro) et l'attitude toujours plus pragmatique d'Angela Merkel.** La communication du gouvernement français a bien sûr insisté sur le fait que Paris avait ainsi permis le compromis qui évitait le pire. Mais notez qu'on pourrait aussi décrire l'épisode d'une manière très différente: **François Hollande a de fait aidé l'Allemagne à faire plier le gouvernement grec, forcé d'accepter un plan très dur** - celui-là même qui avait été rejeté massivement quelques jours auparavant par les électeurs Grecs lors du referendum.

Sylvie Goulard : Pendant les discussions de juillet sur la Grèce, les dirigeants français et allemands ont été complémentaires. **Sans François Hollande, nous aurions assisté à l'éclatement de la zone euro, désastreux pour la Grèce mais aussi pour notre crédibilité collective. Sans Angela Merkel, l'intégrité de la zone euro n'aurait pas été durablement préservée car une monnaie unique suppose que chacun respecte ses engagements et "joue collectif"**. Nul ne peut s'en affranchir en menaçant les partenaires de "faire sauter le système".

Il est assez curieux de toujours présenter les compromis comme une abdication. Le jeu d'une négociation est souvent très complexe.

Jean-Luc Sauron : **Le déclinisme obsessionnel qui ressort de vos questions est étrange.** Qui peut sérieusement affirmer dans un monde aussi complexe que celui de la mondialisation de l'économie et/ou de la politique qu'il y a un pays chef de file qui dirige le reste des Etats. Même la Chine ou la Russie n'ont pas la barre sur les autres puissances. Ce constat est encore plus vrai en Europe. **Le bilan de la gestion**

de la crise grecque de l'été a été pour moi le suivant : seul le couple franco-allemand est en mesure, avec le point de vue de l'un et de l'autre, de gérer une crise aussi grave que la crise grecque. Je crois qu'il est restrictif de penser la direction de l'Europe comme suivant les règles d'affrontement des Etats, avec des dominants et des dominés comme aux XIX et XX siècles. Le grand intérêt de l'été a été de démontrer qu'il est impossible de fonctionner avec un leadership mono-étatique. **Seul l'alliage (au-delà de l'alliance) franco-allemand peut éviter à l'Europe son enlisement, ou, pire, son éclatement.**

Atlantico : Qu'en est-il pour la France et son modèle ? Le pays n'est-il pas obligé d'accepter des concessions économiques et des tournants politiques incompatibles avec son modèle et son système ?

Pierre Briançon : Je ne suis pas sûr de toujours comprendre en quoi consiste précisément ce fameux "modèle français". S'agit-il du modèle à 10% de chômeurs ? S'il existe, disons que ce n'est pas un "modèle" que le reste du monde envie forcément. Je vous rappelle que la France est l'un des trois seuls pays de la zone euro où le chômage ait augmenté en juillet. **Mais je ne crois pas du tout que les réformes entreprises par le gouvernement Valls bouleversent quoi que ce soit de l'équilibre que la France tente de préserver entre dynamisme économique et protection sociale (pour faire bref).** On peut discuter de l'ampleur et du rythme des réformes, et à l'évidence certains membres du gouvernement allemand pensent qu'elles ne vont pas assez vite, mais je crois que Valls, Macron et leurs amis sont assez convaincants quand ils expliquent qu'Europe ou pas, Allemagne ou pas, les réformes - et une certaine retenue budgétaire, qui est loin d'être de la "rigueur" - étaient nécessaires indépendamment de toute pression étrangère.

Sylvie Goulard : Personne n'a forcé les Français à faire partie de la Communauté puis de l'Union européenne. C'est même la France qui, à la fin des années 80, a poussé à la création de la monnaie unique pour mettre fin aux fluctuations du Franc par rapport au Deutsche Mark. Tous les traités européens, sans exception, ont été négociés par des gouvernements français, ratifiés par le Parlement national ou même par le peuple pour ce qui concerne le traité de Maastricht ayant créé l'euro. A partir du moment où la France fait partie d'une équipe, elle doit, comme tous les autres membres, respecter les règles du jeu.

Il serait peut-être temps de réaliser que c'est aussi dans notre intérêt. Les problèmes français viennent-ils des concessions faites aux partenaires européens ou de la manière dont la France s'y ... déroge ? **Depuis des années, les gouvernements français promettent à Bruxelles de respecter la discipline budgétaire ou encore de réformer la fiscalité, de simplifier le droit du travail ou la carte des collectivités locales. Certaines réformes sont faites mais elles restent assez modestes par rapport à ce qui a été mis en oeuvre dans de nombreux pays de l'UE.**

Soyons lucides. Le modèle social français crée un chômage de masse durable ; il laisse de centaines de milliers de jeunes au bord de la route. Il est devenu inéquitable envers les générations futures puisqu'il est financé par une dette qui est désormais considérable. Quand on voit les performances macro-économiques de l'Espagne ou du Portugal par exemple, en nette amélioration (même s'il reste encore du chômage et de la pauvreté dans ces pays), **il serait peut-être temps de cesser de louer le "modèle" français et de diaboliser l'Europe.** Les pays qui ont suivi les recommandations communes ne s'en portent pas si mal.

Jean-Luc Sauron : Bien malin, celui qui pourra prédire le système gagnant en Europe dans dix années. Les Français ont la mémoire courte. Dans les années 2000, l'Allemagne était l'homme malade de l'Europe. Je ne crois pas que les modèles trop consanguins auront la victoire. La force de l'Europe a toujours été la voie médiane. La social-démocratie nordique ou l'économie sociale de marché allemande jusqu'aux années 90 étaient les meilleurs exemples de cette démarche collaborative au sein des nations. La conversion au tout libéral de l'Allemagne au tournant des années 2000 a bouleversé l'équilibre européen en la matière et pourrait bien l'amener à l'échec. Aucune aventure purement nationale - c'est-à-dire déterminée à partir des seuls

intérêts d'un Etat, comme l'Allemagne d'aujourd'hui - n'a d'avenir dans un monde sans conflit comme l'Europe. **Le compromis intelligent entre les Etats de l'UE est notre avenir : pourquoi se battre pour un respect des 3% de Maastricht lorsque l'Allemagne déstabilise l'Europe en ayant plus de 6% d'excédent de commerce extérieur.** J'accepte volontiers l'accord du 13 juillet (avec la Grèce). L'Euro conduit à ce concubinage économique-politique. **Mais si nous acceptons les critiques sur la dette grecque, il faut accepter de discuter des excédents allemands et de voir comment les utiliser pour le bien-être de tous les Européens.**

Atlantico : A quoi peut-on attribuer cette situation ? Hollande est-il un suiveur ? Manque-t-il d'une vision claire ou d'une ambition européenne ? **Qui est responsable : une Allemagne "rouleau-compresseur" ou une France dilettante ?**

Pierre Briançon : Hollande partage avec Merkel la caractéristique d'être un leader pragmatique, tacticien, calculateur, qui "deale" avec les cartes qu'on lui a données et ne rêve pas de chambouler la donne. **On peut déplorer ce manque "d'ambition", pour reprendre votre terme, cette gestion à la petite semaine, cette navigation au plus près, mais compte tenu de la situation politique précaire en Europe - d'un côté la montée des extrême-droites, de l'autre côté ce que j'appellerais la "syrization" ou la "podemisation" d'une partie des gauches européennes (même le Labour Party au Royaume Uni...) le moment n'est peut être pas venu des grands machins conceptuels, dans une Europe qui se remet à peine de huit ans de crise économique.** Je n'ai pas de certitudes là-dessus, mais je livre cette réflexion à la sagacité de vos lecteurs.

Sylvie Goulard : Entre les économies de la zone euro, il existe des interactions complexes. **Les réformes allemandes des années Schröder ont creusé l'écart mais une partie de nos faiblesses n'est due qu'à nous-mêmes.** Si la France a moins de poids en Europe, c'est parce que ses performances sont souvent médiocres et surtout qu'elle s'accommode de cette médiocrité. **C'était frappant lors de l'annonce, fin août, des chiffres du chômage. Sa stabilisation laisse des millions de personnes en dehors du marché du travail. Il n'y a pas de quoi s'en contenter.** Depuis des années désormais, on a l'impression que les autorités françaises ne visent plus l'excellence. Elles se contentent de "la moyenne".

Le problème transcende hélas les appartenances partisans. De rapport en rapport, les analyses brillantes ne manquent pas, les remèdes sont connus mais l'action n'est pas entreprise. François Fillon, Premier ministre de Nicolas Sarkozy a dénoncé dès 2007 la "faillite" de la France sans y remédier. Au début de son mandat, François Hollande a mené des politiques inadaptées. Le tir a été un peu corrigé mais on est encore loin du compte.

Jean-Luc Sauron : Le président Hollande a surtout une vision prospective de la place de la France en Europe et dans le monde. La France est à la manœuvre sur la crise terroriste en Afrique, sur la crise ukrainienne et sur la crise moyen-orientale. Sous sa direction et avec un ministre de la défense qu'il est possible de définir comme exemplaire, nous assistons à la reconstruction d'un outil de défense qui manque cruellement à l'Europe. L'Allemagne peut être riche et ambitieuse, c'est la force de l'Union européenne toute entière qui la consolide et qui lui donne son poids mondial.

L'Allemagne, c'est la porte d'entrée à un marché de plus de 504 millions d'habitants (les 28 Etats membres de l'Union européenne). **Pour l'instant, et bien sûr avec, parfois et pas toujours, l'appui de l'OTAN, la France est la seule armée qui intervienne, au bénéfice des 27 autres Etats dont l'Allemagne pour défendre un certain type de société et de valeurs.** Pourquoi ces attentats contre la France, malheureusement trop nombreux, sur un pays que vos questions qualifient de dilettante et de suiviste ? Pourquoi les terroristes s'attaquent à la France ?

Atlantico : Comment la situation peut-elle évoluer? Peut-on faire la même analyse sous la présidence Sarkozy? **De quoi va dépendre un changement et un nouveau cap européen pour la France?**

Pierre Briançon : Dans le genre gestion à la petite semaine, Nicolas Sarkozy n'avait de leçon à recevoir de personne. Mais quand la page SarkHollande sera refermée, le temps devra bien venir de dirigeants qui tentent de définir ou redéfinir le projet européen, de préférence avec une idée claire du rôle que la France pourrait y jouer.

Sylvie Goulard : Trois chantiers doivent être ouverts. **La France doit tout d'abord travailler à améliorer ses performances économiques, comme nous venons de le dire.**

Elle a aussi un problème institutionnel. Dans tous les partis, on chante la Marseillaise et on encense "la République" en théorie mais dès que cela devient concret, les Français se bagarrent comme les Gaulois du village d'Astérix. **L'affrontement droite / gauche, souvent caricatural, dessert l'intérêt national. Depuis des années, l'Allemagne, l'Italie se réforment grâce à des grandes coalitions.**

Enfin, aucun parti français n'a développé de vision européenne ambitieuse, adaptée au monde de 2015. Les souverainistes proposent des solutions largement dépassées ; face aux défis sans frontière du numérique, face à l'ampleur des menaces et les limites de nos moyens, il est illusoire de vouloir faire cavalier seul. A de rares exceptions près, les pro Européens ont peur de dire haut et fort que tout jeu collectif appelle un partage du pouvoir et l'UE, plus de démocratie supranationale. Le jour où les Français, intégrant le nécessaire changement d'échelle, retrouveront une vision large, ouverte sur les autres, audacieuse, la France reprendra toute sa place en Europe.

Jean-Luc Sauron : Enfin, une question centrale ! La vraie place de la France en Europe et, donc, sa place dans le monde, passe par un engagement sans faille pour la cause européenne. Au lieu de cela, nous avons deux camps : **les euro-tièdes et les souverainisto-déclinistes. Oui, disons le bien haut le choix nationaliste est un choix réactionnaire. L'amorce de ce déclin a une date : 29 mai 2005, jour du vote négatif français sur le projet de Constitution européenne. Et depuis, les Français sont devenus les "enfants terribles" de l'aventure européenne. Plus aucun parti politique ne porte clairement une vision claire et militante en faveur de l'aventure européenne.** Par le rejet de l'Europe, la France sacrifie sa jeunesse : quel projet peut booster un jeune en France aujourd'hui ? J'ai vraiment hâte d'un débat sur l'avenir. J'en ai marre de ce débat politique formaté par les tweets et la volonté de passer au 20h télévisuel que plus personne n'écoute vraiment. La France et l'Europe restent des valeurs sûres de l'avenir à condition de sortir d'ambitions politiciennes creuses, anxigènes et mortifères.

Trois thèmes devraient dominer la prochaine élection présidentielle pour que la France retrouve son dynamisme et sa force : comment faire que l'Europe soit une source de grandeur et de bien-être pour la France et ses partenaires (difficile sans intégration renforcée et sans exercices de souverainetés partagées renforcées) ; comment construire une France où l'égalité serait construite sans tabou (comment donner du travail aux chômeurs sans toucher à la situation de ceux qui ont un travail) ?; refonder une démocratie française pensée comme une partie intégrante et active d'une démocratie européenne (par une remise en cause du nombre d'élus en France et des 27 autres Etats membres).

Propos recueillis par Catherine Laurent

126,71

Des éleveurs séquestrent le président du parc de la Vanoise

Une cinquantaine d'éleveurs réclament des mesures contre les attaques de loup. La séquestration a commencé à 23 heures et s'est déroulée sans violence.

SOURCE AFP

Publié le 02/09/2015 à 13:05 | Le Point.fr

"Les éleveurs demandent l'autorisation de tuer des loups dans le coeur du parc et la mise en place de moyens réels pour prélever cinq loups en Savoie d'ici à la fin de l'année", a indiqué Jean-Claude Croze, directeur de la FDSEA 73. ©PATRICK SEEGER

Une cinquantaine d'éleveurs séquestrent depuis mardi soir le président, le directeur et un agent du parc national de la Vanoise (Savoie) pour réclamer des mesures concrètes contre les attaques de loup, a-t-on appris de sources concordantes. Le président du parc, Guy Chaumereuil, son directeur Emmanuel Michau et un agent du parc ont été retenus dans la salle des fêtes de Bramans (Savoie) à la suite d'une réunion publique sur la nouvelle charte du parc, a annoncé la Fédération départementale des syndicats d'exploitants agricoles (FDSEA) des Savoie mercredi matin dans un communiqué.

« Les éleveurs demandent l'autorisation de tuer des loups dans le coeur du parc et la mise en place de moyens réels pour prélever cinq loups en Savoie d'ici à la fin de l'année », a indiqué Jean-Claude Croze, directeur de la FDSEA 73. « Les éleveurs sont excédés, ils sont à bout. Être toutes les nuits dans le stress permanent, ce n'est pas possible », a-t-il ajouté. Dans un tract diffusé mercredi, les éleveurs réclament aussi « l'exclusion des loups de toute zone pastorale ».

La séquestration des responsables du parc, premier parc national créé en France, a commencé à 23 heures mardi et s'est déroulée sans violence jusqu'à présent. Des discussions étaient en cours avec la préfecture mercredi matin, mais aucune intervention des forces de l'ordre n'était envisagée à court terme. « Les discussions sont privilégiées », a indiqué la préfecture de Savoie. Guy Chaumereuil n'a pas souhaité faire de déclarations. Fin août, les éleveurs dénombraient 130 attaques de loups depuis le début de la saison d'estive, contre 105 sur l'année 2014, selon le tract de la FDSEA. Trois loups ont été abattus cet été en France, dont un en Savoie, selon la préfecture.

Ségolène Royal : "Schengen n'est pas un tabou"

VIDÉO.

126,72

La ministre a évoqué la possible suspension de Schengen face à la crise migratoire que traverse l'Europe. Une position inédite dans son camp.

PAR LE POINT.FR

Publié le 02/09/2015 à 13:14 - Modifié le 02/09/2015 à 15:04 | Le Point.fr

Suspendre Schengen ? « Ce n'est pas un tabou », assure ce mercredi matin Ségolène Royal sur i>Télé. Un discours nouveau aussi bien au PS qu'au gouvernement, souligne [Le Figaro](#). En effet, jusqu'à présent, la suspension de Schengen était plutôt une idée de [Nicolas Sarkozy](#) qui estimait en 2014 dans [une tribune publiée par Le Point](#) qu'il fallait « immédiatement suspendre Schengen I et le remplacer par un Schengen II auquel les pays membres ne pourraient adhérer qu'après avoir préalablement adopté une même politique d'immigration ».

C'était avant la crise migratoire que traverse actuellement l'Europe où apparaît la nécessité d'avoir une politique commune en matière d'asile, de mieux répartir les demandeurs d'asile entre les 28 et d'aider davantage les pays se situant aux frontières de l'espace Schengen.

Même si [Ségolène Royal](#) ajoute qu'il n'est pas question de suspendre Schengen pour l'instant, elle insiste : « Rien ne doit être tabou pour trouver des solutions qui soient conformes au droit international et réalistes. » La sortie de Royal paraît pourtant contraire à la ligne du président de la République, qui avait estimé que « faire éclater Schengen, ce serait reculer, rétablir les frontières pays par pays ». De la même manière, Angela Merkel avait brandi la « question de Schengen comme une menace si aucun accord européen n'était trouvé.

Un problème qui affecte surtout la Turquie et le Liban

Ségolène Royal va donc plus loin en expliquant qu'une telle suspension pour trois mois est prévue dans les textes. Elle appelle néanmoins les pays européens à se coordonner, et à faire preuve de « réalisme et de détermination », sans expliciter davantage en quoi cela consiste selon elle.

L'Europe, dit-elle, ne peut seule accueillir le flux des réfugiés venus du Moyen-Orient, ajoute-t-elle. Une allusion aux pays du Golfe qui, jusqu'à présent, n'ont pas esquissé un geste envers les réfugiés syriens ? Les appels sont de plus en plus nombreux en effet pour que le Qatar, le Koweït, Oman, Bahreïn et les Émirats arabes unis prennent leur part d'un problème qui affecte principalement les pays limitrophes de la Syrie. Depuis 2011, plus de quatre millions de personnes ont fui le pays. La majeure partie d'entre eux sont en Turquie (1,8 million) et au Liban. Un million de réfugiés s'y trouvent, ce qui déstabilise gravement le pays qui ne compte que cinq millions d'habitants.

ws: Eurozone Jobless Rate Falls in Sign Of Recovery

[Paul Hannon](#)

2 septembre 2015

The eurozone's jobless rate fell to its lowest since early 2012 during July, driven by big falls in the number of people without work in Italy and Spain.

The currency area's unemployment rate remained very high compared with that of most other developed economies, but the surprisingly large drop suggests labor-market changes carried out over recent years are finally bearing fruit and may support a strengthening of the recovery later this year.

The European Union's statistics agency Tuesday said the number of people without jobs fell 213,000 during July to stand at 17.532 million, giving an unemployment rate of 10.9%. That was down from 11.1% in June, and the lowest recorded since February 2012. Economists surveyed by The Wall Street Journal last week had estimated the jobless rate was unchanged.

The decline in unemployment was particularly marked in Italy, where it fell by 143,000, while Spain also recorded a sizable drop. Both countries have changed jobs market rules with the aim of weakening protections for older workers to boost youth employment. Italy's youth unemployment rate fell to 40.5% in July from 43.1%.

Italian Prime Minister [Matteo Renzi](#) welcomed the figures, which were released alongside numbers that showed the Italian economy has grown more rapidly this year than previously estimated. Since the launch of the euro in 1999, Italy has been one of the currency area's slowest growing members. Mr. Renzi has tried to reinvigorate the economy, most significantly with legislation to make it easier for businesses to hire and fire workers.

"These are good numbers and show positive signals," Mr. Renzi said. "In the past years it was as if Italy had burst a tire and our EU partners were doing much, much better economically. We aren't now among those leading the expansion [in the EU] but we have joined the group of those growing."

The new figures show the Italian economy grew 0.3% in the three months to June from the previous quarter, a faster expansion than the 0.2% previously reported.

However, an economist at [Barclays](#) cautioned that the scale of the drop in Italy's unemployment figures over the month was likely exaggerated by a decline in the numbers of people seeking work.

"While this is good news as it shows a moderate domestic demand-led recovery has finally started supporting job creation, we believe that the sharp moves in the unemployment rate recorded in July were inflated by a fall in the participation rate," said Fabio Fois.

The decline in unemployment is welcome news for policy makers at the [European Central Bank](#) as they prepare for their next decision Thursday.

The annual rate of inflation in the currency area has remained stubbornly low over recent months, despite the launch in March of a program of quantitative easing.

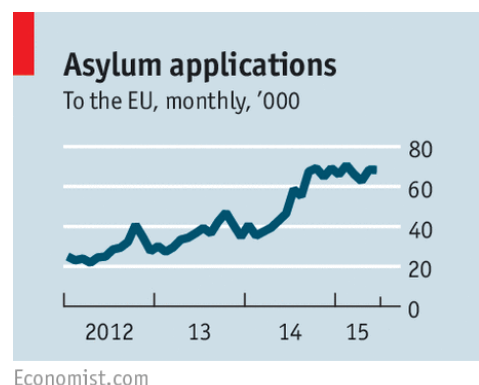
126,74

Migration to Europe

Let them in and let them earn

A bigger welcome mat would be in Europe's own interest

Aug 29th 2015 | [From the print edition](#)



ISLAMIC STATE (IS) does not hide its brutality. When it burns men alive or impales their heads on spikes, it posts the videos online. When its fighters enslave and rape infidel girls, they boast that they are doing God's will. So when fugitives from IS-occupied Syria or Iraq say they are frightened to return home, there is a good chance they are telling the truth.

The European Union is one of the richest, most peaceful regions on Earth, and its citizens like to think that they set the standard for compassion. All EU nations accept that they have a legal duty to grant safe harbour to those with a "well-founded" fear of persecution. Yet the recent surge of asylum-seekers has tested Europe's commitment to its ideals, to put it mildly (see [article](#)). Neo-Nazi thugs in Germany have torched asylum-seekers' hostels. An anti-immigrant group is now the most popular political party in Sweden. Hungary's prime minister, channelling his inner Donald Trump, warns that illegal migrants, especially from Africa, threaten his nation's survival.

Some perspective is in order. Roughly 270,000 asylum-seekers have reached Europe by sea so far this year. That is more than arrived in the whole of 2014, but it is still only one asylum-seeker for every 1,900 Europeans—and many will be turned away. Much poorer parts of the world have seen far bigger inflows. Tiny Lebanon has welcomed 1.1m Syrians, roughly a quarter of the local population. Turkey has taken 1.7m. Tanzania, a country where the average income is one-fiftieth of the EU's, has hosted hundreds of thousands of Congolese and Burundian refugees for decades, with few complaints. By contrast, when the European countries where Arab and African refugees first arrive (such as Greece and Italy) asked for help with looking after them, other EU states grudgingly agreed to take a paltry total of 32,256 over two years.

Doing well by doing good

Europe can and should do better. And not just for moral reasons but for selfish ones, too. Europe's labour force is ageing and will soon begin to shrink. Its governments have racked up vast debts which they plan to dump on future generations. This will be harder if those future generations are smaller. Immigrants, including asylum-seekers, are typically young and eager to work. So they can help ease this problem: caring for the elderly and shouldering a share of debts they had no role in running up. Africans and Arabs are young. Europe can borrow

some of their vitality, but only if European governments handle all types of migration more sensibly, which will be politically hard and require reform in labour markets, too.



Seeking safety: A flow diagram of asylum applications and rejections

The screening of asylum-applicants should be firm. Syria is a hellhole; Albania is not. But it should also be swift and generous. People who cross deserts and stormy seas to get to Europe are unlikely to be slackers when they arrive. On the contrary, studies find that immigrants around the world are more likely to start businesses than the native-born and less likely to commit serious crimes, and that they are net contributors to the public purse. The fear that they will poach jobs or drag down local wages is also misplaced. Because they bring complementary skills, ideas and connections, they tend to raise the wages of the native-born overall, though they may slightly reduce those of unskilled local men. And the migrants themselves benefit enormously. By moving to Europe, with its predictable laws and efficient companies, they can become several times more productive, and their wages rise accordingly.

Sceptics may retort that the cultural impact of migration is profoundly unsettling, and that Europe is neither willing nor able to absorb big inflows. Europeans recoil when they see crowds of unassimilated, jobless immigrants, as in parts of Paris or Malmo. And they fear Islamist terrorism, especially after the massacre at *Charlie Hebdo* and the disarming of a gun-wielding Moroccan on a French train last week (see [article](#)).

Not all who express such fears are bigots. And it is clear that monitoring of jihadist groups needs to be stepped up. But the answer to the broader question—how can Europe assimilate migrants better?—can be summarised in three words: let them work. This formula does well in London, New York and Vancouver. Jobs keep young men out of trouble. In the workplace, migrants have to rub along with locals and learn their customs, and vice versa. Which is why policies that keep newcomers idle are so destructive, from Britain's restrictions on asylum-seekers working to Sweden's rigid labour laws that make it uneconomic to hire the unskilled. A more open Europe with more flexible labour markets could turn the refugee crisis into an opportunity, just as America did with successive waves of refugees in the 20th century, including plenty from Europe. Let them in, and let them earn.

From the print edition: [Leaders](#)

126,76

Migration in Europe

Looking for a home

Asylum-seekers, economic migrants and residents of all stripes fret over their place

Aug 29th 2015 | BRUSSELS, HELSINKI AND WARSAW | From the print edition



FINLAND, with its baffling language and culture of reserve, is not an easy place for outsiders to penetrate. For Nura Farah, the breakthrough came via the dissected brains of dead cows. Ms Farah, who arrived with her mother in 1993 as a teenager seeking asylum from Somalia's civil war, spent eight years dreaming of a better life in London while she was taunted at school and bore racist abuse on the streets. But in 2001, working as a lab technician in Helsinki, she found herself charged with testing cow tissue for bovine spongiform encephalopathy, or mad-cow disease. The work was fulfilling, her colleagues encouraging, and she moved on to bigger challenges. She took on Finnish citizenship, gave birth to a son and last year became the first Somali Finn to publish a novel.

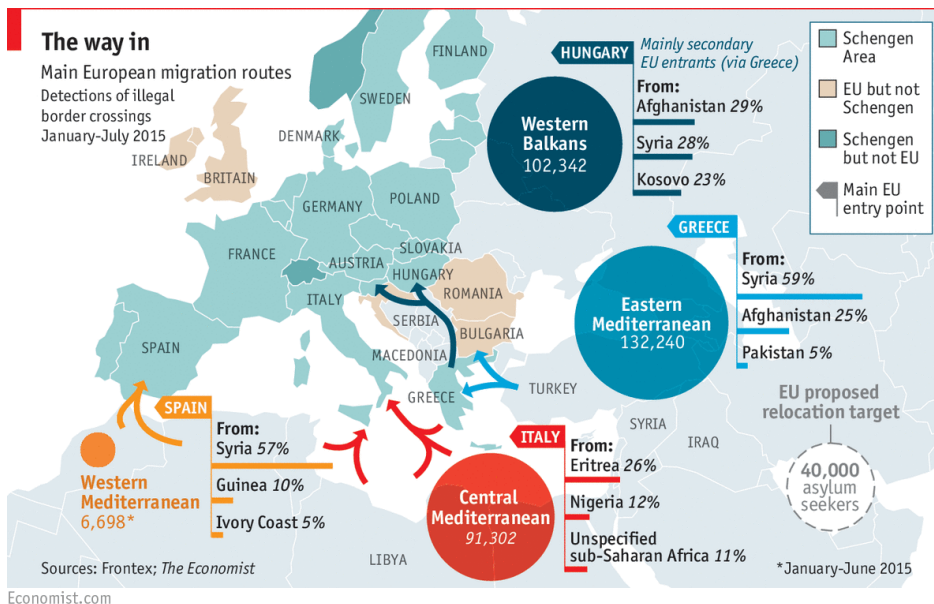
Finland is a long way from the migrant trouble that has erupted across Europe this summer. But as a country with little history of immigration that has had to integrate an unfamiliar minority, its experience resonates. Most EU countries will soon start receiving asylum-seekers from Italy and Greece, the main entry-points for illegal migrants. Many residents, particularly in Europe's eastern half, resent this intrusion. Yet Europe's migrant crisis has seemingly outgrown national responses.

Not since the second world war has the continent faced refugee flows of such complexity and scale. Smugglers are exploiting the political vacuum in Libya to transport Africans across the Mediterranean to Italy. Refugees from Syria's civil war clamber into rubber dinghies at Turkish ports to reach Greek islands. Then they traverse the continent by the thousand, causing havoc at borders and leaving officials to choose between haplessness and brutality. Migrants who have endured the savagery of the Islamic State or the caprice of Eritrea's police state find themselves tear-gassed by Macedonian police or evading the clutches of French security guards.

The raw numbers

Around 270,000 illegal migrants have reached Europe's shores so far this year, more than in the whole of 2014, itself a record year. These numbers should be manageable in a continent of 500m; but asylum-seekers' preferences for certain parts of Europe over others create pinch points at borders and tensions between governments. Some have resorted to security measures to keep migrants out; others speed their passage to the next state. What such responses share is a wish to pass the problem on. The current crisis is testing, and fracturing, that approach.

European Union officials in Brussels are searching for a common migration policy. Their first success, after 800 would-be migrants drowned off the Libyan coast in April, was to persuade Europe's leaders to triple Operation Triton, a border-surveillance mission that operates south of Italy. Tens of thousands of migrants have been picked up since then; 4,400 on one day, August 22nd. After a shocking beginning to the year the death rate has plummeted.



But migrants are adjusting their routes. The big change this year is the number entering Greece via short sea hops from Turkey. Syrians in particular have been put off the Italian route by the chaos in Libya and the dangers of the sea. The Greek government, which has other things on its mind (see article), needs help processing the arrivals and wants many to settle elsewhere. In May the European Commission proposed relocating 40,000 asylum-seekers from Greece and Italy to other EU countries (Britain, Denmark and Ireland have opt-outs from such matters), with national quotas determined by a formula incorporating population, GDP, unemployment and previous asylum bids and resettlements. But opposition from eastern Europeans and Spain squashed the plan.

Instead, most countries have volunteered to accept a certain number of relocated asylum-seekers, amounting to 32,256 over the next two years; the EU hopes to reach 40,000 by the end of the year. As with the original plan, eligibility is limited to migrants arriving in Italy and Greece from mid-April who hail from countries with asylum acceptance rates in Europe of over 75%: for now that means Syria, Eritrea and perhaps Iraq. The programme may be operational in October, though logistical problems could delay the start in Greece. Less controversially, European countries, working with the UN refugee agency, will resettle 22,504 people from outside Europe who already have refugee status. Most will probably be Syrians currently languishing in Jordan, Lebanon and Turkey.

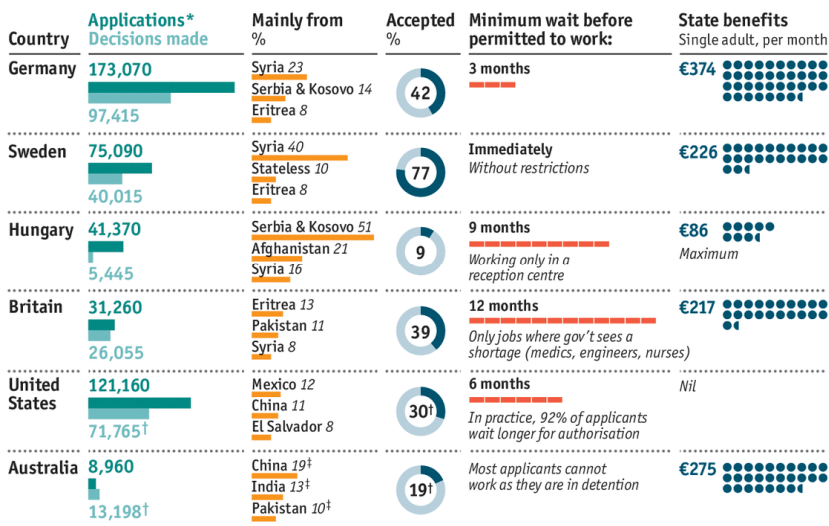
These numbers are puny next to the scale of the problem: almost 50,000 asylum-seekers reached Greece in July alone. Some 4m Syrians have fled their homeland, not to mention the Sudanese, Somalis and others in camps in Africa who are also candidates for resettlement—or may decide to try their luck at the border. Yet by EU standards, this is progress: the Triton expansion and the relocation plan erode the notion that asylum-seekers are the sole responsibility of the country they reach first.

Europe has coped with emergencies before. The Yugoslav wars of the 1990s generated vast refugee flows that Germany and others were able to manage. After the Vietnam war France accepted around 100,000 boat people. Yet today many central and eastern European countries balk at calls to accept even a few hundred migrants. Some argue, plausibly, that new arrivals will simply up sticks as soon as they are relocated, exploiting the passport-free Schengen area to rejoin family in Sweden or find work in Germany. Poland's government, facing re-election in October, is torn between a Europe demanding solidarity and a sceptical electorate; 70% oppose taking in asylum-seekers from Africa or the Middle East.

Some have more atavistic concerns. Slovakia wants Christian refugees only. Hungary's prime minister, Viktor Orban, portrays his country as a doughty defender of European values in the face of an invasion by people from "different civilisational roots" and the "intellectual derangement" of liberals who want to let them in. His government is building a fence along the border with Serbia to keep out the wretches traipsing up from Greece and Macedonia. Ban-the-burqa debates have sprung up in the three Baltic states (combined population 6.2m), which together will accept 725 refugees.

What to expect

Asylum processes, selected countries, 2014



*From UNHCR 2014 report

[†]From UNHCR Statistical Database [‡]2012-13 figures

Sources: UNHCR; government statistics; *The Economist*
Economist.com

Many easterners fear that outsiders will bring with them unwelcome values and habits. Some look at crime-ridden French *banlieues* or segregated Swedish cities like Malmö and see a future they wish to avoid. Finland shows how easily short-term refugees may become long-term residents. Thanks to family-reunification rules and the magnetic pull of the diaspora, there are now more than 16,000 Somalis in Finland, up from 49 in 1990, making them the country's third-largest minority, after Russians and Estonians. Somalis account for one-quarter of asylum applicants in Finland this year, but just 2% across Europe.

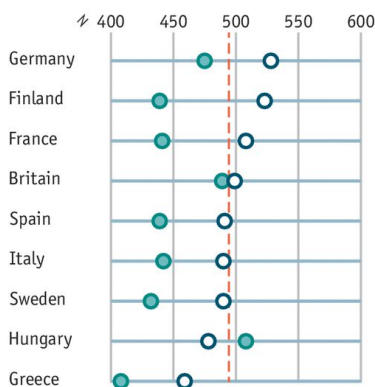
It may seem fanciful to imagine Syrians or Eritreans putting down roots in Poznań or Presov. (It may not happen, if enough asylum-seekers break the terms of their relocation and move on.) But no doubt something similar could have been said about Helsinki three decades ago. Overwhelmed by the "Somali shock" in the early 1990s, and in the midst of recession, Finnish authorities had to improvise. Instant responses, like building reception centres and crackdowns on overt racism, gave way to integration policies such as language classes and measures to ease Somalis into the workforce.

Today the picture is mixed. Somalis tend to appreciate Finland's peace and the freedom it affords their Muslim faith. Finland's enlightened social-housing policy, which aims to ensure mixed neighbourhoods, stops or at least slows the development of Sweden-style ethnic ghettos. But Finnish children with immigrant backgrounds struggle at school (see chart). In 2012, 38% of young Somali men in Helsinki were neither in work nor education. And Finnish identity has not, by and large, found space for the Somalis. Intermarriage is rare. Ambitious Somalis move abroad. When Finland's biggest newspaper included her novel in a list of books to watch, Ms Farah's delight quickly soured when she saw she had been described as Somali rather than Finnish.

The education gap

Mean maths score in PISA survey*, 2012

○ Non-immigrant
● Immigrant†
--- OECD average



*Programme for International Student Assessment evaluating 15-year-old students worldwide †First or second generation

Source: OECD

Economist.com

Without much recent history of immigration to draw on, eastern European hosts will have to learn the lessons of integration quickly. The EU will pay countries €6,000 (\$6,900) per asylum-seeker. But language lessons must be organised and reception centres prepared. Schools have to make specific provisions for children, some of them traumatised, while helping them integrate with their peers. Citizens living near reception centres will need reassuring. NGOs must be mobilised. Perhaps most importantly, governments must ease the passage of adults into the workplace, the best motor of integration. This might mean tinkering with laws. All this takes planning and political will. “You need to start yesterday,” says Annika Forsander, who ran Helsinki’s integration office for seven years.

Yet few eastern European governments have an interest in seeing the experiment succeed. For if it does, Brussels will have a better chance of pushing through a mandatory relocation scheme; the commission plans to revive the idea, with a few tweaks, early next year. Why might the second plan succeed when the first flopped? Pressure from Germany, groaning under an expected 800,000 asylum claims this year, is one reason. Angela Merkel, the chancellor, describes the migrant crisis as “the next great European project”. This week she teamed up with François Hollande, the French president, to urge action; a sure sign she wants to get something done.

Logistically the Germans will cope with their migrants, thanks in part to an efficient domestic relocation plan that helped inspire the EU version. But the government frets about a political backlash; thugs have torched lots of refugee homes and the moans from regional officials are growing louder. The EU’s relocation plan is presented as a way to relieve Italy and Greece, but it may also be an effort to reduce the burden on Germany and other popular destinations, such as Sweden and Austria. Further rows lie ahead.

The tough approaches some governments take to illegal immigration spring from a reasonable concern: they want to choose their migrants rather than the other way around. Economic migrants and asylum-seekers journey together. Often they are the same people—a Syrian refugee may wish both to avoid decapitation and to earn higher wages. (Still, nearly two-thirds of the migrants to reach Europe this year are from countries so dangerous that their nationals are usually granted asylum.) Security services must be alert to the possibility of terrorists exploiting well-trodden migration channels. Assembling fences, mobilising troops and dispatching drones is therefore tempting. Yet it sits awkwardly with Europeans’ self-imposed obligation to offer protection to anyone with a well-grounded fear of persecution. And it often merely displaces the problem from one country to another.

Some officials speak of tackling the networks that enable migrants to make their epic journeys across deserts and mountains. The best hope, many argue, is to convince so-called “countries of origin” to crack down on smugglers. Yet ruthless as they may be, smugglers are meeting a demand, and plenty of transit countries enjoy the economic activity they bring.

As outsiders appear ever more desperate to enter Europe, its residents seem ever-keener to keep them out. A recent Eurobarometer poll found immigration at the top of voters’ concerns for the first time in the survey’s 42-year history. Populist parties with anti-immigrant streaks are on the rise: last week the Sweden Democrats, a nationalist party with neo-Nazi roots, topped a poll in Sweden. It is hard to imagine a policy that would play into the hands of such outfits better

than a diktat from Brussels to accept more Muslim refugees. Last month Olli Immonen, a potty-mouthed Finnish MP, called on his countrymen to “defeat this nightmare called multiculturalism” (foreigners account for 5.9% of the Finnish population). Finland’s Somalis say the climate has grown frosty.

To help secure the support of voters for more generous asylum rules, EU officials still have cards up their sleeves. Next year they will review the Dublin rule, which in theory obliges asylum-seekers to make their claims as soon as they enter Europe; in practice it is a shambles. The EU also promises to clamp down on Italian and Greek officials, who are supposed to register asylum-seekers on arrival but tend to nod most through. Another tool is to expedite the processing of asylum-seekers from peaceful countries, notably the Balkan states. This is a particular concern for Germany: this year it has received more than twice as many asylum-seekers from Albania, Kosovo, Macedonia and Serbia as from Syria. Almost all of their claims are rejected, but in the meantime they must be fed, housed and otherwise supported. Mr Hollande and Mrs Merkel have backed an EU plan for a common “safe country” list.

In the longer term, leaders will have to talk to their people about demography. Within ten years, according to Bruegel, an economic think-tank, Europe’s labour force will start shrinking. Africa, meanwhile, is growing apace; by 2050, the UN projects that its population will be well over three times that of Europe, up from around 1.5 times as big today, and far younger. Europe could do with some sprightly immigrants to boost its tax base and pay for its growing army of pensioners.

Yet the scale of migration needed to tilt Europe’s demographic curve is way beyond what voters might accept. Nor will skill gaps necessarily be met by arrivals from developing countries, however enterprising. Other ideas are thin on the ground. Guest-worker programmes have fallen out of fashion. The EU’s “blue card” for highly skilled non-European migrants is a flop; bar Germany, European countries have stuck with their own labour-migration schemes. (The EU is promising a rethink.)

Hope nonetheless

That may be no bad thing: Europeans should compete for foreign talent rather than form a monopoly buyer. But the domestic politics are hard. Finland, which experienced a baby boom earlier than most other European countries, has an ageing and declining labour force. But the success of anti-immigrant politicians has diminished the prospect of importing labour. Still, politics can change as countries grow richer. Over the years Spain and Ireland have come to see themselves as countries of immigration rather than emigration. Germany may be inching closer to passing a comprehensive migration law that goes beyond the old guest-worker schemes.

Amid all the wrangling, one should not overlook the benefits to migrants, even if they emerge in unexpected ways. Fadumo Dayib, who arrived in Finland in 1990, speaks extremely warmly of her adopted nation, but to fulfil her ambitions she had to move on somewhere else. Having spent the past year studying at Harvard she is now planning to run for the presidency of Somalia. Even migrants who struggle to take on their adopted homeland’s identity are surprised to find it suddenly materialise when they travel. A few years ago Ms Farah visited London but, confronted with its bustle and noise, found herself craving the quiet of her Helsinki suburb.

From the print edition: Europe

126,81

Schulreform in Frankreich

Laizismus und Moral statt Latein und Deutsch

Am Dienstag kehrten Frankreichs Schüler zurück in die Schulen. Zur „Rentrée scolaire“ zieht die Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem ihre Schulreform eisern durch. Nicht nur alte Sprachen haben es deshalb schwer.

02.09.2015, von JÜRIG ALTWEGG



© REUTERS Nicht nur auf dem Schulweg geht es zur „Rentrée“ heiß her: Najat Vallaud-Belkacems Schulreform ist umstritten.

Am Montag sind 860000 Lehrer, am Tag darauf ihre 12,4 Millionen Schüler in die französischen Klassenzimmer zurückgekehrt. Die kommenden Frühjahrsferien sind vorverlegt worden, weil die Tourismusindustrie um die Skisaison fürchtet. Auch die „Brücke“ an Himmelfahrt wird aufs ganze Land ausgeweitet. Das schon vor drei Jahren angekündigte Fach „Laizismus und Moral“ wird nun gestartet: im Rahmen eines Programms zur staatsbürgerlichen Erziehung, dessen Einführung nach den Attentaten von Islamisten und den Zwischenfällen in den Schulen beschlossen wurde. Es beinhaltet auch Medienkunde, mit der die Gewerkschaften lieber erst 2016 begonnen hätten. Die Lehrprogramme wurden erst Ende Juni mitgeteilt, die Lehrmittel werden erst in einem Jahr vorhanden sein. Noch mehr Neuerungen gibt es für die unteren Klassen, Ministerin Najat Vallaud-Belkacem hat für das neue Schuljahr zum „Kampf gegen die Langeweile“ aufgerufen.



Autor: Jürg Altwegg, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf. Folgen:

Mit jeder „Rentrée scolaire“ flammt auch der Kulturkampf um die Methoden des Lehrens und Lernens wieder auf. Er ist eine rhetorische Auseinandersetzung zwischen Ideal, Ideologie und Wirklichkeit. Mit der sich in jedem Herbst mehrere Bücher befassen. In „Réapprendre à lire“ (Editions Le Seuil) beklagen Sandrine Garcia und Anne-Claudie Oller die „Instrumentalisierung des Lesenlernens durch die Politik“. Die Ideologisierung der pädagogischen Theorien, schreiben die beiden Soziologinnen, gehe sehr viel weiter als die traditionelle „querelle des anciens et des modernes“.

Empörung über das „Abc der Gleichheit“

Es werden wieder Gedichte auswendig gelernt, freuen sich die Autorinnen. Das Kopfrechnen sei nicht mehr so verpönt wie früher schon. Aber noch immer huldigen die Pädagogen in den Büros den Theorien, die aus den siebziger Jahren stammen und zu Dogmen wurden. Die „fortschrittlichen Methoden“ werden mit dem Imperativ der Gleichheit begründet. Doch sie bewirken das Gegenteil: Der Graben zwischen guten und schlechten Schülern wird tiefer, die soziale Ungleichheit wird größer.

Das gilt genauso für das in den Jahren nach dem Mai 68 von Giscard d’Estaing eingeführte „Collège“. Alle Schüler sollen zusammen die gleiche Schule besuchen, bis zur mittleren Reife wird auf jegliche Unterscheidung verzichtet. Das „Collège unique“ hat die Schule demokratisiert. Der „Elitarismus“ kehrte aber durch die Hintertür zurück. Die zweisprachigen Klassen werden von den begabteren und fleißigeren Schülern besucht. Deshalb werden sie von der sozialistischen Regierung abgeschafft – und mit ihnen weitgehend auch der Unterricht in Latein und Griechisch, die man in einem „interdisziplinären Modul“ zusammenfassen will.

Ähnlich stark ist der Deutschunterricht betroffen. Trotz diplomatischer Auseinandersetzungen mit Berlin will die Ministerin Najat Vallaud-Belkacem, die mit ihrem „Abc der Gleichheit“ über die Erziehung der Geschlechter einen Sturm der Empörung auslöste, die Abschaffung durchziehen.

Keine Stimme für Sarkozy

Sie hat die Elternvereinigungen und Lehrerverbände gegen sich. Als „letzte Rentrée vor der Apokalypse“ wird der Schulbeginn empfunden. „Wir werden alles tun, um die Reform zu verhindern“, erklärt der Sprecher der wichtigsten Lehrgewerkschaft SNES. Ihre Mitglieder fühlten sich „deprimiert und gedemütigt“. Auf einem Internetportal organisierten sie den „Verkauf von Lehrern der alten Sprachen“ – und wurden wegen „Verstoßes gegen die Würde der Beamenschaft“ angeklagt. Auch die Germanisten stehen „Gewehr bei Fuß“ und befürchten die Abwicklung ihrer Klassen und Kollegen: „Es geht um einen Kampf auf Leben und Tod“, sagt der Deutschlehrer Alain Christophe: „Am Ende der Reform steht das Ende des Deutschunterrichts.“

„Was erzählen wir den Schülern, die gerade mit Latein begonnen haben und nicht wissen, ob sie nächstes Jahr weitermachen können?“, stöhnt die Verbandssprecherin und Lateinlehrerin Sabine Bollack: „Es geht nur noch um Gadgets. Lernen soll wie Spielen sein. Alles, was irgendeine Anstrengung voraussetzt, wird in Frage gestellt.“ Zum Schulbeginn hat sogar der frühere sozialistische Unterrichtsminister Jean-Pierre Chevènement, ein Vertreter der um Chancengleichheit und Gleichberechtigung bemühten klassischen Schule der Republik, einen Verzicht auf die Collège-Reform gefordert.

Die „Rentrée“ steht im Zeichen des Wahlkampfs. Außer Sarkozy, dem kein Lehrer seine Stimme geben wird, haben alle bürgerlichen Kandidaten für 2017 die Schule zur Priorität erklärt. Dass die Rechte in ihrem Bereich rein gar nichts zu gewinnen habe, wurde einst als „Juppé-Doktrin“ bezeichnet. Doch angesichts der Wut über die Linke zeichnet sich in der Lehrerschaft ein massiver Rechtsrutsch ab. Alain Juppé, Sarkozys aussichtsreichster Rivale in der eigenen Partei „Die Republikaner“, hat ihr ein Buch gewidmet: „Meine Wege für die Schule“. Für den früheren Premier- und erfolgreichen Außenminister ist sie „die Mutter aller Reformen“ im Lande. Noch wichtiger wäre es, die Schule und die Lehrer zumindest ein paar Jahre in Ruhe zu lassen.

126,83

MEINUNG

FLÜCHTLINGE

02.09.15

Der Ruf nach Einwanderung ist eine Art Kolonialismus

Deutschland brauche Migranten, um Wohlstand und Renten zu sichern. Das soll weltoffen klingen, ist aber nichts als Kosten-Nutzen-Denken – eine Art von Kolonialismus mit menschlichem Antlitz.

Von [Henryk M. Broder](#) Reporter



Foto: dpa Eine Gruppe von Flüchtlingen aus Syrien am Hauptbahnhof in München

"Die Flüchtlinge sind (Menschen) wie du und ich", sagt Margot Käßmann. "Flüchtlinge sind keine Last, sondern eine große Chance", vor allem für schrumpfende Städte, sagt Oliver Junk, Oberbürgermeister der Stadt Goslar. "Es ist so, dass wir die Entwicklung bewältigen können", die Haushalte würden durch die entstehenden Kosten nicht über Gebühr belastet, sagt Wolfgang Schäuble.

Wenn dem so ist, worüber reden wir dann? Gibt es ein Problem, oder bilden wir es uns nur ein? Für Frank-Walter Steinmeier ist alles nur eine Frage der Kommunikation. Die europäische Solidarität müsse "ausbuchstabiert" werden. "Dazu gehört auch, dass wir uns verständigen über eine faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa."

Angela Merkel ist das nicht genug. "Unsere Pflicht ist es jetzt, sowohl in den entsprechenden Regionen dafür zu sorgen, dass dort Frieden auch wieder Realität wird, aber aus unserer eigenen historischen Erfahrung ist es auch wichtig, den Menschen, deren Leben bedroht ist, Schutz und Hilfe zu geben."

Warum nicht eine Luftbrücke nach Deutschland?

Wenn es tatsächlich "unsere Pflicht" wäre, dafür zu sorgen, dass in den "entsprechenden Regionen" der Frieden ausbricht, dann müsste die Bundeswehr ausrücken. Nicht um wie in Afghanistan "die Herzen der Menschen" zu erobern, sondern um mit Waffengewalt für ein Ende des Blutvergießens in Syrien zu sorgen.

Da sie aber dazu nicht in der Lage ist, und da der Bundestag so ein Mandat nie genehmigen würde, konzentrieren wir uns darauf, "den Menschen, deren Leben bedroht ist, Schutz und Hilfe zu geben" – wenn sie nicht bereits im Meer ertrunken oder in einem Lkw erstickt sind.

Würde die Kanzlerin es wirklich so meinen, wie sie es sagt, dann hätte sie ihre Verteidigungsministerin längst angewiesen, ein paar Zeltstädte an der griechisch-mazedonischen beziehungsweise mazedonisch-serbischen Grenze zu errichten, um die Flüchtlinge mit dem Nötigsten zu versorgen: Essen, Medikamenten und einem temporären Dach über dem Kopf.

Noch effektiver wäre allerdings, wenn die Bundeswehr gleich eine Luftbrücke nach Deutschland einrichten würde, denn allem Gerede über eine "faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa" zum Trotz wird Deutschland die Hauptlast der Katastrophe tragen müssen. Flüchtlingsströme lassen sich ebenso wenig umleiten wie Flüsse zur Zeit der Schneeschmelze.

Und was heißt hier "faire Verteilung"? Fair für wen? Mindestens 18 der 28 EU-Länder wollen [keine Flüchtlinge](#) aufnehmen. Sie fühlen sich dazu weder rechtlich noch moralisch verpflichtet. Wie will Steinmeier sie dazu zwingen? Denkt er daran, die Kavallerie in Marsch zu setzen, mit der schon Steinbrück der Schweiz gedroht hat?

Die Flüchtlinge ihrerseits haben nicht alles aufgegeben und ihr Leben riskiert, um am Ende des Weges nach Bulgarien, Rumänien oder Kroatien abgeschoben zu werden. Sie wissen, warum sie Deutschland, Schweden, Österreich und Holland vorziehen. Und man kann es ihnen nicht übel nehmen.

Umgekehrt sollte man die Willkommenskultur in ethnisch homogenen Ländern nicht überschätzen. Die Polen zum Beispiel sind sehr gastfreundlich, aber eben nur gegenüber Gästen. Sie haben keine Multikulti-Erfahrung und pflegen ihre Traditionen auf eine altmodische Weise, ohne sie zu hinterfragen.

Debatten, wie sie in Deutschland geführt werden, über Integration, Kopftuch tragende Lehrerinnen oder Islamunterricht an Schulen wären in Polen ebenso undenkbar wie die Einführung der "Ehe für alle". Die baltischen Staaten ticken ähnlich. Hätte man ihnen vor dem Beitritt zur EU gesagt, dass sie ihre nationale und kulturelle Identität radikal ändern müssen, um in den Klub aufgenommen zu werden, wären sie lieber draußen vor der Tür geblieben.

Frischzellenkur für Gesellschaft und Wirtschaft

Deutschland dagegen sieht die Flüchtlingsfrage als eine Gelegenheit, sich moralisch und ökonomisch zu rehabilitieren. Eine Art Frischzellenkur für Gesellschaft und Wirtschaft. Da ist zum einen der unvermeidliche Rekurs auf "unsere eigene historische Erfahrung", der mit schrägen Vergleichen unterlegt wird – "wir haben doch auch Millionen von Vertriebenen aus dem Osten aufgenommen!"

Zum anderen herrscht eine Kosten-Nutzen-Haltung, die so berechnend ist wie die Politik der Unternehmen, die ihre Produktion in Billiglohnländer verlagern. Nur dass diesmal die Jobs nicht exportiert, sondern die Jobber importiert werden.

"Der Migrationswille der Menschen aus den Westbalkanstaaten könnte genutzt werden, um ihn in eine reguläre Einwanderung und Integration in den deutschen Arbeitsmarkt zu kanalisieren. Die Wirtschaft verlangt nach mehr Fachkräften, und zur Sicherung unseres Wohlstands sind wir auf – je nach Berechnung – zwischen 300.000 bis 500.000 Einwanderer pro Jahr angewiesen", sagt die grüne Fachfrau für Integration und Migration, Katrin Göring-Eckardt.

Was sie da "ausbuchstabiert", ist die Antithese zu der rechten Propaganda, die Ausländer würden uns die Arbeit wegnehmen. Wären wir nicht "zur Sicherung unseres Wohlstandes und unserer Renten" auf Einwanderer "angewiesen", wie es Ex-Kanzler Gerhard Schröder [gerade schrieb](#), würden wir keinen Gedanken darauf vergeuden, ob sie daheim bleiben oder zu uns kommen sollten. Ist das nicht eine Art von Kolonialismus mit menschlichem Antlitz? Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht in den Flüchtlingen ebenfalls "eine Chance für unser Land", denn "wir sind ein Land, das verliert in den nächsten Jahren ganz viele Arbeitskräfte dadurch, dass wir Gott sei Dank alle länger leben, aber leider weniger Kinder haben". Diese demografische Lücke sollen die Migranten füllen.

Als Fürstin Gloria von Thurn und Taxis vor mittlerweile 14 Jahren in einer Talkshow erklärte, "der Schwarze schnackst halt gerne", brach ein Sturm der Entrüstung über sie herein, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat. Bei Gabriel blieb der Shitstorm aus. Denn seine Migranten schnackeln nicht aus Spaß an der Freud, sondern um "das Land jünger und attraktiver zu machen", also zur Sicherung unseres Wohlstands. Wir lassen arbeiten, wir lassen gebären.

Kleiderspenden allein sind keine Lösung

Schon möglich, dass die Rechnung irgendwann aufgeht. Dass Deutschland ein multikulturelles, multiethnisches Land wird, in dem Sprache, Herkunft und Hautfarbe keine Rolle spielen. Leider neigen bevölkerungspolitische Experimente eher zum Scheitern als zum Gelingen. Auch der neue Mensch, der keinen Neid und keine sozialen Unterschiede kennt und alles mit seinen Nächsten teilt, hat sich als wenig belastbar erwiesen.

Deswegen sollte man die aktuelle Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen nicht überschätzen. Willkommensfeste zu organisieren und Kleiderspenden zu verteilen ist eine Sache, auf die Dauer Verantwortung zu übernehmen eine andere.

Jetzt hat die Kanzlerin das Flüchtlingsdrama zur Chefsache erklärt. "Wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden", sagte sie bei ihrer Sommer-Pressekonferenz. Als es vor Kurzem darum ging, Griechenland zu retten, meinte sie: "Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg." Ähnlich dezidiert äußerte sie sich über den Klimawandel, die Energiewende und die Zukunft der EU.

Alle Wege führen nach Berlin. Und sie enden im Bundeskanzleramt.

Angela Merkel's humane stance on immigration is a lesson to us all

[Will Hutton](#)

The German leader has stood up to be counted. Europe should rally to her side

Sunday 30 August 2015 00.04 BST Last modified on Monday 31 August 2015 08.14 BST

The list of horrors swells. Last week, [71 migrants were found asphyxiated](#) in an abandoned truck in Austria to add to the tally of hundreds of migrants drowning almost by the day in the Mediterranean. The few in Calais who die trying to get to Britain are but tragic notes in the margin of an unfolding narrative of death. The migrants know the odds; nonetheless, the [UN says in the next few months](#) the numbers will grow to 3,000 every day taking the risk and successfully entering Europe alive.

It is not Britain, the alleged “soft touch”, which is the favoured destination for what is emerging as one of the great movements of people in history, fleeing the mayhem of Syria, North Africa, Afghanistan, Eritrea or northern Nigeria aided and abetted by sinister, organised gangs of people traffickers. Instead, they prefer Germany. In the last 12 months alone, it has received some 300,000 asylum claims, 12 times more than Britain, on top of the immigration it receives within the EU under the freedom of movement rules it defends to the last. During 2015, the number of asylum seekers to Germany is set to rise to 800,000. [Germany](#) is becoming a country of immigration, the most popular destination for the global dispossessed.

If this happened here, the hysteria would be overwhelming. Ukip would perhaps have more than 100 MPs in the House of Commons. There would be a huge majority in favour of leaving the European Union. The air would be thick with calls for ever-tighter controls of our borders, the creation of mass detention centres and forced expulsion of hundreds of thousands of migrants. British Conservatives and their press allies would be adopting attitudes ominously similar to the darkest periods in European history.

Yet last week, Chancellor Merkel visited a centre for asylum seekers in [Heidenau](#) in east Germany where there had been rightwing extremist rioting a few days earlier.

“There can be no tolerance of those who question the dignity of other people,” she said, standing in front of placards accusing her of being the people’s traitor. “There is no tolerance of those who are not ready to help, where, for legal and humanitarian reasons, help is due.”

Confronted by forces that would overwhelm British leaders, the woman the Greek left (and many on the British left who should know better) mistakenly accuse of being the leading advocate of conservative neoliberalism has stood up to be counted. Being the country to which so many want to migrate should be a source of pride, she says. She wants to keep Germany and [Europe](#) open, to welcome legitimate asylum seekers in common humanity, while doing her very best to stop abuse and keep the movement to manageable proportions. Which demands a European-wide response. So far, her electorate and her press back her.

Transposed to Germany, British Tories would be adopting attitudes ominously close to the darkest periods of history

She is right and deserving of support from every European. [Migration](#) is what we have done since the earliest of times, triggering growth and enlarging our circles of possibility. Whether we’re discussing the Roman or British empires, 15th-century Venice or 20th-century New York or London today, great civilisations and dynamic cities have been defined by being open to immigrants and refugees.

They are, as migration specialist Ian Goldin characterises them, “exceptional people”. Over centuries, as he painstakingly details, it has been immigrants and refugees who have been part of the alchemy of any country’s success: they are driven, hungry and talented and add to the pool of entrepreneurs, innovators and risk-takers. The hundreds of thousands today who have trekked across continents and dangerous seas are by any standards unusually driven. They are also, as [Angela Merkel](#) says, fellow human beings. To receive them well is not only in our interests, it is fundamental to an idea of what it means to be human.

But the disruption induced by migration is not all creative: it is disruptive and has downsides. It brings sometimes unwelcome traditions, notably Islamic fundamentalism, although witnesses to the nihilist barbarism of Isis, al-Qaida and the Taliban are least likely to be credulous adherents to global jihad or some mystic caliphate.

Wages are lowered in those low-skill, high-labour turnover occupations that are necessarily migrants’ first port of call; for example, around a fifth of the new jobs in British cafes, restaurants and bars are reckoned now to have been taken by immigrants. Meanwhile, the capacity in schools and hospitals is further stretched. And as [immigration sceptic David Goodhart](#) persuasively argues, it makes “host” communities fearful that immigrants are free-riding on social structures built up over decades and for which they have not paid. To ride roughshod over these powerful feelings is to make a cardinal mistake.

Politicians and their electorates now have to make a choice. There is no middle way. The choice is between building walls and electrified fences, creating mass detention centres, organising mass repatriation and conceding to the fear of the other or it is to find a way of sustaining openness while doing the very best that can be done to allay the natural fears and apprehensions of host populations.

Above all, it is to recognise this is a European – even a global – problem. Germany needs Europe to rally to its side. Together with France, Angela Merkel has called for a pan-European response jointly financing appraisal and screening centres in Greece and Italy, co-ordinating reprisals against traffickers and sharing out the numbers of asylum seekers.

Inevitably, the Cameron government has given the initiative the cold shoulder, preoccupied with negotiating a one-sided relationship with the EU in which Britain accepts as few European obligations as possible, but retains all the gains.

If everyone played that game, the whole project would implode. This is a moment for political vision and bravery, not least from the Labour party. Over the years ahead, and in the run-up to the referendum on EU membership, neither Britain or its left can risk having a leader tempted by leaving the EU, the only organisation we have that, however imperfectly, might address this crisis.

Eurosceptic Mr Corbyn, if elected, would have no authority nor place any sustained pressure on the Cameron government to do the right thing at this pivotal moment. He would accelerate our retreat from making common European cause, leaving all the burden to be borne by Germany.

Sustained selfishness in foreign affairs can only work for so long. Britain, within limits, needs to be as open as possible, with a Europe similarly open, and it needs to share the costs. The alternative is too dark to contemplate.

126,87

An den Strand gespült

Ein Foto erschüttert die Welt

Ailan Kurdi floh mit seiner Familie aus Syrien. Beim Versuch, europäischen Boden zu erreichen, ging sein Boot unter. Er wurde drei Jahre alt. Das Foto seines angespülten toten Körpers geht auf Twitter unter #KiyiyaVuranInsanlik als alarmierende Botschaft um die Welt.

03.09.2015



© DHA Der Körper des toten Jungen am Strand der türkischen Stadt Bodrum


Ailan Kurdi lautet nach Angaben der Rettungskräfte der Name des kleinen syrischen Flüchtlingsjungen, dessen Leiche am Mittwoch mit dem Gesicht im Sand an einem Strand nahe des türkischen Ferienorts Bodrum gefunden wurde. Das sagte ein Vertreter der Rettungskräfte der Nachrichtenagentur AFP.

Medienberichten zufolge war der Junge drei Jahre alt, als er bei der Flucht über das Mittelmeer starb. Auch sein Bruder Galip überlebte den Angaben zufolge die Überfahrt nicht. Die Familie war den Berichten zufolge vergangenes Jahr aus der syrischen Stadt Kobane vor der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) in die Türkei geflohen.

Foto geht um die Welt

Das Foto von Ailan ging um die Welt und sorgte für Bestürzung. Der kleine Körper des Jungen, bekleidet mit einem roten T-Shirt und einer kurzen blauen Hose, war an einen Strand im Süden der Türkei gespült worden. Ein junger Polizist nahm die Leiche in die Arme und trug sie davon. Auf einem Foto ist zu sehen, wie der Polizeibeamte den Kopf zur Seite dreht, so als wolle er dem traurigen Anblick der Kinderleiche entgehen.



© AP  Ein türkischer Polizist birgt die Leiche des Jungen

„Ein Foto, um die Welt zum Schweigen zu bringen“, kommentierte die italienische Zeitung „La Repubblica“ das Foto von der im Sand liegenden Jungenleiche. „Der Untergang Europas“, schrieb die spanische Zeitung „El Periodico“ in ihrer Onlineausgabe. „Was, wenn nicht dieses Bild eines an den Strand gespülten syrischen Kindes, wird die europäische Haltung gegenüber Flüchtlingen ändern?“, fragte die britische Zeitung „The Independent“ auf ihrer Website.

Im Kurznachrichtendienst Twitter wurde das Foto unter dem Hashtag in türkischer Sprache #KiyiyaVuranInsanlik verbreitet (Die fortgespülte Menschlichkeit).

Ailan saß vermutlich in einem von zwei Flüchtlingsbooten, die am Mittwochmorgen auf dem Weg von der türkischen Küste zur griechischen Ägäis-Insel Kos sanken. Insgesamt zwölf tote Flüchtlinge aus Syrien, darunter fünf Kinder, wurden von der türkischen Küstenwache geborgen. 15 Flüchtlinge schafften es an Land. Drei Menschen wurden noch vermisst.

Der Notfall-Leiter der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, Peter Bouckaert, erklärte, die Flüchtlinge seien „nahezu sicher gestorben, als sie versuchten, in Europa in Sicherheit zu gelangen, indem sie an Bord eines Schmuggler-Boots gingen. Stattdessen endeten sie als die neuesten Opfer von Europas armseliger Antwort angesichts einer wachsenden Krise.“

Seit Jahresbeginn haben schon mehr als 350.000 Flüchtlinge die gefährliche Reise über das Mittelmeer gemacht, um in Europa ein besseres Leben zu finden. Oft schicken Schlepper völlig überladene und seeuntaugliche Boote auf den Weg. Dabei kommen immer wieder Menschen ums Leben.

126,89

Flüchtlingskrise

De Maizière besteht auf Gutscheinen gegen „Sogeffekt“

Die finanziellen Anreize für Asylbewerber seien zu hoch, so der Bundesinnenminister. Ändern müsse sich aber noch viel mehr, bis hin zum deutschen Baurecht.

03.09.2015

Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** hat seine Forderung bekräftigt, die Anreize speziell für Flüchtlinge vom Balkan zu verringern. Anstelle von Bargeld sollten Asylbewerber etwa mehr Sachleistungen und Gutscheine erhalten, sagte der CDU-Politiker am Mittwoch in der ZDF-Sendung „Was nun?“.

„Wir haben Anreizsysteme, was die Asylstandards angeht, die lösen einen Sogeffekt aus.“ So bekomme ein Asylbewerber aus einem Balkanstaat mit Familie pro Monat rund 1000 Euro Taschengeld, etwa das Doppelte eines durchschnittlichen Einkommens in der Heimat.

Es verwundere nicht, wenn die Abschiebung in vielen Fällen nicht funktioniere. Wenn jemand vollziehbar ausreisepflichtig sei, sollten die Leistungen auf null gesetzt oder erheblich reduziert werden. Der Schlüssel für zügige Asylverfahren seien jedoch große und ausreichende Erstaufnahmeeinrichtungen. **„Der entscheidende Punkt ist, dass man sie in den Erstaufnahmeeinrichtungen lässt und gar nicht erst auf die Kommunen verteilt“, forderte de Maizière.**

„Ungarn braucht mehr Hilfe“

Er hielt an der sogenannten Dublin-Verordnung für Flüchtlinge fest. Alle Flüchtlinge müssten sich im Ersteinreiseland der EU registrieren lassen, sagte der Minister. Allerdings benötige Ungarn als Staat mit einer Schengen-Außengrenze dazu massive Hilfe anderer EU-Staaten. **Im Unterschied zu anderen Ländern tue das Land etwas, sei aber an der Grenze zur Überforderung.**

Notwendig sei dort die Einrichtung eines „Hotspots“, also einer Wartezone, wie sie für Italien und Griechenland beschlossen worden sei. **Dort sollen die Menschen „unter menschenwürdigen Bedingungen“ aufgenommen und gleich über Asylanträge entschieden werden - gegebenenfalls mit Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks, das dazu bereit sei.**

Als **nicht vorhersehbar** bezeichnete der CDU-Politiker den dramatischen Anstieg der Flüchtlingszahlen auf vermutete **800.000 in diesem Jahr**. **„Was die syrischen Flüchtlinge angeht, so haben sich die Routen verändert“, erklärte de Maizière. „Die Türkei lässt viele durch, Griechenland macht nicht seinen Job. Und das hat natürlich im Juli und August einen Effekt gehabt, der so nicht vorhersehbar war.“**

„Nicht die Fehler der sechziger Jahre machen“

De Maizière plädierte für langfristige Planung im Umgang mit Flüchtlingen. Klar sei, dass viele in Deutschland blieben. **„Wir dürfen nicht die Fehler der sechziger Jahre machen.“** Durch Wohnungsbau und durch bestimmte Schulpolitik und vieles andere mehr müsse der Staat die mittelfristigen Folgen für Deutschland gleich in den Blick nehmen. **„Es ist eine Bewährungsprobe, dieses Land wird sich durch diese Entwicklung verändern“, sagte er.**

„Ich glaube nicht, dass wir das mit den bisherigen Standards, die wir uns so geben, hinbekommen“, plädierte der Minister für ein Umdenken. Liebgewordene Standards und Vorschriften müssten abgebaut werden, etwa in den Fragen, was ein Deutschlehrer können muss, wie eine Baugenehmigung aussehen muss oder ob die Energieeinsparungsverordnung voll und ganz angewendet werden muss.

„Keine Hinweise auf Rechtsterrorismus“

Als extrem besorgniserregend bezeichnete der Innenminister die mehr als 330 Übergriffe auf Asylbewerberheime. **„Wir reden hier zum Teil über versuchten Mord, aber auch über die Verrohung der Sprache, über Hass.“** Auf Facebook gebe es eine Sprache, **„wo ich mich frage, wie dünn ist eigentlich die Zivilisationsschicht?“**

De Maizière bekräftigte, dass es in Deutschland etwa mit der NPD rechtsextreme Strukturen gebe. Aber es gebe bisher noch keine Hinweise auf rechtsterroristische Strukturen.

126,90

Nouveau report de la mise en service de l'EPR de Flamanville

Le Monde.fr | 03.09.2015 à 08h35 • Mis à jour le 03.09.2015 à 08h55 | Par Jean-Michel Bezat



Le PDG d'EDF, Jean-Bernard Lévy, devait annoncer, jeudi 3 septembre, un nouveau report de la mise en service de l'EPR de Flamanville (Manche) et une réévaluation de son coût final. **Le premier réacteur nucléaire français de troisième génération (1 650 mégawatts) devrait finalement coûter 10,5 milliards d'euros, très loin des 3 milliards d'euros du devis initial.** Au final, le chargement du combustible et **le démarrage du réacteur ne devraient pas intervenir avant fin 2018, soit avec six ans de retard sur le calendrier prévu.**

Il s'agit d'un épisode de plus sur ce gigantesque chantier qui en a connu tant depuis son lancement en 2007. Mais c'est la première fois qu'un PDG d'EDF s'engage personnellement sur une date précise et un coût final en s'appuyant sur un plan d'« *optimisation du pilotage* » de cet énorme chantier.

Dès sa nomination, M. Lévy avait annoncé qu'il lancerait rapidement un audit complet pour identifier toutes les causes des retards et des surcoûts, et proposer des remèdes, conformément à sa lettre de mission, où le gouvernement lui demandait d'« *améliorer la gestion du chantier* » et de « *le livrer en optimisant les coûts et les délais* ». Depuis, il a suivi personnellement le dossier. Mais seule la « *maîtrise industrielle du chantier* » permettra, selon lui, de tenir les engagements pris.

Intéressement et pénalités

Le directeur de Flamanville 3 (deux réacteurs sont déjà en exploitation), Laurent Thieffry, aura autorité sur l'ensemble du projet. Il sera directement rattaché à M. Lévy et à Xavier Ursat, le directeur exécutif chargé de l'ingénierie et des projets « nouveau nucléaire ». Sur le chantier, la présence managériale sera renforcée.

Le plan prévoit la mise en place d'instances communes entre EDF, maître d'œuvre et d'ouvrage, et ses multiples partenaires, dont Areva, fournisseur des équipements lourds comme la cuve ou les générateurs de vapeur, et Alstom (turboalternateur...), pour mieux coordonner l'exécution des travaux.

EDF explique également pudiquement qu'il a « *redéfini le cadre contractuel* » qui le lie à ses fournisseurs. En clair, il a renégocié tous ses contrats et prévu un intéressement pour les bons élèves comme des pénalités pour ceux qui ne respectent pas le cahier des charges.

Migrants : sortir de l'émotion médiatique pour trouver des solutions politiques

Par [Madeleine Bazin de Jessey](#)

[HOME](#) [FIGARO](#) [VOX](#) [VOX SOCIETE](#)

Mis à jour le 02/09/2015 à 15:07

Madeleine de Jessey est agrégée de Lettres classiques. Porte-parole de Sens Commun, elle est déléguée nationale des Républicains en charge des programmes de formation.

Peut-être les avez-vous [vues](#) circuler sur les réseaux sociaux: ces photos d'enfants inconnus, recrachés par la mer, balayés par les flots, le ventre gorgé d'eau, les yeux recouverts par le sable d'un continent qu'ils ne verront jamais. Certains s'indignent qu'on exhibe ainsi ces images et crient au voyeurisme. Il me semble pourtant que la meilleure façon d'honorer ces victimes consiste au contraire à ouvrir les yeux sur leur sort, mais aussi et surtout à dépasser l'émotion pour dresser ici les constats qui s'imposent.

Pendant le temps des polémiques stériles, des centaines de personnes se noient ou meurent asphyxiées. L'indifférence tue. Pourquoi nos médias n'emploieraient-ils pas plutôt leur pouvoir de pression pour sauver des vies et pousser à l'action ?

Premier constat: à l'étranger, médias et gouvernements se sont émus de ces clichés avant d'engager des débats et de réclamer des plans d'aide. Pendant ce temps-là, en France, on s'écharpait sur un discours de Macron, quand on ne s'égosillait pas sur la participation d'une frontiste à une université d'été d'une centaine de personnes. Que reste-t-il de notre sens des priorités? Pas grand chose, hélas, et nos médias en sont en partie responsables. Alors même qu'ils pourraient utilement inciter les personnages publics à se recentrer sur l'essentiel, beaucoup se vautrent (et nous avec) dans la polémique stérile, la guerre des mots et le combat de coqs. Pendant ce temps, des centaines de personnes se noient ou meurent asphyxiées. L'indifférence tue. Pourquoi nos médias n'emploieraient-ils pas plutôt leur pouvoir de pression pour sauver des vies et pousser à l'action?

Deuxième constat: trop souvent, nous considérons ces arrivées de migrants avec un mélange de suspicion et d'anxiété. La crainte neutralise alors la compassion, paralyse le discernement et conduit à des jugements hâtifs qui dépouillent ces réfugiés de toute dignité: il n'est plus question de personnes, mais de «flux»; il ne s'agit plus d'hommes, de femmes ou d'enfants, mais de «fuites», de «vagues d'invasisseurs» prêts à nous «coloniser» pour parachever un plan machiavélique de «grand remplacement». Peut-être aborderions-nous le sujet de manière à la fois plus sereine et plus lucide si certains politiques n'avaient pas fait leur fonds de commerce de ces angoisses en amalgamant sans précaution réfugiés, clandestins, immigrés économiques, descendants d'immigrés et délinquants, bref, en faisant du migrant le bouc-émissaire de nos maux à travers des formules trop souvent excessives et volontairement provocatrices, pour mieux aguicher l'électeur. Il est certes plus que nécessaire, aujourd'hui, de bannir toute langue de bois pour faire face à la réalité; mais parler sans tabou ne doit pas nous dispenser de parler juste et sans outrance. C'est à cette condition seulement que nous pourrions sortir des slogans faciles pour agir avec dignité et répondre aux défis de la situation.

Mais qui ne voit pas que les hérauts de l'accueil sans limites sont ceux-là même qui retirent aux immigrés toute chance d'intégration en saccageant l'école, la transmission de notre culture et la force de nos valeurs ?

Troisième constat: Ce débat sur l'immigration est principalement entravé par le manichéisme bien-pensant de certains, qui s'érigent en gentils humanistes contre les affreux populistes favorables au rétablissement des frontières. Mais qui ne voit pas que les hérauts de l'accueil sans limites sont ceux-là même qui retirent aux immigrés toute chance d'intégration en saccageant l'école, la transmission de notre culture et la force de nos valeurs? «Accueillir» est un mot qui a du poids. Il signifie bien plus que «laisser entrer»: à long terme, il signifie «intégrer». Or, seule une communauté à l'identité clairement définie peut en intégrer une autre, certainement pas un État sans racines; et encore moins un État qui entasse les nouveaux arrivants dans les mêmes cités, sans mixité aucune, et s'étonne qu'une génération plus tard, les «valeurs républicaines» aient du mal à être respectées. Qu'ils relèvent le pourcentage obligatoire de ces mêmes logements sociaux tant qu'ils veulent, à 30% ou 50%: sans mixité, rien ne se fera, et les nouveaux arrivants se réfugieront naturellement

auprès de leur communauté et codes culturels d'origine, à défaut d'avoir appris les nôtres, faisant hurler au communautarisme les gentils tolérants qui prétendaient leur ouvrir leur porte.

Ces réfugiés, d'où viennent-ils ? Bien souvent d'Irak, de Syrie, de Libye et d'Afghanistan. Soit quatre pays que les occidentaux ont parfois pu déstabiliser par leurs interventions armées.

Quatrième constat: Ces réfugiés, d'où viennent-ils? Bien souvent d'Irak, de Syrie, de Libye et d'Afghanistan. Soit quatre pays que les occidentaux ont parfois pu déstabiliser par leurs interventions armées, directes ou indirectes, justes ou injustes. Nous ne pouvons donc pas purement et simplement nous laver les mains de cette situation, comme si elle était due à des facteurs exogènes qui ne nous concerneraient pas. À cela s'ajoute la politique de terreur menée par Daech, face auquel les Occidentaux se montrent étrangement passifs, et contre lequel pourtant l'ONU serait avisée de former une coalition incluant les pays arabes et l'Iran, qui combat déjà l'EI en Syrie et en Irak. On ne pourra d'abord faire face aux arrivées incontrôlées de migrants qu'en faisant disparaître les conflits qui provoquent cette immigration. Enfin, 60% des migrants qui arrivent aujourd'hui en Europe passent par la Libye, profitant de l'absence d'autorité dans le pays depuis la chute de Kadhafi. Tant que l'ONU ne travaillera pas à une réconciliation des Libyens entre eux, la Méditerranée continuera de charrier des cadavres, et nous serons confrontés à des afflux plus massifs encore de populations que nous sommes déjà incapables d'accueillir dignement. Qu'attendons-nous pour agir?

Le problème des migrants ne pourra se résoudre sans que nous acceptions de remettre en cause nos modes de consommation inconséquents ainsi que le déséquilibre de nos relations économiques avec les pays du Sud.

Cinquième constat: À ces réfugiés se mêle un grand nombre de migrants économiques, poussés par la malnutrition et la faim. Si celles-ci sont souvent dues à la guerre ou à la corruption, elles résultent aussi en partie de la spoliation des ressources naturelles des pays les moins développés par les pays émergents ou riches: qu'on évoque, par exemple, le pillage honteux des eaux africaines par la pêche industrielle européenne ou chinoise qui contraint les pêcheurs africains au chômage et leur clientèle au jeûne forcé. Le problème des migrants ne pourra se résoudre sans que nous acceptions de remettre en cause nos modes de consommation inconséquents ainsi que le déséquilibre de nos relations économiques avec les pays du Sud.

Nous avons le devoir moral d'accueillir nos voisins lorsqu'ils sont en danger de mort: mais cela suppose de démêler les authentiques demandeurs d'asile des personnes qui auraient pu demeurer chez elles, ce que seul le rétablissement des frontières intra-européennes nous permettra de faire. Par ailleurs, force est de reconnaître que nous ne pouvons accueillir toute la misère du monde, encore moins avec une dette de plus de 2 mille milliards, un chômage à 10,4% et une société au bord de l'implosion qui peine à transmettre un sentiment d'appartenance à ses propres ressortissants. Voilà pourquoi nous pensons qu'accorder l'asile aux réfugiés sans œuvrer à ce qu'ils puissent un jour retourner chez eux et sans chercher à faire disparaître les causes de leur exil serait une nouvelle fois céder à la facilité d'une politique court-termiste, condamner l'Europe au suicide, le sud à la misère et les migrants au désespoir. L'urgence de la situation ne doit pas nous dispenser d'une vision. Cette fois, il ne suffira pas de sauver le présent: il faudra encore assurer l'avenir.

126,93

Les accords de Schengen au coeur de la crise migratoire

Par lefigaro.fr, Service infographie du Figaro

Mis à jour le 02/09/2015 à 16:14

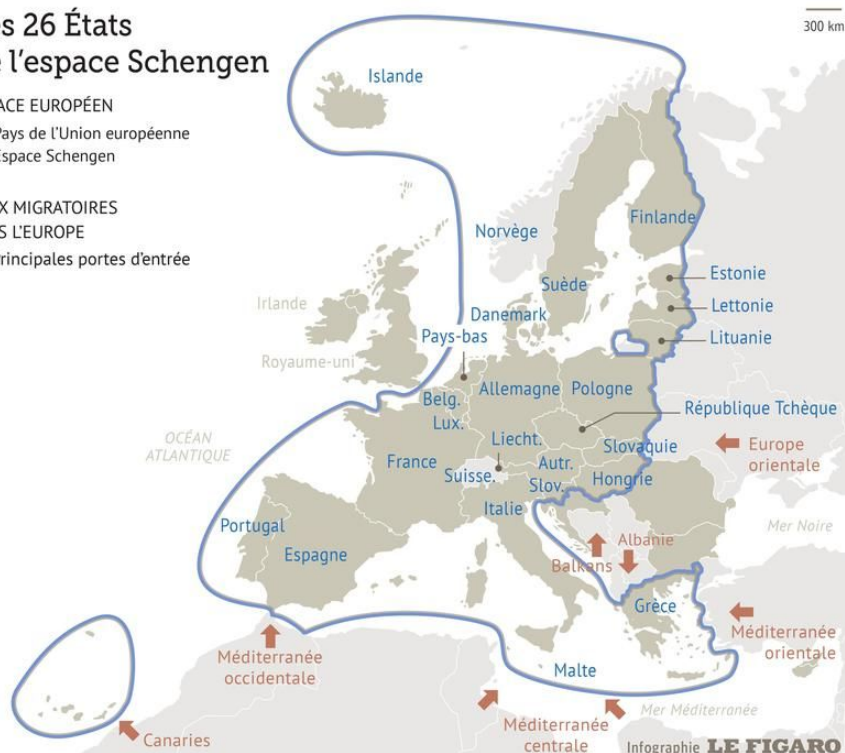
Les 26 États de l'espace Schengen

ESPACE EUROPÉEN

- Pays de l'Union européenne
- Espace Schengen

FLUX MIGRATOIRES VERS L'EUROPE

- ➔ Principales portes d'entrée



FOCUS - Certains veulent le suspendre, d'autres le réformer, ou encore le supprimer tout bonnement. L'espace Schengen est au centre de la crise migratoire.

Schengen. Le mot est dans toutes les bouches, comme la formule magique qui pourrait résoudre la crise migratoire en Europe. **Ségolène Royal a admis que sa suspension n'était pas «tabou»**. Avant elle, plusieurs voix de droite ont réclamé sa suppression. Le retrait de la France des accords de Schengen était même une promesse de campagne du candidat Sarkozy en 2012. Retour sur un accord de plus en plus controversé.

• Depuis quand existe Schengen?

L'accord de Schengen, du nom de la ville luxembourgeoise où il a été ratifié, a été signé le **14 juin 1985 à l'initiative de l'Allemagne, de la Belgique, de la France, du Luxembourg et des Pays-Bas**. Face à l'absence de consensus au sein des dix membres d'alors de l'Union européenne, ces cinq pays veulent concrétiser l'objectif de libre circulation des personnes, énoncé dans le traité de Rome de 1957. **Schengen n'est entré en vigueur qu'en 1995**. Depuis 1999, il est intégré dans le cadre institutionnel et juridique de l'Union européenne.

• Que prévoit Schengen?

L'accord supprime les contrôles aux frontières intérieures de l'Union européenne et garantit la libre circulation pour tous les ressortissants des États signataires. Ils peuvent voyager sans avoir à montrer leur passeport, munis d'une simple carte d'identité. **Tout individu, même provenant d'un pays non membre de Schengen, peut circuler librement dans l'espace, une fois qu'il a posé le pied dans un des pays membres. L'accord fait donc peser une lourde responsabilité aux pays avant des frontières extérieures.**

En effet, les contrôles subsistent aux frontières extérieures des pays de l'espace Schengen: Grèce, Italie, Espagne et pays des Balkans. **Tous les pays signataires doivent s'engager à en assurer la surveillance.**

Pour les aider, ils disposent du système d'information de Schengen (SIS). Cette base de données, accessible aux polices et aux consulats, recense la liste des personnes portées disparues et indésirables et des objets et des voitures volés. La police d'un Etat peut passer la frontière en cas de poursuite avec un criminel. La coopération anti-drogue est facilitée. Dans les aéroports, les passagers européens voyageant à l'intérieur de l'espace Schengen sont séparés des autres voyageurs.

Schengen instaure aussi des règles communes en matière d'asile et une liste unique de pays non membres de l'UE dont les ressortissants doivent acquérir un visa, coûtant 60 euros, pour pénétrer dans l'espace Schengen. Une liste noire de personnes interdites de visas existe. Les autres Etats de l'UE doivent s'y conformer par solidarité à moins de justifier de «de raisons humanitaires» ou «d'obligations internationales».

• **Comment a évolué l'espace Schengen?**

Vingt-six pays en sont membres aujourd'hui: vingt-deux issus de l'UE et quatre pays tiers - l'Islande, la Norvège, la Suisse et le Liechtenstein.

Chypre, l'Irlande et le Royaume-Uni n'ont pas adhéré à Schengen et maintiennent les contrôles à leurs frontières. Depuis les années 2000, Dublin et Londres participent cependant au SIS.

Les États candidats à Schengen doivent obtenir l'autorisation des 26 membres de l'espace. Ils doivent avoir rempli des critères de contrôles dans les aéroports, de collecte de données, de coopération policière, de procédures de délivrance des visas etc. **La Bulgarie et la Roumanie ont été recalées en 2011, en raison de l'opposition des Pays-Bas, insatisfaits des progrès réalisés en matière de surveillance des frontières extérieures et de lutte anti-corruption.** Le précédent **grec a échaudé les esprits**. Entré dans Schengen en 1992, Athènes ne parvient pas à contrôler sa frontière avec la Turquie.

• **Dans quelles circonstances un pays peut-il rétablir les contrôles à sa frontière?**

A l'heure de la crise migratoire, **certains demandent l'utilisation de la clause permettant de suspendre Schengen. L'article 2.2 autorise un pays à le faire temporairement pour des motifs de «sécurité nationale» ou pour faire face à une situation imprévue.**

«En cas de menace grave pour l'ordre public et la sécurité intérieure, les pays concernés peuvent exceptionnellement réintroduire le contrôle à leurs frontières intérieures pour une période de 30 jours au maximum (prolongeable aux conditions établies par le code) ou pour la durée prévisible de la menace grave. Cette mesure doit être prise en dernier ressort.», indique **le code Schengen**.

La décision a été prise en France lors des célébrations des 60 ans du débarquement allié ou après les attentats de Londres en 2005. En avril 2011, Paris a fermé ses frontières aux trains italiens qui transportaient des centaines de réfugiés tunisiens. En mai 2011, le Danemark sous l'influence de l'extrême droite a rétabli des contrôles douaniers «pour lutter contre la criminalité» à ses frontières suédoises et allemandes. Mécontente, la Commission a placé Copenhague sous surveillance.

126,95

Economic growth in Europe

The euro area's uninspiring recovery

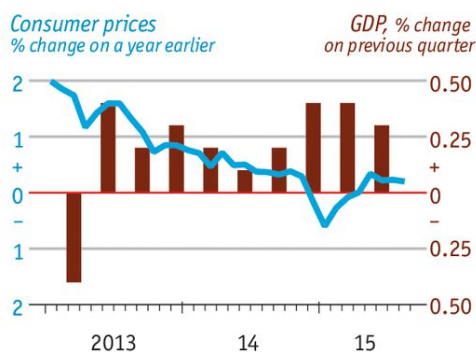
Sep 2nd 2015, 13:29 BY P.W. | LONDON



EARLIER this year, a genuine revival in the euro area appeared to be under way. European equity markets were buoyant and consumers had become more confident. The recovery, which had been faltering and feeble since the spring of 2013, looked set to accelerate. That bout of optimism has proved fleeting and there is now increasing doubt about whether the euro area can pull itself out of a rut of low inflation and sluggish growth. The European Central Bank (ECB) is not expected to act on September 3rd when its governing council meets. But it may well indicate a preparedness to provide more stimulus, if necessary.

Some boom

Euro area



Source: Eurostat

Economist.com

Even before the recent panic in financial markets about the Chinese economic slowdown, the euro-zone recovery was losing momentum. After growing by 0.4% in both late 2014 and early 2015, GDP increased in the second quarter by 0.3%. Annualised, that was a pace of 1.3%, barely a trot compared with America's 3.7% gallop in the same period.

Although Spain, the fourth-biggest economy in the currency club, has continued to do well, the euro area was held back by the stagnation of France, the second-biggest economy.

Better news came in the form of unemployment falling from 11.1% in June to 10.9% in July, some way off its high of 12.1% in early 2013. **However, the range in unemployment, from 4.7% in Germany to 22.2% in Spain and 25% in Greece, remains disconcertingly large. Although the jobless rate in Italy fell sharply in July, it edged up in France.**

Unemployment generally lags the economic cycle. Business surveys, which provide more up-to-date readings of activity, point to a continuing subdued recovery. The European Commission's long-running economic-sentiment indicator, which combines business as well as consumer confidence and tends to track GDP, has been broadly stable since picking up in early 2015. This suggests that the euro area is not about to break out of its holding pattern of unspectacular growth.

This is worrying because the euro-zone economy is benefiting from a powerful triple stimulus. Lower energy costs caused by the slump in global oil prices have been providing broadly the same effect as a tax cut. A big programme of quantitative easing (QE), has been under way since March under which the ECB is creating money to buy €60 billion (\$67 billion) of bonds each month. As well as pushing down long-term interest rates QE has helped to keep the euro down on the currency markets to the benefit of exporters.

Given the extent of help that the euro area has been getting, growth should be faster. The sluggish performance leaves it vulnerable to China's slowdown. A particular worry is the impact of weakening Chinese growth on Germany,

the hub economy of the euro area, whose resilience has been crucial in sustaining the currency club since the euro crisis started five years ago. One reason has been strong Chinese demand for investment goods and luxury cars, traditional German manufacturing strengths. Even though German exports appear to be holding up for the time being, that boost from China is waning.

Lacklustre growth in the euro area will in turn make it harder for the ECB to meet its goal of pushing inflation back towards its goal of almost 2%. Although core inflation (excluding in particular energy and food) has moved up from its low of 0.6% earlier this year, to 1.0%, headline inflation has been stuck at 0.2% over the summer. There is increasing concern that the ECB's efforts to break the grip of "lowflation" will be swamped by global deflationary effects.

The ECB's council is not expected to make a change in policy when it convenes on Thursday. But when Mario Draghi, the central bank's president, talks to the press after the meeting, he is likely to indicate that the ECB recognises the downside risks to growth and stands ready to respond if they materialise. That may in turn produce a policy easing later this year. One option would be to raise the amount of assets that it is buying each month from the current amount of €60 billion. A more likely decision would be for the ECB to extend the planned length of its purchase programme beyond September 2016. Whether that is enough is a question for another day.

126,97

F.A.Z.-Ökonomenranking 2015

Hans-Werner Sinn baut seinen Einfluss aus

Hans-Werner Sinn ist auch in diesem Jahr der einflussreichste Ökonom Deutschlands. Die Griechenland-Krise hat ihm noch mehr Aufmerksamkeit gebracht. Doch auf Rang zwei gibt es eine Überraschung.

05.09.2015, von [PATRICK BERNAU](#)



© REUTERS/Hans-Werner Sinn, der Präsident des Ifo-Instituts.

Hans-Werner [Sinn](#) ist im zweiten Jahr in Folge der einflussreichste Ökonom Deutschlands. Keiner hat in der Griechenland-Krise in der Öffentlichkeit über viele Medien hinweg so ein Gewicht entwickelt wie der Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Auch unter Politikern und Ministerialbeamten hat Sinn seinen Einfluss ausgebaut, wie unsere diesjährige F.A.Z.-Rangliste zeigt. **In Summe hat kein anderer Wirtschaftsforscher so viel kombinierte Wirkung in Medien, Politik und Forschung.**

Denn genau darum geht es in der F.A.Z.-Rangliste der Ökonomen. Sie misst, wer sich in diesen ganz unterschiedlichen Welten Gehör verschaffen kann. Um in der Rangliste ganz vorne zu stehen, muss ein Wirtschaftsforscher in den Medien Gehör finden, von Politikern als Ratgeber geschätzt sein und in der Wissenschaft Impulse geben, die andere Forscher dazu bringen, die Arbeiten zu zitieren. Die Daten erhebt die F.A.Z. in Zusammenarbeit mit dem Medienforschungsinstitut Media Tenor International, dem Verein für wissenschaftliche Politikberatung Econwatch, der [Universität Düsseldorf](#), der Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften in Hamburg und dem Wissenschaftsverlag Elsevier. In der Gesamtverrechnung zählen der Einfluss in Medien und Politik je einfach, der in der Forschung doppelt. **„Für den Steuerzahler ist nicht nur Forschung wichtig“, sagt der Düsseldorfer Volkswirt Justus Haucap. „Das Ranking misst auch Leistungen der Ökonomen im Bereich Wissenstransfer. Damit steht es auf einer breiteren Basis.“**

Ökonomen sind häufiger zitiert worden - aber nicht jeder profitiert

Allgemein sind Ökonomen in den Medien angesichts der Eskalation in Griechenland in den vergangenen zwölf Monaten häufiger zitiert worden als im Vorjahr. „Wissenschaftliche Expertise findet so in der öffentlichen Debatte mehr Gehör“, sagt Tobias Thomas vom Institut Media Tenor. Sowie die Griechenland-Krise ins politische Zentrum rückte, stieg das Gewicht der Politiker allerdings noch weiter. Unser Ranglisten-Erster Hans-Werner Sinn konnte sich dennoch besonders viel Gehör verschaffen. Auch [Clemens Fuest](#), der an die Spitze des Ifo-Instituts rücken soll, wenn Hans-Werner Sinn im Frühjahr in Rente geht, hat seine Position verbessert - vor allem im Einfluss unter Politikern.

Dagegen ist der Vorjahres-Zweite in der Rangliste um einen Platz zurückgefallen: Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Er hat zwar gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) einen Vorstoß für Investitionen in Autobahnen und Brücken, Internetleitungen und Schulen vorgelegt. Doch der zündete nicht richtig, und in der Griechenland-Debatte konnte Fratzscher seine Positionen nicht so in die Öffentlichkeit bringen wie Sinn. **Auch in der Breite von Politik und Verwaltung ist sein Einfluss eher noch zurückgegangen. Weil Fratzscher mit seinen Empfehlungen häufig etwas links von der Mitte liegt, war zuvor spekuliert worden, dass er den Platz einiger SPD-naher Ökonomen wie Gustav Horn oder Peter Bofinger einnehmen könnte. Doch auch das scheint nicht funktioniert zu haben.**

Manche Ökonomen forschen – andere beraten die Politik

Insgesamt zeigt die Liste abermals eine klare Arbeitsteilung zwischen den Ökonomen: Es gibt eine Reihe von Ökonomen, die viel forscht, aber in der Öffentlichkeit und in der Politikberatung kaum präsent ist. Politik und Öffentlichkeit werden dafür von angewandt orientierten Ökonomen mit Ratschlägen versorgt, die sich im Gegenzug weniger in die Spitzenforschung einbringen. Mancher Ökonom, der aus den Medien bekannt ist, qualifizierte sich mangels Resonanz in der Forschung nicht für unsere Gesamtwertung. Das trifft Bank-Ökonomen ebenso wie Volkswirte aus politiknahen Instituten.

In anderen deutschsprachigen Ländern ist das ähnlich. Das zeigen Ranglisten [der „Neuen Zürcher Zeitung“ für die Schweiz](#) und [der „Presse“ für Österreich](#), die nach den gleichen Regeln berechnet werden. Auch dort teilen sich Ökonomen die Arbeit zwischen Forschung und Politikberatung. In beiden Ländern gewinnen Ökonomen, die in der Forschung stark sind: in Österreich der Schwarzmarktforscher Friedrich Schneider von der Universität Linz, in der Schweiz der Verhaltensökonom Ernst Fehr von der Universität Zürich.

Ernst Fehr ist auch erstmals in der Rangliste für Deutschland vertreten und steigt gleich auf Rang zwei ein. In den vergangenen zwölf Monaten wurden Referentenstellen für Verhaltensökonomik im Kanzleramt geschaffen - im gleichen Jahr wurde Fehr in deutschen Medien erstmals so häufig zitiert, dass seine Botschaften auch bei einer nennenswerten Zahl an Mediennutzern angekommen sind. Deshalb ist er in die Gesamtwertung aufgenommen worden. In diesem Moment schlägt seine enorme Forschungsleistung zu Buche. Denn Fehr hat als einer der angesehensten Vertreter der Verhaltensökonomik viel indirekten Einfluss auf Unternehmen, Öffentlichkeit und Politik.

Schuld und Flüchtlinge

Auch wenn die Regierung Cameron nun ein paar tausend syrische Flüchtlinge aufnehmen will. Eine gemeinsame Strategie hat die EU damit noch nicht.
04.09.2015, von **KLAUS-DIETER FRANKENBERGER**

Immerhin! Immerhin will jetzt auch die Regierung Cameron ein paar tausend syrische **Flüchtlinge** aufnehmen; die wenigen hundert, die bislang anerkannt worden waren, nahmen sich angesichts der Dimension der Krise und des Chaos in mehreren europäischen Ländern schäbig aus. Es sei dahingestellt, ob Druck einiger Partner den Sinneswandel bewirkt hat, nachdem die britischen Ohren bislang auf Durchzug gestellt waren, oder ob es das Bild von einem toten Kind war, das (nicht nur) die britische Öffentlichkeit erschüttert hat – **es ist gut und überfällig, dass Cameron die Grenzen Großbritanniens öffnet**, eines Landes, das zu Recht stolz darauf ist, dass es in der Vergangenheit manche schwere Last getragen hat. Der fremdenfeindliche Populismus, den es auch anderswo gibt, darf der Politik nicht jeden Mut zum Handeln nehmen.



Autor: Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Freilich haben die Europäer damit noch keine gemeinsame Strategie, wie sie die Vereinten Nationen fordern. Auch gibt es noch kein gemeinsames Vorgehen, wie es etwa die Bundesrepublik verlangt. Aber das wird immer dringlicher, je mehr Flüchtlinge aus dem Nahen Osten nach Europa – und vor allem nach Deutschland drängen. Es wird allerhöchste Zeit, dass sich die Europäer einigen, wie sie gemeinsam auf die Krise reagieren wollen und können.

Aber geht diese Krise nur die Europäer an? Das scheint die Regierung Obama zu denken, die bislang noch nicht einmal 2000 syrische Flüchtlinge aufgenommen hat, aber verständnisvoll anerkennt, dass die Krise eine „Belastung“ für Europa sei.

Klar, Amerika leistet humanitäre Hilfe und bekämpft (halbherzig) die islamistischen Terrorbanden. Aber war es das? **Man könnte daran erinnern, wer in Libyen erst intervenierte und dann das Land dem Zerfall überließ; wer nicht ganz unbeteiligt daran war, dass das Chaos im Mittleren Osten heute so groß ist. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ ist im Irak ja nicht aus dem Nichts entstanden.**

Man könnte übrigens auch daran erinnern, dass **Russland** jeden Versuch vereitelte, das Regime Assad in Syrien zur Öffnung zu bewegen und es davon abzuhalten, Massenmord an der eigenen Bevölkerung zu begehen. Heute liegt das Land in Schutt und Asche, Millionen sind vertrieben. **Doch die Zeit lässt sich nicht zurückdrehen, Schuldfragen zu stellen ist müßig. Heute müssen wenigstens die Europäer eine gemeinsame Linie finden. Hunderttausende Flüchtlinge sollten sie eigentlich dazu zwingen.**

Schäuble rechnet mit expansiver Geldpolitik ab

Der deutsche Finanzminister warnt auf dem G-20-Treffen in Ankara vor Gefahren der ultralockeren Geldpolitik. Er fürchtet neue Blasen an den Finanzmärkten.

04.09.2015, von MANFRED SCHÄFERS, ANKARA



© DPA/Wolfgang Schäuble

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat eine Abkehr von der ultralockeren Geldpolitik in den Industrieländern angemahnt. Unmittelbar vor Beginn des Treffens mit seinen Kollegen und den Präsidenten der Notenbanken aus den zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) in Ankara sagte Wolfgang Schäuble auf die Frage, ob die mögliche Zinswende in Amerika in diesem Kreis diskutiert werde: **„Wir haben nicht zu wenig Liquidität in den Märkten. Wir haben nicht zu wenig Schulden.“ Und er wurde noch deutlicher: „Wir haben eher die Gefahr von Blasenbildung.“**

Auch wenn er es vermied, die Europäische Zentralbank (EZB) nur zu erwähnen, können seine Worte als eine Warnung an ihre Adresse verstanden werden. EZB-Präsident Mario Draghi hatte am Vortag eine weitere Lockerung der Geldpolitik angedeutet. **Die Bundesregierung sieht sich mit ihrer skeptischen Position nicht isoliert. Schäuble verwies auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Die „Notenbank der Notenbank“ hat wiederholt vor den mit der Nullzinspolitik verbundenen Risiken gewarnt. Auch EZB-Ratsmitglied Jens Weidmann betonte vor dem Treffen, trotz niedrigen Ölpreises und der lockeren Geldpolitik seien die Wachstumsaussichten in Europa gedämpft. Dies zeige „die Grenzen dessen, was eine sehr expansive Geldpolitik leisten kann“, sagte Weidmann.**

Die Risiken der Nullzinspolitik würden in der öffentlichen Debatte nicht angemessen berücksichtigt, sagte Schäuble. Dies entspreche dem „Mainstream“ nicht. Die Debatten in der türkischen Hauptstadt finden vor dem Hintergrund der möglichen Zinserhöhung in Amerika statt. Zuletzt hatte der stellvertretende Vorsitzende der Federal Reserve Stanley Fisher die Erwartung geschürt, dass die amerikanische Notenbank in diesem Monat erstmals seit Jahren eine Erhöhung der Leitzinsen beschließen wird. Am Freitag gaben die aktuellen Daten vom amerikanischen Arbeitsmarkt ein widersprüchliches Bild ab; die Quote fiel, die Zahl neuer Stellen blieb hinter den Erwartungen zurück. In einem Papier für das Treffen in Ankara verweist der **Internationale Währungsfonds auf aktuelle Risiken für die Weltwirtschaft: geringes Wachstum der Schwellenländer, Ansteckungseffekte, die von China ausgehen, und die stockende Erholung der Industrieländer.**

Wie in Ankara vor Beginn der Beratungen verlautete, ist nicht geplant, im Kommuniqué direkt auf die Zinsentscheidung der Fed einzugehen, genauso wie direkte Kritik an der Regierung in Peking vermieden werden soll. Es zeichnete sich eine Formulierung ab, nach der die Leitzinsen die Marktverhältnisse widerspiegeln sollten. **Zugleich dürften frühere Warnungen vor einem Abwertungswettlauf bekräftigt werden. Wie kritische Beobachter der Geldpolitik meinen, haben solche Mahnungen in der Vergangenheit die EZB nicht davon abgehalten, auf eine Schwächung des Euro hinzuwirken.**

Die Vertreter Chinas mussten sich in der türkischen Hauptstadt auf kritische Fragen einstellen. „Wir werden intern über die Situation in China reden“, sagte Schäuble. Doch dem Vernehmen nach ist Kritik an der Wirtschaftspolitik Pekings nur zwischen den Zeilen des Kommuniqués zu erwarten. Die Krise im Euroraum und das Ringen um die Zahlungsfähigkeit Griechenlands sollte erstmals seit längerem keine große Rolle spielen. Die mit dem Flüchtlingsansturm in vielen Ländern verbundenen Probleme dürften nach Einschätzung Schäubles ebenfalls nur am Rande angesprochen werden, da es dafür das falsche Forum sei. Er trat - unterstützt von guten Konjunkturdaten und Haushaltsziffern - selbstbewusst auf: „Wir kommen mit Selbstvertrauen wie die deutsche Fußballmannschaft vor dem Spiel gegen Polen“, scherzte er.

126,100

Quotas de migrants : la Hongrie divise l'Europe

Publié le 04/09/2015 à 19:38

L'élan d'unanimité porté par [les photos d'Aylan Kurdi](#), le petit noyé de Bodrum (Turquie), s'annonce de courte durée entre dirigeants européens: l'UE recommence à se déchirer sur le sort des demandeurs d'asile débarqués sur ses plages, avec en toile de fond la polémique ravageuse sur une incompatibilité entre l'Europe et l'islam.

C'est encore une fois Viktor Orban, l'enfant terrible des sommets, qui a allumé le feu. Le premier ministre hongrois, directement confronté à un engorgement de réfugiés coincés à Budapest sur la route de l'Allemagne, s'inquiète ni plus ni moins d'une invasion: «Aujourd'hui nous parlons de centaines de milliers, l'an prochain nous discuterons de millions et, d'un seul coup, dit-il, nous nous retrouverons en minorité sur notre propre continent.»

Le premier ministre Orban, défenseur inlassable de l'identité hongroise depuis le crépuscule de l'Union soviétique, n'en est pas à son coup d'essai. Mais ses tirades sur une «Europe chrétienne» assaillie de toute part rencontrent un solide écho chez les voisins slovaques, tchèques, polonais et même ailleurs. Elles viennent surtout compliquer les efforts de conciliation. [L'Allemagne et la France entendent profiter de l'«effet Aylan» pour ressouder l'Europe sur un programme d'accueil cohérent en faveur des rescapés de quatre ans de massacres en Syrie.](#)

«L'Europe n'a pas le droit de se diviser face à un tel défi, il est temps de passer à un autre genre de travail en commun.»

Frank-Walter Steinmeier

Las de constantes «récriminations», Frank-Walter Steinmeier, le patron de la diplomatie allemande, s'est emporté vendredi lors d'un rendez-vous avec ses collègues à Luxembourg. «L'Europe n'a pas le droit de se diviser face à un tel défi, dit-il, il est temps de passer à un autre genre de travail en commun.» Quelques jours plus tôt, [le Français Laurent Fabius avait dénoncé la politique «scandaleuse» de la Hongrie et l'installation d'un rideau de barbelés destiné à couper la route aux réfugiés arrivant de Serbie.](#)

L'Europe centrale, plus religieuse que la façade occidentale, vit depuis au rythme d'une solide controverse sur ce que doit être l'attitude d'un bon chrétien. «La race, la religion ou la nationalité de celui qui est dans le besoin ne changent rien au devoir d'assistance et à l'esprit de sacrifice», réplique Donald Tusk, président du Conseil européen et ex-premier ministre polonais.

«Si Viktor Orban est chrétien, alors Kim Il-sung l'est aussi»

Jean Asselborn, ministre des Affaires étrangères luxembourgeois

«Si Viktor Orban est chrétien, alors (l'ex-dictateur nord-coréen) Kim Il-sung l'est aussi», enchaîne Jean Asselborn, ministre des Affaires étrangères luxembourgeois, sur «Heute», le grand journal télévisé allemand. Angela Merkel, fille de pasteur touchée par l'accusation hongroise qu'elle aurait orchestré la crise de bout en bout, a déjà répondu: **«L'Allemagne fait ce qu'imposent la morale et le droit.»** Il en faudra plus pour surmonter la défiance, pour ne pas dire l'hostilité que suscite à l'est de Vienne l'intention de **Berlin et de Paris d'imposer à chacun des Vingt-Huit «un mécanisme permanent et obligatoire» de répartition équitable des réfugiés parvenus dans l'UE.**

La confirmation, à Bruxelles, qu'il s'appliquerait à 160.000 personnes au lieu des 40.000 avancées en juin ne réduira pas les appréhensions. **Avec Viktor Orban, les trois chefs de gouvernement tchèque, slovaque et polonais ont renouvelé hier à Prague leur opposition à tout système de «quotas» contraignants. Ils invitent au contraire l'UE à adopter des «mesures viables», contrôle aux frontières, lutte contre les passeurs et centre d'accueil dans les pays d'atterrissage.**

En juillet, dans un premier tour de table, les quatre pays n'avaient accepté de recevoir ensemble que 2300 réfugiés supplémentaires, soit à peine plus que les Pays-Bas. **Ce n'est pas une affaire de couleur politique. Si les conservateurs gouvernent à Budapest, le pouvoir revient aux sociaux-démocrates à Prague comme à Bratislava, et aux centristes à Varsovie. Et c'est un premier ministre de gauche, Robert Fico, qui ne veut pas voir la Slovaquie «se réveiller un beau matin avec 100.000 personnes venues du monde arabe».**

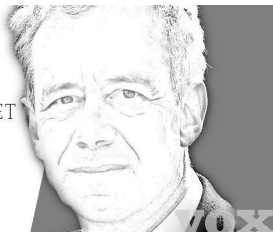
126,101

PS, LR, FN : la grande déliquescence des partis politiques

Par [Maxime Tandonnet](#)

Publié le 04/09/2015 à 17:21

MAXIME
TANDONNET



FIGAROVOX/TRIBUNE - Alors que se tiennent ce week-end, les universités d'été des Républicains (La Baule) et du FN (Marseille), Maxime Tandonnet déplore la fuite en avant de partis politiques incapables à répondre aux crises actuelles.

Maxime Tandonnet décrypte chaque semaine l'exercice de l'État pour FigaroVox. Il est l'auteur de nombreux ouvrages, dont Histoire des présidents de la République, Perrin, 2013. Son dernier livre Au cœur du Volcan, carnet de l'Élysée est paru en août 2014. Découvrez également ses chroniques sur son [blog](#).

En principe, les partis politiques constituent un rouage décisif de la vie démocratique. Il leur incombe de conduire un débat de société, de traduire les attentes populaires en propositions politiques, en projet collectif. D'après l'article 4 de la Constitution, ils «concourent à l'exercice du suffrage.» Un sondage CEVIPOF de février 2015 montre cependant que les partis politiques sont l'institution en laquelle les Français ont le moins confiance, avec un taux d'estime de 14%, loin derrière les syndicats (29%) et les médias (30%). Cette image a peu de chance de s'améliorer...

La France est ébranlée par une fantastique secousse tellurique, qui remet en cause toutes les habitudes, les modes de pensée et les certitudes établies. Le chaos sanglant qui se répand au Moyen-Orient fait peser sur notre pays une menace sans précédent depuis la deuxième guerre mondiale, s'exprimant notamment dans le risque terroriste. Les images télévisées de la vague migratoire en cours sur l'Europe bouleversent les consciences déchirées entre l'inquiétude et la compassion. Cette angoisse se développe sur un fond de chômage massif, 3,5 à 6 millions de sans-emplois, facteur de désespoir pour les jeunes, d'exclusion et de déchirure.

Dans ce contexte tourmenté, les formations politiques - toutes - donnent le sentiment d'une stupéfiante dérobade face à la réalité. En cette période tragique, à l'heure où la France s'interroge sur son destin, sur son avenir, le système des partis, comme tétanisé, paraît fuir le monde réel, tourner le dos à la France profonde, à la majorité silencieuse.

Qui pourrait se hasarder à dire quelle est la position de LR sur la crise migratoire ou sur le Moyen-Orient, et surtout les solutions qu'il propose ?

Le principal parti d'opposition, ayant vocation à gouverner, les Républicains, semble ne plus rien avoir à dire. Dans le cadre de la préparation des élections régionales et des primaires présidentielles, il donne, comme toujours depuis trois ans, **l'image de la cacophonie et d'une course frénétique aux ambitions individuelles.** Qui pourrait se hasarder à dire quelle est sa position sur la crise migratoire ou sur le Moyen-Orient, et surtout les solutions qu'il propose? M. Juppé et M. Fillon ont fait savoir qu'ils étaient opposés à la perspective d'une intervention militaire terrestre contre Daech. D'autres voix se sont prononcées en sens inverse. Sur la question de l'immigration et des quotas proposés par Mme Merkel et la commission européenne, le grand silence de la formation politique susceptible d'accéder au pouvoir en 2017 donne le vertige. **Le mouvement se présente comme une simple plateforme au service de calculs personnels, sans identité, sans idée, sans projet...**

A droite de l'échiquier, le **Front national** semble à son tour frappé de plein fouet par la grande déliquescence de la vie politique. Ce parti, qui a construit son image sur l'exploitation à outrance des angoisses autour des thèmes de l'immigration et de la sécurité - sans d'ailleurs proposer de politique crédible - semble bizarrement étranger au grand ébranlement en cours dont il aurait pu tirer tous les bénéfices. Son existence paraît désormais se limiter aux tribulations d'une famille durablement plongée dans une guerre intestine et passionnelle. Après le spectacle de son université d'été à Marseille, que peut-il bien rester du parti lepéniste engagé, par le plus grand des paradoxes, dans une course à la délepénisation?

La gauche radicale est elle aussi en pleine décomposition. Le parti écologiste se déchire entre une tendance majoritaire gauchisante qui prône en matière d'immigration «d'accueillir tout le monde» et une frange centriste ou réaliste qui vient de faire scission.

La gauche radicale est elle aussi en pleine décomposition. Le parti écologiste se déchire entre une tendance majoritaire gauchisante qui prône en matière d'immigration «d'accueillir tout le monde» et une frange centriste ou réaliste qui vient de faire scission.

Le parti socialiste au pouvoir n'est guère mieux loti que le reste de la classe politique. **Le tollé phénoménal engendré par les propos du ministre de l'Economie, M. Macron, fustigeant les 35 heures, a révélé une formation figée dans ses tabous, son immobilisme et son conservatisme.** Plombé par son bilan en matière d'emploi, le parti n'a d'autre objectif que de faire abstraction de ce sujet, au coeur du drame français, mais ignoré lors de son université d'été. **La fuite en avant dans le discours sur les «valeurs» et l'impératif «d'accueil» nonobstant toute prise en compte de la réalité, du chômage, du logement, des déficits publics, peut s'interpréter comme le chant du cygne d'un mouvement lui aussi au bout du rouleau, en pleine crise existentielle, incapable de choisir entre une voie réaliste, sociale-démocrate, et la pression de sa base militante qui réclame plus d'idéologie.**

Que peut-il naître sur les ruines de la vie politique française? Cette dernière semble engagée dans une course au néant qui s'accélère avec l'histoire. Un jour, il faudra bien reconstruire la démocratie française sur des bases radicalement nouvelles, à l'image d'une grande démocratie moderne, autour de deux mouvements patriotes, pragmatiques, proches du peuple, l'un progressiste et l'autre conservateur ou libéral, rejetant le culte de la personnalité, les dérives népotistes et la folie carriériste, capables de se renouveler en permanence - les hommes et femmes, les idées -, de débattre, voire de se parler et de travailler ensemble sur certains dossiers, sans haine ni insultes, **et enfin motivés par le seul bien commun de la Nation. Rêve ou espérance?**

Jean-Pierre Le Goff: extension du domaine de la culpabilité



FIGAROVOX/EXTRAIT- Le sociologue s'inquiète du basculement de la politique dans la culture de l'émotion, de l'indignation et de l'immédiateté.

Jean-Pierre Le Goff, né en 1949, est philosophe de formation, écrivain et sociologue au CNRS. Ses ouvrages portent sur les évolutions problématiques de la société française, notamment les paradoxes de Mai 68 et le gauchisme culturel. Son dernier livre *La Fin du village*. Une histoire française est paru chez Gallimard en 2012.

LE FIGARO. - La photo tragique d'Aylan Kurdi a ému l'Europe entière. Est-ce une prise de conscience de la tragédie migratoire à laquelle nous assistons?

Jean-Pierre LE GOFF. - Cette photo n'est pas seulement tragique, elle est insoutenable. En montrant le cadavre d'un enfant, elle fait surgir un flux d'émotions difficilement maîtrisables qui, une nouvelle fois, risque de tout emporter sur son passage. Quand certains journalistes osent poser la question: «Comment auriez-vous réagi si c'était votre enfant?», que pouvez-vous répondre? Cette question me paraît monstrueuse car elle paralyse d'emblée l'interlocuteur et le condamne à se sentir coupable. Je trouve indécent et immoral le fait de se servir de la photo d'un cadavre d'un enfant pour prétendre faire prendre conscience de la gravité du mal et de la situation tragique de ces populations. S'exerce une forme de chantage émotionnel qui suscite moins une prise de conscience - qui suppose précisément la capacité d'un recul réflexif - qu'un sentiment d'impuissance et de culpabilité malsaine. L'expression débridée de l'indignation donne lieu à une sorte de surenchère qui s'étale dans les médias et les réseaux sociaux. Nous sommes dans une société non seulement bavarde, qui a tendance à considérer qu'on a agi sur le monde quand on a beaucoup parlé à son propos, mais dans une société «communicationnelle» où les images chocs et les réactions émotionnelles l'emportent de plus en plus sur la raison.

Cette logique pénitentielle nous désarme face au défi que représentent ces flux de populations qui fuient la guerre et la barbarie de l'État et des groupes terroristes islamiques

Sommes-nous collectivement coupables de la mort de cet enfant?

Nous ne sommes évidemment pas «coupables» de la mort de cet enfant. Se sentir coupable d'une chose pour laquelle nous n'avons pas pris une part active n'a pas de sens. Avec toutes ses limites et ses incohérences sur lesquelles il faudrait pouvoir agir, l'Union européenne sauve des vies et essaie tant bien que mal d'aider ces populations. On peut trouver l'action de l'Union européenne insuffisante, incohérente et impuissante, on peut estimer indigne l'attitude de certains pays, mais on ne saurait les rendre coupables de la mort de cet enfant.

À vrai dire, nous assistons à l'extension indéfinie de la notion de culpabilité dans une logique qui lamine l'estime de nous-mêmes, en nous rendant responsables de tous les maux. Cette logique pénitentielle nous désarme face au défi que représentent ces flux de populations qui fuient la guerre et la barbarie de l'État et des groupes terroristes islamiques, car elle tend à embrouiller les responsabilités, implique l'idée de fautes que nous aurions à réparer dans l'urgence en confondant la politique avec l'humanitaire et les bons sentiments. Nous devons secourir les victimes et prendre en compte la situation des réfugiés avec une éthique de responsabilité qui reconnaît la réalité des frontières

[Retrouvez l'intégralité de cet entretien dans Le Figaro du 5 septembre ou dès maintenant sur Le Figaro Premium](#)

126,104

De moins en moins de Français paient l'impôt sur le revenu

Par [Cyrille Pluvette](#)

Publié le 05/09/2015 à 08:00

Le gouvernement n'est pas peu fier d'annoncer que la suppression de la première tranche de l'[impôt sur le revenu](#) (IR) cette année a fait plus de bénéficiaires que prévu. Soit 9,45 millions de ménages, au lieu des 9 millions initialement anticipés. Dit autrement, plus de la moitié des quelque 17 millions de foyers qui payent l'IR ont bénéficié de ce coup de pouce. Difficile, à première vue, de ne pas se réjouir avec l'exécutif de ces baisses d'impôts, que les Français, en proie à un «haut-le-cœur fiscal», pour reprendre l'expression de [Manuel Valls](#), exigeaient.

Mais le tableau est en réalité moins idyllique qu'il n'y paraît. Ce geste à 3,2 milliards d'euros, qui amplifie celui de l'année précédente, est en effet loin de compenser au global les hausses massives décidées depuis 2011. Au total, les prélèvements ont augmenté de 74 milliards entre 2011 et 2013, à la fois pour les entreprises et les ménages, qui en ont chacun schématiquement supporté la moitié. En 2014, la facture globale n'a été que de 2,8 milliards, mais la diminution pour les entreprises a été compensée par un alourdissement de la facture pour des millions de Français. Baisse du plafond du quotient familial, fiscalisation des heures supplémentaires ou de la participation de l'employeur à la complémentaire santé: les mesures n'ont pas manqué.

Hausse des impôts locaux et des cotisations

Les gestes de 2014 et 2015 ont surtout eu pour objectif d'éviter une révolte fiscale en contrebalançant les mesures qui ont frappé les plus modestes depuis 2011. Sur les 9,45 millions de ménages bénéficiaires, environ 3 millions sont ainsi sortis l'impôt sur le revenu ou ont évité d'y entrer. Résultat, le nombre de foyers imposés, après avoir bondi jusqu'à 19,2 millions en 2013 et être revenu à 17,6 millions l'an dernier, va encore refluer, à 17 millions ou moins, proche de celui de 2010 (16,8 millions) . **Après être retombé à 47,5% l'an dernier, le taux de foyers imposés, va donc reculer à environ 46,5%, selon Bercy en 2015.**

Bercy explique par ailleurs que 2,2 millions de foyers bénéficient cette année d'un gain supérieur à 400 euros sur leur avis d'imposition. Mais pour 1,6 million de ménages, ce gain est inférieur à 100 euros. Rien ne dit que ces baisses ne seront pas en partie compensées par les hausses d'impôts locaux ou de cotisations sociales.

Mais le mouvement amorcé pose une autre question, celle de la concentration de l'impôt sur le revenu. Le geste de 2015 n'a en effet pas bénéficié aux 20% des français, les classes moyennes supérieures et aisées, qui ont réglé 75% des mesures de hausses d'impôts décidées en 2013 et 2014, soit 6 milliards d'euros.

Rappelons **qu'en 2012, 10% des Français se sont acquittés de 70% de la facture l'IR.**

Or il est peu probable que la pression fiscale sur cette population se relâche avec le cadeau fiscal à 2 milliards que dévoilera lundi [François Hollande](#) pour 2016. Et qui devrait toucher les classes moyennes. Le risque? **Que de plus en plus de contribuables décident d'échapper à ce fardeau en partant pour l'étranger**, martèle [Gilles Carrez](#), le président Les Républicains de la commission des finances de l'Assemblée nationale.

126,105

Comprendre la crise des migrants en Europe en cartes, graphiques et vidéos

Le Monde.fr | 04.09.2015 à 12h27 • Mis à jour le 05.09.2015 à 07h15 | Par Maxime Vaudano et Les Décodeurs

Un drame quotidien qui se joue simultanément à toutes les frontières et sur toutes les routes d'Europe, un défi d'accueil inédit pour l'Union européenne, une source intarissable d'indignations, de polémiques et de propositions pour la classe politique et les commentateurs : comment rendre compte de la crise des migrants qui secoue notre continent depuis 2014, s'intensifiant chaque jour depuis cet été ?

Des pays d'origine des migrants jusqu'à l'accueil final des réfugiés, en passant par les périlleuses routes de la migration, voici vingt cartes, graphiques et vidéos produites par *Le Monde* pour comprendre la situation.

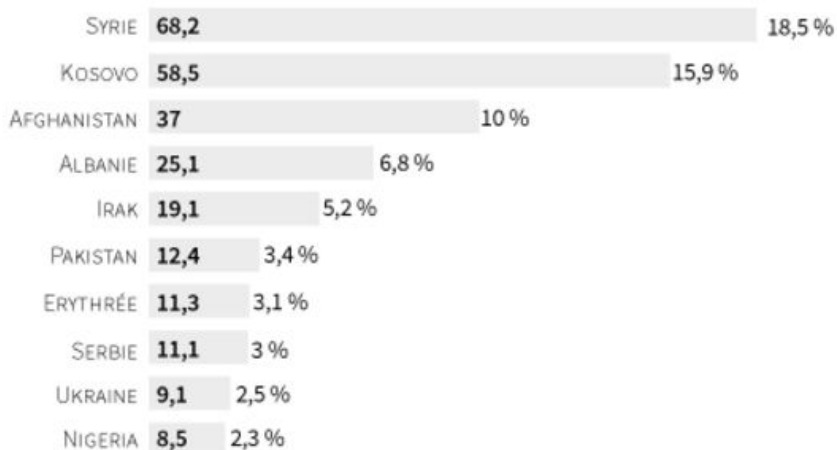
1. L'origine

D'OÙ VIENNENT LES MIGRANTS ?

Il est bien entendu impossible d'offrir un panorama exact des centaines de milliers de personnes qui ont atteint ces derniers mois l'Europe, car beaucoup restent sur les routes ou dans la clandestinité, sans parler de ceux qui ont laissé leur vie dans le voyage.

La première méthode consiste à examiner la nationalité des personnes qui déposent officiellement une demande d'asile dans un pays de l'UE : sur les cinq premiers mois de l'année, les Syriens sont en tête, avec 68 200 demandeurs et 18,5 % des procédures.

Les dix principaux pays d'origine des primo-demandeurs d'asile dans l'UE, en milliers et en %, en 2015*

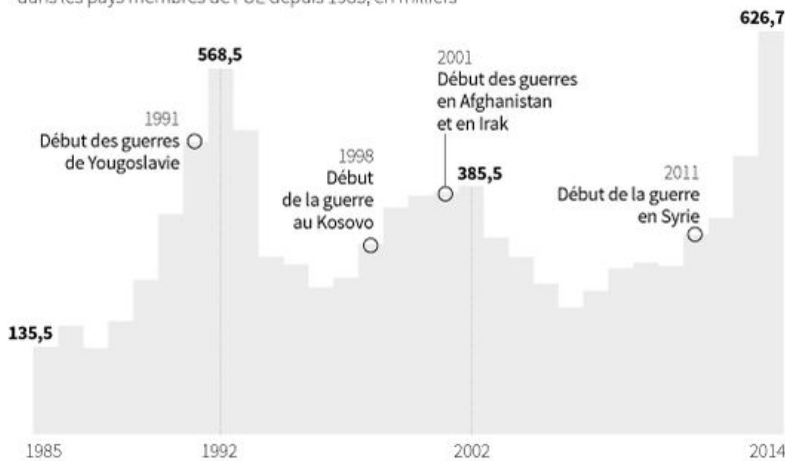


* Entre janvier et fin mai

La coïncidence entre le début de la guerre en Syrie et la recrudescence de réfugiés en Europe ne laisse d'ailleurs guère de doute sur le poids que revêt ce conflit dans la situation actuelle.

LA PLUS GRANDE VAGUE DE RÉFUGIÉS DEPUIS 30 ANS

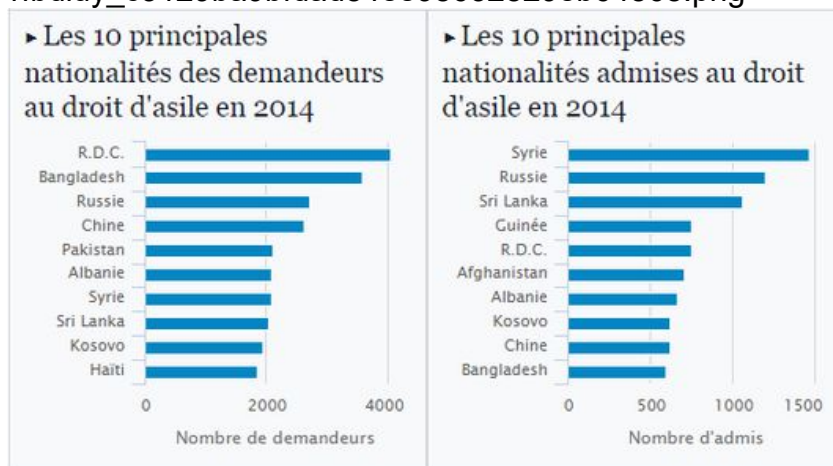
Evolution du nombre de demandeurs d'asile dans les pays membres de l'UE depuis 1985, en milliers



La Syrie est aujourd'hui le pays du monde qui compte le plus de réfugiés parmi ses nationaux (34 %), selon le Haut-Commissariat aux réfugiés (HCR) des Nations unies (qui considère comme réfugié toutes les personnes qui demandent ce statut, que l'issue de la procédure soit positive ou négative) :

Un constat que l'on retrouve en France, où les Syriens étaient la première nationalité des admis au droit d'asile en 2014 :

image: http://s2.lemde.fr/image/2015/09/04/534x0/4745955_6_52a6_2015-09-03-3efe41c-5057-1fbdluy_c3129ba9bfdad84ee98632829eb64868.png

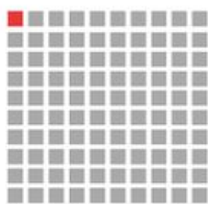


Explorez les données : D'où viennent les demandeurs d'asile qui arrivent en France ?

Pour prendre conscience de l'ampleur de cette situation en termes d'ordre de grandeur : si la population syrienne était équivalente à celle de la France, 32,5 millions de personnes auraient été déplacées par le conflit.

La Syrie était peuplée, avant le conflit, de **22,8 millions d'habitants**. La France en compte **66 millions**. En rapportant les chiffres des réfugiés et des victimes du conflit syrien à la population française :

> Plus de 220 000 morts syriens



Si la France avait connu autant de morts que la Syrie, ce sont **642 299 personnes** qui auraient été tuées, soit près de **1 % de la population**

Cela correspond aux habitants des villes de **Reims, Rennes et Lille**

Sur ce total, on compterait **194 457** civils, dont **31 847** enfants.

220 000 morts en Syrie > **642 299** en France

Dont 67 293 civils > **194 457** en France
(soit plus que la ville de Reims (181 000 hab.))

Dont 11 021 enfants > **31 847** en France
(soit près de 1 % des collégiens français)



Le décompte des morts en Méditerranée réalisé par l'Office international des migrations (OIM), bien que non exhaustif, constitue une autre fenêtre sur l'origine des migrants. On voit qu'ils proviennent en proportions égales de l'Afrique subsaharienne (Erythrée, Nigeria), de l'Afrique du Nord et du Moyen-Orient.

L'origine des migrants morts en Méditerranée

De janvier à septembre 2014.

Moyen-Orient et Afrique du Nord : 30 %
Afrique subsaharienne : 30 %
Corne de l'Afrique : 11 %
Asie du sud : 1 %
Inconnu : 29 %

Source : Office international des migrations

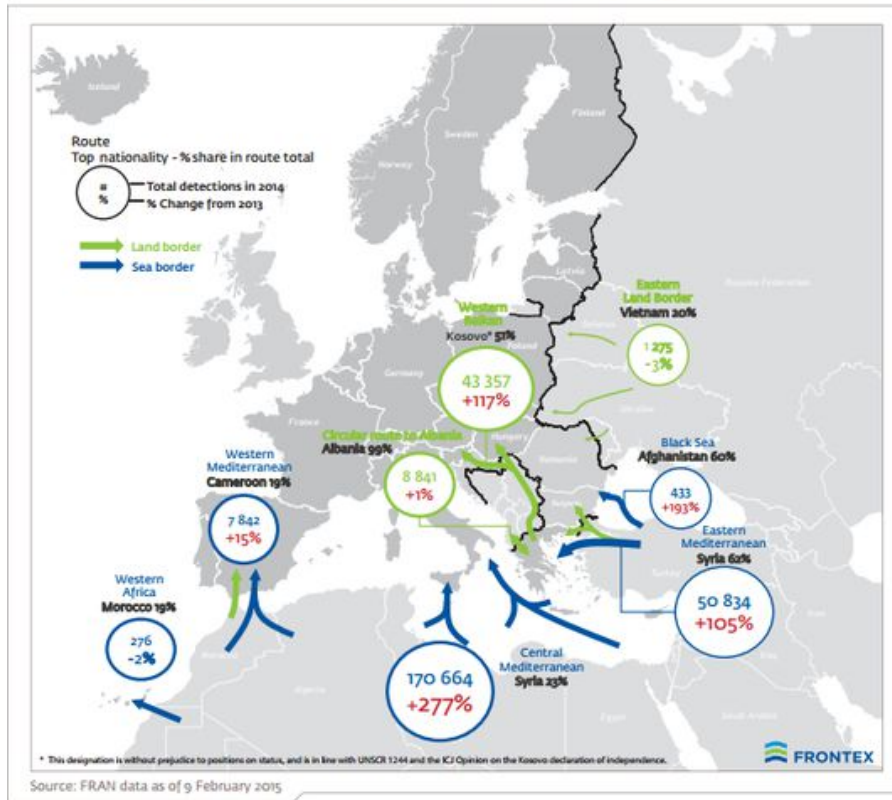
2 Les routes

PAR OÙ PASSENT LES MIGRANTS ?

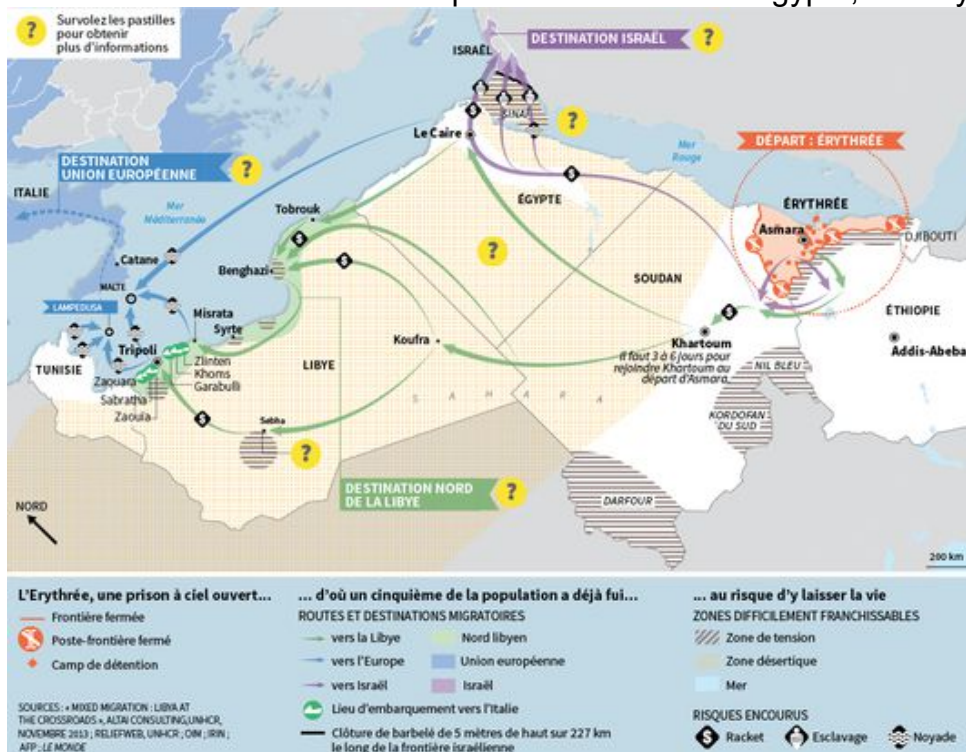
Si la Méditerranée constitue la porte d'entrée privilégiée pour les migrants en quête d'Europe, il ne faut pas négliger la voie terrestre, utilisée principalement par les Afghans et les ressortissants des Balkans.

L'agence Frontex, qui surveille les frontières de l'Union européenne, estime que 60 % des entrées illégales sur le territoire européen ont eu lieu en 2014 par la Méditerranée centrale, c'est-à-dire en Italie et Malte.

Figure 4. Detections of illegal border-crossing in 2014 with percentage change on 2013, by route



La périlleuse traversée maritime sur des embarcations souvent fragiles constitue une nouvelle épreuve pour des migrants qui ont déjà derrière eux un long périple. Ainsi, les Erythréens, qui fuient la « prison à ciel ouvert » qu'est devenu leur pays, doivent-ils traverser le Soudan-du-Sud et le Soudan avant de se mettre en quête d'un bateau en Egypte, en Libye ou en Tunisie.



Voir la carte interactive : Migrations : la fuite éperdue des Erythréens

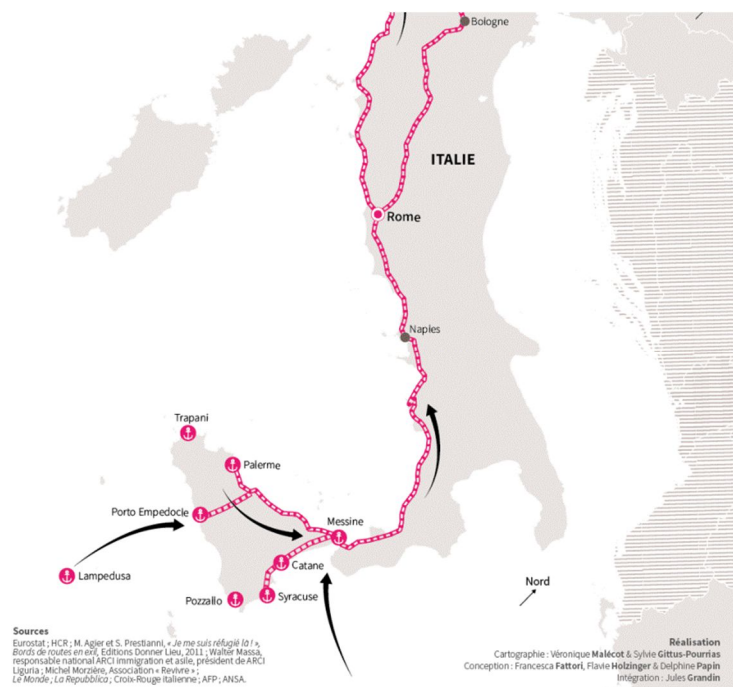
Toujours selon Frontex, un migrant sur cinq tente de pénétrer en Europe par l'est de la Méditerranée, soit en arrivant par la mer sur les îles grecques, soit en transitant par voie terrestre par la Turquie. Beaucoup s'engagent ensuite dans une longue traversée des Balkans afin de rejoindre l'Europe du nord.



Voir le visuel : En images : sur la route des réfugiés

Un défi qui se complique à mesure que les pays européens renforcent la protection de leurs frontières, recourant de plus en plus à des murs pour tenter d'endiguer l'afflux de migrants et de réfugiés :

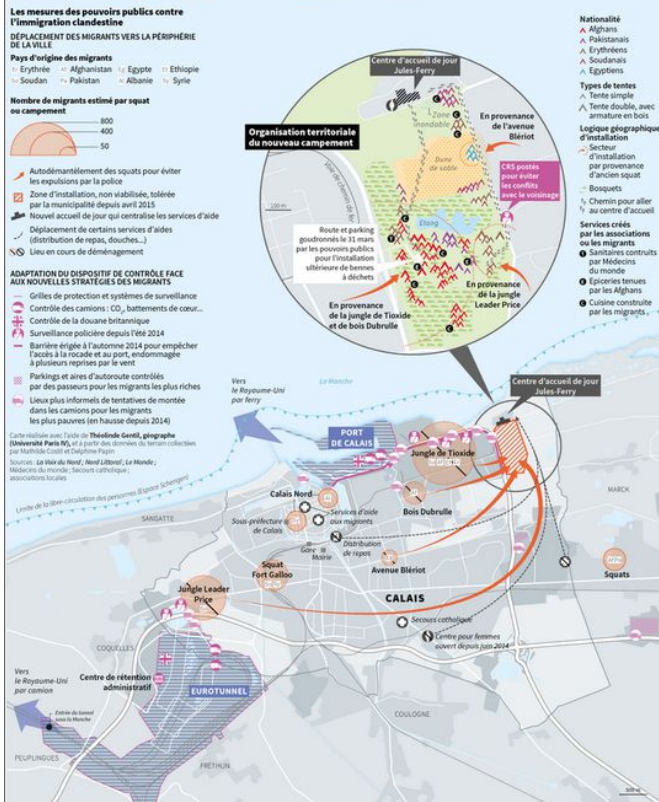
La France, qui ne reçoit aucune embarcation sur ses côtes, trop lointaines de l'Afrique, voit arriver des migrants par ses frontières terrestres (Espagne, Italie, Allemagne, Belgique). Pour beaucoup, notre pays n'est qu'une terre de transit vers le Royaume-Uni.



Voir la carte interactive : France, terre de transit

Résultat : six ans après son démantèlement, la « jungle » de Calais accueille toujours davantage de demandeurs d'asile cherchant à traverser la Manche.

La nouvelle géographie des migrants à Calais



Voir en grand format : La nouvelle géographie des migrants à Calais

3. La destination

OU LES MIGRANTS S'ÉTABLISSENT-ILS ?

Une fois de plus, il est impossible de fournir un décompte précis des pays de destination des migrants arrivés en Europe. Tout au plus peut-on examiner les dépôts de demandes d'asile, qui n'embrassent que la partie immergée de l'iceberg. A cet égard, l'Allemagne est de loin la plus sollicitée, avec 121 000 premières demandes déposées sur les cinq premiers mois de 2015. Berlin s'attend même à un total record de 800 000 demandes sur l'ensemble de l'année, soit quatre fois plus qu'en 2014.



Voir le visuel complet : En Europe, une politique d'asile en ordre dispersé

Sortir du cadre européen offre un éclairage intéressant sur l'impact de ces mouvements. Contrairement à ce que l'on entend parfois, les premiers à prendre leur part dans l'accueil des réfugiés du Proche et du Moyen-Orient (Irak, Syrie) sont les pays limitrophes. Le Liban accueille actuellement ainsi 1,1 million de réfugiés, l'équivalent d'un quart de sa population.

L'explosion du nombre de réfugiés dans le monde

Tous types de migrants inclus : réfugiés, demandeurs d'asile, déplacés au sein d'un pays, apatrides... Hors rapatriés.

010000002000000030000000400000005000000060000000196019802000

Source : HCR

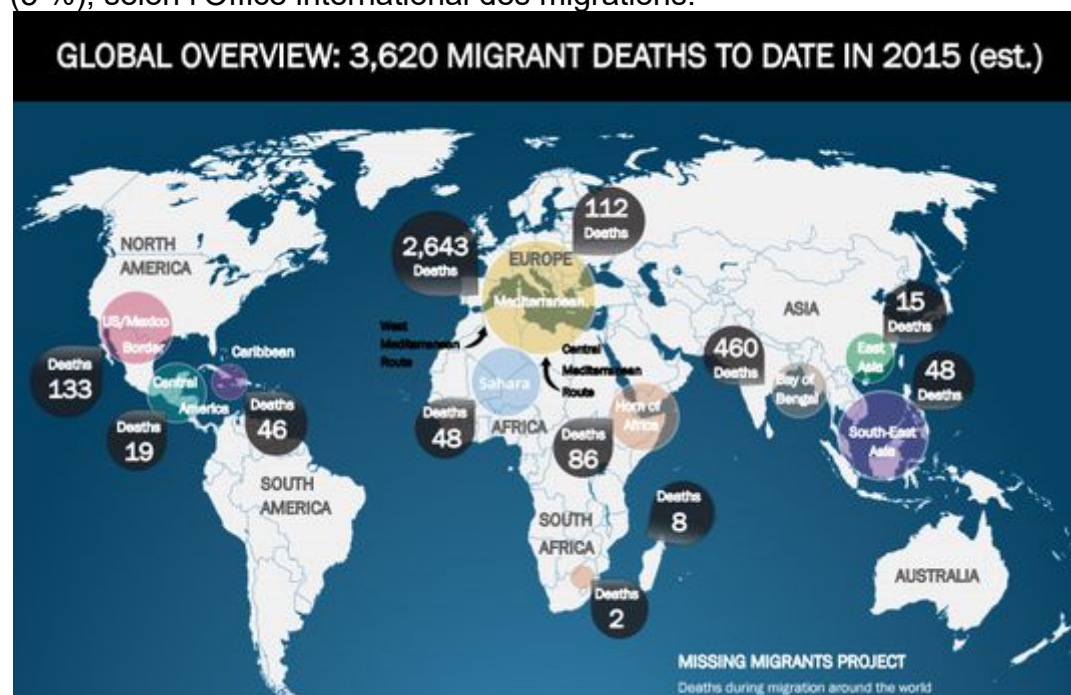
Explorez les chiffres : Le nombre de migrants et de réfugiés a explosé au XXIe siècle dans le monde

4. Les morts

COMMENT MEURENT LES MIGRANTS ?

L'actualité en offre tous les jours des illustrations dramatiques : nombreux sont ceux qui échouent aux portes de l'Europe, [noyés après un naufrage](#) ou asphyxiés dans des camions.

La Méditerranée est de loin le passage le plus meurtrier du monde. L'an passé, les 2 510 000 kilomètres carrés de la mer reliant l'Afrique à l'Europe auraient concentré plus des trois quarts des disparitions de migrants, loin devant la frontière Mexique-Etats-Unis (5 %) ou le golfe du Bengale (5 %), selon l'Office international des migrations.



Sur les huit premiers mois de l'année 2015, l'OIM a recensé 2 432 morts en Méditerranée, pour 323 000 personnes arrivées vivantes sur les côtes italiennes, maltaises, grecques et espagnoles. A ce rythme-là, le triste record de 2014 devrait être largement battu en fin d'année.

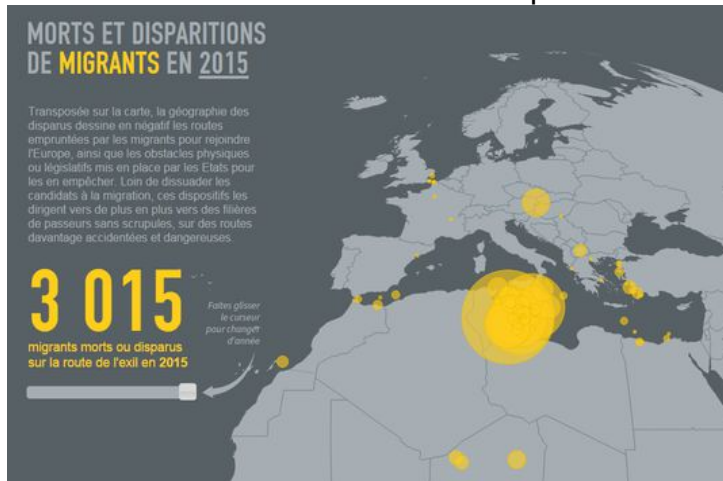
Estimation du nombre de morts et disparus en Méditerranée

Pour 2015, le décompte de l'OIM s'arrête au 28 août.

0500100015002000250030003500200017007003281243220112012201320142015 (8 mois)

Source : Office international des migrations

Une hécatombe encore sous-estimée, de l'aveu même de l'OIM. Le collectif d'investigation internationale [The Migrant Files](#), plus exhaustif, a déjà dénombré cette année plus de 3 000 morts aux frontières de la « forteresse Europe ».



Voir la version interactive : [Morts aux frontières : le triste bilan de la « forteresse Europe »](#)

• **Les Décodeurs**
Journaliste au Monde

126,113

EDF accumule (aussi) les ennuis avec son EPR au Royaume-Uni

Le Monde.fr | 04.09.2015 à 15h25 • Mis à jour le 04.09.2015 à 17h45 | Par Eric Albert (Londres, correspondance)



Alors que les **retards et les dépassements budgétaires s'accumulent sur le chantier de Flamanville, en France**, une autre centrale EPR construite par EDF rencontre de sérieuses difficultés. Le projet d'Hinkley Point C, dans l'ouest de l'Angleterre, multiplie lui aussi les ajournements. La décision officielle d'investir est sans cesse repoussée, le projet butant sur son financement.

Jeudi 3 septembre, Jean-Bernard Levy, le PDG d'EDF a, presque par inadvertance, confirmé l'évidence lors d'une conférence de presse consacrée à Flamanville : la mise en service d'Hinkley Point, annoncée il y a deux ans pour 2023, ne sera pas tenue. Le retard est considérable : la première date envisagée, au tout début du projet, il y a six ans, était fin 2017.

Retards en série depuis une décennie

Cet aveu n'est pas une surprise. La date de 2023 avait été annoncée il y a deux ans, quand EDF espérait boucler le financement des deux EPR d'Hinkley C courant 2014. Cela n'a pas été le cas. Avec un chantier qui doit durer neuf ans environ, la date de mise en service est nécessairement repoussée.

Depuis une décennie, chacune des étapes de cet énorme dossier aura pris plus longtemps que prévu. L'acquisition en 2008 par EDF de British Energy, la société du nucléaire civil britannique, s'était avérée plus compliquée que prévu. Le feu vert des autorités nucléaires britanniques avait ensuite traîné. La catastrophe de Fukushima au Japon a très fortement contribué au renforcement des mesures de sûreté exigées.

Mais, surtout, les négociations avec le gouvernement britannique ont été extrêmement complexes. Ce n'est finalement qu'en octobre 2013, avec des années de retard, que celui-ci avait accepté d'accorder un prix fixe garanti à l'électricité nucléaire : 92,5 livres (126 euros) par mégawattheure pour trente-cinq ans, le double du prix actuel. À l'époque, EDF avait débouché le champagne et avait déclaré espérer conclure le dossier de financement dans la foulée. « *Courant 2014* », avait annoncé l'entreprise. Puis « *au premier trimestre 2015* ».

L'accord avec les Chinois toujours en suspens

Six mois après cette dernière date butoir, la signature n'a toujours pas eu lieu. Les négociations butent sur l'accord avec les partenaires chinois. China General Nuclear Power Group (CGN) et China National Nuclear Corporation (CNN) doivent prendre entre 30 % et 40 % de participation dans le projet. Mais il se murmure qu'ils seraient très gourmands, notamment en matière de transfert de technologie.

Cette version est rejetée par EDF, qui estime que le partenariat entre les groupes se fait désormais d'égal à égal. La Chine construit actuellement une centrale nucléaire par an et deux EPR y sont en cours de construction. Les compétences technologiques de l'empire du Milieu sont très avancées et n'ont rien à voir ce qui prévalait dans les années 1990, quand les premiers accords pionniers sur le nucléaire y étaient signés.

Interrogations sur le coût

Le prix des deux centrales qu'EDF veut construire à Hinkley est également sujet à controverse. L'électricien français parlait, en 2013, de 12 milliards de livres (16 milliards d'euros). Quand elle a donné, en 2014, son feu vert au projet, la Commission européenne, pour sa part, évoquait 24,5 milliards de livres (33 milliards d'euros).

Les deux factures ne sont certes pas directement comparables : le prix d'EDF est en monnaie constante de 2012, celui de la Commission en monnaie courante, et les scénarios ne sont pas les mêmes. Mais elles viennent rappeler l'incertitude qui règne sur la question.

Lire aussi : Les menaces de plaintes se multiplient contre l'EPR d'EDF au Royaume-Uni

EDF assure que le dossier reste sur les rails. L'électricien français affirme que les négociations avec les Chinois avancent. Amber Rudd, la ministre britannique de l'énergie, avait affirmé en juillet qu'elle espérait voir un accord conclu d'ici à la fin de l'année. Certains articles de presse britannique spéculent même sur une signature finale lors de la visite du président chinois Xi Jinping au Royaume-Uni mi-octobre. Mais, dans ce dossier, les dates butoirs ont une fâcheuse tendance à être repoussées.

Eric Albert (Londres, correspondance)

Journaliste au Monde

The Foundations of Greece's Failed Economy

[Edmund S. Phelps](#)

Edmund S. Phelps, the 2006 Nobel laureate in economics, is Director of the Center on Capitalism and Society at Columbia University and author of *Mass Flourishing*.

NEW YORK – **Too many politicians and economists blame austerity – urged by Greece's creditors – for the collapse of the Greek economy. But the data show neither marked austerity by historical standards nor government cutbacks severe enough to explain the huge job losses. What the data do show are economic ills rooted in the values and beliefs of Greek society.**

Greece's public sector is rife with clientelism (to gain votes) and cronyism (to gain favors) – far more so than in other parts of Europe. Maximum [pensions for public employees relative to wages](#) are nearly twice as high as in Spain; the government favors business elites with tax-free status; and some state employees draw their salaries without actually turning up for work.

There are serious ills in the private sector, too – notably, **the pervasive influence of vested interests and the country's business and political elites.** Profits as a share of business income in Greece are a whopping 46%, according to the [latest available data](#). Italy came in second at 42%, with France third, at 41%. (Germany's share is 39%; the United States', 35%; and the United Kingdom's, 32%.) Insiders receive subsidies and contracts, and outsiders find it hard to break in. Astoundingly, young Greek entrepreneurs reportedly fear to incorporate their firms in Greece, lest others use false documents to take away their companies. According to the [World Bank](#), **Greece is one of the hardest places in Europe to start a business.** The result is that competition for market share is weak and **there are few firms with new ideas.**

This stunted system springs from Greece's corporatist values, which emphasize social protection, solidarity instead of competition, and discomfort with uncontrolled change. These values may well be beneficial for family life; but, even with the best of intentions, **they are a recipe for a static economy and stultified careers.**

Indeed, Greece's [labor productivity](#) (GDP per worker) is only 72% of the level in the UK and Italy, and a mere 57.7% of that in Germany. And surveys indicate that mean life satisfaction in Greece is far below that found in the wealthiest EU countries (the EU15). Contrary to claims by the Greek government, **corporatism impoverishes the less advantaged.** EU data on poverty rates in 2010 put Greece at 21.4% – far higher than the mean EU15 rate of 16.7%.

To be sure, Greece saw [productivity gains](#) after World War II – but mostly from increases in education and capital per worker, which can go only so far. **Two important sources of broad prosperity are blocked by Greece's system.** One is an abundance of entrepreneurs engaged in detecting and exploiting new economic opportunities. Without them, **Greece does a poor job of adjusting to changing circumstances (an imperative emphasized by Friedrich Hayek).** Greece's much-lauded shipowners, for example, were too slow to adapt to containerization, and thus lost their market share.

The other source of broad prosperity is an **abundance of business people engaged in conceiving and creating new products and processes** – often termed “indigenous innovation.” Here, Greece lacks the necessary

dynamism: [venture capital investment flows](#) are smaller, relative to GDP, in Greece than in any other EU country. **So Greece's economy has scant ability to create sustained productivity growth and high human satisfaction.**

Some economists believe that these structural considerations have nothing to do with Greece's current crisis. In fact, **a structuralist perspective illuminates what went wrong – and why.**

For several years, Greece drew on the EU's aptly named "structural funds" and on loans from German and French banks to finance a wide array of highly labor-intensive projects. Employment and incomes soared, and savings piled up. When that capital inflow stopped, asset prices in Greece fell, and so did demand for labor in the capital-goods sector. Moreover, with household wealth having far outstripped wage rates, the supply of labor diminished. Thus, Greece went from boom to outright slump.

The structuralist perspective also explains why recovery has been slow. With competition weak, entrepreneurs did not rush to hire the unemployed. **When recovery began, political unrest last fall nipped confidence in the bud.**

The truth is that Greece needs more than just debt restructuring or even debt relief. If young Greeks are to have a future in their own country, **they and their elders need to develop the attitudes and institutions that constitute an inclusive modern economy – which means shedding their corporatist values.**

Europe, for its part, must think beyond the necessary reforms of Greece's pension system, tax regime, and collective-bargaining arrangements. **While Greece has reached the heights of corporatism, Italy and France are not far behind – and not far behind them is Germany.** All of Europe, not just Greece, must rethink its economic philosophy.



Matt Cardy/Getty Images

OPINION

Budapest backfire

If all refugees got to choose their destination, the EU they dream of would cease to exist.

By **NIKOLAUS BLOME**

9/4/15, 7:10 PM CET

Updated 9/5/15, 9:23 AM CET

Fleeing home, for whatever reason, sparks a series of choices, almost all of which are too hard for a human being to make: Whether or not to leave in the first place? How? Trusting or paying whom? Going where? The father of Aylan, the boy found dead on a Turkish shore, told reporters of the choice he had to make. When their boat turned over he saw his first son drown. He decided to let him disappear in order to save his second son. He tragically failed. All of his family died. Only he was spared.

So, should he at least be free to choose a specific EU country as his safe harbor? Yes, he should. And no, not all refugees should. Tragic but true: **If all refugees get the right to choose their EU country of destination, they will demolish much of what they came looking for — a common European area of freedom, justice and security.**

Honestly, it is a very **proud moment for a German like me** to see how many of my compatriots have rushed to help nameless refugees pouring into our country. The same goes for all other European nations witnessing a similar surge in civic compassion. **Yet, in the long run, compassion only is not a solution. Sadly.**

German Chancellor Angela Merkel has decided to practically freeze the Dublin III procedures which set out that refugees are to be sent back to the EU country in which they first arrived. Morally, it was a good thing to do. Merkel has since been praised in public, with the people jamming Budapest's main railway station shouting: "Germany, Germany!" **Yet, in the long run, just acting morally isn't a solution either. Sadly.**

It clearly falls upon member states to decide, to choose and to share the burden.

Just have a look at one of the **consequences of what Merkel said**. The other day, refugees refused to board a train in Budapest because they didn't trust Hungarian authorities. They didn't want to end up in a camp nearby. Hundreds of others broke away from such a camp. **They all long to get to Germany instead**. So, what is the lesson?

Tough choices

For centuries, Europe was about war, blood and borders. Since 1957, the European Union has been basically about peace, prosperity and no borders. First, member states suppressed borders for goods and services. Then a large number of member states cleared the way for people, too. **In 1999 they declared a common area of freedom, justice and security. That is pretty much what is at stake now.**

It boils down to one question: Who is to choose? The EU member countries, by deciding whom to take in and where to shelter them? Or the people crossing borders in the legitimate pursuit of happiness — be they refugees from war-torn Syria, or from poor Kosovo?

There is no easy answer. There may be no fair answer either.

At the end of the day, it clearly falls upon member states to decide, to choose and to share the burden. Otherwise, one government after the other will reintroduce border controls once their nation's capacity of will for welcoming refugees reaches its limits. In a figurative sense, that is a **"beggar my neighbor policy."** It would inevitably dismantle the European Union, morally as well as legally — and thus end up creating the opposite of what most refugees come searching for.

If there is a strong enough political will, it might be justified, and even feasible, to send back migrants who left their homeland fleeing poverty. For the majority, however — namely, all refugees from Syria or Africa — even the best options are pretty uncomfortable.

Separating refugees along national quotas, for instance, is a far-from-perfect solution. From the refugees' point of view, it is not fair. **Since Germany currently harbors about 40 percent of them, authorities would have to first select and then transport thousands of people, against their will, to other EU member states. Or Germany would have to stop welcoming new refugees for a while just to bring its quota down.** None of these options is politically tempting, dignified or morally unassailable.

In a recent press conference, Merkel called for less German regulatory "*Gründlichkeit*" (thoroughness) and **more flexibility** to cope with the situation. Again, she was right. **But she did not dare to mention that we will also have to exercise flexibility as regards our traditional standards of morality, fairness and justice.**

Nikolaus Blome is a German journalist and writer. Former head of THE SPIEGEL's Berlin bureau

iStock

Germany's Bild goes soft on refugees

Critical blog says the red top's campaign is hypocritical.

By [JANOSCH DELCKER](#)

9/4/15, 5:30 AM CET

Updated 9/5/15, 7:48 AM CET



BERLIN — The top-selling German daily [Bild](#), long derided by its critics as a sensationalist redoubt of populist posturing, has taken them by surprise with an impassioned campaign to help asylum-seekers from war zones like Syria.

Bild's detractors are not necessarily convinced, and a German media blogger called the right-leaning paper "very hypocritical" on this issue. But the "[Wir helfen](#)" ("We're helping,") campaign contrasts with the strident tones of conservative politicians and media in other EU countries — especially Hungary — who argue that the refugees are mostly "economic migrants" in search of a higher income rather than shelter from violence and oppression.

"This crisis has taken on a historic scale, and there has not been a historic answer to it, so far," Julian Reichelt, editor-in-chief of the paper's online platform Bild.de, told POLITICO when asked about the motivation for the campaign.

Bild is published by Axel Springer, co-owner of POLITICO's European edition.

Since its launch, many of the newspaper's staff — including editor-in-chief Kai Diekmann — have changed their Twitter photo to the logo of the campaign.

Celebrities and politicians such as Vice Chancellor Sigmar Gabriel from the Social Democrats (SPD) and Defense Minister Ursula von der Leyen from Chancellor Angela Merkel's conservatives have posed for photos with the "Wir helfen" logo.

Like many papers around the world, Bild's Thursday edition [dedicated a full page](#) to images of a three-year-old [Syrian boy](#) lying dead on a beach in Turkey, after the boat trying to take him and 10 other people to Greece sank off the Turkish coast.

With a print circulation of 2.1 million copies and 18.8 million unique users of its digital edition, Bild's coverage of individual acts of solidarity with refugees by ordinary Germans and its editorials encouraging readers to get involved in the campaign have the potential to mobilize the German public — who are already largely sympathetic to the plight of genuine asylum seekers.

Bild is a polarizing blend of outsized headlines, strident opinions, pictures of topless women and intrepid war reporting.

In a mid-August survey by public broadcaster ARD, 93 percent of Germans polled said they considered it "the right thing" to grant asylum to people fleeing from a war or civil war. Only 28 percent said that Germany should accept people that seek refuge from economic hardship.

Bild's campaign comes at a time of intense public debate in Germany and beyond about the difference between what the media here calls *Wirtschaftsflüchtlinge* — economic refugees — and people who come to the country to escape from war.

Merkel [visited a shelter](#) for asylum-seekers near Dresden last week after anti-immigrant groups staged a violent protest against the arrival of more migrants. It is an issue that has polarized the German right and spawned a grassroots movement, PEGIDA, which sees Muslim migrants as the source of a potentially dangerous culture clash.

Founded in the early 1950s in Hamburg, Bild is itself a polarizing blend of outsized headlines, strident opinions, pictures of topless women and intrepid war reporting.

Toppled a president

In the 1960s it campaigned against West German Chancellor's Willy Brandt's rapprochement with the communist German Democratic Republic. In the 2000s, the paper was running virulent campaign against alleged welfare cheats and more recently it has taken a tough line on the [bailouts](#) to keep Greece in the eurozone, portraying them as a waste of German taxpayers' money.

In 2012, Christian Wulff resigned as German president after BILD broke the story that he had accepted a loan from a businessman's wife and had tried to prevent the newspaper from reporting about it.

Even so, expert Hans-Jürgen Arlt, who has co-authored three BILD-critical [studies](#) for Otto-Brenner-foundation, funded by the German metalworkers' union IG Metall, believes that "BILD by itself isn't that influential — at least, less influential than the publication likes to think."

"BILD always has an impact on politics when it manages to get other mass media to pick up its issues and messages, for instance in the case of former president Wulff," he said.

Its current advocacy for refugees' rights is not without its critics either.

"The fact that they now did this about-face is very hypocritical" — *Bildblog*

In mid-July, a German media blog dedicated to documenting the mistakes of the tabloid and other German media, published [an article](#) accusing BILD of hypocrisy on the migrant issue.

BILDBlog said the paper had previously fueled resentment against refugees by publishing selective factors, or distorting them, in order to print catchy headlines, like in [an article from September 2014](#) about paramedics who had begun to wear vests to protect themselves from attacks by asylum seekers — a report that BILDBlog depicted as flawed.

"For years, BILD has been playing with fire and contributing to fuel an anti-refugee atmosphere," Mats Schönauer of BILDBlog told POLITICO. "The fact that they now did this about-face is very hypocritical."

BILD's Julian Reichelt responded [on Facebook](#), rejecting the criticism, defending the paper's record on the migrant story and calling the bloggers "desk-bound ideologists."

"Unlike all the critics, who pick out half sentences and say, 'This is where resentment and anger are being fueled,' we have been reporting for years about what eventually led to this refugee crisis, for instance what is happening in Syria," he said.

<http://www.nytimes.com/2015/09/05/opinion/the-refugee-drama-stirs-the-french.html?action=click&pgtype=Homepage&module=opinion-c-col-right-region®ion=opinion-c-col-right-region&WT.nav=opinion-c-col-right-region>

126,121

The Opinion Pages | CONTRIBUTING OP-ED WRITER

The Refugee Drama Stirs the French

(France is not Germany)

SEPT. 4, 2015

Sylvie Kauffmann

He wrote down the Paris phone number mentioned on TV. The next day, he called and volunteered to join Dr. Kouchner on a hospital ship he was setting up to rescue the refugees in the South China Sea. Abandoning his private practice, he soon found himself on a flight to Singapore where he boarded the ship, Île de Lumière, and then spent a couple of months treating sick children on board and in refugee camps. Back in [France](#), people were welcoming Vietnamese refugees with open arms, mobilized by left and right-wing intellectuals, politicians and church leaders. In a few years, we absorbed 130,000 “boat people.”

That was France in 1978. The France of 2015 offers a disturbing contrast to this generous image. Today, Angela Merkel and Germany hold the moral high ground — yes, the same Germany that was vilified for its selfishness over the Greek crisis. Meanwhile, French leaders struggle with the issue, intellectuals and church leaders are nowhere to be heard, and opinion polls reflect a new Gallic callousness. The massive exodus that intensified during the summer, the chaos at Europe’s doors, the new “jungle” in Calais, the tears of mothers and children caught in the mayhem — nothing seems to move us anymore. When the body of a Syrian toddler was washed up on a Turkish beach, most European newspapers put the excruciating picture on their front page. In France, the only major national paper to do so was Le Monde. Have we become numb?

Polls actually reveal some uncomfortable truths. The number of people in France opposed to taking in refugees from Syria, for example, has decreased since July, down from 64 percent to 56 percent, but they are still a majority. There is a strong partisan divide: 91 percent of National Front voters and 67 percent of former President Nicolas Sarkozy’s supporters are against taking in more migrants, while 68 percent of Socialist voters and 73 percent of Green supporters are in favor.

There is also a generational and social divide; older and well-off people are more likely to accept migrants. The reason is simple: Older people have left the competition for jobs, and well-off people don’t live in neighborhoods with high immigrant populations. The age category most hostile to new immigrants is people 35 to 49; not surprisingly, it is also the one where the far-right National Front enjoys more support.

Marine Le Pen, the National Front leader, has not been very vocal on the migrant crisis — she doesn’t need to. Her party is the elephant in the room. Its 20 to 25 percent share of the votes over the past year partly explains why French politicians, with the belated exception of the Greens, are so silent about the refugee issue: They are paralyzed by fear, the fear of feeding the xenophobic National Front. Don’t even think of seeing Mr. Sarkozy following in the footsteps of Ms. Merkel; no French politician in his or her right mind would dare to visit a refugee center these days.

Only when Prime Minister Manuel Valls at last started to forcefully address the refugees’ ordeal in a moral tone, in a speech on Aug. 30, and then proceeded to travel to Calais, did Ms. Le Pen raise her voice, warning him not to “sacrifice Calais to the European Union dogmas” and “open the doors of our country to new illegal immigrants.” Mr. Valls’s promise to “treat, shelter and provide medical care to migrants in a dignified way” was music to her ears. So the prime minister tries to keep a delicate balance, building shelter for 1,500 of the migrants in Calais’s “jungle” but not for all 3,000 of them, to avoid being accused of inviting the migrants to come.

Other explanations include this basic one: France is not Germany. Unlike Germany, France, with a good fertility rate, doesn't have a demographic problem. Unlike Germany, France has a big unemployment problem, particularly among young people. Unlike Germany, France, a former colonial power, has absorbed millions of people from Africa, most of them Muslims. And it has done a poor job of integrating them: This country is still reeling from the divisions that emerged in January between the “Je Suis Charlie” camp and the “Je Ne Suis Pas Charlie” dissenters.

Yet France cannot be deaf to the calls for European leadership on a crisis that Ms. Merkel has rightly described as more serious than the euro crisis, because it challenges Europe's core values, among them solidarity. President François Hollande prides himself with leading the fight against radical Islam in Europe, with troops committed around the world, tough anti-terrorist laws and powerful intelligence tools. Unlike Ms. Merkel, he was in favor of military intervention in Syria, two years ago. He wants to be seen as a hard-liner, not as a softie. He now must reconcile this strategy with the growing support among his voters for the German chancellor's principled stand on refugees.

It took the tragic picture of 3-year-old Aylan Kurdi's body to make him do just that. The day it went viral, on Thursday, Mr. Hollande met with several of his ministers at the Elysée Palace, and announced that he had submitted to the European institutions, with Ms. Merkel, a proposal for a “permanent mandatory mechanism” to take in more refugees and distribute them among the 28 member states. “Europe is a set of principles and values,” he said. “It is time to act.” To be frank, it was time long ago.

Sylvie Kauffmann is the editorial director and a former editor in chief of Le Monde.

126,123

Refugees and the EU

Europe is finally confronting the migrant crisis

Hungary's outspoken prime minister has spurred Europe into action

Sep 4th 2015 | [Europe](#)

VIKTOR ORBAN, Hungary's combative prime minister, has long revelled in the image of a maverick defending his country's national interests from the overmighty European Union. Now, as Hungary finds itself on the frontline of Europe's evolving migration crisis, Mr Orban has found a new way to stick it to the bureaucrats of Brussels: by enforcing their law to the letter.

This year Hungary has emerged as a major transit country for Syrians and other migrants arriving in Greece and hoping to reach Germany, Sweden and other countries. The tens of thousands currently inside Hungary must register with the authorities, says Mr Orban, as EU law directs. But the wish of most to move on to Germany and elsewhere as quickly as possible has led to chaos at railway stations in Budapest and a stand-off near a Hungarian reception centre to which many migrants were taken by train yesterday, apparently under the mistaken belief that they were on their way out of the country.

Speaking yesterday in Brussels, Mr Orban also defended his controversial decision to build a razor-wire fence along the border with Serbia (and said another would be erected on the Croatian frontier if necessary). **Without a robust defence of its external border, Mr Orban said, Europe's internal passport-free Schengen zone would buckle under the pressure of illicit migration.** He also attacked the EU's plan to relocate asylum-seekers away from Greece and Italy, where most of them first reach Europe, across most other EU countries. **This, Mr Orban said, could only induce more migrants to come: before long "tens of millions" would be scrambling to get inside.** Many, he added indecorously, would be Muslims, and it was Hungary's prerogative to preserve its Christian roots.

Mr Orban's comments came just hours after news emerged that the European Commission, the EU's executive arm, plans to double down on its relocation plan. Next week Jean-Claude Juncker, the commission's president, will announce a proposal to relocate 160,000 asylum-seekers across Europe, with the numbers each country must accept determined by a formula incorporating such elements as population, GDP and the unemployment rate. Yet the commission's previous attempt at imposing quotas, which would have covered only 40,000 asylum-seekers, fell flat earlier this year, thanks to opposition from Mr Orban and other eastern European leaders (as well as Spain). Why might a plan four times as ambitious succeed?

One new idea doing the rounds is to allow the squeamish to make financial contributions rather than to accept migrants. But more important is the role of Germany. Angela Merkel, the chancellor, backed Mr Juncker's first plan but did not take her battle with the easterners public. Instead, she went along with a subsequent plan under which most EU countries made voluntary pledges to accept a total of 32,000 asylum-seekers (that scheme is supposed to take effect next month). **But with Germany expecting a record 800,000 asylum-seekers this year, Mrs Merkel now publicly insists that a binding solution is needed. Crucially, she has recruited France to her cause; François Hollande, the French president, had previously seemed lukewarm on quotas.** The two leaders are preparing their own set of proposals, which should complement Mr Juncker's.

This is shifting the terms of the debate. Poland, a strong opponent of the first plan, appears to be softening. In the Baltic states, too, there are cracks in the resistance. Even Mr Orban finds himself in an awkward position, for the new proposal adds Hungary to the list of states from which asylum-seekers will be relocated, thus relieving its burden. When pressed for his views on the new proposal yesterday Mr Orban was uncharacteristically cagey, insisting that he would assess the plan only after he had received it (the commission will formally publish its legislative proposal next week). Today the four countries of the Visegrad group (Poland, Hungary, the Czech Republic and Slovakia) will meet to see if they can arrive at a common position; the outcome of that discussion will shape the European debates to come.

Political rows certainly lie ahead, starting with a meeting of EU interior ministers on September 14th. The commission's proposal may yet flop. **Yet a bigger question is how far even a more ambitious relocation plan can relieve Europe's difficulties. Some 350,000 migrants have reached Italy and Greece so far this year, and they continue to pour in.** There are signs that growing numbers of Syrian refugees in Turkey and Lebanon have decided to try their luck in Europe, as life becomes more difficult in their adopted homelands. And, as EU officials have been discovering, the operational difficulties involved in relocating even modest numbers of asylum-seekers from one country to another are legion. If the small plan flops, the big one will go nowhere.

In the meantime Mr Orban, in his disagreeable way, leaves the EU grappling with some tricky questions. **If the external border is porous, how can Schengen survive the large numbers of internal movements of migrants?** Even with the relief offered by relocation plans, can frontline states really be expected to manage the unprecedented numbers of migrant arrivals they are facing, as the rules say they must? **Perhaps most awkwardly, how might the many voters who share Mr Orban's restrictive views be convinced that a few dark-skinned refugees will not irreparably alter the nature of their societies?**

126,125

Europe's migrant crisis

Merkel the bold

On refugees, Germany's chancellor is brave, decisive and right

Sep 5th 2015 | [From the print edition](#)



ANGELA MERKEL may be the most powerful politician in Europe, but she has rarely shown much inclination for bold leadership. Both in domestic politics and, especially, during the euro crisis, the German chancellor's style has been one of **cautious incrementalism**. She has eschewed sweeping visions, put off decisions whenever possible and usually reflected, rather than shaped, public opinion. **The European Union has paid a heavy price for her small-bore instincts, not least because they made the euro-zone crisis deeper and more protracted than it needed to be.**

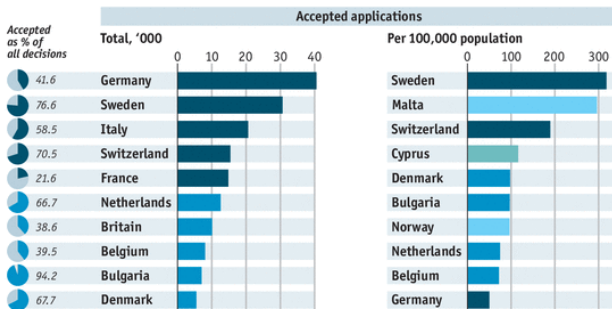
Against that background, Mrs Merkel's approach to Europe's migrant crisis is remarkable. As throngs of Africans and Arabs turn Italian and Greek islands, and eastern European railway stations, into refugee camps (and are found dead in Austrian lorries), the chancellor has taken a brave stand. She has denounced xenophobes, signalled Germany's readiness to take more Syrian refugees and set out a European solution to a politically explosive problem.

On August 31st Mrs Merkel issued a dramatic call to arms, warning that today's refugee misery will have graver consequences for the future of the EU than the euro mess. "If Europe fails on the question of refugees," she said, "it won't be the Europe we wished for." She is right. The EU was born after a devastating war, on a promise of solidarity with the persecuted and downtrodden. The biggest displacement of people since 1945 is a test of European values, and of the ability of member states to work together. The refugees from civil wars in Syria and Iraq clearly need help; **and European countries can provide it only if they share the task.**

That means a collective response. Unfortunately, whereas external border control is (for most EU members) a common problem, migration and asylum policies remain national. Refugees are supposed to seek asylum in the European country in which they first set foot, usually Italy or Greece. But these countries are overwhelmed and most refugees want to head north to Germany, Britain or Scandinavia. That is not difficult, thanks to the dismantling of passport controls at the EU's internal borders (a system known as Schengen, encompassing 26 European countries, but not Britain).

How much room at the inn?

European decisions on asylum applications*, 2014



How much room at the inn? An alternative look at Europe's refugee intake

In some ways this disparity between the European and the national mirrors the tensions in the euro crisis, where the currency is joint but countries' debts are individual. Now incomplete integration is tripping up migration policy, too. **The difference is that this time Mrs Merkel is pushing hard for a proper European solution—a joint transfer system for refugees in which all Schengen members take part.** Without such a system, borderless travel across the continent could become unsustainable and European integration will take a big step back.

Among Europe's craven leaders

Few other European politicians have had the courage to make such a clear link between Europe's values, its collective self-interest and bold action on refugees. **David Cameron**, Britain's prime minister, nonchalantly cites an opt-out agreement with the EU as an excuse to restrict the number of refugees. **Many eastern European politicians have resorted to xenophobia, refusing to welcome refugees for resettlement even as their citizens enjoy the benefits of borderless travel (see [article](#)).** **No doubt Mrs Merkel is driven, in part, by domestic concerns. Germany expects to register up to 800,000 asylum-seekers this year, far more than any other country in the EU, and voter disquiet is growing.** **But a desire to share the burden should not be mistaken for selfishness. In a crisis where Europe has little to be proud of, Mrs Merkel's leadership is a shining exception.**

From the print edition: Leaders

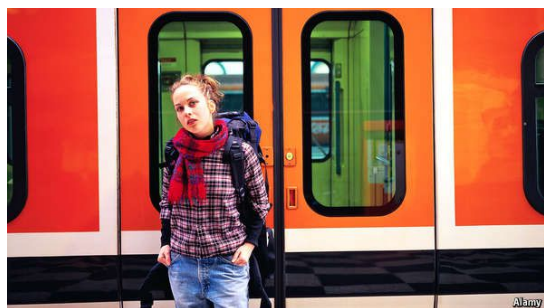
126,127

Generation Interrail

What Europe means to the young

Once a symbol of hope, the EU fails to inspire its most important constituency

Sep 5th 2015 | ATHENS AND BRUSSELS | From the print edition



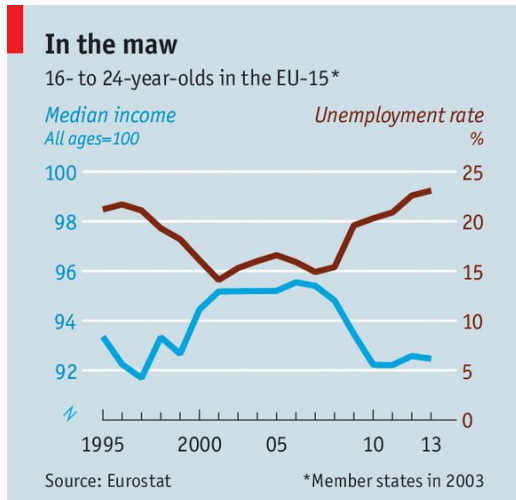
IT IS Sunday night at the rooftop bar of the Wombat's Hostel in Berlin and the tequila is starting to flow. But there is still time for a quick chat about the European Union's common agricultural policy. Drew, a spunky 20-year-old University of London student, cannot abide the "mad" subsidies the EU pays to its farmers. "In many ways," he adds, "I'm an anarchist." And yet he thinks Britain would be foolish to vote to leave the European Union in the referendum the government will hold by the end of 2017.



Economist.com

Drew and his 19-year-old girlfriend Emma, like millions of young Europeans before them, are spending the summer in a carefree haze of travel and fun, the fruits of the freedom afforded by an Interrail pass. **Launched in 1972 to mark the 50th anniversary of an international rail industry group, Interrail was a single ticket that granted access to a large part of Europe's rail network, turning much of the continent west of the Iron Curtain into a playground for youngsters as they hopped on and off trains, guzzling cheap booze and meeting like-minded souls along the way.** Over the years Interrail's popularity has waned in the face of competing entertainments like low-cost flights; sales peaked in the mid-1980s at over 300,000 passes a year. Yet numbers have picked up in recent years; **last year 230,000 Europeans bought a pass, almost one-quarter of them from Britain.** And for many of the young travellers whom your correspondent met during a five-day jaunt through Europe, the wide-eyed rite-of-passage quality of an Interrail trip appears as strong as ever.

Interrail's spirit of openness long seemed to foreshadow developments within Europe itself, as walls tumbled, borders disappeared and currencies melted into one another (**Interrail expanded to the ex-communist east in 1994**). **In today's more troubled Europe, though, tested by financial and migration crises, the summer rail adventure has taken on new connotations.** Europe's young have borne the brunt of recent economic woes: across the EU unemployment for those under 25, although dropping, still stands at over 20%, and in Spain and Greece around half the young workforce is jobless. **In the early 2000s the median income of Europeans between 16 and 24 was growing faster than that of other generations; today the reverse is true. Home and car ownership are down and university debt is up. Particularly in southern Europe, many are facing the prospect of a standard of living worse than that of their parents.**

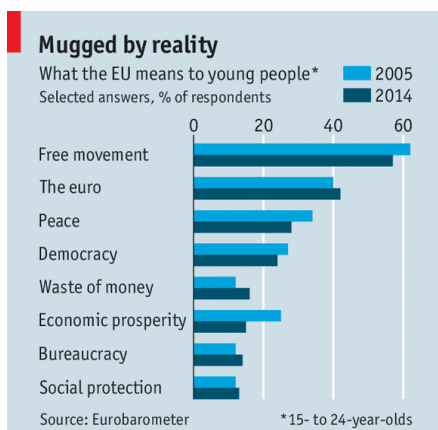


Economist.com

Yet this generation is better travelled and educated than any that came before. Around two-thirds of school-leavers across the EU's 28 member states enter higher education today; just 18% did in the (much smaller) European Economic Community in 1972. Jim Hadfield, who runs the Circus Hostel in Berlin, says his guests know far more about the city's history than when he arrived in 1998.

Asked what the EU means to them, 57% of Europeans between 15 and 24 years old cite the freedom to travel, work and study anywhere they like. To many young Interrailers it seems the natural order of things; the border checks they encounter on leaving the EU, at times delivered with an impatient rap on the cabin window as their sleeper train enters the Balkans, arrive as a shock and are seen as almost impertinent.

Yet in recent weeks the travellers have in some parts of Europe encountered a sharper reminder that the freedoms they enjoy are not shared by everyone. Hamish, a 24-year-old British chemical-engineering graduate, says his "jaw dropped" when he alighted at Budapest's Keleti station to find himself confronted with the sight of thousands of migrants, mainly Syrians, waiting to be granted permission to board trains to Austria and Germany. Gregor, a thoughtful Bavarian student Interrailing from Hungary to Greece, found himself thinking about the plight of the refugees whose journey he was making in reverse. As the child of Polish parents who fled to Germany in 1988 he notes that he has more reason than many to cherish the freedoms Europe can offer.



Economist.com

Others fear what the migrant crisis reveals about their fellow citizens. Katharina, a 21-year-old mathematics student from Vienna travelling throughout the Balkans, is not worried about her own future. **(At 10.8%, Austria's youth-unemployment rate is the third lowest in the EU.)** But the xenophobic reaction of many of her fellow Austrians to the refugees spilling into the country makes her worry, she says, that one day she might no longer feel at home there.

Similarly Nico and Isa, who have travelled from Germany's east to visit a Star Wars exhibition in Cologne, **cite antagonism towards foreigners as their main reason for pessimism about Europe. The fence erected by Hungary's government along its border with Serbia, says Nico, is an unhappy reminder of the old east German state.**

Like most Germans the pair were surprised to hear that much of Europe admires Germany's handling of the refugee crisis. Yet not everyone takes such a liberal view. Julien, a French engineer making his way through the Balkans to Turkey, **explains that he pities the refugees but doesn't think Europe can handle them all. Soon afterwards he slips into talk of Jewish conspiracies and the virtues of Marine Le Pen, the French far-right leader.**

Interrailers are disproportionately educated and affluent; a multi-country pass starts at €281 (\$315). Yet they are hardly immune to economic difficulty. Hamish is frustrated to find himself living with his parents again as he prepares to begin another degree and accumulate more debt, having failed to land the right job in London. Szyman, a Polish musician encountered next to his double bass on a crowded train bound for Berlin, says he could tell something was up a few years ago when his Dutch orchestra saw its public subsidy cut by €1m a year and was forced to lay him off. Having sneaked into the first-class section of a train to Prague, four mechanical-engineering undergraduates from Aberdeen headed for careers in the offshore oil-and-gas industry are more interested in drinking cheap Czech beer than fretting about their careers. But one confides that the drop in the oil price has cast a shadow over his prospects.

The EU's greatest cheerleaders today are to be found among those who cannot fully share its benefits. Your correspondent met Syrian refugees at Belgrade's railway station who expressed their excitement at the prospect of rejoining family in Dortmund, and young Turks on their way to Prague who contrast the freedoms of Europe with the creeping authoritarianism of their own government.

From the print edition: Europe

126,130

Workers and wages

Our turn to eat

Trade unions are trying to find their post-austerity voice

Sep 5th 2015 | AMSTERDAM | From the print edition



Economist.com

ON STREET duty in Amsterdam, a 35-year-old Dutch police officer bemoans four years without a pay rise. “The economy is picking up, the rich are getting richer and yet we at the police continue to suffer,” he says. Unhappy with new terms offered by the government (a salary increase of 5% over two years along with a possible pension cut), members of the national police union plan to stop all but essential work on September 15th and besiege government offices on the 16th.

European workers are having a decidedly discontented summer. Calls for higher wages are picking up as they sense a recovery. Airport staff in Spain, dock hands in France and crèche employees and train drivers in Germany have been on strike. More are likely to follow. In Germany the number of workdays lost to industrial action has gone up from 156,000 last year to about 1m already this year.

Maarten Keune, a labour-market expert at the University of Amsterdam, detects a feeling throughout austerity-hit Europe of “being owed”. He says, “Before the downturn people were told wages had to stay low to stimulate exports, then came the crash so wages continued to stay suppressed; but now that the crisis is coming to an end there’s a feeling of: ‘It’s our turn’.”

Toothless during the financial crisis, trade unions are finding their voice again. Many are organising the first serious strikes in years. The Netherlands’ largest union has given the government a stern ultimatum this month to improve public-sector pay.

And yet unions are mostly doing as poorly as their members. In southern Europe, where unemployment remains high and wages flat at best, unions have lost influence. Torsten Müller, an analyst at the European Trade Union Institute, blames governments that have restricted collective bargaining during the lean years.

In Spain, non-members see unions as part of the problem. During the crisis they defended a status quo that favoured insiders and hampered job-creation. Spanish unions were further hit by labour-market reforms and **several scandals**. Two former regional heads of the General Workers Union are being investigated for allegedly skimming millions of euros from training programmes, and a provincial head of the miners' union was forced to resign after an apparent tax dodge.

Across southern Europe, dissatisfied workers **have shifted their allegiance away from unions to new left-wing political parties that tend to focus on protesting against austerity rather than pushing for pay rises.**

When salaries started to increase again modestly in some places (see chart), it was rarely due to the efforts of unions. Zsolt Darvas from Bruegel, a Brussels-based think-tank, says: **“It’s the economy that’s driving the rises, not the protests.”** Recent data put unemployment at its lowest level since 2012. In some countries, such as Germany, skills gaps have pulled up pay. Trade unions may now be trying to piggy-back on economic growth to justify their existence after years of inactivity and falling membership.

From the print edition: Europe

126,132

Charlemagne

Sprechen Sie power?

Once the language of Schiller and Goethe, then of Hitler, German is hip again

Sep 5th 2015 | [From the print edition](#)



SUCH was the status of German in the 19th century—for Europeans generally and for Jews in particular—that Theodor Herzl, the founder of Zionism, once proposed making it the official language of a future state of Israel. In the event, devotees of Hebrew won out. After the Holocaust, German was particularly despised. But times change. Israeli 14- to 15-year-olds going back to school after the summer holidays now have the option of German as a foreign language for the first time at five public schools, to be followed by more.

German is also becoming popular among adult Israelis, and not only the more than 20,000 who have moved to Berlin in recent years. This reflects a broader shift in perceptions. Fifty years after Germany and Israel established diplomatic relations, 70% of Israelis have a positive view of the country, according to a poll by the Konrad Adenauer Foundation, a German think-tank. Many find Germans honest and trustworthy. With the possible exception (at least lately) of Greece, people elsewhere agree, polls show.

This suggests a big gain for Germany in “soft power”. Joseph Nye of Harvard University, who coined the term in 1990, defines it as the ability of a country to hold international sway not by brandishing hard (military) power but by getting others to want what it wants. It is the value of being attractive culturally, commercially, gastronomically, ideologically, or indeed linguistically.

Germans, who are forever coping with their dark past, are thrilled by any suggestion that they are popular. They have come to distrust hard power since 1945 (to a fault, if you ask Germany’s partners in NATO). The country’s political dominance in Europe during the euro-zone crisis discomfits many Germans. Economic prowess and soft power is (almost) all they will allow themselves. And now they have it. *Monocle*, a British magazine, ranks countries by soft power and had Germany as the surprise winner in 2013 and runner-up in 2014, wedged between anglophone America in first place and Britain in third.

In a chicken-and-egg way, language both reflects and generates soft power, says Ulrich Ammon, author of “The Status of the German Language in the World”, published this year. German ranks tenth in the number of native speakers. But it is fourth in the economic output produced by them (including Austrians, Belgians, Liechtensteiners, Luxembourgers, Swiss and others). German is also fourth by number of learners, trailing English, Chinese and French and roughly tied with Spanish, according to Mr Ammon. Some 15.5m people now study German, 4% more than five years ago.

In the slow-moving world of language that is a steep rise, says Mr Ammon. The overall increase is especially impressive since teaching of German is collapsing in Russia, where privileges given to German over English during the cold war have been phased out. Interest is growing fastest in Africa, Asia and eastern Europe, with the Balkans a hotspot. Many learn it mostly to boost their careers. Some hope to get a job in Germany, where certain industries are short of labour because the population is shrinking. Others want to engage Germany's prodigious exporters. An interest in German culture develops along the way.

Germany's government tries to promote the trend. But compared with, say, China, which is aggressively pushing its Confucius Institutes, Germany seems shy about it. It does not share France's prickly obsession with defending the national tongue. And when France talked of a school reform that would have the (unintended) consequence of reducing German teaching, officials in Berlin merely muttered. German is hardly ever taught as a first foreign language in schools anywhere. Officials simply hope to make German the second or third on offer in more places.

Moreover, ordinary Germans seem blasé about pushing their language on others. Linguistically ambitious expats in Germany complain that many locals prefer to reply in English. And even when Germans speak *Deutsch*, it is so littered with Anglicisms that purists fret about a spreading patois called Denglisch. (Beware false friends, foreigners: *Handy* is not an adjective but a mobile phone.)

An even older gripe is that German is too hard to bother with. In 1880 Mark Twain complained in "The Awful German Language" that the treatment of gender—so that "a young lady has no sex, while a turnip has"—borders on perverse. And nouns "are not words, they are alphabetical processions". Twain sensibly suggested the language should be "trimmed down and repaired".

Foolishly, the Germans have not heeded his advice (changes to spelling in the 1990s, many think, made matters worse). Fortunately, however, the task is not as futile as Twain suggested. With its predictable spelling and pronunciation, German can be mastered, whereas English, with its protean spelling and word order, may seem easy but prove treacherous.

Cunning linguists?

It is obviously beneficial to a country if more people speak its language. At best, that language becomes a *lingua franca*, as English is. German never will be. But its growing use still helps. It equips more people around the world to work in Germany, which the country needs as it ages.

Proficiency lets more foreigners understand how Germans think. It may convey, for example, the moralistic approach Germans have towards debt (*Schulden*), which is etymologically close to guilt (*Schuld*). The word for nipple (*Brustwarze*, or "breast wart") may point to export limitations in the romantic genre. But no other language matches German's capacity to describe *Fahrvergnügen* (driving pleasure). And though many languages have polite forms of address, the awkwardness over when to switch from the formal *Sie* to the informal *du* says much about German social norms. **Even as German power grows, more may see in each German the whole human, or rather the *Mensch*.**

[From the print edition: Europe](#)

Mehrheit der Franzosen gegen 35-Stunden-Woche

Eine Umfrage deutet auf erstaunliche Reformbereitschaft in Frankreich. Doch hat die Regierung den Mut, diese heilige Kuh zu schlachten?

04.09.2015, von CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS

Die Franzosen gehören nicht zu den arbeitswütigsten Bürgern Europas. Das zumindest kann man sagen über ein Land, das seit 15 Jahren mit der 35-Stunden-Woche lebt. Man müsse den „Wert der Arbeit in Frankreich rehabilitieren“, forderte [Nicolas Sarkozy](#) schon 2007, als er in den Präsidentschaftswahlkampf zog und diesen gewann. Die 35-Stunden-Woche schaffte er dann aber nicht ab, sondern er befreite nur die Überstundenzuschläge von der Steuer.

Bis heute gilt daher überall in Frankreich ein einheitlicher Arbeitszeitdeckel. Wer mehr als 35 Stunden pro Woche arbeitet, was innerhalb von Grenzen möglich ist, erhält Zuschläge oder Freitage. Doch leben die Franzosen wirklich gut mit der 35-Stunden-Woche? Eine Umfrage des französischen Instituts CSA im Auftrag der Wirtschaftszeitung „[Les Echos](#)“ hat ergeben: Sieben von zehn Franzosen wären zu einer Reform der 35-Stunden-Woche bereit. Künftig sollte die Arbeitszeit auf der Ebene der Unternehmen festgelegt und damit nicht mehr landesweit durch ein Gesetz bestimmt werden, finden sie. Erstaunlich ist dabei, dass unter den Sympathisanten der Sozialistischen Partei sogar 69 Prozent für einen solchen Wandel wären.

Vor wenigen Tagen hatte der Wirtschaftsminister Emmanuel Macron die 35-Stunden-Woche öffentlich kritisiert. In Zeiten des internationalen Wettbewerbs sei der Glaube an den Segen von Arbeitszeitverminderung eine „falsche Idee“, sagte er auf einer Arbeitgeberkonferenz und wurde darauf prompt von Premierminister Manuel Valls zurückgepfiffen. Die Franzosen könnten sich auf den Erhalt der gesetzlichen Arbeitszeitgrenze verlassen, versprach Valls im Auftrag von Präsident François Hollande.

Allerdings will die Regierung angesichts der Arbeitslosigkeit nahe den Rekordhöhen nicht völlig inflexibel sein und hat eine Reform des Arbeitsrechts angekündigt. Dieses ist mit mehr als 10.000 Paragraphen auf über 3600 Seiten derart kompliziert, dass es nach Ansicht von vielen Arbeitsmarktexperten die Unternehmen vor Einstellungen zurückschrecken lässt.

In dieser Woche hat sich ein Beratungsinstitut, das der Sozialistischen Partei nahesteht, dafür ausgesprochen, arbeitsrechtliche Vereinbarungen auf die Ebene der Unternehmen zu verlagern. Dort sollen Gewerkschaften und Arbeitgeber wichtige Details festlegen, heißt es in der Studie – eine bisher nie gehörte Forderung aus dem linken Lager. In der kommenden Woche soll auch ein Expertenbericht im Auftrag der Regierung erscheinen, der eine Lockerung des Arbeitsrechtes vorsieht.

Doch bringt die Regierung den Mut auf, auch die 35-Stunden-Woche abzuschaffen? Daran sind erhebliche Zweifel erlaubt, denn Präsident Hollande bereitet sich schon auf den Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl im Mai 2017 vor und will nach Ansicht politischer Beobachter keine großen Risiken mehr eingehen. Die sozialistische Regierung von Premierminister Lionel Jospin hatte die Arbeitszeitgrenze zwischen 1998 und 2000 eingeführt. Die Sozialisten glaubten, dass durch Arbeitsteilung mehr Arbeitsplätze entstehen. Doch die meisten Ökonomen bestreiten diesen Zusammenhang. Mehr als 3,5 Millionen Arbeitslose – 10,3 Prozent der aktiven Bevölkerung – sprechen auf jeden Fall gegen diese These.

Ein Verstoß gegen das europäische Regelwerk?

Budapest schimpft auf Berlin, Berlin auf Budapest. Wer verletzt im Streit über die Flüchtlingswanderungen von Ungarn nach Deutschland die europäischen Regeln?

04.09.2015, von [ECKART LOHSE](#), BERLIN

Streit zwischen Staaten wird überwiegend hinter verschlossenen Türen ausgetragen, das gilt allemal für Mitglieder der Europäischen Union. Insofern ließ es schon aufhorchen, als der Sprecher der [Bundesregierung](#), Steffen Seibert, am Freitagvormittag von einem Telefonat zwischen Kanzleramtsminister Peter Altmaier und dem ungarischen Botschafter in Berlin, Jozsef Czukor, berichtete. Am Morgen habe Altmaier dem Diplomaten die deutsche Position erläutert, sagte Seibert und ergänzte, dass die Bundesregierung darauf setze, dass Ungarn als „Teil der westlichen Wertegemeinschaft seinen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen“ gerecht werde.



Autor: Eckart Lohse, Politischer Korrespondent in Berlin. Folgen:

Es geht, wie sollte es in diesen Tagen anders sein, um Asylsuchende. Der Streit zwischen Berlin und Budapest schaukelt sich hoch, seit immer mehr Menschen über die südliche Grenze Ungarns von Serbien aus in die [EU](#) kommen. Nach dem Dublin-Verfahren müssen diese Personen in Ungarn ein Asylverfahren eröffnen. Viele wollen aber lieber nach Deutschland. Von dort müssten sie eigentlich wieder zurückgeschickt werden. Nun hat die Bundesregierung aber zumindest den syrischen Kriegsflüchtlingsen zugerufen, dass sie auch dann in Deutschland bleiben dürften, wenn sie über Ungarn gekommen seien und dort nicht um Asyl nachgesucht hätten. Die ungarische Regierung schimpft, dass das ein Verstoß gegen das europäische Regelwerk sei. Die Bundesregierung wiederum schimpft auf die Ungarn, weil die zu viele Flüchtlinge weiterziehen ließen, ohne dass diese Asyl beantragt hätten.

Deutsche Ankündigung war zulässig

Zunächst zum deutschen Verhalten. Zwar dürfte die Ankündigung der Bundesregierung, syrische Flüchtlinge würden nicht zurückgeschickt, tatsächlich eine gewisse Sogwirkung entfaltet haben. Die Fachleute nennen das einen Pull-Faktor. Doch ist es keineswegs ein Verstoß gegen das Dublin-Verfahren. Dieses sieht – in schönstem Bürokratenjargon – den Selbsteintritt vor. Wenn ein Land entscheidet, Flüchtlinge, die eigentlich in einem anderen EU-Land [Asyl](#) hätten beantragen müssen, dieses aber unterlassen haben, bei sich zu behalten, so ist das zulässig.

Es ist erst einige Jahre her, dass deutsche Verwaltungsgerichte die Rücküberstellung von Flüchtlingen von Deutschland nach Griechenland nach dem Dublin-Verfahren aussetzten, weil in Griechenland weder ein geregelter Asylverfahren noch die Einhaltung europäischer Sozialstandards gewährleistet seien. Überstellungen nach Griechenland fanden daraufhin nicht mehr statt. Regierungssprecher [Seibert](#) bezog sich am Freitag ausdrücklich auf das Verfahren des Selbsteintritts, als er begründete, wieso Berlin syrische Flüchtlinge derzeit nicht zurück nach Ungarn schicke.

Nun zu Ungarn und dem Vorwurf, es lasse Migranten weiterziehen, ohne dass ein Asylverfahren eröffnet worden sei. Bisher galt Italien in dieser Hinsicht als besonders schwieriger Fall. Im vorigen Jahr kamen zwar 180.000 Migranten – überwiegend über das Mittelmeer – nach Italien. Es wurden aber nur 43.000 Asylanträge gestellt. Knapp 140.000 Menschen reisten also weiter nach Norden, viele nach Deutschland, und konnten dort um Asyl nachsuchen. Deutschland ist als Ziel so beliebt, weil es ein besonders liberales Asylrecht hat und sehr hohe Standards. Als das Dublin-Verfahren 1990 vereinbart wurde, war das schon Thema. Die Zahl der nach Deutschland strebenden Migranten erreichte damals die bislang ungekannte Höhe von 200.000, stieg innerhalb weniger Jahre sogar in Richtung einer halben Million, und es war nicht geklärt, welches Land für das Asylverfahren zuständig ist.

Ungarn auf Platz fünf bei Einwanderung

Wie nun verhält sich Ungarn? Hält es die Dublin-Vorschriften ein? Zunächst muss gesagt werden, dass das Land mit seinen nicht ganz zehn Millionen Einwohnern in Sachen Migration unter enormen Druck geraten ist, seit so viele Menschen über die Balkanroute in die [Europäische Union](#) wollen. Das EU-Land, in dem die mit Abstand meisten Asylanträge gestellt werden, ist nach Zählung des europäischen Statistikamts Eurostat Deutschland, es folgen Schweden, Italien und Frankreich, aber schon auf Platz fünf steht Ungarn. Für das vorige Jahr weist die Statistik annähernd 43.000 Asylbewerber in Ungarn aus. Wohlgeachtet: Bewerber. Das ist eine Steigerung von 126 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nur in Italien fiel die Steigerung noch deutlicher aus. Damit hat Ungarn einen höheren prozentualen Anteil an Asylbewerbern in der EU als Großbritannien.

162.000 illegale Grenzübertritte

Zur Gegenwart. Am Freitag teilte die ungarische Grenzpolizei mit, dass sie bisher in diesem Jahr mehr als 162.000 illegale Grenzübertritte nach Ungarn gezählt habe, fast alle an der serbisch-ungarischen Grenze. Allein in den zurückliegenden 24 Stunden seien es mehr als 3000 gewesen. Jede dieser Personen wird von den Behörden gefragt, was sie in Ungarn wolle. Wer bei Verstand ist, sagt, er suche Asyl, weil ihm sonst Strafen drohen. Da die [Flüchtlinge](#) heutzutage über das Internet gut informiert sind, wurden von den ungarischen Behörden mehr als 150.000 Menschen registriert, die sagten, sie suchten Asyl. Sie wurden dann weitergeschickt an Orte, an denen sie formal ein Asylverfahren eröffnen sollten.

Dort kamen – so berichtet es die Konrad-Adenauer-Stiftung – allerdings nur annähernd 67.000 Migranten an und stellten einen Antrag. Dem nämlich Bericht der Adenauer-Stiftung zufolge wurde in 54.000 Fällen die Prüfung des Asylantrags abgebrochen, weil die Antragsteller „verschwunden“ seien. Es sei „davon auszugehen“, dass ein Großteil von ihnen nach Deutschland weitergezogen sei. Zumindest was die Syrer angeht, müssen sie nicht fürchten, zurückgeschickt zu werden, sofern sie es bis nach Deutschland schaffen. Und die Nicht-Syrer? Die müssen sehen, was passiert.

P.S.: Die Bundesregierung bestätigte am Freitag, dass der Zoll Pakete mit echten und gefälschten syrischen Pässen gefunden habe.

126,136

Migrants : les 3 actes d'une tragédie annoncée

Guerres aventureuses en Irak et en Libye, enlèvement syrien, misère qui ravage une partie de l'Afrique... Les raisons de la vague migratoire qui déferle sur l'Europe.

PAR PIERRE BEYLAU

Publié le 05/09/2015 à 10:33 - Modifié le 05/09/2015 à 11:29 | Le Point.fr

Un malheureux enfant de trois ans endormi pour l'éternité sur une plage du littoral turc : en ces jours d'été déclinant, il aura fallu la diffusion douloureuse de cette affreuse image pour faire prendre conscience à une opinion publique blasée de l'ampleur de la tragédie qui se joue sous nos yeux. On est brusquement passé d'une indifférence vaguement compassionnelle à un tsunami émotionnel et irrationnel. En l'occurrence, l'émotion est tout à fait salutaire, mais n'interdit pas de tenter d'analyser avec lucidité l'enchaînement qui a conduit à une telle situation.

Premier acte : l'irresponsable guerre d'Irak

Jacques Chirac avait prévenu George W. Bush, Dominique de Villepin l'avait martelé à la tribune des Nations unies et dans les coulisses diplomatiques : si vous attaquez la citadelle irakienne, vous bouleversez tous les fragiles équilibres régionaux entre mondes sunnite et chiïte, entre mondes perse et arabe, entre mondes laïc et islamiste. Vous ouvrez la voie à un démantèlement de l'Irak déjà bien engagé avec l'autonomie de facto du Kurdistan irakien. Et vous risquez d'instaurer le chaos pour un siècle.

Mais George W. Bush voulait à tout prix ouvrir les fatidiques portes de la guerre. Douze ans plus tard, le bilan est éloquent : des centaines de milliers de morts (beaucoup plus que sous Saddam Hussein), le pays sunnite et les zones chrétiennes en grande partie contrôlés par Daesh, des attentats ravageant quotidiennement le pays. Militairement, ce sont les Iraniens qui sont à la manœuvre pour combattre l'organisation État islamique avec l'assentiment inavouable des Américains. L'Irak chiïte est devenu une sorte de protectorat de Téhéran. Des flots de réfugiés irakiens cherchent, eux, le salut dans la fuite à l'étranger.

Deuxième acte : la hasardeuse expédition libyenne

« Libye : bienvenue dans un guêpier », écrivions-nous le 19 mars 2011 au moment du déclenchement de la campagne aérienne contre Kadhafi. Nous n'avions pas grand mérite : il suffisait de regarder l'histoire. Patchwork de tribus, la Libye a été constituée en 1951 en amalgamant la Tripolitaine, la Cyrénaïque et le Fezzan. **Une construction bancaire tenue d'une main de fer par un bouffon sanguinaire : Kadhafi. Mais un bouffon qui contrôlait ses frontières et, au final, faisait plutôt moins de morts que le chaos actuel.** Aujourd'hui, le pays est aux mains de diverses milices, de deux gouvernements fantoches, les groupes djihadistes prospèrent, **les côtes libyennes sont devenues les ports francs de tous les passeurs, trafiquants d'êtres humains.**

Troisième acte : l'enlèvement syrien

L'affaire était entendue dès la fin 2011 : la chute de Bachar el-Assad n'était plus qu'une question de semaines, tout au plus de mois. Quatre ans plus tard, il est toujours là grâce, notamment, à ses alliés iraniens et russes, mais aussi parce qu'une partie de la population redoute davantage Daesh que le régime. Affaibli donc, dans l'impossibilité de gagner la partie, mais toujours au pouvoir. Fin août 2012, après l'utilisation d'armes chimiques par les troupes syriennes, les Français croyaient pourtant l'heure venue de passer à une phase active. Les

moteurs des Rafale chauffaient déjà. Mais l'Oncle Sam, au dernier moment, a fait défaut au grand désarroi de François Hollande. Exit, donc, la solution militaire. Les Américains n'ont pas, aujourd'hui, changé de ligne : pas question d'intervenir en Syrie. « C'est une décision stratégique », souligne un diplomate. Obama, instruit par l'exemple irakien, ne veut pas détruire l'État syrien. Les Russes cherchent une solution de contournement, l'Arabie saoudite veut promouvoir des opposants islamistes présentables, et les Français encouragent une espèce rarissime : des opposants démocrates. En réalité, face à Bachar, ce sont les combattants de Daesh qui tiennent le terrain.

Pendant ce temps, le conflit a provoqué une énorme vague de réfugiés : plus de quatre millions de Syriens ont fui leur pays (1,2 million sont au Liban, 1,8 million en Turquie). Et beaucoup rêvent d'Europe. Mais les turbulences de l'Orient compliqué n'expliquent pas tout. Une bonne moitié des réfugiés qui cherchent à venir en Europe sont des migrants économiques victimes de politiques prédatrices. Beaucoup viennent d'Érythrée, de Somalie, mais aussi d'Afrique centrale, notamment du Nigeria, le géant du continent dont les richesses pétrolières sont très mal partagées. Le « miracle économique africain » que tout le monde espère ne se réalisera que si la bombe à retardement de la misère est désamorcée à temps.

126,138

This refugee crisis is too big for Europe to handle - its institutions are broken

[Paul Mason](#)

Friday 4 September 2015 17.41 BST Last modified on Friday 4 September 2015 18.35 BST

When you cut through the horror and the hypocrisy, the exodus across the Balkans is not just a refugee crisis. This is the first, mass trans-regional flight of modern times.

The Middle East has exploded across our TV screens for decades, but now it suddenly feels like an adjacent conflict zone. Just as we realised, in the 1990s, that the Bosnian killing fields were just a commuter flight away, today we are confronted by a clear land and ferry route from the war zone on the Euphrates to refugee centres on the Danube and the Rhine. The resulting crisis may prove too big for Europe to handle. Yes, there have been feelgood moments for anti-racists: [as when thousands of German football fans raised banners welcoming the refugees](#). And Angela Merkel's decision to process all Syrian asylum applications swept aside complacency. But as it unfolds, this crisis will place a severe strain on the EU's institutions, and even concepts, for handling migration.

The Dublin III regulation, which requires all asylum seekers to be fingerprinted and sent back to their first country of arrival in the EU, is effectively suspended. The Schengen agreement, which allows passport-free movement across central and western Europe, is falling apart: countries surrounding both Hungary and Italy have attempted to place ad hoc controls on migrants and refugees. Frontex, the agency that for years coordinated a policy of deterrence and prevention – through sea patrols and border fences – looks powerless.

[And even as the news organisations agonise over the terminology](#) – migrant or refugee – the distinctions on the ground are becoming pointless. Some migrants trapped in Greece for months or years, not from Syria and already denied asylum, have joined the trudge through the Balkans: they would rather take their chances in the German asylum system than in the Greek one, especially if the right returns to power in Athens this month. If you go to Victoria Square in Athens, where migrants cluster to seek out traffickers, you will meet people from other conflicts, people we've not been so hospitable to: Kurds, Afghans, oppressed minorities from Central Asia or Iran, people from Darfur and Eritrea. They are, by definition, asylum seekers – but the EU's asylum system has already rejected most of them.

When I interviewed migrants in Morocco in 2013 preparing to make the sea crossing to Spain they were clustered into makeshift homes together, regardless of status: the political dissident from Gambia, the bricklayers from drought-hit Niger, the women fleeing poverty in west Africa who now faced racism and sexual violence in Morocco itself.

The disorder we have allowed to assemble at the borders of Europe does not easily divide into “economics” and “war”. The conceit that we can segment those coming here into the “deserving and undeserving” is going to shatter as their claims are processed.

The immediate challenge for Europe is crisis management: [the fiasco in Budapest](#) is just the European leadership problem in microcosm. There is no coherence, no predictability and no urgency. As with Greece, and with the prolonged debt crisis of southern Europe, the institutions move sluggishly until leaders are forced into

making flamboyant gestures, and no solution is ever reached. But, as they struggle to achieve coherence and to show compassion, the EU's leaders are accumulating much bigger risks.

An EU into which half a million people can arrive to claim asylum in six months will struggle to justify the same rules and institutions as the Europe that believed its borders were under control. With Dublin III a dead letter, there will have to be a new asylum system based on reality. People will attempt to claim asylum whether they're victims of war, drought or poverty. Either they'll be processed in the place they want to settle, or there will have to be mass deportations back to Greece and Hungary – the two countries with the biggest fascist movements in the EU.

And if hundreds of thousands of asylum seekers are given leave to remain in a continent where there is stagnation and mass unemployment, what happens to free movement? The home secretary, Theresa May, has already called for it to be constrained in response to the new situation.

The EU's leaders can muddle along with broken institutions, flouted laws, flailing border police. Or they can think it through. The [OECD's central projection](#) is that, to stand a chance of avoiding stagnation, the EU's workforce will have to add 50 million more people through migration by 2060 (a similar number is needed in the US). The Paris-based thinktank says if that doesn't happen, it is a "significant downside risk" to growth. What this means should be spelled out, because no politician has bothered to do so: to avoid economic stagnation in the long term, Europe needs migrants.

Consent for inward economic migration is fragile and falling – as evidenced by the sudden rush by politicians and tabloids to reclassify the Syrian exodus as a special case. Even if populist resistance to migration stops short of fascism, and even if anti-migration parties are disempowered by the electoral system, their existence highlights a failing consensus. And that is, in turn, founded on economic failure. The Eurozone has produced an arc of stagnation and discontent along its southern border. There is mass unemployment in the very countries that have become the first port of call for migrants and refugees.

So the challenge for Europe is clear. To absorb the refugees we are going to need a new set of rules about where they're processed; new arrangements for internal travel in Europe. Plus a new social consensus about who can come, who can't and where they are going to live and work. And, ultimately, a massive economic stimulus.

If the EU cannot do all this, its constituent nations will begin to do so separately. And so, in the space of a summer, the refugee crisis crashes into the Euro crisis, and the one consistent problem is failure of leadership, anticipation and vision.

Paul Mason is economics editor of Channel 4 News. @paulmasonnews

- [HTTP://WWW.WSJ.COM/ARTICLES/MORE-OF-WHAT-ISNT-WORKING-1441323590](http://www.wsj.com/articles/more-of-what-isnt-working-1441323590)
- 126,140
- [OPINION](#)
- [REVIEW & OUTLOOK](#)

More of What Isn't Working

Monetary policy can only do so much, but that won't keep the ECB from trying.

Sept. 3, 2015 7:39 p.m. ET

Mario Draghi cheered markets Thursday when he trumpeted the European Central Bank's "willingness and ability to act if warranted" to meet its inflation target. **This is a strong signal that the ECB is preparing to expand its sovereign-bond purchase program,**

126,141

Boualem Sansal : du totalitarisme de Big Brother à l'islamisme radical

Par [Alexandre Devecchio](#)

Mis à jour le 05/09/2015 à 00:36



FIGAROVOX/ GRAND ENTRETIEN - Dans son nouveau livre, *2084, La fin du monde*, Boualem Sansal imagine l'avènement d'un empire planétaire intégriste. L'auteur redoute la montée en puissance de l'islamisme dans une version «totalitaire et conquérante».



Boualem Sansal est un écrivain algérien censuré dans son pays d'origine à cause de sa position très critique envers le pouvoir en place. Son dernier livre *2084, la fin du monde* vient de paraître au éditions Gallimard.

PROPOS RECUEILLIS PAR ALEXANDRE DEVECCHIO [@AlexDevecchio](#)

Votre nouveau livre s'intitule *2084* en référence au *1984* de George Orwell. De Jean-Claude Michéa à Laurent Obertone, de Alain Finkielkraut à Christophe Guilluy en passant par un comité de journaliste emmené par Natacha Polony, l'écrivain britannique est partout. En quoi son œuvre fait-elle écho à notre réalité?

Boualem Sansal: L'œuvre de George Orwell fait écho à notre besoin d'éclairer l'avenir, d'indiquer des caps, d'avoir une vision large et longue. Face à l'urgence de la crise, la dictature de l'immédiateté est en train d'écraser toute réflexion profonde et stratégique. Celle-ci se fait notamment dans les universités, mais ces dernières sont coupées du grand public et des acteurs politiques. La littérature est un moyen efficace de porter cette réflexion longue sur la place publique et de mobiliser les opinions. Dans *1984*, Orwell avait prédit que le monde serait divisé en trois gigantesques empires Océania, Estasia et Eurasia, qui se feraient la guerre en permanence pour dominer la planète. Aujourd'hui, les Etats-Unis, l'Europe occidentale et la Chine se disputent le pouvoir mondial. Mais un quatrième concurrent décidé et intelligent émerge et progresse de manière spectaculaire. Il s'agit du totalitarisme islamique.

Pour imaginer l'empire intégriste de 2084, vous êtes-vous inspiré de l'actualité en particulier de la progression de l'Etat islamique?

Mon livre dépasse l'actualité et notamment la question de Daech car l'islamisme se répand dans le monde autrement que par la voie de cette organisation qui, comme dans l'évolution des espèces, est une branche condamnée. Cet «État» sème la terreur et le chaos, mais est appelé à disparaître. En revanche, l'islamisme, dans sa version totalitaire et conquérante, s'inscrit dans un processus lent et complexe. Sa montée en puissance passe par la violence, mais pas seulement. Elle se fait également à travers l'enrichissement des pays musulmans, la création d'une finance islamique, l'investissement dans l'enseignement, les médias ou les activités caritatives. L'Abistan est le résultat de cette stratégie de long terme.

L'Abistan, l'empire que vous décrivez, fait beaucoup penser à l'Iran ...

L'Abistan est contrôlé par un guide suprême et un appareil qui sont omniprésents, mais invisibles, tandis que le peuple a été ramené à l'état domestique. Entre les deux, une oligarchie qui dirige. Un peu comme en Iran où on ne voit pratiquement pas l'ayatollah

Khameneï, guide suprême de la Révolution. L'Iran est un grand pays, qui a planifié un véritable projet politique tandis que Daech est davantage dans l'improvisation et le banditisme. L'État islamique est trop faible intellectuellement pour tenir sur la durée. L'Iran a l'habileté de se servir du terrorisme pour détourner l'attention et obtenir des concessions des pays occidentaux comme l'accord sur le nucléaire qui vient d'être signé avec les États-Unis. L'Iran chiite pourrait détruire Daech et ainsi passé pour un sauveur auprès des sunnites majoritaires qui lui feraient allégeance. Selon moi, l'État islamique est une diversion. La Turquie, dernier califat, est aussi dans un processus mental très profond de reconstitution de l'empire Ottoman. Il y aura probablement une compétition entre Ankara et Téhéran pour le leadership du futur empire. Cependant la position géographique de l'Iran est un atout. L'Iran est situé en Asie, entre l'Irak, à l'ouest, et l'Afghanistan et le Pakistan, à l'est. Il a également des frontières communes, au nord, avec l'Azerbaïdjan et le Turkménistan. Ces pays riches en matières premières pourraient être les satellites de l'Abistan à partir desquels il poursuivra son expansion.

Par le passé, l'Église catholique a fait et défait des royaumes, marié les princes et éradiqué des populations entières comme en Amérique du Sud. Dans le cas de la religion catholique, il s'agissait d'une dérive. Contrairement à l'islam qui se situe par essence dans le champ politique. Le prophète Mahomet est un chef d'Etat et un chef de guerre qui a utilisé sa religion à des fins tactiques et politiques.

Vous écrivez: «La religion peut faire aimer Dieu mais elle fait détester l'homme et haïr l'humanité.» Toutes les religions ont-elles un potentiel totalitaire ou l'islam est-il spécifiquement incompatible avec la démocratie?

Toute religion qui sort de sa vocation de nourrir le dialogue entre l'homme et son créateur et s'aventure dans le champ politique recèle un potentiel totalitaire. Par le passé, l'Église catholique a fait et défait des royaumes, marié les princes et éradiqué des populations entières comme en Amérique du Sud. Dans le cas de la religion catholique, il s'agissait d'une dérive. Contrairement à l'islam qui se situe par essence dans le champ politique. Le prophète Mahomet est un chef d'Etat et un chef de guerre qui a utilisé sa religion à des fins tactiques et politiques. Par ailleurs, les textes eux-mêmes ont une dimension totalitaire puisque la charia (loi islamique), qui se fonde sur les textes sacrés de l'islam que sont le Coran, les hadiths et la Sunna, légifère sur absolument tous les aspects de la vie: les interactions avec les autres, l'héritage, le statut social, celui de la femme, celui des esclaves. Il n'y a rien qui ne soit pas encadré et défini dans le détail y compris la manière dont le croyant doit aller faire pipi! Un robot a plus de degré de liberté qu'un musulman qui appliquerait sa religion radicalement. Malheureusement, l'islam ne laisse théoriquement aucune place à l'interprétation des textes. Au XIIe siècle, il a été décidé que le Coran était la parole incréée de Dieu et qu'aucun humain ne pouvait le discuter. Il s'agissait d'une décision purement politique prise par les califes de l'époque qui voyaient leur légitimité contestée. Le prophète lui-même prônait le débat contradictoire autour des textes. La perte de cette tradition dialectique après le XIIIe siècle a coïncidé avec le déclin de civilisation orientale.

Dans *Le village de l'Allemand* (Gallimard, 2008) vous faites le parallèle entre nazisme et islamisme radical. Quel est le point commun entre ces deux idéologies?

Nazisme et islamisme sont deux totalitarismes fondés sur le culte du chef charismatique, l'idéologie érigée en religion, l'extinction de toute opposition et la militarisation de la société. Historiquement, les frères musulmans, qui sont les premiers théoriciens de l'islamisme, se sont ouvertement inspirés de l'idéologie nazie à travers leur chef de l'époque, le grand mufti de Jérusalem, Haj Mohammad Amin al-Husseini. Celui-ci a noué une alliance avec Hitler et a participé activement à la guerre et à la Shoah en créant notamment des bataillons arabes nazis. Lors de sa rencontre avec le chancelier allemand, le 28 novembre 1941, et dans ses émissions de radio, Hadj Amin al-Husseini affirme que les juifs sont les ennemis communs de l'islam et de l'Allemagne nazie. Depuis cette période, l'extermination des juifs, qui ne figure pas dans le Coran, est devenu un leitmotiv de l'islamisme aggravé par le conflit israélo-palestinien.

Le totalitarisme décrit par Orwell est matérialiste et laïque. Plus encore que l'islamisme, le danger qui guette l'Occident n'est-il pas celui d'un totalitarisme soft du marché, de la technique et des normes qui transformerait petit à petit l'individu libre en un consommateur docile et passif?

Oui, c'est le monde que décrit Orwell dans 1984, très proche de celui que nous connaissons aujourd'hui où les individus sont domestiqués par la consommation, par l'argent, mais aussi par le droit. Ce dernier domine désormais les politiques, mais aussi le bon sens populaire. Le but est de conditionner l'individu. Cependant, ce système fondé sur l'alliance entre Wall Street et les élites technocratiques arrive à épuisement en même temps que les ressources naturelles. Dans cinquante ans, il n'y aura plus de pétrole et le problème de la répartition des richesses sera encore accru. Il faudra mettre en place un système encore plus coercitif. Une dictature planétaire, non plus laïque mais religieuse, pourrait alors de substituer au système actuel qui devient trop compliqué à cause de la raréfaction des ressources.

Dans *Gouverner au nom d'Allah*, je raconte la montée de l'islamisme en Algérie dans les années 80. Les premiers jeunes qui portaient des tenues afghanes nous faisaient sourire. Puis le phénomène a pris une ampleur inimaginable notamment dans les banlieues dans lesquelles nous ne pouvions plus entrer, pas même les policiers ou les militaires.

En quoi l'islamisme se nourrit-il du désert des valeurs occidentales?

Plus que la perte des valeurs, c'est la peur qui mène vers la religion et plus encore vers l'extrémisme. Depuis la naissance de l'humanité, la peur est à la source de tout: des meilleures inventions mais aussi des comportements les plus irrationnels. Face à la peur, des individus éduqués et intelligents perdent tout sens critique. La situation de désarroi dans laquelle se trouve l'Occident tient à la peur: peur du terrorisme, peur de l'immigration, du réchauffement climatique, de l'épuisement des ressources. Devant l'impuissance de la démocratie face à ces crises, la machine s'emballa. Il faut noter que le basculement dans l'islamisme ne touche plus seulement des personnes de culture musulmane. D'anciens laïques ou d'anciens chrétiens sont de plus en plus nombreux à se convertir puis à se radicaliser.

Existe-t-il un chemin à trouver entre ce que Régis Debray appelle le «progressisme des imbéciles» et l'archaïsme des ayatollahs?

Dans l'histoire, l'humanité a toujours trouvé des solutions à ses problèmes, même ceux qui paraissaient les plus insolubles. Dans certains cas, la peur provoque des éclairs de génie. Hitler semblait avoir gagné la Seconde guerre mondiale, mais la peur que l'hitlérisme se répande partout dans le monde a provoqué un réveil salvateur. C'est l'intelligence qui a vaincu l'hitlérisme. Quand les Américains sont entrés en guerre, ils devaient fournir aux combattants européens armes et ravitaillements. Les cinq-cents premiers navires ont tous été coulés par les sous-marins allemands. L'Europe paraissait fichue et les Américains ont compris que sans celle-ci, ils étaient eux-mêmes morts. Alors, ils ont accéléré la recherche sur la bombe atomique et surtout ils ont inventé la recherche opérationnelle en mathématique qui a permis aux bateaux d'arriver à destination. Dans 1984, le héros d'Orwell, Winston Smith, meurt. Dans 2084, j'ai choisi une fin plus optimiste. J'offre la possibilité à mon héros, Ati, de s'en sortir en échappant à son univers. En traversant la frontière, qu'elle soit réelle ou symbolique, un nouveau champ des possibles s'ouvre à lui.

L'islamisme s'est d'abord développé dans des banlieues majoritairement peuplée de musulmans : des « little Algérie» comme il y a un little Italy à New-York. Quand je suis allé dans certaines banlieues françaises pour les besoins de l'écriture du *Village de l'Allemand*, j'étais en Algérie : les mêmes cafés, les mêmes commerces, les mêmes tissus, la même langue.

Dans *Le Village de l'Allemand*, Malrich, le personnage principal, prophétise: «A ce train, la cité sera bientôt une République islamique parfaitement constituée. Vous devrez alors lui faire la guerre si vous voulez seulement la contenir dans ses frontières actuelles.» La France a-t-elle fait preuve de naïveté à l'égard de l'islam radical?

Tout le monde a fait preuve de naïveté à l'égard de l'islamisme, y compris les pays musulmans. Dans *Gouverner au nom d'Allah*, je raconte la montée de l'islamisme en Algérie dans les années 80. Les premiers jeunes qui portaient des tenues afghanes nous faisaient sourire. Puis le phénomène a pris une ampleur inimaginable notamment dans les banlieues dans lesquelles nous ne pouvions plus entrer, pas même les policiers ou les militaires. Nous sommes le premier pays au monde à avoir interdit le voile islamique dans les lieux publics en 1991. Celui-ci «poussait» dans tous les sens et était devenu un signe symbolique de reconnaissance. J'ai été auditionné lors du vote de la loi sur le port de signes religieux à l'école en 2004. J'ai apporté aux députés français les coupures de la presse algérienne de 1991. Le débat était le même aux mots près.

Vous avez vécu le traumatisme de la guerre civile en Algérie. Peut-on vraiment comparer la situation de l'Algérie et celle de la France comme vous le faites? Notre héritage historique est totalement différent ...

Si l'on regarde de près la situation française, l'islamisme s'est d'abord développé dans des banlieues majoritairement peuplée de musulmans: des «little Algérie» comme il y a un little Italy à New-York. Quand je suis allé dans certaines banlieues françaises pour les besoins de l'écriture du *Village de l'Allemand*, j'étais en Algérie: les mêmes cafés, les mêmes commerces, les mêmes tissus, la même langue. Dans un contexte de mondialisation et de pression migratoire, les équilibres nationaux sont bouleversés. Il y a un siècle ou deux l'Algérie était un horizon lointain. Aujourd'hui Alger est à deux heures d'avion de Paris. L'Algérie est devenue la banlieue de la France. Enfin, le web et les chaînes satellitaires ont accéléré le processus. Plus besoin de prédicateur pour répandre «la bonne parole», il suffit d'une connexion internet. L'islamisme gagne du terrain à une vitesse spectaculaire.